

Einsicht 2022
*Bulletin des
Fritz Bauer Instituts*

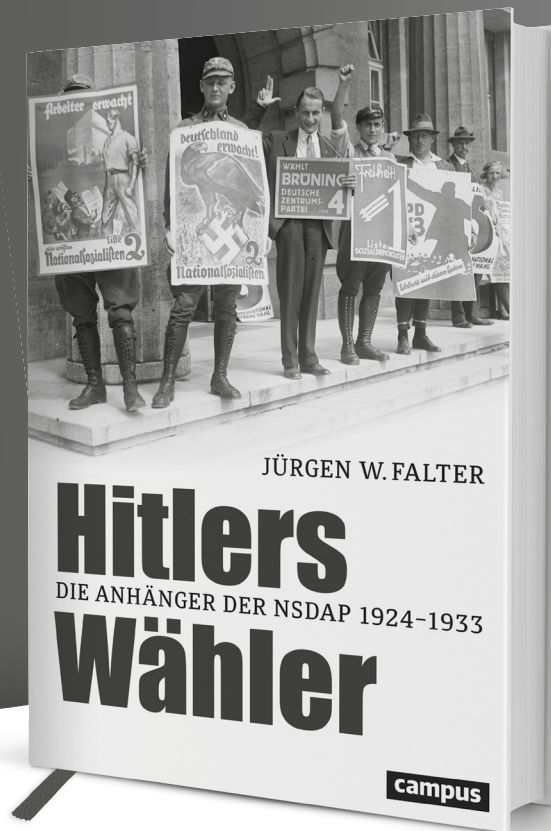


Fritz Bauer Institut
*Geschichte und Wirkung
des Holocaust*

Raubwirtschaft, Zwangsarbeit, Vernichtung
Das Kriegsjahr 1942

Demokratie in Gefahr
Rechter Terror in der Weimarer Republik

Die Mitglieder der NSDAP

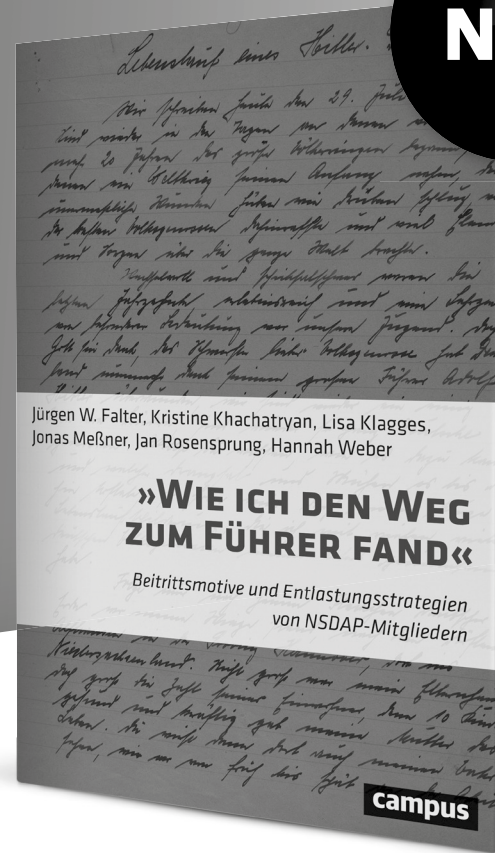


2020. 494 Seiten. € 45. ISBN 978-3-593-51289-1.

Auch als E-Book erhältlich

Welche Bevölkerungsgruppen erwiesen sich in der Weimarer Republik als besonders anfällig, welche als mehr oder weniger resistent gegenüber der NSDAP? Von welchen Parteien wanderten Wählerinnen und Wähler überdurchschnittlich häufig zu den Nationalsozialisten ab?

Jürgen W. Falter analysiert in der aktualisierten und deutlich erweiterten Neuauflage dieses Buchs die soziale Zusammensetzung, die Geschlechterverteilung, die regionale Ausbreitung und die Konfessionszugehörigkeit von »Hitlers Wählern«.



2022. 554 Seiten. € 45. ISBN 978-3-593-51492-5.

Auch als E-Book erhältlich

Welche Beweggründe motivierten, in die NSDAP einzutreten? Und welche Strategien wählten genau diese Parteimitglieder nach 1945, um sich in ihren Entnazifizierungsprozessen zu entlasten? Anhand zahlreicher zeitgenössischer Quellen gibt dieser Band – erstmals überhaupt – Antworten auf beide Fragen, indem er die Entnazifizierungsakten und die darin enthaltenen Aussagen von Mitgliedern der NSDAP mit ihren während des Dritten Reichs verfassten Lebensgeschichten vergleicht. Er bietet Einblicke in die Sozialisierungserfahrungen und die persönlichen Einstellungen der untersuchten Personen.

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

vor 80 Jahren ging der von Deutschland begonnene Zweite Weltkrieg in sein viertes Jahr. Der seit Juni 1941 geführte Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion hatte zunächst mit einem schnellen Vormarsch der Wehrmacht begonnen, dieser war aber im Dezember gestoppt worden. Das folgende Kriegsjahr 1942 war von wichtigen Weichenstellungen und Neuausrichtungen der deutschen Politik angesichts der sich andeutenden Kriegswende geprägt. Die Beiträge des ersten Themenschwerpunktes in dieser Ausgabe der *Einsicht* beleuchten verschiedene Aspekte dieses Wandels, darunter die Radikalisierung der Deportation und der systematischen Ermordung der jüdischen Bevölkerung, das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen und die planmäßige Ausbeutung der besetzten Gebiete.

In einem zweiten Themenschwerpunkt geht es um den Zusammenhang zwischen Rechtsextremismus, Demokratiefeindschaft und Antisemitismus. In den letzten Jahren haben rechter Terror und ein immer sichtbarer werdender Antisemitismus in schneller Folge zu erschreckenden Gewaltverbrechen

und Skandalen geführt. Doch bereits in der Weimarer Republik, so zeigen die hier versammelten Beiträge, wirkten Judenhass und eine verbreitete Ablehnung der Demokratie unheilvoll zusammen. Politische Morde wie der an Walther Rathenau, ein wenig entschlossener Umgang mit rechter Gewalt und antisemitische Ressentiments gegen eine vermeintliche »Judenrepublik« waren Krisenphänomene der Demokratie und weisen zugleich deutliche Aktualitätsbezüge auf.

Zusätzlich enthält diese Ausgabe der *Einsicht* vier Texte, die unmittelbar mit dem Fritz Bauer Institut und seiner Arbeit zu tun haben. Die Michael Hauck Gastprofessur für interdisziplinäre Holocaustforschung hatte im Sommersemester 2022 Prof. Dr. Lisa Silverman inne. Sie ist Historikerin an der University of Wisconsin-Milwaukee (USA) und stellt gegenwärtig eine Studie zur Geschichte des Antisemitismus in Deutschland und Österreich nach 1945 fertig. Auch der öffentliche Vortrag, den sie im Juli 2022 am Fritz Bauer Institut hielt, behandelte dieses Thema: Sie sprach über den Filmregisseur Veit Harlan, der 1948 wegen seines NS-Propagandafilms *JUD SÜß* (1940) des Verbrechens gegen die Menschlichkeit angeklagt wurde. Der Vortrag wird in diesem Heft geringfügig überarbeitet



abgedruckt. Für die Finanzierung der Gastprofessur danken wir der Puhl Foundation und der Stiftung Michael Hauck.

Dr. Andrea Rudorff, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Fritz Bauer Institut, hat die Geschichte des Konzentrationslagers Katzbach in Frankfurt am Main untersucht, ein KZ-Außenlager der Frankfurter Adlerwerke. In dieser Ausgabe der *Einsicht* beleuchtet sie das wenig erforschte Thema der Strafverfolgung von Verbrechen an Zwangsarbeitenden und KZ-Häftlingen vor polnischen Gerichten. Während die Überlebenden des Lagers Katzbach der Überzeugung waren, dass Angehörige der Wachmannschaft niemals strafrechtlich zur Verantwortung gezogen wurden, zeigt Rudorff, dass es sehr wohl Verurteilungen von Wachmännern des Lagers gab.



Lange Zeit wurde in Frankfurt darüber nachgedacht, den Platz vor dem Hauptbahnhof nach Oskar Schindler zu benennen. Um die Diskussion voranzubringen und Schindler zu ehren, veranstaltete das Kulturdezernat der Stadt Frankfurt gemeinsam mit dem Fritz Bauer Institut im Juni 2022 einen Vortrags- und Diskussionsabend. Prof. Dr. Sybille Steinbachers Vortrag ist hier veröffentlicht.

Sophia Steinmetz hat als Praktikantin und studentische Hilfskraft im Archiv des Instituts unter anderem die »Sammlung Josef Mengele« erschlossen, ein Konvolut aus dem Nachlass des Mediziners und ehemaligen Lagerarztes des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz, der zuvor auch als Assistenzarzt am Frankfurter Institut für Erbbiologie und Rassenhygiene tätig war. In einem Archivbericht stellt Steinmetz Inhalt und Überlieferungsgeschichte der Sammlung vor.

Wie immer enthält die *Einsicht* einen ausführlichen Rezensionsteil, in dem neue Bücher zur Geschichte und Wirkung des Holocaust vorgestellt werden. Informationen zur Arbeit des Fritz Bauer Instituts finden Sie in unserem Jahresbericht, der jeweils im Frühjahr erscheint. Sowohl den Jahresbericht als auch frühere Ausgaben der *Einsicht* stellen wir auf der Website des Fritz Bauer Instituts bereit.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre.

Prof. Dr. Sybille Steinbacher und PD Dr. Tobias Freimüller
Frankfurt am Main, im Oktober 2022

4	Einführung
6	Herbert Backe – Hungerplaner und Ernährungsdiktator. Die deutsche Raubwirtschaft im Zweiten Weltkrieg <i>Anselm Meyer</i>
16	Das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen in Deutschland 1941/42. Das Beispiel des Stalag 304 (IV H) Zeithain <i>Jörg Osterloh</i>
26	Von Massenerschießungen zu Vernichtungslagern. Der Weg zu einem Programm für die Ermordung aller europäischen Juden <i>Jan Kreutz</i>
36	»Und jetzt ist er weg. Für immer??« 1942 als tiefer Einschnitt bei den Deportationen der Juden aus Westeuropa <i>Katja Happe</i>
.....	

Demokratie in Gefahr
Rechter Terror in der Weimarer Republik

44	Einführung
46	100 Jahre Rathenau-mord. Zur Aufarbeitung eines Anschlags auf die erste deutsche Demokratie <i>Martin Sabrow</i>

54	Held wider Willen. Fall und Aufstieg von Emil Julius Gumbel <i>Benjamin Lahusen</i>
62	Gegen die »Judenrepublik«. Antisemitische Gewalt in der Weimarer Republik <i>Cornelia Hecht-Zeiler</i>

Weitere Themen

<i>Michael Hauck Gastprofessur für interdisziplinäre Holocaustforschung, Sommersemester 2022</i>	
70	Der »Nachkriegsantisemit«. Veit Harlan, JUD SÜß und Antisemitismus nach dem Holocaust <i>Lisa Silverman</i>
80	Das Verfahren gegen Karl Grass. Ein Arbeiter der Adlerwerke vor einem Warschauer Gericht <i>Andrea Rudorff</i>
90	Ein Oskar-Schindler-Platz für Frankfurt. Zur Debatte um einen Erinnerungsort im öffentlichen Raum <i>Sybille Steinbacher</i> <i>Aus dem Archiv des Fritz Bauer Instituts: Neuzugänge, Fundstücke, Erschließungen</i>
96	»Seit über zehn Jahren ist alles ruhig.« Ein Archivbericht zur Sammlung Josef Mengele <i>Sophia Steinmetz</i>
.....	

Rezensionen

100	Léon Poliakov: Vom Hass zum Genozid. Das Dritte Reich und die Juden <i>Statt einer Rezension: Interview mit Ahlrich Meyer</i>
103	Albrecht Spranger: Theodor Zlocisti. Die multiplen Zugehörigkeiten eines Zionisten <i>Andrea Kirchner</i>
104	Michael A. Meyer: Leo Baeck. Rabbiner in bedrängter Zeit. Eine Biographie <i>Martin Liepach</i>
105	Christian Dietrich: Im Schatten August Bebels. Sozialdemokratische Antisemitismusabwehr als Republikschutz 1918–1932 <i>Kristina Meyer</i>
106	Daniel Siemens: Hinter der Weltbühne. Hermann Budzislowski und das 20. Jahrhundert <i>Katharina Rauschenberger</i>

107	Rebekka Denz: Bürgerlich, jüdisch, weiblich. Frauen im Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (1918–1938) <i>Benigna Schönhagen</i>
108	Susan Arndt: Rassismus begreifen. Vom Trümmerhaufen der Geschichte zu neuen Wegen <i>Christian Geulen</i>
109	Peter Longerich: Antisemitismus: Eine deutsche Geschichte. Von der Aufklärung bis heute <i>Ulrich Wyrwa</i>
111	Amir Teicher: Social Mendelism. Genetics and the Politics of Race in Germany, 1900–1948 <i>Jens Kolata</i>
112	Maximilian Strnad: Privileg Mischehe? Handlungsräume »jüdisch versippter« Familien 1933–1949 <i>Akim Jah</i>
113	Richard Evans: Das Dritte Reich und seine Verschwörungstheorien. Wer sie in die Welt gesetzt hat und wem sie nutzen <i>Nikolas Lelle</i>
114	Andrea C. Hansert: Das Haus der Gestapo. Geschichte der Lindenstraße 27 und der Cronstetten-Stiftung in Frankfurt am Main <i>Thomas Bauer</i>
115	Johannes Spohr: Die Ukraine 1943/44. Loyalitäten und Gewalt im Kontext der Kriegswende <i>Bert Hoppe</i>
116	Tatjana Tönsmeyer, Peter Haslinger, Włodzimierz Borodziej, Stefan Martens, Irina Sherbakova (Hrsg.), in Zusammenarbeit mit Francis Ipgrave und Agnes Laba: Fighting Hunger, Dealing with Shortage. Everyday Life under Occupation in World War II Europe: A Source Edition <i>Babette Quinkert</i>
118	John-Paul Himka: Ukrainian Nationalism and the Holocaust. OUN and UPA’s Participation in the Destruction of Ukrainian Jewry, 1941–1944 <i>Grzegorz Rossoliński-Liebe</i>
119	Andrea Pető: Das Unsagbare erzählen. Sexuelle Gewalt in Ungarn im Zweiten Weltkrieg <i>Mirjam Schnorr</i>
120	Dan Diner: Ein anderer Krieg. Das jüdische Palästina und der Zweite Weltkrieg, 1935–1942 <i>Stefan Vogt</i>
121	Stefan Kurt Treiber: Helden oder Feiglinge? Deserteure der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg <i>Benjamin Ziemann</i>
122	Filip Müller: Sonderbehandlung. Meine Jahre in den Krematorien und Gaskammern von Auschwitz <i>Katharina Stengel</i>
123	Anna Hájková: The Last Ghetto. An Everyday History of Theresienstadt <i>Karl Braun</i>

125	Alexander Prenninger: Das letzte Lager. Evakuierungstransporte und Todesmärsche in der Endphase des KZ-Komplexes Mauthausen <i>Martin Clemens Winter</i>
126	Daniel Schuch: Transformationen der Zeugenschaft. Von David P. Boders frühen Audiointerviews zur Wiederbefragung als Holocaust Testimony <i>Markus Roth</i>
127	Natan Sznaider: Fluchtpunkte der Erinnerung. Über die Gegenwart von Holocaust und Kolonialismus <i>Katrin Antweiler</i>
128	Doron Bar: Yad Vashem. The Challenge of Shaping a Holocaust Remembrance Site, 1942–1976 <i>Jacob Eder</i>
129	Zofia Nalkowska: Medallions <i>Sascha Feuchert</i>
130	Ingeborg Gleichauf: Hannah Arendt und Karl Jaspers. Geschichte einer einzigartigen Freundschaft <i>Annette Vowinckel</i>
131	Kasper Braskén, David Featherstone, Nigel Copsey (Hrsg.): Anti-Fascism in a Global Perspective. Transnational Networks, Exile Communities, and Radical Internationalism <i>Veronika Duma</i>
132	Nathan Kurz: Jewish Internationalism and Human Rights after the Holocaust <i>Lutz Fiedler</i>
133	Benjamin Reiter: Nationalsozialismus im Schulgeschichtsbuch. Zulassungsverfahren und die Aushandlung von Geschichtskultur in Bayern ab 1949 bis in die 1970er Jahre <i>Alfons Kenkmann</i>
.....	

Fritz Bauer Institut im Überblick

134	Das Fritz Bauer Institut / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter / Gremien: Wissenschaftlicher Beirat, Stiftungsrat
136	Impressum / Titelabbildung
137	Förderverein Fritz Bauer Institut e.V.



Raubwirtschaft, Zwangsarbeit, Vernichtung

Das Kriegsjahr 1942

Mit dem Überfall der Wehrmacht auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 sollten zentrale politische Ziele Adolf Hitlers und des NS-Regimes erreicht werden: die Ausschaltung des »jüdischen Bolschewismus«, die langfristige Gewinnung von »Lebensraum im Osten« für das deutsche Volk und die Sicherstellung der Versorgung des Deutschen Reiches mit Rohstoffen und Lebensmitteln aus einem europäischen Kolonialgebiet.¹

Ein wesentlich vom Staatssekretär im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft Herbert Backe entworfener Hungerplan sah den Raub der Ernteerträge in den besetzten sowjetischen Gebieten und damit verbunden den beabsichtigten Hungertod von bis zu 30 Millionen Zivilisten vor.² Bereits bei der Vorbereitung des Überfalls hatte das Oberkommando der Wehrmacht (OKW) gezeigt, dass es nicht gewillt war, Begrenzungen des geplanten Eroberungs- und Vernichtungskriegs durch kriegsvölkerrechtliche Bestimmungen hinzunehmen. Sowjetische Kriegsgefangene wurden in großer Zahl ermordet und kamen massenhaft infolge von Hunger und Seuchen ums Leben, allein von Oktober 1941 bis Januar 1942 monatlich 300.000 bis 500.000 Menschen.³ Unter der Zivilbevölkerung waren Juden von Anfang an die Hauptleidtragenden: Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD erschossen zunächst die Männer, gingen aber schon bald dazu über, unterschiedslos *alle* Juden zu ermorden.⁴ Die Eroberung weiter Teile der europäischen Sowjetunion spielte für das NS-Regime aber auch bei der »Gesamtlösung der Judenfrage« eine wichtige Rolle: Seit Frühjahr 1941 waren Pläne gereift, die jüdische Bevölkerung des »Großdeutschen Reichs« und des restlichen Europa dorthin zu deportieren.⁵

-
- 1 Vgl. »Einleitung«, in: Susanne Heim u.a. (Hrsg.), *Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland (VEJ)*, Bd. 7: *Sowjetunion mit annektierten Gebieten I. Besetzte sowjetische Gebiete unter deutscher Militärverwaltung, Baltikum und Transnistrien*, bearb. von Bert Hoppe und Hildrun Glass, München 2011, S. 13–89, hier: S. 22 f.
- 2 Vgl. Christoph Dieckmann, »Das Scheitern des Hungerplans und die Praxis der selektiven Hungerpolitik im deutschen Krieg gegen die Sowjetunion«, in: Ders., Babette Quinkert (Hrsg.), *Kriegführung und Hunger 1939–1945. Zum Verhältnis von militärischen, wirtschaftlichen und politischen Interessen*, Göttingen 2015, S. 88–122, hier: S. 90–92.
- 3 Vgl. Christian Streit, *Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945*, erw. Neuausgabe, Bonn 1991, v.a. S. 28–61; zu den Zahlen Christian Gerlach, *Der Mord an den europäischen Juden. Ursachen, Ereignisse, Dimensionen*, München 2017, S. 222.
- 4 Vgl. *VEJ*, Bd. 7, S. 29–40.
- 5 Vgl. Wolf Gruner, »Von der Kollektivausweisung zur Deportation der Juden aus Deutschland (1938–1945). Neue Perspektiven und Dokumente«, in: Birthe Kundrus, Beate Meyer (Hrsg.), *Die Deportation der Juden aus Deutschland*.

Tatsächlich ging der deutsche Vormarsch aber langsamer voran als beabsichtigt und Anfang Dezember 1941 wurde er schließlich von der Roten Armee kurz vor Moskau gestoppt. Die sowjetische Gegenoffensive konnte von der für einen Winterkrieg nicht ausgerüsteten Wehrmacht, die bereits schwere Verluste erlitten hatte, nur mit Mühe abgewehrt werden. Hitler entließ daraufhin am 19. Dezember 1941 Generalfeldmarschall Walther von Brauchitsch als Oberbefehlshaber der Wehrmacht und übernahm diese Aufgabe selbst.⁶

Die folgenden Beiträge untersuchen die Reaktionen des NS-Regimes und der Wehrmacht auf die unerwartete Entwicklung des Krieges im Osten, die viele der ursprünglichen Pläne vereitelte.

Mit Herbert Backe, dem Hungerplan und der rücksichtslosen Ausbeutung der besetzten sowjetischen Gebiete befasst sich Anselm Meyer (Dresden). Er macht den engen Zusammenhang von Ernährungspolitik und Massenmord deutlich: Die Versorgung der Wehrmacht und der deutschen Zivilbevölkerung hatte Vorrang, während Millionen sowjetische Zivilisten und Kriegsgefangene an Hunger starben.

Am Beispiel des Kriegsgefangenen-Mannschaftsstellammlagers 304 (IV H) Zeithain bei Riesa in Sachsen untersucht Jörg Osterloh (Fritz Bauer Institut) das Schicksal der nach Deutschland verbrachten Rotarmisten in den Jahren 1941/42: Dem Leben der Gefangenen wurde erst Bedeutung beigemessen, als infolge der Dauer des Krieges deren Arbeitskraft für die deutsche Kriegswirtschaft immer wichtiger wurde.

Die zunehmende Radikalisierung der Judenerschießungen in der Sowjetunion ab Sommer 1941 und den Übergang zum systematischen Massenmord an der jüdischen Bevölkerung Europas durch Gas in den Vernichtungszentren von Kulmhof, Belzec, Sobibor, Treblinka und Auschwitz-Birkenau beschreibt Jan Kreutz (Heidelberg).

Das Schicksal der jüdischen Bevölkerung im deutsch besetzten Westeuropa thematisiert schließlich Katja Happe (Ladelund). Der Übergang von der Verfolgung zur Ermordung der niederländischen Juden erfolgte im Juli 1942, als die Deportationen in die Ghettos und Vernichtungslager im besetzten Osteuropa begannen. Die Besonderheiten der Entwicklung in den Niederlanden verdeutlicht sie durch Vergleiche mit der Situation in Belgien und in Frankreich.

-
- Pläne – Praxis – Reaktionen 1938–1945*, Göttingen 2004, S. 21–62, hier: S. 44–46.
- 6 Vgl. Rolf-Dieter Müller, *Der letzte deutsche Krieg 1939–1945*, Stuttgart 2005, S. 113–115.

Links: 25.000 sowjetische Kriegsgefangene warten in einem Sammelager bei Sewastopol auf ihren Abtransport, Ukraine, 6. August 1942.
Foto: Sammlung Berliner Verlag/Archiv/Süddeutsche Zeitung Photo

Herbert Backe – Hungerplaner und Ernährungsdictator

Die deutsche Raubwirtschaft im Zweiten Weltkrieg

Von Anselm Meyer



Anselm Meyer M.A. ist Doktorand am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der Technischen Universität Dresden und arbeitet an einer Biografie Herbert Backes. Veröffentlichungen (Auswahl): (Hrsg. mit Gerhard Scheit und Renate Göllner), Vladimir Ze’ev Jabotinsky, *Die jüdische Kriegsfront*, Freiburg im Breisgau 2021 (Ersterscheinung 1940).

Foto: privat

Im Rahmen der Vorbereitung des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion, der den Tarnnamen »Unternehmen Barbarossa« trug, trafen sich am 2. Mai 1941 mehrere Staatssekretäre, unter ihnen Herbert Backe aus dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft (RMEL) sowie General Georg Thomas, Chef des Wehrwirtschaftsamts der Wehrmacht, um die wirtschaftlichen Ziele für die Kriegsführung im Osten zu vereinbaren.¹ Dabei wurde unter anderem Folgendes festgelegt: »1. Der Krieg ist nur weiterzuführen, wenn die gesamte Wehrmacht im 3. Kriegsjahr aus Russland ernährt wird. 2. Hierbei werden zweifellos zig Millionen Menschen verhungern, wenn von uns das für uns Notwendige aus dem Land herausgeholt wird. 3. Am wichtigsten ist [sic] die Bergung und der Abtransport von Ölsaaten, Ölkuchen, dann erst Getreide. Das vorhandene Fett und Fleisch wird voraussichtlich die Truppe verbrauchen.«²

In diesen kurzen Stichpunkten wurde nichts anderes als der Plan zur Ermordung von Millionen Menschen durch eine gezielte Ausplünderung der Sowjetunion festgehalten. Die Hungerpolitik war von vornherein integraler Bestandteil der Kriegsführung im Osten, um so das deutsche Ostheer ernähren und die Nachschubwege entlasten zu können. Die »notwendigen« Vorgaben in Bezug auf die Ernährungsfragen wurden im Wesentlichen von Herbert Backe

ausgearbeitet. Diese Art der Versorgungspolitik wurde festgelegt, noch bevor es in Deutschland zu Nahrungsmittelengpässen kam. Die Ernährungspolitik schlug sich auch in militärstrategischen Erwägungen nieder. Große Städte sollten gar nicht erst eingenommen, sondern belagert und ausgehungert werden, um keine Kilokalorien für die Versorgung der sowjetischen Zivilbevölkerung einkalkulieren zu müssen. Das bekannteste und mörderischste Beispiel hierfür ist sicherlich die Belagerung Leningrads, der schätzungsweise 1,3 Millionen Menschen zum Opfer fielen.³ Weniger bekannt ist, dass auch das ukrainische Charkiv sowie die Krim gezielt ausgehungert wurden.⁴

Der historische Komplex der Ausbeutung und des gezielten Aushungerns der Bevölkerung der Sowjetunion ist vor allem mit einem Namen verbunden: Herbert Backe (1896–1947). Backe war als Staatssekretär des RMEL von Hermann Göring, dem Beauftragten für den Vierjahresplan, zum Ernährungsbeauftragten in der Vierjahresplanbehörde gemacht worden und war damit de facto der mächtigste Mann im Ernährungswesen, einflussreicher noch als sein Vorgesetzter, Minister Walther Darré.

Im Jahr 1942, als sich abzeichnete, dass es aufgrund des sich in die Länge ziehenden Krieges gegen die Sowjetunion zu schwerwiegenden Versorgungsengpässen kommen würde, wurde Backe ab dem 1. Juni 1942 zum geschäftsführenden Minister des RMEL ernannt, bevor er das Ministerium 1944 offiziell übernahm. Er galt als effizienter und rücksichtsloser Krisenmanager. Unter seiner Ägide kam es zu einer neuerlichen Verschärfung der Ausplünderungspolitik.

Man kann nur schätzen, wie viele Millionen Menschen den deutschen Hungerplänen zum Opfer fielen. Der Nahrungsmittelraub, der im Ernährungsministerium von Backe geplant und in den besetzten Gebieten der Sowjetunion implementiert wurde, leistete einen wesentlichen Beitrag zur Sicherstellung der notwendigsten Nahrungsmittelversorgung der deutschen Bevölkerung.⁵ Dafür litten und starben Millionen Sowjetbürger an Hunger.

3 Die Zahl der Opfer der deutschen Blockade der zweitgrößten Stadt der Sowjetunion ist nur annäherungsweise zu schätzen, eine definitive Zahl wird nicht zu ermitteln sein, s. hierzu Kapitel 5 in Jörg Ganzenmüller, *Das belagerte Leningrad 1941 bis 1944. Die Stadt in den Strategien von Angreifern und Verteidigern*, Paderborn u.a. 2005, S. 238.

4 Für eine Zusammenstellung von Dokumenten s. *Verbrechen der Wehrmacht: Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941–1944*, Ausstellungskatalog, hrsg. vom Hamburger Institut für Sozialforschung, Hamburg 2002, S. 287 f.

5 Christoph Buchheim argumentiert überzeugend, dass es der Reichsregierung lediglich gelang, die Versorgung der deutschen Zivilbevölkerung durchgehend auf dem Niveau des Existenzminimums sicherzustellen. Allerdings konnte sie die Wiederholung einer ähnlichen Ernährungskatastrophe wie im Ersten Weltkrieg verhindern, s. Christoph Buchheim, »Der Mythos vom »Wohlleben«. Der Lebensstandard der deutschen Zivilbevölkerung im Zweiten Weltkrieg«, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 58 (2010), H. 3, S. 299–328.

Vor dem Krieg – Ideologische und praktische Aspekte der deutschen Ernährungswirtschaft

Grundlegendes Ziel der Ernährungswirtschaftspolitik war es, die Heimatfront, sprich die deutsche Zivilbevölkerung, nicht durch Rationskürzungen zu belasten und vor allen anderen die Soldaten der Wehrmacht ausreichend zu versorgen. Diese wurden so gut gepflegt, dass sie aus den besetzten Ländern Europas sogar Lebensmittelpakete an ihre Familien in der Heimat schicken konnten.⁶

Hintergrund der deutschen Ernährungswirtschaft war die durch die Seeblockade der Entente-Mächte ausgelöste Versorgungskrise im Ersten Weltkrieg. Wenige Monate nach Kriegsbeginn waren die Vorräte in Deutschland damals aufgebraucht. Ernährungswirtschaftlich war der Krieg für das Kaiserreich bereits 1916 verloren,⁷ 400.000 Deutsche verhungerten bis Kriegsende. Aufgrund der schlechten Versorgungslage war schließlich einerseits ein erheblicher Teil der Soldaten nicht mehr dazu bereit, weiterzukämpfen, und andererseits auch die deutsche Zivilbevölkerung kriegsmüde geworden. Die mangelnde Versorgung an der Heimatfront trug somit zur deutschen Revolution von 1918/19 bei, die den Krieg letztlich beendete.⁸ Die Oberste Heeresleitung erklärte später aber, dass das deutsche Heer im Felde unbesiegt geblieben wäre, wenn die »Vaterlandsverräter« in der Heimat – allen voran Judentum und Sozialdemokratie – der Armee nicht in den Rücken gefallen wären: Die sogenannte Dolchstoßlegende war geboren. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) gehörte zu den eifrigsten Verfechtern dieses Verschwörungsmythos. Nachdem Adolf Hitler 1933 zum Reichskanzler ernannt worden war, hielt die neue Reichsregierung daran fest, zog aber gleichwohl die materiellen Konsequenzen aus den tatsächlichen Ursachen für den Zusammenbruch der Heimatfront im Ersten Weltkrieg. Das dringlichste Ziel der Landwirtschafts- und Ernährungspolitik sollte sein, die deutsche Ernährungswirtschaft für den nächsten Krieg »blockadefest« zu machen. Mit dieser Aufgabe war in erster Linie das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft betraut. Dieses führte seit 1933 Walther Darré, der Herbert Backe zu seinem Staatssekretär ernannt hatte.

6 Vgl. Götz Aly, *Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus*, Frankfurt am Main 2006, S. 206.

7 Für einen Überblick über die Geschichte der Ernährung im Ersten Weltkrieg s. Andrea Fadani, »Hunger an der deutschen Heimatfront im Ersten Weltkrieg«, in: *Hunger – Zur Geschichte einer existenziellen Bedrohung*, hrsg. vom Haus der Geschichte Baden-Württemberg in Verbindung mit der Stadt Stuttgart, Stuttgart 2017, S. 119–147, hier: S. 137.

8 Vgl. Christian Gerlach, »Hunger in den besetzten Gebieten im Zweiten Weltkrieg – deutsch und global«, in: *Hunger – Zur Geschichte einer existenziellen Bedrohung*, hrsg. vom Haus der Geschichte Baden-Württemberg in Verbindung mit der Stadt Stuttgart, Stuttgart 2017, S. 149–166, hier: S. 152.

Backe stammte ebenso wie Darré, der in Argentinien geboren wurde, ursprünglich nicht aus Deutschland. Er kam als Sohn eines ausgewanderten preußischen Offiziers im heute georgischen Batumi am Schwarzen Meer zur Welt, wo er auch seine Jugend verbrachte. Mit Beginn des Ersten Weltkrieges wurden er und seine Familie interniert. Schließlich mussten sie das Zarenreich verlassen, woraufhin sie sich in Deutschland ansiedelten. Backe studierte Agrarwissenschaften in Göttingen und strebte mit einer Arbeit über die Bedeutung der russischen Getreidewirtschaft für Westeuropa eine Promotion an. Sein Promotionsvorhaben scheiterte jedoch, da seine Arbeit als zu politisch galt. Darin legte Backe dar, worin sich die Getreidewirtschaft des Zarenreiches von jener der Sowjetunion unterschied und welche Folgen dies für Deutschland und Westeuropa hatte. Deutschland war in hohem Maße von Getreideimporten abhängig, unter anderem musste ein Drittel der zur Weiterverarbeitung vorgesehenen Nahrungsmittelrohstoffe aus dem Ausland gekauft werden. Daher war das landwirtschaftlich geprägte russische Zarenreich mit seinem großen Getreideüberschuss für Deutschland ein wichtiger Handelspartner. Die bolschewistische Oktoberrevolution von 1917 hatte aber schon bald die Modernisierung des rückständigen Landes zur Folge. Ganze Städte und neue Industriezentren wurden aus dem Boden gestampft, die Bevölkerung wuchs. Die Menschen verließen in Scharen das Land und zogen wegen der besseren Arbeitsperspektiven in die Städte, weshalb die Getreideproduktion sank. Für die deutsche Handelsbilanz hatte dies zur Folge, dass die Importpreise für russisches Getreide stiegen. In dieser Entwicklung erkannte Backe aufgrund der deutschen Abhängigkeit von Rohstoffimporten gravierende Probleme für die Landwirtschaft. Da Deutschland anders als etwa Großbritannien kein großes Kolonialreich besaß, aus dem es billig Rohstoffe importieren konnte, um dann Veredelungsgüter teuer zu exportieren, war die deutsche Landwirtschaft global nicht konkurrenzfähig. Sie konnte keinen Exportüberschuss erzielen, da die Importkosten nicht durch Exporte ausgeglichen wurden. Die deutschen Bauern litten vor allem unter dem stetigen Preisverfall ihrer Produkte, weshalb viele von ihnen verarmten. Sie waren in einen Teufelskreis geraten: Sie mussten ihre Produkte unter Wert verkaufen, um mit den billigeren Importwaren zu konkurrieren, und konnten so kaum in die Modernisierung der Landwirtschaft investieren, wodurch sie weiter ins Hintertreffen gerieten. Die Anschaffung von Landmaschinen, die eine Effizienz- und damit Ertragssteigerung bedeutet hätte, war en gros nicht möglich.

Backe, der seit 1922 Mitglied der SA sowie mit Unterbrechungen seit 1925 Mitglied der NSDAP war und 1927 zunächst die Verwaltung eines Gutes in Pommern übernommen und 1928 schließlich eine Domäne in Alfeld bei Hildesheim gepachtet hatte, beobachtete diese Entwicklungen eingehend. In seiner Selbstdarstellung, die er 1946 als »Großen Bericht« in alliierter Haft in Nürnberg niederschrieb, erklärte er, dass es ihm gelungen sei, sein

Gut relativ erfolgreich durch diese Krisen zu bringen.⁹ Gleichwohl sei er sich des Leidens der deutschen Landwirtschaft sehr bewusst gewesen.

Die Abhängigkeit von Importen und die Bedrängnis der deutschen Landwirtschaft waren für Backe allerdings nur Symptome der Krise: Der liberalistische Freihandel und die liberalistische Weltanschauung überhaupt waren seiner Ansicht nach das grundlegende Problem. Das Vereinigte Königreich habe der Welt die Doktrin des Freihandels aufgezwungen. Während die USA Südamerika als ihr »Hinterland« nutzen und wie ein Kolonialgebiet behandeln könnten, leide die deutsche Wirtschaft unter dem Joch des Freihandels, da sie über kein Kolonialreich verfüge. Backe zufolge war der Bolschewismus die extremste Ausformung des Liberalismus und des radikalen Individualismus, der alle vermeintlich urwüchsigen Bande wie Volk und Familie aufsprenge. Liberalismus und Bolschewismus waren für ihn nichts anderes als zwei Seiten derselben Medaille. Auch hinter dem politischen und wirtschaftlichen Liberalismus wählte Backe demzufolge das Judentum, welches als Volk ohne Staat und Boden sein Fortkommen durch Handel sichere. In der wahnhaften Vorstellung des nationalsozialistischen Antisemitismus beherrschte die »Goldene Internationale« zwischen der Wall Street und Moskau die Welt durch den Freihandel, der die Völker unterdrücke.

In seiner Dissertationsschrift finden sich diese antisemitischen Projektionen und Personalisierungen der anonymen Marktkräfte noch nicht, allerdings zeugt sie schon von einer klaren antirussischen Stoßrichtung. Russland war demzufolge nicht mehr als ein Getreidelieferant für das Deutsche Reich. In den Vorträgen und Schriften, die er als Ernährungspolitiker in den 1930er Jahren hielt und verfasste, trat seine antisemitische Weltanschauung dann umso radikaler hervor. In einer Rede, gehalten 1935 auf dem Reichsbauerntag in Goslar, sprach er von »Nomadenvölkern und Parasiten«, aus deren Tradition Liberalismus und Freihandel hervorgegangen seien.¹⁰ Diese seien das Werk des Judentums und das zentrale Problem der Zeit überhaupt. Den Nationalsozialismus verstand er deswegen auch als diejenige politische Bewegung, die als Einzige begriffen habe, dass es unabdingbar sei, die Epoche des Liberalismus, der jede »Verbundenheit mit dem Boden« auflöse und entwerte, zu beenden. Wohlgemerkt sollte der Freihandel abgeschafft werden, nicht aber die kapitalistische Produktionsweise und auch nicht der private Besitz der Produktionsmittel.

Das zentrale Element in Backes agrarpolitischen Überlegungen war der Hass auf den Freihandel, den politisch zu bekämpfen er angetreten war. Dafür sollte zunächst die Landwirtschaft aus

.....

⁹ Bundesarchiv (BAArch), N 1075/3, Bl. 6, Herbert Backe, Großer Bericht.
¹⁰ Herbert Backe, *Volk und Wirtschaft im nationalsozialistischen Deutschland. Reden*, Berlin 1936, S. 23.



Links: Reichsminister Herbert Backe in der Uniform eines SS-Gruppenführers. Foto: Scherl/Süddeutsche Zeitung Photo

Mitte: Raub russischen Getreides, September 1942: Im Gefolge der Soldaten kamen die »Einsatzstäbe landwirtschaftlicher Organisationen« in die besetzten Länder, um durch Beschlagnahmeaktionen den Bedarf der Wehrmacht zu decken. Ein Soldat kontrolliert an einer Dreschmaschine einen Getreidesack. Foto: Scherl/Süddeutsche Zeitung Photo

Unten: Kampfflugzeug Junkers JU 88 auf einem Feldflugplatz am Don in der Ukraine, September 1942. Foto: Scherl/Süddeutsche Zeitung Photo



der allgemeinen Wirtschaftsordnung herausgelöst, also staatlich geschützt werden. Das übergeordnete politische Ziel war aber die Errichtung eines gewaltigen deutschen Kolonialreichs in Europa vor allem auf dem Territorium der westlichen Sowjetunion. Backe war der Überzeugung, dass nur dies die Versorgung des Deutschen Reiches sicherstellen würde. Rückblickend schrieb er, dass er sich darin mit Hitler in Übereinstimmung wisse.¹¹ Backe schuf in seinen Schriften und Reden einen konkreten Entwurf eines wirtschaftlich autarken Deutschlands als Gegenkonzept zu Wirtschaftsliberalismus und Freihandel. Er war damit, auch wenn er bisher nicht so wahrgenommen worden ist, einer der prononciertesten Wirtschaftstheoretiker des Nationalsozialismus. Der Begriff der Autarkie ist allerdings irreführend, denn Backe sah keineswegs vor, dass Deutschland sich ausschließlich von der eigenen Scholle ernähren sollte. Wenn von Autarkie die Rede war, war vielmehr ein Großraum Europa unter deutscher Hegemonie gemeint, und wenn Backe von der Zukunft Europas sprach, bedeutete dies deutsches Wohlergehen. Für ihn war klar, dass dieser Wirtschaftsraum nicht im Einvernehmen mit den anderen europäischen Mächten entstehen konnte, sondern nur durch Krieg.

Um die Landwirtschaft möglichst bald kriegsfähig zu machen, richteten Backe und Darré Ackerbau, Bodenkultur und Viehhaltung teilweise neu aus. Die kriegsnotwendige »Blockadefestigkeit« sollte durch direkte Eingriffe des Staates in die landwirtschaftliche Produktions- und Distributionssphäre erreicht werden. Die Landwirtschaft sollte in Zukunft nicht mehr nach den Marktprinzipien von Angebot und Nachfrage funktionieren. An deren Stelle trat der Reichsnährstand als Steuerungsinstrument für die Landwirtschaft und die Nahrungsmittelproduktion, eine für das Dritte Reich typische quasistaatliche politische Organisation, die an das Landwirtschaftsministerium angeschlossen wurde.¹² Distribution und Verarbeitung von landwirtschaftlichen Rohstoffen wurden durch den Reichsnährstand kontrolliert, etwa indem die Organisation Preise für Getreide und in der Folge für Brot festlegte. Der Staat trat so zum einen als Garant für die Bauern auf, die mit festen Abnahmepreisen für ihre Produkte rechnen konnten, und zum anderen als vermeintlicher Beschützer der arbeitenden Bevölkerung, die sich keine Sorgen um die Lebensmittelversorgung und -preise machen sollte.

Die zweite wesentliche Neuerung in der NS-Landwirtschaftspolitik war die Einführung des sogenannten Reichserbhofgesetzes, das zur Effizienzsteigerung der deutschen Höfe vorsah, dass diese ab einer bestimmten Größe nicht mehr unter mehreren Erben aufgeteilt

werden durften.¹³ Der Staat griff also regulativ in die Produktions-sphäre und in die Besitzverhältnisse in der Landwirtschaft ein, ohne diese direkt zu verstaatlichen. Die Neuordnung der Landwirtschaft wurde als Marktordnung bezeichnet. Der Begriff ist wörtlich zu nehmen. Unter der Ägide des NS-Regimes (der Reichsnährstand war ein hybrides Gebilde aus Staat und Partei) wurde die Agrarwirtschaft »geordnet«, sprich staatlich geschützt und aus der Dynamik des freien Marktes herausgehoben. Auf dieser Grundlage ließ das Reichsernährungsministerium eine »Reichsgetreidereserve« anlegen, um etwaigen Ausfällen durch schlechte Ernten vorzugreifen. Zu diesem Zweck wurden unzählige Silos gebaut. Darüber hinaus wurde nach dem Vorbild des faschistischen Italien die »Erzeugungsschlacht« ausgerufen, die tatsächlich eine Steigerung der Erträge zur Folge hatte. So schuf der NS-Staat in den Jahren vor dem Krieg die Grundlage, um einer britischen Seeblockade standzuhalten. Backe, der an zentraler Stelle den Krieg ernährungspolitisch und wirtschaftlich vorzubereiten half, war sich allerdings auch bewusst, dass es zu Versorgungsengpässen kommen würde, dauerte der Krieg länger als drei Jahre. Zwar fand der Überfall auf die Sowjetunion innerhalb dieser Frist statt, jedoch bedurfte es hierfür einer umfassenden ernährungswirtschaftlichen Planung, da die Ernten des Jahres 1941 schlechter als sonst ausgefallen waren.

Das »Unternehmen Barbarossa« und die Ernährungsfrage

Die schnellen militärischen Siege über Polen und Frankreich ließen Herbert Backe Anfang September 1940, zu Beginn des zweiten Kriegsjahres, jubilieren. Die Hoffnung Englands, dass »General Hunger«¹⁴ auch in diesem Krieg erfolgreich zuschlagen würde, sei endgültig Lügen gestraft worden. Die deutsche Führung und mit ihr die Spitzen der Wehrmacht zogen aus ihren Erfolgen gegen Frankreich den Schluss, dass der Krieg gegen die Sowjetunion ähnlich verlaufen und man noch vor Wintereinbruch Moskau einnehmen und den europäischen Teil der Sowjetunion, vor allem die ertragreichen Schwarzerdegebiete in der Ukraine, weithin kontrollieren würde.

Zur Vorbereitung des »Unternehmens Barbarossa« hatten Herbert Backe und sein Gegenüber bei der Wehrmacht, General Georg Thomas, Chef des Wehrwirtschaftsamts, am 2. Mai 1941 die eingangs zitierten Vorgaben für die wirtschaftliche Ausplünderung der Sowjetunion erarbeitet. Auf dieser Grundlage legte die »Gruppe Landwirtschaft« der Vierjahresplanbehörde am 23. Mai 1941 ihre »Wirtschaftspolitischen Richtlinien« fest. Diese gingen davon aus,

dass die Sowjetunion nicht mehr genügend Getreideüberschüsse produzieren könne, weil die sowjetische Bevölkerung seit der Oktoberrevolution um dreißig Millionen Menschen angewachsen und es zu einer Verstädterung gekommen sei. Die Sowjetunion war seit der Oktoberrevolution als Getreidelieferant weggefallen. Deshalb sei es erforderlich, die Wirtschaftsstruktur in den besetzten Gebieten neu zu ordnen: Die Industrielandschaft sei abzubauen und auf die deutschen Interessen auszurichten, und die landwirtschaftlichen Überschussgebiete seien von den Zuschussgebieten, insbesondere den Großstädten, abzuriegeln. Nur so könnten die vom Deutschen Reich benötigten 8,7 Millionen Tonnen Getreide Jahr für Jahr aus dem Land gepresst werden, um davon die deutsche Bevölkerung statt wie bisher die sowjetischen Großstädter zu ernähren. »Vernichtungskrieg« bedeutete in diesem Zusammenhang auch, die besetzten Gebiete gewaltsam auf den Stand vor der Revolution und damit vor der Modernisierung zurückzuwerfen.

Die Planer waren sich der Folgen ihrer völlig enthemmten Raubwirtschaft bewusst: »Aus all dem folgt, daß die deutsche Verwaltung in diesem Gebiet wohl bestrebt sein kann, die Folgen der zweifellos eintretenden Hungersnot zu mildern und den Naturalisierungsprozeß zu beschleunigen. Man kann bestrebt sein, diese Gebiete intensiver zu bewirtschaften im Sinne einer Ausdehnung der Kartoffelanbaufläche und anderer für den Konsum wichtiger, hohe Erträge gebender Früchte. Die Hungersnot ist dadurch dort nicht zu bannen. Viele 10 Millionen von Menschen werden in diesem Gebiet überflüssig und werden sterben oder nach Sibirien auswandern müssen. Versuche, die Bevölkerung dort vor dem Hungertode dadurch zu retten, daß man aus der Schwarzerdezone Überschüsse heranzieht, können nur auf Kosten der Versorgung Europas gehen. Sie unterbinden die Durchhaltungsmöglichkeit Deutschlands im Kriege, sie unterbinden die Blockadefestigkeit Deutschlands und Europas. Darüber muss absolute Klarheit herrschen.«¹⁵

Wenige Tage später sprach Backe bei Reichspropagandaminister Joseph Goebbels vor, der über dieses Treffen in seinem Tagebuch notierte: »Backe legt die Ernährungslage dar. Wie er mir vor ein paar Tagen berichtete. Noch einige zusätzliche Angaben, die zu Optimismus berechtigen. Wenn nur die diesjährige Ernte gut wird. Und dann wollen wir uns ja am Osten gesundstoßen.«¹⁶ Damit waren die Pläne für die Ressourcen der besetzten Länder in Osteuropa und der Sowjetunion im Wesentlichen zusammengefasst. Sie sollten als Nahrungsmittellieferant dienen, allerdings nicht nur für die Zeit des Krieges, sondern auch darüber hinaus. Weißrussland sowie vor

allem die Ukraine sollten als »Kornkammern« des Deutschen Reichs genutzt werden. So weit die Planung. In der Realität führten diese Räume nicht zu einer substanziellen Steigerung des Lebensniveaus. Durch ihre rücksichtslose Ausbeutung konnte aber die Versorgungslage der deutschen Bevölkerung immerhin auf einem Existenzminimum gehalten werden. Backe zufolge lag dies daran, dass diese Gebiete zu dicht besiedelt waren, weshalb sie keine nennenswerten Überschüsse produzierten. Echte Kornkammern, so Backe, seien bevölkerungsarm.¹⁷ Der Tod von Millionen ukrainischen, weißrussischen und großrussischen Stadtbewohnern sowie die gezielte Ermordung von Juden, Kranken und Behinderten waren in dieser Logik nicht nur die Voraussetzung, um die Wehrmacht zu ernähren und damit die Heimatfront zu entlasten, sondern gleichermaßen »notwendig« im Sinne der nationalsozialistischen Utopie eines unter deutscher Führung entstehenden Wirtschaftsgroßraums Europa, dessen Lebensmittelversorgung diese Territorien sicherstellen sollten.¹⁸

Eine Militärverwaltung unter einem Befehlshaber sollte in den eroberten Gebieten nicht aufgebaut werden.¹⁹ Neben den Fachämtern des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW) war das (personell schwach ausgestattete) Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete unter Alfred Rosenberg die entscheidende Instanz, die sich mit den okkupierten Teilen der Sowjetunion beschäftigte. Eine einheitliche Verwaltungs- beziehungsweise Besatzungsstruktur wurde nicht geschaffen. So gab es für die Sowjetunion, anders als in Frankreich, keine Zentralverwaltung. Die Entscheider saßen in Berlin oder in den Führerhauptquartieren. Es entstand lediglich eine rudimentäre Verwaltung, die sich vor allem mit Fragen des Kriegsgefangenenwesens, der »Befriedung«, also der gewaltsamen Unterdrückung jeglichen Widerstands durch SS und Wehrmacht, sowie der wirtschaftlichen Ausbeutung der Gebiete befasste. Zivile und militärische Organisationen arbeiteten bis September 1943 relativ harmonisch zusammen. Von da an traten die Kompetenzüberschneidungen und die daraus resultierenden Streitereien offen zutage.

Die Ausplünderung der besetzten Gebiete ins Werk zu setzen war die Aufgabe von Hans-Joachim Riecke. Nachdem Hitler Backe im April 1942 zum kommissarischen Leiter des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft ernannt hatte, betraute dieser

11 BArch, N 1075/3, Bl. 7 f., Herbert Backe, Großer Bericht.

12 Vgl. zum Reichsnährstand Horst Gies, »Die Rolle des Reichsnährstandes«, in: Gerhard Hirschfeld, Lothar Kettenacker (Hrsg.), *Der »Führerstaat«. Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches*, Stuttgart 1981, S. 270–304.

.....

13 »Reichserbhofgesetz. Vom 29. September 1933«, in: *Reichsgesetzblatt I*, 1933, S. 685–692.

14 BArch, N 1075/5, Bl. 1, An der Schwelle zum zweiten Kriegsjahr.

15 Wirtschaftspolitische Richtlinien, in: *Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher*, Bd. 36, S. 135–157, hier: S. 144 f., Dok. 126 EC.

16 Goebbels, Tagebucheintrag vom 6.5.1941, zit. nach Götz Aly, Susanne Heim, *Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung*, Frankfurt am Main 1993, S. 372.

.....

17 Ebd., S. 10.

18 Backe selbst führte diese Gedanken in seinem 1941 erschienenen Buch *Um die Nahrungsfreiheit Europas. Weltwirtschaft oder Großraum* aus. Das Buch kann als Backes ideologische Grundlagenschrift verstanden werden, breitet er darin doch noch einmal aus, warum der Liberalismus ein zum Scheitern verurteiltes System und nur ein unter deutscher Führung geordneter Kontinent Europa mit seinen Kornkammern im Osten überlebensfähig sei. Darüber hinaus liest sich das Buch wie eine Rechtfertigung für den Krieg sowie die damit verbundenen Einschränkungen für die Heimatfront.

19 Vgl. Dieter Pohl, *Herrschaft der Wehrmacht. Deutsche Militärbesatzung und einheimische Bevölkerung in der Sowjetunion 1941–1944*, Frankfurt am Main 2011, S. 87. Zum Folgenden ebd.



Filip Gańczak
Jan Sehn und die Ahndung der Verbrechen von Auschwitz
Eine Biographie

Aus dem Polnischen übersetzt von Lothar Quinkenstein
 Studien zur Geschichte und Wirkung des Holocaust (Hg. von Sybille Steinbacher, i.A. des Fritz Bauer Instituts), Bd. 7
 ca. 256 S., ca. 20 Abb., geb., Schutzumschlag
 ca. 25,00 € (D); ca. 25,70 € (A)
 ISBN 978-3-8353-5321-3

Für die juristische Aufarbeitung der NS-Verbrechen hat Jan Sehn in Polen eine ähnlich hohe Bedeutung wie Fritz Bauer in der Bundesrepublik Deutschland.



Désirée Hilscher
Den Helden geschaffen
Fritz Bauers Rückkehr ins kollektive Gedächtnis

Kleine Reihe zur Geschichte und Wirkung des Holocaust (Hg. von Sybille Steinbacher, i.A. des Fritz Bauer Instituts), Bd. 3
 ca. 176 S., Klappenbroschur
 ca. 18,00 € (D); ca. 18,50 € (A)
 ISBN 978-3-8353-5319-0

Die Erinnerung an Fritz Bauer als identitätsstiftendes geschichtspolitisches Narrativ.



Johannes Meerwald
Spanische Häftlinge in Dachau
Bürgerkrieg, KZ-Haft und Exil

Kleine Reihe zur Geschichte und Wirkung des Holocaust (Hg. von Sybille Steinbacher, i.A. des Fritz Bauer Instituts), Bd. 4
 ca. 128 S., Klappenbroschur
 ca. 14,90 € (D); ca. 15,40 € (A)
 ISBN 978-3-8353-5320-6

Das Schicksal der spanischen Häftlinge in einem deutschen Konzentrationslager.

Riecke kommissarisch mit den Aufgaben des Staatssekretärs. Riecke leitete zudem die Hauptgruppe Ernährung und Landwirtschaft im Wirtschaftsstab Ost, die im Auftrag der Vierjahresplanbehörde die Ausplünderung der eroberten Gebiete organisierte. Im Ostministerium gab es ebenfalls eine Stelle, die dasselbe Ziel verfolgte. Auch sie wurde von Riecke geleitet. Hans-Joachim Riecke agierte also als Angehöriger des Reichsernährungsministeriums, der Vierjahresplanbehörde und des Ostministeriums.²⁰ Diese Ämter- und Ressourcenhäufung ist selbst für den Nationalsozialismus bemerkenswert.²¹ Die deutschen Besatzer hatten nicht vor, grundlegend in die Produktion einzugreifen. Zwar planten Riecke und Rosenberg eine Umstrukturierung, durch die etwa die Kolchosbauern mehr Land zur Eigenbewirtschaftung erhalten sollten, um dadurch deren Wohlwollen zu gewinnen. Letztlich wurden die Kolchosen aber nicht in Einzelbetriebe aufgeteilt, weil diese sich als nicht ertragreich genug erwiesen. Ab 1943 änderte sich schließlich die Besatzungspraxis: Sogenannte Landwirtschaftsführer übernahmen die Verantwortung für die Kolchosen. Da sie sich oftmals bereits als zukünftige Herren über riesige Güter im Osten wähten, sprachen sie sich ebenfalls gegen eine Zerschlagung der Betriebe aus.²²

Der Wirtschaftsstab Ost hatte die Aufgabe, die Erträge einzusammeln und umzuverteilen. Die Höhe der Bezüge wurde folgendermaßen priorisiert: An erster Stelle kam die Wehrmacht, danach die Heimatfront, drittens die Zivilbevölkerung der eingenommenen Gebiete, und zuletzt wurden die Kriegsgefangenen bedacht. Teile der Heeresleitung in den besetzten Gebieten der Sowjetunion hätten sich eine bessere Versorgung der Zivilbevölkerung gewünscht, zum einen, weil man Angst vor dem Ausbruch von Seuchen hatte, zum anderen, weil man fürchtete, der Mangel könne die Menschen in die Arme der Partisanen treiben. Uneinigkeit bestand auch darüber, wie mit der Bevölkerung des Baltikums und der Ukraine umgegangen werden sollte. Rosenberg wollte für diese Länder eine bessere Versorgung erreichen, da er sie als Verbündete im Kampf gegen die Sowjetunion auf die Seite der Deutschen ziehen wollte. Das politische Gewicht des Ostministers reichte letztlich aber nicht aus, um sich durchzusetzen.

Implementierung und Scheitern des Hungerplans

Auf dem Papier schien es den Planern von Reichsernährungsministerium und Wehrmacht ohne Weiteres machbar, Millionen

²⁰ Vgl. Aly, Heim, *Vordenker*, S. 355.

²¹ S. z.B. Peter Hüttenberger, »Nationalsozialistische Polykratie«, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 4 (1976), H. 2, S. 417–442.

²² Vgl. Wigbert Benz, *Hans-Joachim Riecke, NS-Staatssekretär: Vom Hungerplaner vor, zum »Welternter« nach 1945*, Berlin 2014, S. 52.

Sowjetbürger von der Lebensmittelfuhr abzuschneiden, auszuhungern und die so entstandenen Überschüsse in das Reich abzutransportieren. Allerdings wurde schnell deutlich, dass sich der Hungerplan nicht einfach implementieren ließ und keine raschen Ergebnisse zeitigen würde. Er entpuppte sich vielmehr als eine weitere Dystopie der NS-Großraumplanung. Die Wehrmacht verfügte weder über genügend Truppen, um die bereits in der Planung des »Unternehmens Barbarossa« vorgesehenen »Überschuss- und Mangelzonen« voneinander abgrenzen und einen »Grenzverkehr« verhindern zu können, noch reichte ihre Mannschaftsstärke aus, um große Städte von der Versorgung durch das Land abschneiden zu können.²³

Auch wenn sich der Hungerplan in all seiner Grausamkeit nicht in vollem Umfang durchsetzen ließ, gelang es den Besatzern dennoch, sich Getreide in einer Menge anzueignen, die zwölf Millionen Sowjetbürger drei Jahre lang ernährt hätte.²⁴ Die Planer in Berlin mussten nach Rücksprache mit den Besatzungskräften vor Ort zur Kenntnis nehmen, dass man nicht einfach allen Bewohnern in den designierten Hungergebieten das Essen vorenthalten konnte. Das ging schon deswegen nicht, weil man im gesamten Besatzungsgebiet auf die Kooperation und Arbeitskraft von Teilen der Bevölkerung angewiesen war, etwa von Handwerkern, die für die Wehrmacht arbeiten sollten. Die Ausbeutung der Ressourcen wurde so zu einem Balanceakt. An die Stelle des die gesamte westliche Sowjetbevölkerung betreffenden Hungerplans trat eine Politik der gruppenbezogenen Mangelerkennung.

Am schwersten litten die sowjetischen Kriegsgefangenen, die in provisorischen Lagern – es handelte sich dabei meist um große Freiflächen, die lediglich abgezaunt wurden – verschwindend geringe Lebensmittelrationen erhielten. Schätzungen gehen davon aus, dass bis zum 1. Februar 1942 von den bis dahin etwa 3,35 Millionen Rotarmisten in deutscher Kriegsgefangenschaft bereits zwei Millionen während der Transporte sowie durch Hunger und Seuchen in den Lagern ums Leben gekommen waren.²⁵ Gemäß den Bestimmungen des Kriegsvölkerrechts hätte die Wehrmacht ihre Verpflegung sicherstellen müssen. Dies war jedoch nicht vorgesehen.

Des Weiteren fielen körperlich und vor allem geistig Kranke einem gezielten Hungertod zum Opfer.²⁶ Die sich verschlechternde

²³ Vgl. Mark Mazower, *Hitlers Imperium. Europa unter der Herrschaft des Nationalsozialismus*, München 2011, S. 269.

²⁴ Vgl. Gerlach, »Hunger in den besetzten Gebieten«, S. 154, s. auch Christoph Dieckmann, »Das Scheitern des Hungerplans und die Praxis der selektiven Hungerpolitik im deutschen Krieg gegen die Sowjetunion«, in: Ders., Babette Quinkert, *Kriegführung und Hunger 1939–1945. Zum Verhältnis von militärischen, wirtschaftlichen und politischen Interessen*, Göttingen 2015, S. 88–122.

²⁵ Vgl. Aly, *Volksstaat*, S. 201, sowie Dieckmann, »Das Scheitern des Hungerplans«, S. 116.

²⁶ Vgl. Dieckmann, »Das Scheitern des Hungerplans«, S. 118 f.



Martin Sabrow
Der Rathenaumord und die deutsche Gegenrevolution

3. Aufl., 334 S., 17 Abb., geb., Schutzumschlag
 30,00 € (D); 30,90 € (A)
 ISBN 978-3-8353-5174-5

»brillante Studie (...) ein mustergültiges Beispiel für knallharte Geschichtskriminalistik«

Alexander Gallus, FAZ

»detailliert, tiefeschürfend und spannend«

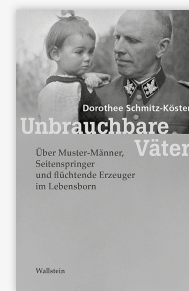
Cord Aschenbrenner, Süddeutsche Zeitung



Anat Feinberg
Die Villa in Berlin
Eine jüdische Familiengeschichte 1924–1934

ca. 234 S., ca. 40 Abb., geb., Schutzumschlag
 ca. 24,00 € (D); ca. 24,70 € (A)
 ISBN 978-3-8353-5315-2

Berlin in den »Goldenen Zwanzigern«: eine Familiensaga im Spiegel der jüdischen Kultur.



Dorothee Schmitz-Köster
Unbrauchbare Väter
Über Muster-Männer, Seitenspringer und flüchtende Erzeuger im Lebensborn

160 S., 50 Abb., geb., Schutzumschlag
 22,00 € (D); 22,70 € (A)
 ISBN 978-3-8353-5325-1

Vielen Männern des SS-Lebensborn ist es gelungen, anonym zu bleiben – aber nicht allen: eine Geschichte über Doppelmoral, Geheimnisse und unendliches Leid.

Versorgungslage im Reich führte zu einer weiteren Radikalisierung der gegen die Juden der Sowjetunion gerichteten Vernichtungspolitik. Durch ihre Ermordung sollte die Versorgungslage verbessert werden.²⁷

Anstatt eine großangelegte Aufteilung der besetzten sowjetischen Gebiete in Mangel- und Überschusszonen vorzunehmen, ermordeten die Deutschen jene Gruppen von Menschen, derer sie direkt physisch habhaft werden konnten, sei es in Kriegsgefangenenlagern, in Psychiatrien und in den bereits seit Beginn des »Unternehmens Barbarossa« eingerrichteten Ghettos.

Krisenjahr 1942

Im September 1941 wurde den Verantwortlichen in Wehrmacht, Staat und Partei bereits klar, dass die Sowjetunion nicht in einem »Blitzkrieg« würde besiegt werden können, sondern dass sich der Krieg mindestens bis zum Sommer 1942 hinziehen und somit länger als die veranschlagten drei Jahre dauern würde.

Schon zu diesem frühen Zeitpunkt des Ostfeldzuges kam es zu einer Radikalisierung der Ziele in der Ernährungswirtschaft. Backe wies Anfragen der Wehrmacht nach Fleisch und Getreide zurück. Die Wehrmacht sollte sich, wie von vornherein festgelegt worden war, aus dem eroberten Land ernähren.²⁸ Erst recht wurden keine weiteren Rationen für die Bevölkerung der besetzten Gebiete freigegeben.

Trotz der Raubzüge in der Sowjetunion zeichnete sich bereits im Frühjahr 1942 ab, dass es im Deutschen Reich bald zu Engpässen in der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung kommen würde. Eine Verringerung der Nahrungsmittelrationen an der Heimatfront kam für die Führung des Dritten Reiches nur als letzter Ausweg in Frage, steigende Unzufriedenheit durch schlechte Versorgung sollte um jeden Preis verhindert werden, erinnerte man sich doch sehr genau an die Gründe für das Ende des vorangegangenen Krieges. Dennoch kam die Führung des RMEL nicht umhin, Kürzungen der Fleisch- und Brotrationen vorzunehmen. Geht man davon aus, dass die Stabilität des NS-Regimes von der Aufrechterhaltung des Lebensstandards abhing, war das Jahr 1942 eines seiner schwersten Krisenjahre überhaupt. Für Hitler war es undenkbar, Rationskürzungen zu sanktionieren. Generell vermied er es, bei der Bevölkerung unpopuläre Entscheidungen zu treffen. Im Jahr 1942 aber war ein solcher Schritt unumgänglich. Im Ausland wurde er sofort als Schwäche des Reichs ausgelegt.²⁹ In dieser Situation wurde Walther Darré endgültig kaltgestellt und Backe

zur leitenden Figur in der Ernährungswirtschaft.³⁰ Im Gegensatz zu Darré, der ein Agrarromantiker war und es nicht vermochte, auf die Herausforderungen der Krise zu reagieren,³¹ galt Backe als fähiger Realist und Pragmatiker.

Um für Entlastung zu sorgen, ließ Backe sogleich stärker gegen den Schwarzmarkt vorgehen und die Lieferungen aus den besetzten Gebieten ins Reich erhöhen.³² Er befahl zudem, dass Besatzungszonen wie das Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete nicht mehr aus dem Reich beliefert werden sollten, sondern fortan Lebensmittel an das Reich liefern mussten.³³ Generalgouverneur Hans Frank war hierüber entsetzt. Selbst unter günstigsten Bedingungen konnte sich das Generalgouvernement, das Frank eigentlich zu einem weiteren »Mustergau« machen wollte, nicht selbst ernähren, geschweige denn noch etwas abtreten. Tatsächlich aber wurde es zu einem Territorium, in dem aufgrund der äußerst schlechten Versorgungslage bei gleichzeitig enger Besiedlung ständig Hungersnöte und Seuchen drohten. Backe beschwichtigte Franks Beamte in einer Besprechung mit der vielsagenden Erklärung, dass die »3,5 Millionen Juden«³⁴ die sich noch im Generalgouvernement befänden, bald als »Esser« wegfallen würden. »Polen soll noch in diesem Jahr saniert werden«, teilte Backe dem Leiter des Hauptamts Ernährung und Landwirtschaft im Generalgouvernement, Karl Naumann, im Juni 1942 mit.³⁵ Wenige Tage zuvor hatte der Reichsführer-SS, Heinrich Himmler, dem SS- und Polizeiführer im Distrikt Lublin, Odilo Globocnik, den Befehl erteilt, alle polnischen Juden zu töten, die nicht mehr als Arbeitskräfte gebraucht würden. Bereits im Sommer begann das Morden in den Vernichtungslagern der sogenannten Aktion Reinhardt, Belzec, Sobibor und Treblinka.³⁶ Es bestand also ein direkter Zusammenhang zwischen der Eskalation des Massenmords an den europäischen Juden und der Hunger- beziehungsweise Ernährungspolitik des Dritten Reiches. Juden bekamen in den Ghettos verschwindend geringe Rationen und waren als

.....

^[30] Der zeitgenössische Beobachter und Analytiker des Nationalsozialismus Franz Neumann nahm die Ernennung Backes sowie den Aufstieg Albert Speers als Zeichen für das angesichts des Kriegsverlaufs in die Krise geratene Regime wahr, s. Franz Neumann, *Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1944*, Frankfurt am Main 1984, S. 564.

^[31] Vgl. zum ideologischen Hintergrund Horst Gies, *Richard Walther Darré. Der »Reichsbauernführer«, die nationalsozialistische »Blut und Boden«-Ideologie und Hitlers Machteroberung*, Köln, Weimar, Wien 2019.

^[32] Vgl. Mazower, *Imperium*, S. 270.

^[33] Auch andere Länder außerhalb der Sowjetunion und Polens litten unter dieser neuerlichen Radikalisierung. So kam es zu Hungersnöten in den Niederlanden und in Griechenland sowie zu schweren Engpässen in Frankreich.

^[34] Die Zahl war viel zu hoch angesetzt, wahrscheinlich handelt es sich um einen Tippfehler.

^[35] Christian Gerlach, *The Extermination of the European Jews*, Cambridge 2016, S. 244.

^[36] Zur »Aktion Reinhardt« s. Sara Berger, *Experten der Vernichtung. Das T4-Reinhardt-Netzwerk in den Lagern Belzec, Sobibor und Treblinka*, Hamburg 2013.

»bewegliche Masse« in den Berechnungen der Ernährungsplaner ein Faktor, dessen man sich entledigen konnte. Sie konnten ohne Weiteres aus der alles entscheidenden kriegswirtschaftlichen Gleichung »Kilokalorien = Arbeitskraft« gestrichen werden.

In der Folge ließen sich die Rationen für die deutsche Zivilbevölkerung wieder anheben. Göring hielt am 4. Oktober 1942 eine Rede, in der er bereits für November wieder höhere Zuteilungen und zudem eine Sonderzuteilung zu Weihnachten ankündigte.³⁷ Erst gegen Ende des Krieges sanken die Kilokalorienwerte wieder, bis schließlich *nach* Kriegsende die Versorgung gänzlich zusammenbrach.³⁸ Backe und seine Mitstreiter hatten ihr Ziel also erreicht. Die deutsche Bevölkerung konnte trotz der enormen materiellen Belastungen der deutschen Volkswirtschaft unter dem NS-Regime im Zweiten Weltkrieg ausreichend versorgt werden.

Fazit

Der ursprüngliche Hungerplan, dem mehrere zehn Millionen Menschen in der Sowjetunion zum Opfer fallen sollten, blieb eine fürchterliche Zukunftsvision. Dennoch erwies sich die deutsche Strategie, sich auf Kosten der besetzten Gebiete zu ernähren, als erfolgreich. Es zeigt sich, dass ein enger Zusammenhang zwischen Ernährungssituation und Massenmord besteht: Die Versorgung der deutschen Zivilbevölkerung und der Wehrmachtsoldaten konnte während des Krieges aufgrund der Maßnahmen des Reichsernährungsministeriums weitestgehend aufrechterhalten werden, wenn auch nur auf dem notwendigen Existenzminimum. Allerdings konnten Hungersnöte an der Heimatfront und damit verbunden ein zweites »1918/19« vermieden werden. Backe hatte zumindest das Zwischenziel auf seinem Weg zu einem deutsch-europäischen Großraum erreicht: Er hatte es geschafft, trotz eines Zweifrontenkrieges die deutsche Bevölkerung zu ernähren. Am Ende raubte der deutsche Besatzungsapparat unter der Leitung von Hans-Joachim Riecke innerhalb von drei Jahren etwa sieben Millionen Tonnen Getreide, 750.000 Tonnen Ölsaaten, etwa 600.000 Tonnen Fleisch und 150.000 Tonnen Fette aus der Sowjetunion.³⁹ In dieser Aufstellung fehlen noch jene 2,3 Millionen Tonnen Getreide, die an deutsche Beamte und Kollaborateure verteilt wurden, sowie das von der Wehrmacht requirierte Getreide. Insgesamt muss man wohl von mehr als neun Millionen Tonnen geraubten Getreides ausgehen.⁴⁰ Diese gewaltigen Zahlen entsprachen aber nicht einmal ansatzweise den Erwartungen Hitlers oder auch Backes. Die Folge

.....

^[37] Vgl. Aly, *Volksstaat*, S. 200.

^[38] Vgl. Mazower, *Imperium*, S. 272.

^[39] Vgl. Benz, *Riecke*, S. 54.

^[40] Ebd., S. 55.

dieses Großraubs waren die Millionen namenlosen Opfer des von Deutschen verursachten Hungers.

Fakten wurden geschaffen: Neben der früh festgelegten Mangelversorgung der Bevölkerung in den besetzten Gebieten der Sowjetunion sorgte der Massenmord an den europäischen Juden, anderen unerwünschten Minderheiten wie auch an Kranken und Behinderten für »Entlastung« in der Ernährungsbilanz und verhinderte »ein Abgleiten des Lebensniveaus« wie im Ersten Weltkrieg.⁴¹

Die wesentlich für den Raub und die Vernichtung durch Hunger verantwortlichen Männer entgingen einer Bestrafung. Hans-Joachim Riecke wurde in einem Entnazifizierungsverfahren als »belastet« eingestuft. Ursprünglich sollte er im »Wilhelmstraßen-Prozess«, dem zwölften der sogenannten Nürnberger Nachfolgeprozesse nach dem Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher, angeklagt werden. Das Verfahren, in dem sich führende Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes und weiterer Ministerien und Behörden verantworten mussten, wurde jedoch komprimiert und Riecke für seine Verantwortung im Komplex der Raubwirtschaft juristisch nicht belangt. Er trat lediglich als Zeuge der Anklage im genannten Fall auf.⁴² General Georg Thomas zählte zu den nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 verhafteten Offizieren der Wehrmacht. Er konnte bei Kriegsende fliehen und wurde ebenfalls nicht zur Rechenschaft gezogen. Er verstarb 1946 in Frankfurt am Main in amerikanischem Gewahrsam.⁴³

Wohl ahnend, dass es in einem Prozess, ob in Nürnberg vor einem amerikanischen Militärtribunal oder in der Sowjetunion, nicht gut für ihn ausgehen würde, nahm sich Herbert Backe in alliierter Haft in Nürnberg am 6. April 1947 das Leben, aber nicht ohne vorher besorgt bei denen, die ihn verhörten, nachgefragt zu haben, ob die Alliierten beabsichtigten, ihre Truppen aus den Nahrungsmittelreserven für die deutsche Bevölkerung zu ernähren. Wie er nur allzu gut wusste, hätte dies für sie eine Hungersnot zur Folge gehabt.

.....

^[41] Zit. nach Aly, *Volksstaat*, S. 34

^[42] Vgl. Kim C. Priemel, Alexa Stiller, *NMT. Die Nürnberger Militärtribunale zwischen Geschichte, Gerechtigkeit und Rechtschöpfung*, Hamburg 2013, S. 820.

^[43] Gedenkstätte Deutscher Widerstand, »Georg Thomas«, https://www.gdw-berlin.de/vertiefung/biografien/personenverzeichnis/biografie/view-bio/georg-thomas/?no_cache=1 (24.5.2022).

Das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen in Deutschland 1941/42

Das Beispiel des Stalag 304 (IV H) Zeithain

Von Jörg Osterloh



Dr. Jörg Osterloh ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fritz Bauer Institut und Lehrbeauftragter an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Veröffentlichungen (Auswahl): (Hrsg. mit Jan Erik Schulte und Sybille Steinbacher), »*Euthanasie*«-*Verbrechen im besetzten Europa. Zur Dimension des nationalsozialistischen Massenmords*, Göttingen 2022; (Hrsg. mit Jan Erik Schulte), »*Euthanasie*« und Holocaust. *Kontinuitäten, Kausalitäten, Parallelitäten*, Paderborn 2021; »*Ausschaltung der Juden und des jüdischen Geistes*«. *Nationalsozialistische Kulturpolitik 1920–1945*, Frankfurt am Main, New York 2020.

Foto: Helmut Fricke

Zwischen 1941 und 1945 gerieten etwa 5,7 Millionen Rotarmisten in deutsche Kriegsgefangenschaft, bis zu 3,3 Millionen von ihnen überlebten diese nicht. Allein bis Ende März 1942 kamen von den rund 3,4 Millionen bis dahin von der Wehrmacht als Kriegsgefangene registrierten Rotarmisten nach »vorsichtiger Schätzung« (Rolf Keller) 1,75 bis 2 Millionen ums Leben. Da eine unbekannte Anzahl von ihnen noch vor der ersten Zählung an Verwundungen oder Erschöpfung starb oder auch erschossen wurde, war die tatsächliche Zahl der Gefangenen und auch der Toten größer.¹ Sie mussten ihr Schicksal aber nicht nur in den besetzten Gebieten der Sowjetunion erleiden, sondern auch inmitten des Deutschen Reiches: Die Wehrmacht hatte ab Mitte Juli 1941 rund 1,4 Millionen sowjetische Kriegsgefangene nach Deutschland abtransportiert.²

Dieser Beitrag befasst sich am Beispiel des Kriegsgefangenen-Mannschaftsstellammlagers (Stalag) 304 (IV H) Zeithain in Sachsen,

¹ Vgl. grundlegend Reinhard Otto, Rolf Keller, Jens Nagel, »Sowjetische Kriegsgefangene in deutschem Gewahrsam 1941–1945. Zahlen und Dimensionen«, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 56 (2008), H. 4, S. 557–602. S. zu den Debatten über die Gesamtzahl der sowjetischen Kriegsgefangenen und der Opfer unter ihnen Manfred Zeidler, Ute Schmidt (Hrsg.), *Gefangene in deutschem und sowjetischem Gewahrsam 1941–1956. Dimensionen und Definitionen*, Dresden 1999, S. 29–38; Statistiken zur Gesamtzahl in Andreas Hilger, Rüdiger Overmans, Pavel Polian (Hrsg.), *Rotarmisten in deutscher Hand. Dokumente zu Gefangenschaft, Repatriierung und Rehabilitierung sowjetischer Soldaten des Zweiten Weltkriegs*, Paderborn 2012, S. 863–865. Vgl. auch die Pionierstudie von Christian Streit, *Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945*, erw. Neuauflage, Bonn 1991, v.a. S. 10, 20, 244–249. Detaillierte Berechnungen für die Frühphase finden sich bei Rolf Keller, *Sowjetische Kriegsgefangene im Deutschen Reich 1941/42. Behandlung und Arbeitseinsatz zwischen Vernichtungspolitik und kriegswirtschaftlichen Zwängen*, Göttingen 2011, S. 320–323, hier: S. 322 f. (Zitat: S. 322).

² Zur Zahl der Gefangenen im Reich vgl. Otto, Keller, Nagel, »Sowjetische Kriegsgefangene«, S. 582; zu 1941/42: Keller, *Sowjetische Kriegsgefangene im Deutschen Reich*, S. 82–85, 314–319.

eines jener im Frühjahr 1941 aufgestellten »Russenzlager« speziell für sowjetische Kriegsgefangene, mit den Gründen für das Massensterben der Rotarmisten in Deutschland und den Ende 1941 einsetzen, aber keineswegs ausreichenden Bestrebungen der Wehrmacht, dieses im Sinne der Ausbeutung der Arbeitskraft der Gefangenen für die Kriegswirtschaft einzudämmen.³

»Kriegsgefangenenwesen im Fall Barbarossa«

Bereits in den ersten Wochen nach dem Überfall der Wehrmacht auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 gerieten Hunderttausende Rotarmisten in deutsche Kriegsgefangenschaft, so etwa im Juli 1941 in Smolensk (310.000), im September in Kiew (665.000) sowie im Oktober bei Wjasma und Brjansk (663.000).⁴ Obgleich ein »Blitzkrieg« geplant worden war, hatte die Wehrmacht keine ausreichenden Vorbereitungen für den Abtransport, die Unterbringung und vor allem die Verpflegung der erwarteten drei bis fünf Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen getroffen, die nur als »unnütze Esser« galten.⁵

Adolf Hitler hatte am 30. März 1941 in einer Rede vor 250 hohen Wehrmachtsoffizieren den Charakter des »Unternehmens Barbarossa« – so der Deckname für den Feldzug – unmissverständlich deutlich gemacht. Es handele sich, so Hitler, um den »Kampf zweier Weltanschauungen«, der im Rahmen herkömmlicher Traditionen weder zu erfassen noch zu führen sei: »Wir müssen von dem Standpunkt des soldatischen Kameradentums abrücken. Der Kommunist ist vorher kein Kamerad und nachher kein Kamerad. Es handelt sich um einen Vernichtungskampf.«⁶ Dieser spiegelte sich in den »verbrecherischen Befehlen« wider:⁷ Der »Kommissarbefehl« vom 6. Juni 1941 ordnete die Ermordung aller gefangenenpolitischen Offiziere der Roten Armee noch im Frontbereich an,⁸ der »Kriegsgerichtsbarkeitserlass«

³ Die grundlegende Studie hierzu mit einem Fokus auf die Lager in Nordwestdeutschland ist Keller, *Sowjetische Kriegsgefangene im Deutschen Reich*. Dieser Aufsatz basiert im Wesentlichen auf Jörg Osterloh, *Ein ganz normales Lager. Das Kriegsgefangenen-Mannschaftsstellammlager 304 (IV H) Zeithain bei Riesa/Sa. 1941 bis 1945*, Leipzig 1997; ders., »Hier handelt es sich um die Vernichtung einer Weltanschauung ...« – Die Wehrmacht und die Behandlung der sowjetischen Gefangenen in Deutschland«, in: Hans-Erich Volkmann, Rolf-Dieter Müller (Hrsg.), *Die Wehrmacht – Mythos und Realität*, München 1999, S. 783–802. Jens Nagel danke ich herzlich für die kritische Durchsicht des Manuskripts.

⁴ Vgl. zu den ersten Monaten des deutsch-sowjetischen Krieges Rolf-Dieter Müller, *Der letzte deutsche Krieg 1939–1945*, Stuttgart 2005, S. 100–112.

⁵ Keller, *Sowjetische Kriegsgefangene im Deutschen Reich*, S. 142.

⁶ Zit. nach Streit, *Keine Kameraden*, S. 34.

⁷ Zum Gesamtkomplex der »verbrecherischen Befehle« vgl. ebd., S. 31–50.

⁸ OKW, WFSt, 6.6.1941, Anlage: Richtlinien für die Behandlung politischer Kommissare, abgedruckt in Gerd R. Ueberschär, Wolfram Wette (Hrsg.), »*Unternehmen Barbarossa*«. *Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941*, Paderborn 1984, S. 313 f. Vgl. hierzu Felix Römer, *Der Kommissarbefehl. Wehrmacht und*

bestimmte, dass sowjetische Zivilisten auf Befehl eines Offiziers ohne Verfahren hingerichtet werden konnten, während der Zwang zur Strafverfolgung von Verbrechen von Wehrmachtssoldaten an sowjetischen Zivilisten aufgehoben wurde.⁹ In diesem Kontext entstanden die Anordnungen über die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener. Am 16. Juni 1941 erließ das Oberkommando der Wehrmacht (OKW) die Bestimmungen zum »Kriegsgefangenenwesen im Fall Barbarossa«. Hierin ordnete es »rücksichtsloses und energisches Durchgreifen bei dem geringsten Anzeichen von Widersetzlichkeit insbesondere gegenüber bolschewistischen Hetzern« an.¹⁰ Für die sowjetischen Kriegsgefangenen sollte es weder einen Schutz durch die Genfer Konventionen, denen die Sowjetunion nicht beigetreten war, noch durch das allgemeine Kriegsvölkerrecht geben.¹¹

Bereits im März 1941 hatte das OKW die Errichtung von 60 Lagern speziell für sowjetische Kriegsgefangene befohlen.¹² Die Lager im Reichsgebiet wurden in der Regel in militärischem Sperrgebiet auf Truppenübungsplätzen aufgebaut, auch um die gefangenen Rotarmisten und deren Behandlung vor der Öffentlichkeit verborgen zu halten.¹³ Am 16. Juni 1941 ordnete das OKW an, dass Lager mit einer Gesamtkapazität von 790.000 Mann in Deutschland verbleiben sollten¹⁴ – darunter das Stalag 304 (IV H) Zeithain.

In den besetzten Gebieten der Sowjetunion verhungerten die oft gänzlich unversorgten Rotarmisten zu Hunderttausenden,¹⁵ Zehntausende wurden als »Politruks«, bei Fluchtversuchen oder weil sie die Gewaltmärsche nicht bewältigen konnten, erschossen.¹⁶ Der

NS-Verbrechen an der Ostfront 1941/42, Paderborn 2008.

⁹ [Führer-]Erlaß über die Ausübung der Kriegsgerichtsbarkeit im Gebiet »Barbarossa« und über besondere Maßnahmen der Truppe, 13.5.1941, abgedruckt in Ueberschär, Wette (Hrsg.), »*Unternehmen Barbarossa*«, S. 306 f.

¹⁰ OKW, Abt. Kriegsgef., betr.: Kriegsgefangenenwesen im Fall Barbarossa, 16.6.1941, abgedruckt u.a. in ebd., S. 315. Auch Streit weist auf den Zusammenhang mit den »verbrecherischen Befehlen« hin. Vgl. Streit, *Keine Kameraden*, S. 73.

¹¹ Vgl. ebd., S. 224–237.

¹² Vgl. Osterloh, *Ein ganz normales Lager*, S. 21–23; Reinhard Otto, *Wehrmacht, Gestapo und sowjetische Kriegsgefangene im deutschen Reichsgebiet*, München 1998, S. 34–38.

¹³ Niedersächsisches Landesarchiv, Abt. Hannover (NLA HA), Nds 721 Göttingen, Acc. 103/87 Nr. 14/3, Aussage Kurt von Österreich (Kdr.Kgf. WK XX) vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg, 28.12.1945 (Dok. USSR-151).

¹⁴ Vgl. Karl Hüser, Reinhard Otto, *Das Stellammlager 326 (VI K) Senne. Sowjetische Kriegsgefangene als Opfer des nationalsozialistischen Weltanschauungskrieges*, Bielefeld 1991, S. 18; Streit, *Keine Kameraden*, S. 73, 76.

¹⁵ Vgl. Christoph Dieckmann, »Das Scheitern des Hungerplans und die Praxis der selektiven Hungerpolitik im deutschen Krieg gegen die Sowjetunion«, in: Ders., Babette Quinkert (Hrsg.), *Kriegführung und Hunger 1939–1945. Zum Verhältnis von militärischen, wirtschaftlichen und politischen Interessen*, Göttingen 2015, S. 88–122, hier: S. 114–116.

¹⁶ Die verheerenden Zustände und das Massensterben auf den Märschen und in den Lagern schildern: Christian Gerlach, *Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941 bis 1944*, Hamburg 1999, v.a. S. 788 f., 802–813; Dieter Pohl, *Die Herrschaft der Wehrmacht. Deutsche*

Abtransport von Gefangenen nach Deutschland erfolgte in – oft offenen – Güter- und Viehwaggons mit der Bahn.¹⁷ Mitte Juli 1941, als die ersten sowjetischen Kriegsgefangenen in Deutschland eintrafen, bestanden die »Russenenlager« in der Regel lediglich aus einem mit Stacheldrahtverhau umgebenen Gelände. So auch in Zeithain, wo die ersten 2.000 sowjetischen Kriegsgefangenen am 12. Juli ankamen. Am 10. August 1941 befanden sich 31.955 Gefangene allein in diesem Lager,¹⁸ insgesamt waren bis dahin schon über 171.000 Rotarmisten im Reich eingetroffen. Seit Anfang August war es aufgrund der chaotischen Zustände in den »Russenenlagern« entgegen den ursprünglichen Planungen zur Verlegung zahlreicher sowjetischer Kriegsgefangener in andere Stalags in Deutschland gekommen, wodurch in ersten Wehrkreisen der Grundsatz isolierter »Russenenlager« bereits aufgegeben worden war.¹⁹

Bis zum Herbst wurden die Gefangenen im Freien untergebracht, da nicht eine einzige Unterkunftsbarracke fertig war. Die Gefangenen versuchten sich notdürftigen Schutz vor der Witterung zu schaffen, indem sie sich Erdlöcher gruben.²⁰ In den folgenden Wochen und Monaten mussten sie die Lager selbst aufbauen. Verwendet wurden Holzbaracken des Reichsarbeitsdienstes (RAD). Nach Aussagen eines ehemaligen Lagerarztes des Stalag 304 (IV H) Zeithain wurden in Räumen, die für 90 Personen geplant waren, über 200 Gefangene untergebracht.²¹ Der Chef der Heeresrüstung und Befehlshaber des Ersatzheeres ordnete am 17. Oktober 1941 an, die Kapazität der RAD-Baracken bei Bedarf durch Herausnehmen der Zwischenwände sowie der üblichen Bettstellen auf bis zu 300 Personen zu steigern.²² Auch die hygienischen Verhältnisse in Zeithain entsprachen nicht den Erfordernissen einer Kriegsgefangeneneinrichtung, in der Tausende, mitunter gar Zehntausende Menschen auf engstem Raum zusammenleben mussten. Weder waren

.....

Militärbesatzung und einheimische Bevölkerung in der Sowjetunion 1941–1944, München 2008; Christian Hartmann, *Wehrmacht im Ostkrieg. Front und militärisches Hinterland 1941/42*, München 2010, S. 586–608; Christoph Dieckmann, *Deutsche Besatzungspolitik in Litauen 1941–1944*, Göttingen 2011, S. 1342–1362.

¹⁷ Vgl. Werner Borgsen, Klaus Volland, *Stalag X B Sandbostel. Zur Geschichte eines Kriegsgefangenen- und KZ-Auffanglagers in Norddeutschland*, Bremen 1991, S. 118–120.

¹⁸ Vgl. Osterloh, *Ein ganz normales Lager*, S.178; Jens Nagel, »Das Kriegsgefangenenlager Zeithain 1941–1945«, in: *Zeithain – Gedenkbuch sowjetischer Kriegsgefangener*, Bd. 1: *Das Kriegsgefangenenlager Zeithain – vom »Russenenlager« zur Gedenkstätte*, hrsg. von Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft, Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V., Dresden 2005, S. 42–77, hier: S. 45.

¹⁹ Vgl. Keller, *Sowjetische Kriegsgefangene im Deutschen Reich*, S. 65, 76 f., 485.

²⁰ Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden (SächsHStA), 11378/42, Bericht der Chorun-Kommission, Bl. 93.

²¹ Vgl. Osterloh, *Ein ganz normales Lager*, S. 39 f.

²² Vgl. Chef d. Heeresrüstung u. BdE, betr.: Unterbringung sowj. Kriegsgef., 17.10.1941, abgedruckt in Hüser, Otto, *Das Stammlager 326*, S. 224 f.

ausreichende Möglichkeiten zur Entlassung der Gefangenen gegeben, noch konnten diese sich regelmäßig waschen.²³

Beim Aufbau der »Russenenlager« wurden die ursprünglichen Dienstvorschriften des OKW für »Raumbedarf, Bau und Einrichtung eines Kriegsgefangenenlagers« vom März 1939 in wesentlichen Punkten missachtet. Demnach hätte jedes Lager 120 Tage nach seiner Aufstellung fertiggestellt sein müssen – die »Russenenlager« also im August 1941.²⁴ Während in den ersten Monaten aber nur wenige Baracken für die Gefangenen vorhanden waren, fehlten sie in ausreichender Zahl auch noch im Winter 1941/42.

Hungersterben und Massenmord

Da insbesondere das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) befürchtete, die politischen Kommissare der Roten Armee, die den »Aussonderungen« in den besetzten Gebieten entgangen waren, würden weiter »bolschewistische Propaganda« betreiben, erließ dessen Leiter, Reinhard Heydrich, in Zusammenarbeit mit dem OKW am 17. Juli 1941 den Einsatzbefehl Nr. 8, der die »Säuberung« der sowjetischen Kriegsgefangenenlager im Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete und im Wehrkreis I (Königsberg) anordnete.²⁵ Vier Tage später erging der Einsatzbefehl Nr. 9, der die Überprüfung der bereits mit sowjetischen Kriegsgefangenen belegten Lager in Deutschland vorsah. Die Aufgabe der aus Gestapobeamten gebildeten Einsatzkommandos war »die politische Überprüfung der Lagerinsassen und die Aussonderung und weitere Behandlung der in politischer, krimineller oder in sonstiger Hinsicht untragbaren Elemente unter diesen« – hierzu zählten »Berufsrevolutionäre«, Parteifunktionäre, Politkommissare, »Intelligenzler« sowie Juden und »fanatische Kommunisten«. Die »Ausgesonderten« sollten der SS übergeben und dann in einem Konzentrationslager liquidiert werden.²⁶ In den meisten Lagern nahmen die Einsatzkommandos wenige Tage, nachdem der Einsatzbefehl Nr. 9 erlassen worden war, ihre Tätigkeit auf. So fanden im Stalag 308 Neuhammer im Wehrkreis VIII (Breslau) spätestens am 5. August 1941 die ersten »Aussonderungen« durch ein Breslauer Einsatzkommando statt.²⁷ Aufgrund organisatorischer

.....

²³ SächsHStA, 11378/42, Bericht der Chorun-Kommission, Bl. 183–185.

²⁴ Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg (BArch-MA), RHD 4, H.Dv.38/12: Vorschrift für das Kriegsgefangenenwesen, Teil 12: Dienstanweisung für Raumbedarf, Bau und Einrichtung eines Kriegsgefangenenlagers, 14.3.1939. Vgl. hierzu auch Otto, *Wehrmacht*, S. 28 f.

²⁵ Bundesarchiv (BArch), R 58/1027, Bl. 190–194, Chef der Sicherheitspolizei und des SD, Einsatzbefehl Nr. 8, 17.7.1941.

²⁶ Ebd., Bl. 195–197, Chef der Sicherheitspolizei und des SD, Einsatzbefehl Nr. 9, 21.7.1941. Vgl. zu den Einsatzbefehlen Nr. 8 und 9 Otto, *Wehrmacht*, S. 48–57.

²⁷ Vgl. ebd., S. 88.



Sowjetische Kriegsgefangene bei Erdarbeiten im Stalag 304 (IV H) Zeithain, Herbst 1941.

Foto: Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Bildarchiv, GSEZ: 0004

Sowjetische Kriegsgefangene suchen das Lagergelände nach essbaren Pflanzen ab, Zeithain, Herbst 1941.

Foto: Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Bildarchiv, GSEZ: 0011

Transport eines kranken sowjetischen Kriegsgefangenen auf einer Holztrage in das Lager, Zeithain, Herbst 1941.

Foto: Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Bildarchiv, GSEZ: 0007



Schwierigkeiten begannen die Selektionen in Zeithain hingegen erst im Oktober.²⁸

Bei der Ernährung der sowjetischen Kriegsgefangenen berief sich das OKW ebenfalls darauf, dass die Sowjetunion nicht das Genfer Kriegsgefangenenabkommen von 1929 unterzeichnet hatte. Wörtlich hieß es: »Demzufolge besteht auch nicht die Verpflichtung, den sowjetischen Kriegsgefangenen eine diesem Abkommen hinsichtlich Menge und Güte entsprechende Verpflegung zu gewähren.« Ein Erlass des Heeresverwaltungsamtes, das dem Oberkommando des Heeres (OKH)/Chef der Heeresrüstung unterstellt war, regelte am 6. August 1941 die Versorgung der sowjetischen Kriegsgefangenen erstmals für den gesamten OKW- und OKH-Bereich einheitlich: Es sollten 2.040 Kalorien an jeden Gefangenen ausgegeben werden; für Personen im Arbeitseinsatz waren 2.200 Kalorien am Tag vorgesehen. Selbst wenn diese Zuteilung in der Praxis erreicht wurde, musste das zwangsläufig zu Unterernährung führen.²⁹

Im September 1941 erklärte der Beauftragte für den Vierjahresplan, Reichsmarschall Hermann Göring: »Bei der Verpflegung der bolschewistischen Gefangenen sind wir im Gegensatz zur Verpflegung anderer Gefangener an keine internationalen Verpflichtungen gebunden. Ihre Verpflegung kann sich daher nur nach den Arbeitsleistungen für uns richten.« In noch deutlichere Worte fasste der Generalquartiermeister des Heeres, Eduard Wagner, diesen Grundsatz: »Nichtarbeitende Kriegsgefangene in den Lagern haben zu verhungern.«³⁰

Zu einem allmählichen Umdenken kam es erst, als die Arbeitskraft der sowjetischen Kriegsgefangenen immer dringender benötigt wurde. Schon im Juli 1941 hatte das OKW erste Richtlinien für einen »Russeneinsatz« erlassen. Die ständigen Einberufungen zur Wehrmacht hatten bereits im Sommer 1941 zu einem Fehlbestand von 2,6 Millionen Arbeitskräften geführt. Entgegen den Planungen konnten im Herbst keine Soldaten von der Ostfront in die Heimat entlassen werden. Der Arbeitskräftemangel sollte nun durch den Masseneinsatz sowjetischer Kriegsgefangener ausgeglichen werden. Offiziell freigegeben wurde der bereits Ende Juli angelaufene »Russeneinsatz« durch einen »Führerbefehl« vom 31. Oktober 1941.³¹ Kurz darauf, am 14. November, gab das OKW

auch den Grundsatz auf, die Rotarmisten in separaten »Russenlagern« unterzubringen.³²

Voraussetzung für den Arbeitseinsatz der sowjetischen Kriegsgefangenen war aber eine ausreichende Ernährung. Deren Planung oblag dem Beauftragten für den Vierjahresplan, der am 7. November 1941 erklärte: »Der Russe ist genügsam [...]. Er soll nicht verwöhnt oder an deutsche Kost gewöhnt, muß aber gesättigt und in seiner dem Einsatz entsprechenden Leistungsfähigkeit erhalten werden.«³³ »Verpflegt« werden sollten die sowjetischen Gefangenen mit möglichst geringwertigen Lebensmitteln: Ein für sie vorgesehenes »Russensbrot« sollte aus 50 Prozent Roggenschrot, je 20 Prozent Zuckerrübenschnitzeln und Zellmehl sowie zehn Prozent Strohmehl oder Laub bestehen. Der Fleischbedarf sollte ausnahmslos aus Pferde- und Freibankfleisch gedeckt werden.

Wegen der Mangelernährung litten die meisten der Gefangenen an Hungerödemen, Skorbut und ständigem Durchfall. Sie versuchten ihren Hunger zu lindern, indem sie alles aßen, was irgendwie essbar erschien; dazu zählten auch Gras und Küchenabfall. Zeugen berichteten später, dass es in Zeithain, wie in anderen »Russenlagern« auch, zu Fällen von Kannibalismus gekommen war.³⁴

Das OKW hatte den »kolonnenmäßigen« Einsatz der sowjetischen Kriegsgefangenen in Gruppen von mindestens 20 Personen befohlen, um die Bewachung und Abschottung der Gefangenen an den Arbeitsstätten gewährleisten zu können.³⁵ Der »Russeneinsatz« erfolgte daher zunächst an Wehrmachtsstandorten, bei Meliorationen, im Braunkohlentagebau, bei der Reichsbahn, im Straßenbau und in Steinbrüchen, später aber auch in der Industrie und im Bergbau. Am 1. November waren von insgesamt 350.000 sowjetischen Kriegsgefangenen im Reich etwas mehr als 220.000 im Arbeitseinsatz (63 Prozent).³⁶ Ende November meldete allein der Bergbau einen Bedarf von insgesamt 169.800 Mann im Reich und im besetzten Westeuropa an.³⁷ Jedoch war zu diesem Zeitpunkt an eine Ausweitung des Arbeitseinsatzes der sowjetischen Kriegsgefangenen kaum noch zu denken, da ein erheblicher Teil von ihnen bereits verhungert, ermordet oder infolge der skizzierten Lebensbedingungen völlig entkräftet war. Die unterernährten Gefangenen in den Lagern konnten zumeist nicht sofort zur Arbeit eingesetzt werden.

^[32] Vgl. Keller, *Sowjetische Kriegsgefangene im Deutschen Reich*, S. 357–362.

^[33] Zit. nach Streit, *Keine Kameraden*, S. 145. Zum Folgenden ebd., S. 145 f.

^[34] Vgl. Osterloh, *Ein ganz normales Lager*, S. 59–62.

^[35] OKW, AWA/Kriegsgef. (I), betr.: Anordnungen für die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener, 8.9.1941, abgedruckt in: Ueberschär, Wette (Hrsg.), »*Unternehmen Barbarossa*«, S. 351–354, hier: S. 353.

^[36] Vgl. Keller, *Sowjetische Kriegsgefangene im Deutschen Reich*, v.a. S. 176–201, 503.

^[37] Vgl. Hans-Christoph Seidel, *Der Ruhrbergbau im Zweiten Weltkrieg. Zechen – Bergarbeiter – Zwangsarbeiter*, Essen 2010, S. 229.

»Aufpäppelung«

Das OKW ordnete daher die »Aufpäppelung« der Gefangenen an. In einem Erlass vom 18. Dezember 1941 hieß es: »Alle Maßnahmen der Kommandanten von Kriegsgefangenenlagern sind darauf zu richten, möglichst viele Kr.Gef. wieder gesund und arbeitseinsatzfähig zu machen oder zu erhalten. [...] Die vorstehenden Maßnahmen zur körperlichen Kräftigung von sowjet. Kr.Gef. sind zweckbedingt und berühren nicht die geistige und politisch-weltanschauliche Einstellung zu den Sowjets an sich.«³⁸ Am 13. Dezember 1941 hatte das OKW bereits eine Erhöhung der Wochenrationen befohlen.³⁹ Hochwertige Lebensmittel sollten weiterhin nicht zur Verteilung kommen: »Aus ernährungswirtschaftlichen Gründen ist es geboten, das Freibankfleisch, und zwar sowohl das minderwertige als auch das bedingt taugliche Fleisch, weitestgehend für die Ernährung der russischen Kriegsgefangenen zu erfassen.«⁴⁰ Ein Oberstarzt Dr. Lang bestätigte nach einer im Winter 1941/42 in die Stalags III C Alt DREWitz und 304 (IV H) Zeithain unternommenen Inspektionsreise diese Zustände. Seinen Laboruntersuchungen zufolge lag der Kaloriengehalt der ausgeteilten Nahrungsmittel sogar bis zu 40 Prozent unter dem von der Lagerverwaltung angegebenen Soll. Lang berichtete, dass viele Gefangene »kaum imstande [waren], sich zu bewegen, und andere nahmen keine Nahrung zu sich, weil sie zu schwach waren, sich das Essen zu holen«.⁴¹

Hinzu kam, dass die meisten Lager im Winter wegen der dort grassierenden Epidemien unter Quarantäne gestellt wurden. So vermerkte das unter anderem für Zeithain zuständige Rüstungskommando Dresden in seinem Wochenbericht für Anfang Dezember 1941: »Sowjetische Kriegsgefangene konnten bisher nur in geringer Zahl zugewiesen werden. Die Zuweisung stockt z.Zt. völlig wegen Seuchengefahr.«⁴² In den Lagern starben sowjetische Kriegsgefän-

.....

^[38] OKW/AWA/Kriegsgef. ID, betr.: Herstellung und Erhaltung der Arbeitsfähigkeit der sowjet. Kr.Gef., 18.12.1941, abgedruckt in Hilger, Overmans, Polian (Hrsg.), *Rotarmisten in deutscher Hand*, S. 546–549 (Dok. 2.8.26), Zitate S. 547 f. Vgl. zu einem entsprechenden Befehl vom 26.11.1941 Streit, *Keine Kameraden*, S. 146; Keller, *Sowjetische Kriegsgefangene im Deutschen Reich*, S. 242 f.

^[39] BArch, R 2301/5401, Bl. 13, OKW, 13.12.1941. Nunmehr sollten zur Ausgabe kommen: 2.600 g Brot (in der Zusammensetzung 72 % Roggenschrot und 28 % vollwertige Zuckerschnitzel) sowie u.a. 250 g Fleisch, 130 g Fett, 3 kg Kartoffeln, 16,5 kg Kohlrüben.

^[40] NLA HA, Hann. 122a, Nr. 7061, Bl. 48, RMdI an das Bayerische Staatsministerium des Innern und die Regierungspräsidenten in Arnsmberg, Münster, Minden und Osnabrück, betr.: Verwertung des Freibankfleisches für russische Kriegsgefangene, 12.11.1941 (Abschrift).

^[41] Archiv der Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain, Nürnberger Dokumente 383 PS, Hauptquartier der amerikanischen Truppen in Österreich, betr.: Verhältnisse in den deutschen Lagern für russische Kriegsgefangene. Berichter: Dr. Lang, früher Oberstarzt der Deutschen Wehrmacht, 13.7.1945.

^[42] BArch-MA, RW 21-15/9, Bl. 51, Kriegstagebuch RüKdo Dresden, 1.10.–31.12.1941.

gene massenhaft an den Folgen von Unterernährung und Seuchen, allein in Zeithain kamen zwischen dem 19. November und dem 8. Dezember täglich zwischen 113 und 197 Menschen ums Leben.⁴³

Das OKW ordnete am 12. Januar 1942 an: »Die Versorgung der heimischen Rüstungswirtschaft mit sowjetischen Kr.Gef. ist vordringlichste Aufgabe.« Zu diesem Zweck wurde befohlen, alle arbeitsfähigen Kriegsgefangenen im Reichsgebiet »unverzüglich und ausnahmslos den zuständigen Arbeitsämtern zum Arbeitseinsatz« zu melden; dies gelte auch für Gefangene in Lagern, die wegen Seuchengefahr gesperrt seien, bei denen die Aufhebung der Sperre aber kurz bevorstehe. Nichteinsatzfähige Kriegsgefangene seien schnellstmöglich Betrieben zuzuführen, die sich dazu bereit erklärten, diese »aufzupäppeln«. Vor dem Abtransport der Gefangenen aus den Stalags habe in jedem Fall eine zweimalige Entlassung im Abstand von acht Tagen stattzufinden. Sofern Fleckfieberfälle aufträten, müsse eine Quarantänezeit von 21 Tagen seit der letzten Erkrankung abgewartet werden. Den Lagerkommandanten wurde »zur besonderen Pflicht gemacht, immer wieder die Lagerinsassen auf solche Kräfte durchzukämmen, die für eine Verwendung in Außenarbeit geeignet sind«. Der Grundsatz müsse sein: »Nicht das Lager, sondern das Arbeitskommando ist für den Kr.gef. als Daueraufenthalt bestimmt.«⁴⁴ Daraufhin verlangte der Kommandeur der Kriegsgefangenen im Wehrkreis IV (Dresden), Generalleutnant Erich von Botzheim, von den Stalags bis Ende Januar 1942 Auskunft, welche Erfahrungen mit den im Dezember 1941 in Kraft getretenen neuen Verpflegungssätzen gemacht worden seien, vor allem, wie sich diese auf die Arbeitsleistung ausgewirkt hätten. Zugleich wollte er wissen, »wo seitens der Arbeitgeber Zugaben zur Normalverpflegung unter der Hand gewährt« und welche Ergebnisse hiermit erzielt worden seien.⁴⁵ Zu diesem Zeitpunkt waren im Wehrkreis IV etwa 25.000 Rotarmisten im Arbeitseinsatz; in der Privatwirtschaft befanden sich diese von Botzheim zufolge »in einem befriedigenden Ernährungszustand« und erbrachten etwa 60 Prozent der Arbeitsleistung Kriegsgefangener anderer Nationen oder deutscher Arbeiter.⁴⁶

Ein Merkblatt für alle Arbeitgeber von sowjetischen Kriegsgefangenen machte Anfang März 1942 allerdings auch deutlich, dass die Verpflegung der Gefangenen »trotz der geringfügigen Aufbesserung« nicht ausreichte, »um eine volle Arbeitsleistung« erwarten zu

.....

^[43] Vgl. Osterloh, *Ein ganz normales Lager*, S. 71.

^[44] BArch, NS 5-I/268, DAF, Amt für Arbeitseinsatz, an DAF, Gauwaltung, Hauptabt. Arbeitseinsatz, 10.2.1942. Hierin die Verfügung des OKW, Abt. Kriegsgefangenenwesen, vom 12.1.1942.

^[45] BArch-MA, RH 49/101, Bl. 647, Kdr. der Kr.Gef. im WK IV, Rundschreiben, betr.: Neue Verpflegungssätze für sowjetische Kriegsgefangene, 14.1.1942.

^[46] Kdr. d. Kriegsgef. im WK IV, Denkschrift über die Notwendigkeit des nach praktischen Gesichtspunkten durchgeführten Arbeitseinsatzes von sowjetrussischen Kriegsgefangenen, 15.1.1942, abgedruckt in: Hilger, Overmans, Polian (Hrsg.), *Rotarmisten in deutscher Hand*, S. 553–559 (Dok. 2.8.30), Zitat S. 553.

können. Daher müssten die Arbeitgeber »private Initiative« zeigen, »um durch Zugabe von freien Lebensmitteln« den Gefangenen Kalorien zuzuführen, »die in Form von Arbeitsleistung von den durchweg arbeitswilligen sowjetischen Kriegsgefangenen wieder abgegeben werden«.⁴⁷ Am 24. März regelte das OKW schließlich deren Behandlung im Sinne des Arbeitseinsatzes neu. Alle Einschränkungen bezüglich der Einsatzorte wurden aufgehoben und auch ein Einsatz in Gruppen von weniger als 20 Mann möglich gemacht.⁴⁸

Das grundlegende Problem für die Planer des Arbeitseinsatzes war aber, dass die meisten der 61 mittlerweile mit sowjetischen Kriegsgefangenen belegten Stalags im Reichsgebiet infolge der Fleckfieberepidemie unter Quarantäne standen; am 10. Februar 1942 waren nur noch 13 fleckfieberfrei.⁴⁹ Hunger, Kälte und Seuchen hatten in den Lagern zu einem Massensterben geführt. In Zeithain beispielsweise waren von den 10.667 am 1. Dezember 1941 dort registrierten sowjetischen Kriegsgefangenen am 1. April 1942 lediglich noch 3.729 am Leben.⁵⁰ Von den rund 500.000 bis Ende 1941 nach Deutschland verlegten kriegsgefangenen Rotarmisten sind bis zum Frühjahr 1942 mindestens 265.000 ums Leben gekommen.⁵¹

Neue Gefangene

Die Zahl der im Frühjahr 1942 in den Lagern der Wehrmacht befindlichen sowjetischen Kriegsgefangenen reichte bei weitem nicht aus, um den Arbeitskräftebedarf der deutschen Kriegswirtschaft zu decken. Erst als die Wehrmacht an der Ostfront 1942 noch einmal Hunderttausende Rotarmisten gefangen nahm, füllten sich die Lager wieder: Nach der zweiten Schlacht um Charkow Ende Mai waren es rund 240.000 Kriegsgefangene.⁵² In einem Merkblatt des OKH vom 15. Juni 1942 hieß es nun: »Bei Abschub neu angefallener Kriegsgefangener ist oberster Grundsatz, daß militärische, politische und wirtschaftliche Gesichtspunkte der Kriegführung gerechte

Behandlung der Gefangenen erfordern und daß ihre Arbeitskraft erhalten bleibt.«⁵³ Die Gefangenen wurden nun auch unmittelbar dem Stalag zugeführt, in dessen Zuständigkeitsbereich sie zur Arbeit eingesetzt werden sollten.⁵⁴

Durch die im Herbst getroffene Entscheidung, die Arbeitskraft der sowjetischen Kriegsgefangenen auszunutzen, musste nun auch die grundsätzliche Frage beantwortet werden, ob die »Aussonderung« von missliebigen Gefangenen oder der »Arbeitseinsatz« Vorrang hatte, denn jeder ermordete Gefangene ging der Rüstungsindustrie als Arbeitskraft verloren. Der Leiter des Allgemeinen Wehrmachtamtes, General Hermann Reinecke, der im OKW zunächst am nachdrücklichsten für die »Aussonderungen« eingetreten war, hatte das RSHA bereits am 5. Dezember 1941 gebeten, »auf Facharbeiter der Mangelberufe besonders Rücksicht zu nehmen«.⁵⁵ Am 5. Mai 1942 verfügte das OKW schließlich, dass alle neuen Gefangenen nur einmal, und zwar östlich der alten Reichsgrenze, zu überprüfen seien. Am 31. Juli befahl der Chef der Sicherheitspolizei und des SD dementsprechend den Abzug der Einsatzkommandos aus den Lagern im Reich. Trotzdem waren die Einsatzbefehle Nr. 8 und 9 deswegen nicht hinfällig; die politische Überwachung der sowjetischen Kriegsgefangenen blieb bis zum Ende des Dritten Reiches bestehen. Verdächtige Personen sonderten die Stalag-Kommandanten an den Arbeitsplätzen und in den Lagern aus und übergaben diese an die Gestapo.⁵⁶ Bis Ende Juli 1942 waren rund 38.000 sowjetische Kriegsgefangene in den Kriegsgefangenenlagern im Reich »ausgesondert« und anschließend in Konzentrationslagern ermordet worden, darunter vermutlich etwa 1.000 aus Zeithain.⁵⁷

Den Wehrmachtsstatistiken zufolge stieg die Zahl der Rotarmisten in deutschem Gewahrsam zwischen Juni und Juli 1942 innerhalb eines Monats von 1.187.853 auf 1.233.365.⁵⁸ Nun wuchs auch ihre Zahl im Reich wieder an: im März um 13.000, im April um 30.000, im Mai um 45.000, im Juni um 32.000 und im Juli um 44.000 Personen,⁵⁹ am 1. Juli 1942 befanden sich 376.458 sowjetische Kriegsgefangene in Deutschland. 314.518 von ihnen standen im Arbeitseinsatz: 34.936 im Wehrmachtssektor, 262.856 im zivilen Sektor und 16.726 in den Lagern selbst.⁶⁰ Mit den neuen Gefangenen sollte der Arbeitseinsatz ausgeweitet werden.

^[1] Zit. nach Streit, *Keine Kameraden*, S. 167.

^[2] Vgl. Keller, *Sowjetische Kriegsgefangene im Deutschen Reich*, S. 357–362.

^[3] Zit. nach Otto, *Wehrmacht*, S. 236.

^[4] Vgl. ebd., S. 147, 243, 246.

^[5] Vgl. ebd., S. 266, 268.

^[6] BArch, R 3901/20172, Bl. 255, Wi Amt und Wi Stab Ost bei OKH/Gen Qu, Übersicht über den Bestand an sowj. Kriegsgefangenen, Stand 1.7.1942.

^[7] BArch, R 3901/20173, Bl. 23–26, hier: Bl. 23, Reichsminister für Bewaffnung und Munition, Rüstungsamt, Bericht vom 29.9.1942; vgl. auch Keller, *Sowjetische Kriegsgefangene im Deutschen Reich*, S. 350.

^[8] BArch, R 3901/20172, Bl. 255, Wi Amt und Wi Stab Ost bei OKH/Gen Qu, Übersicht über den Bestand an sowj. Kriegsgefangenen, Stand: 1.7.1942.



Sowjetische Kriegsgefangene in einem deutschen Lager an der Südostfront, 13.August 1942. Foto: Scherl/ Süddeutsche Zeitung, Bild-ID: 00001623

Zeithain und der »Russeneinsatz«

Zeithain selbst führte keine Arbeitskommandos. Die Gefangenen, die sich 1941 und Anfang 1942 dort im Arbeitseinsatz befanden, hatten vor allem die Aufgabe, das Lager aufzubauen. Der ursprüngliche Plan, das Stalag 304 (IV H) für eine Kapazität von 50.000 Gefangenen herzurichten, wurde nicht verwirklicht. Im Endausbau war es für etwa 25.000 Kriegsgefangene ausgelegt, für die es 166 RAD- und 24 größere Steinbaracken, zehn Küchen, 16 Abortanlagen, zwei Bäder und mindestens 67 Brunnen für die Wasserversorgung gab.⁶¹

Die sowjetischen Kriegsgefangenen wurden in Zeithain vor allem zu Ladetätigkeiten unter anderem an einer nahegelegenen Anlegestelle für Elbkähne sowie in den Vorratslagern des Stalag, zu Erdarbeiten auf dem Truppenübungsplatz, zu Lagerarbeiten in der Heeres-Munitionsanstalt Zeithain und zu Bestattungsarbeiten eingesetzt. Darüber hinaus mussten sie in der Schneiderei und in der Schusterwerkstatt des Lagers Wehrmachtaufträge ausführen. Hinzu kam ein unregelmäßiger Einsatz auf Bauernhöfen der Umgebung.⁶² Von Zeithain und dem benachbarten Stalag IV B Mühlberg aus wurde die Mehrzahl der Gefangenen auf die Arbeitskommandos des mitteldeutschen Industrieviers und des süddeutschen Raumes verteilt. Sie kamen beispielsweise im Braunkohlentagebau im Raum Leipzig, in den Buna-Werken der IG Farben in Schkopau, in den Betrieben der zum Flick-Konzern

gehörenden Mitteldeutschen Stahlwerke AG in Riesa und Gröditz, im Fahrzeugbau in den Wanderer-Werken in Siegmarschönau und bei der Hugo Schneider AG (HASAG) in Leipzig zum Einsatz.⁶³

Im August 1942 trafen im Stalag 304 (IV H) in großer Zahl sowjetische Kriegsgefangene aus den besetzten sowjetischen Gebieten ein. Nachdem die Lagerverwaltung Anfang des Monats lediglich 2.980 Gefangene verzeichnet hatte, waren es zum Stichtag 1. September insgesamt 21.151.⁶⁴ Ein erheblicher Teil von ihnen wurde schnell auf andere Lager innerhalb und außerhalb des Wehrkreises umverteilt. Bis Anfang Oktober reduzierte sich ihre Zahl in Zeithain wieder auf 6.698, während etwa die Anzahl der sowjetischen Gefangenen im Stalag IV F Hartmannsdorf um etwa 3.000 und in den Stalags IV A Hohnstein, IV C Wistritz und IV G Oschatz um jeweils circa 2.000 stieg.⁶⁵ Bereits am 9. September 1942 hatte das OKW die Verlegung des Stalag 304 mit einem Großteil des deutschen Lagerpersonals und insgesamt rund 10.000 sowjetischen Kriegsgefangenen nach Löwen (Leuven) in Belgien befohlen, von wo diese im Steinkohlenbergbau zum Einsatz kommen sollten.⁶⁶

^[9] Vgl. Nagel, »Das Kriegsgefangenenlager Zeithain 1941–1945«, S. 60; Osterloh, *Ein ganz normales Lager*, S. 80.

^[10] BArch-MA, RW 6/450, Bl. 76, OKW, Abt. Kriegsgef., Bestand an Kriegsgefangenen in den Mannschaftslagern im Reich, Stand: 1.8.1942; ebd., Bl. 87, OKW, Abt. Kriegsgef., Bestand an Kriegsgefangenen in den Mannschaftslagern im Reich, Stand: 1.9.1942.

^[11] Ebd., Bl. 96, OKW, Abt. Kriegsgef., Bestand an Kriegsgefangenen in den Mannschaftslagern im Reich, Stand: 1.10.1942.

^[12] BArch-MA, RH 49/10, Bl. 13 f., Stammtafel des Stalag 304; zur Verlegung der

Im Verlauf des Sommers 1942 wurde aber zunehmend deutlich, dass die sowjetischen Gefangenen bei der weiterhin unzureichenden Ernährung nicht in der Lage waren, die abverlangten Arbeitsleistungen auch nur annähernd zu erbringen. Immer wieder ergaben sich Lieferengpässe bei Lebensmitteln, die für die Stalags vorgesehen waren, denn die Versorgung der sowjetischen Kriegsgefangenen stand in der Prioritätenliste an letzter Stelle. So hatte etwa der Kommandeur der Kriegsgefangenen im Wehrkreis IV im Mai 1942 dem zuständigen sächsischen Landesernährungsamt mitgeteilt, er habe mit Bedauern zur Kenntnis genommen, »daß die Kartoffelzufuhren in Sachsen mangelhaft eingehen, daß ferner keine Vorräte an Kohlrüben vorhanden sind, auch daß Sie beabsichtigen, die Wochenrationen der nichtsowjetischen Kr.Gef. an Kartoffeln herabzusetzen und den sowjet-russ. Kr.Gef. überhaupt keine Kartoffeln zu geben«. ⁶⁷ Häufig waren Lebensmittel bei der Ankunft im Lager bereits verschimmelt. Da Ersatzlieferungen ausgeschlossen waren, wurden verdorbene Lebensmittel ausgeteilt. ⁶⁸ Diebstähle von Wachmannschaften reduzierten die an die Stalags gelieferte Verpflegung nicht selten noch mehr. Auch in Zeithain wurden »Eßwaren unterschlagen und verschoben«. ⁶⁹

Die sowjetischen Kriegsgefangenen standen weiterhin am unteren Ende der Verpflegungshierarchie. Im Herbst 1942 teilte das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft den Ernährungsämtern mit, es könne »mit Rücksicht auf die Versorgungslage [...] den vielfach vorgebrachten Wünschen auf Erhöhung der Verpflegungssätze der sowjetischen Kriegsgefangenen und der Ostarbeiter nur in beschränktem Umfang entsprochen werden. Es werden Zulagen für Lang- und Nachtarbeiter eingeführt, die Herstellung des Zuckerschmitzbrötes aufgehoben, die Kartoffel- und Brotration – Brot nur, soweit es sich um Schwerstarbeiter handelt – erhöht.« ⁷⁰ Aber auch diese Änderungen konnten die so dringend benötigte Arbeitskraft nicht herbeizaubern. Bereits zwei Monate später, am 7. Dezember 1942, wurde deshalb angeordnet, den sowjetischen Kriegsgefangenen Brot in der gleichen Zusammensetzung wie für die Zivilbevölkerung auszugeben. ⁷¹ Das OKW verfuhr aber weiterhin nach dem Grundsatz, ihnen im Reich so wenig Verpflegung

.....

Gefangenen s. Osterloh, *Ein ganz normales Lager*, S. 84.
⁶⁷ BArch, R 3901/20173, Bl. 3 f., Zitat Bl. 3, Kdr. Kriegsgef. WK IV. Betr.: Ernährung der im Bereich des Landesarbeitsamtes Sachsen eingesetzten Kr.Gef., 14.5.1942.
⁶⁸ Vgl. *Stalag VI A Hemer. Kriegsgefangenenlager 1939-1945. Eine Dokumentation*, Hemer 1995, S. 86.
⁶⁹ NLA HA, Nds. 721 Göttingen, Acc. 103/87, Nr. 14, Bl. 194, Aussage K., 19.1.1967.
⁷⁰ BArch, R 43 II/614, Bl. 154–157, hier: Bl. 154, RMEL, betr.: Verpflegungssätze der Kriegsgefangenen und Ostarbeiter (Ostarbeiterinnen), 6.10.1942.
⁷¹ BArch, R 43 II/670a, Bl. 63–65, hier: Bl. 64, ChHRü u. BdE, betr.: Brot für sowjetische Kriegsgefangene im Heimatkriegsgebiet, 7.12.1942. Ausdrücklich wurde darauf verwiesen, dass es sich hierbei um die Brotausgabe für sowjetische Kriegsgefangene im Reichsgebiet handele. In den besetzten Gebieten wurde demzufolge weiterhin minderwertiges Brot ausgeben.

wie möglich, aber so viel wie unbedingt nötig zuzugestehen; dabei reichte die als notwendig erachtete Menge kaum zum Überleben aus.

Kriegsgefangenenlazarett Zeithain

Das Lager Zeithain wurde ab Oktober 1942 als Zweiglager des Stalag IV B Mühlberg geführt und trug fortan die Bezeichnung Stalag IV B/Z Zeithain. ⁷² Zur gleichen Zeit begann die sukzessive Umwandlung von Zeithain zum zentralen Kriegsgefangenen-Reservelazarett des Wehrkreises IV. ⁷³ Neben dem Stalag 304 (IV H) hatte das Dresdner Wehrkreiskommando bereits im Juli 1941 auf dem Gelände des Truppenübungsplatzes ein Lazarett für sowjetische Kriegsgefangene (»Waldlager Zeithain«) aufgestellt. Dieses war zunächst für 500 Kranke vorgesehen. ⁷⁴ Spätestens seit dem Sommer 1942 kam es zu zahlreichen Transporten tuberkulosekranker Sowjetgefangener aus den anderen Lagern und den Arbeitskommandos des Wehrkreises nach Zeithain. ⁷⁵ In der monatlichen Kriegsgefangenenbestandsübersicht des OKW fand das Stalag IV B/Z Zeithain letztmalig im Januar 1943 Erwähnung. Zu diesem Zeitpunkt waren dort 3.765 sowjetische Gefangene registriert. ⁷⁶ Fortan diente das Lager ausschließlich als überregionale Lazaretteinrichtung. Im Endausbau umfasste es nahezu 8.000 Betten. ⁷⁷ Allein die Zahl der Tuberkulosekranken, deren Konzentration und Isolierung nun die Hauptaufgabe des Lagers war, bewegte sich in der Folge zwischen 3.000 und 5.000 Menschen. ⁷⁸ Da die kranken Gefangenen als Arbeitskräfte ausfielen und insbesondere die sowjetischen Kriegsgefangenen somit als »unnütze Esser« galten, war ihre Verpflegung schlecht und den Bedürfnissen Kranker nicht angemessen. ⁷⁹ Im Lazarett kamen deshalb Tausende von ihnen ums Leben. Sie starben vor allem an Seuchen – in erster Linie Tuberkulose –, an Hunger und Kälte. ⁸⁰

.....

⁷² BArch-MA, RW 6/450, Bl. 96, OKW, Abt. Kriegsgef., Bestand an Kriegsgefangenen in den Mannschaftslagern im Reich, Stand: 1.10.1942. Zeithain trug somit die offizielle Lagerbezeichnung des Stalag Mühlberg (»IV B«) mit dem Zusatz »Z« (für Zeithain).
⁷³ SächsHStA, 11378/42, Bericht der Chorun-Kommission, Bl. 99.
⁷⁴ BArch-MA, RH 53-4/15, Bl. 105, Stammtafel des Res.-Laz. (Kgf.) Waldlager Zeithain.
⁷⁵ Vgl. etwa die Transportmeldungen der Kommandantur des Stalag IV D Torgau in: BArch, RH 49/101.
⁷⁶ BArch-MA, RW 6/451, Bl. 1, Kriegsgef. Org., Bestand an Kriegsgefangenen im OKW-Bereich, 1.1.1943.
⁷⁷ BArch, RH 12-23/565, Aufstellung der Sanitäts-Ersatzabteilung des WK IV, 1.12.1944. Hüser, Otto, *Das Stammlager 326*, S. 79, schließen bereits aufgrund der »extrem hohe[n] Zahl von 2.368 Betten« auf eine überregionale Bedeutung des Kriegsgefangenenlazarets Staumühle in der Senne.
⁷⁸ SächsHStA, 11378/42, Bericht der Chorun-Kommission, Bl. 99.
⁷⁹ Archiv der Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain, Erinnerungen Gutyrja, Erinnerungen Šlykov, Brief Markson.
⁸⁰ SächsHStA, 11378/42, Bericht der Chorun-Kommission, Bl. 21 f., 99 f.

Fazit

Von den etwa 80.000 sowjetischen Kriegsgefangenen, die das Lager Zeithain zwischen Mitte Juli 1941 und April 1945 durchliefen, kamen dort rund 30.000 ums Leben. ⁸¹ Zeithain war damit aber auch »ein ganz normales Lager« ⁸² für sowjetische Kriegsgefangene in Deutschland, da es sich während seiner Funktion als Stalag 304 (IV H) nicht von den anderen »Russenslagern« in Deutschland unterschied: Von den – wie eingangs erwähnt – insgesamt 1,4 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen im Deutschen Reich überlebten etwa 400.000 die Lager und den Arbeitseinsatz nicht. ⁸³

.....

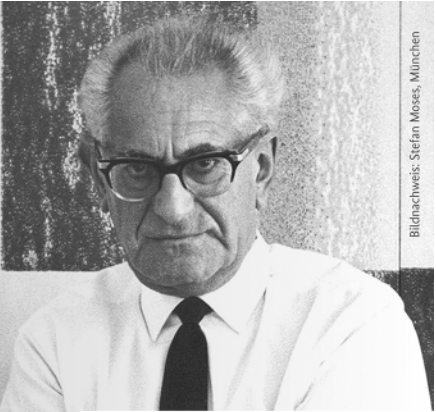
⁸¹ Vgl. Osterloh, *Ein ganz normales Lager*, S. 175–184; sowie auf Basis späterer Quellenfunde die überzeugende Präzisierung durch Nagel, »Das Kriegsgefangenenlager Zeithain 1941–1945«, S. 65–70.
⁸² So der Titel meiner Studie von 1997.
⁸³ Vgl. Reinhard Otto, »Pilotprojekt Offizierskartei. Erste wissenschaftliche Ergebnisse«, in: *Für die Lebenden – Der Toten gedenken. Ein internationales Gemeinschaftsprojekt zur Erforschung des Schicksals sowjetischer und deutscher Kriegsgefangener und Internierter*, hrsg. von der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur

Die Wehrmacht war für das Massensterben in den »Russenslagern« verantwortlich. Sie hatte nicht nur keine rechtzeitigen und ausreichenden Vorbereitungen für die Unterbringung und Verpflegung der erwarteten mehreren Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen getroffen. Mit dem Erlass der »verbrecherischen Befehle« hatte das OKW zudem bereits bei der Vorbereitung des Überfalls auf die Sowjetunion deutlich gemacht, den von Hitler geforderten Vernichtungskrieg führen zu wollen. Erst als die Arbeitskraft der sowjetischen Kriegsgefangenen für die deutsche Kriegswirtschaft immer dringender benötigt wurde, verbesserte die Wehrmacht deren Versorgung. Die aber auch 1942 und in den darauffolgenden Jahren weiterhin exorbitant hohe Sterberate unter den sowjetischen Kriegsgefangenen, die jene der Gefangenen aus jedem anderen Land bei weitem überstieg, belegt aber, dass zu keinem Zeitpunkt die ideologischen Prämissen bei der Behandlung der kriegsgefangenen Rotarmisten grundsätzlich in Frage gestellt worden sind.

.....

Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft, Dresden 2003, S. 40–49, hier: S. 42.

Anzeige



Bildnachweis: Stefan Moses, München

Fritz Bauer Studienpreis

Mit dem „Fritz Bauer Studienpreis für Menschenrechte und juristische Zeitgeschichte“ werden herausragende deutschsprachige Doktorarbeiten des rechtswissenschaftlichen Nachwuchses ausgezeichnet, die sich mit Leben, Werk oder Lebensthemen Fritz Bauers befassen.

Preisgeld: 5.000 Euro
 Ende der Bewerbungsfrist: **31. Dezember 2022**
 Bewerbungsinformationen unter:
www.bmj.de/fritz-bauer

Ende der Bewerbungsfrist:
31. Dezember 2022



Bundesministerium der Justiz



Von Massenerschießungen zu Vernichtungslagern

Der Weg zu einem Programm für die Ermordung aller europäischen Juden

Von Jan Kreutz



Jan Kreutz ist Historiker und arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter für das Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma in Heidelberg.

Foto: privat

Die auf Initiative des Chefs des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA), Reinhard Heydrich, einberufene Besprechung am 20. Januar 1942 in der Villa am Großen Wannsee, ist vielfach beschrieben worden.¹ Zwar wurde auf der Wannsee-Konferenz nicht, wie von der älteren Forschung teilweise angenommen, die Entscheidung zur Ermordung der europäischen Juden getroffen. Doch auch aus heutiger Sicht handelt es sich um eines der zentralen Ereignisse in der Entwicklung des Holocaust. Hier wurde das Programm zur Ermordung *aller* für das NS-Regime erreichbaren europäischen Juden zwischen den beteiligten Ministerien und Behörden abgestimmt und in konkrete Planungen übersetzt.² Am Wannsee wurde damit der Weg geebnet für die beispiellose Ausweitung und Beschleunigung des Mordens, die sich im Laufe des Jahres 1942 vollzog.

Am Ende des Jahres waren in den Vernichtungslagern Kulmhof, Belzec, Sobibor, Treblinka und Auschwitz-Birkenau schließlich mehr als zwei Millionen Menschen – Männer, Frauen und Kinder – ermordet worden, die meisten davon durch Gas. Die ersten Vergasungen in Kulmhof hatten im Dezember 1941 begonnen, im März 1942 setzte das Morden in Belzec ein, es folgten Sobibor und Treblinka im Juni und Juli 1942. In Auschwitz hatten erste Gasmorde an sowjetischen Kriegsgefangenen und angeblich arbeitsunfähigen Inhaftierten im Sommer 1941 stattgefunden. Aber erst mit dem Beginn systematischer Deportationen von Juden aus unterschiedlichen europäischen Ländern im März 1942 entwickelte sich das Lager zu der Todesfabrik, mit der der Begriff »Auschwitz« heute assoziiert wird.

1 Die umfassendste Darstellung der Konferenz samt einer Sammlung zentraler Dokumente findet sich in: Norbert Kampe, Peter Klein (Hrsg.), *Die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942. Dokumente, Forschungsstand, Kontroversen*, Köln, Weimar, Wien 2013.

2 Vgl. Peter Klein, »Die Wannsee-Konferenz (Reprint)«, 2012, <https://zeitgeschichte-online.de/geschichtskultur/die-wannsee-konferenz-reprint> (10.6.2022).

Die ungeheure Geschwindigkeit und Dynamik, mit der in den Vernichtungslagern im Jahr 1942 gemordet wurde, kam nicht aus dem Nichts. Zum Zeitpunkt der Wannsee-Konferenz war die Schwelle von Massentötungen zum Genozid bereits überschritten worden. Das galt insbesondere für die deutsch besetzten Gebiete der Sowjetunion, wo SS und Polizei mit aktiver Unterstützung der Wehrmacht seit dem Sommer 1941 mit der Auslöschung ganzer jüdischer Gemeinden begonnen hatten. Aber auch im Reichsgau Wartheland, auf dem Balkan oder in Ostpreußen hatten sich SS-Leute, Polizisten, Soldaten und Angehörige der Zivilverwaltung mit teilweise großer Eigeninitiative am Töten beteiligt. Das Personal, die Verfahren und die Techniken, die für die Ermordung Hunderttausender Menschen benötigt wurden, waren dabei erprobt und immer weiter angepasst worden.

Vor diesem Hintergrund konnten die am Wannsee versammelten Männer sich auf die Frage konzentrieren, wie ein ganz Europa umfassendes abgestimmtes Vorgehen aussehen sollte. Zunächst sollte die auf dem Gebiet des »Großdeutschen Reiches« lebende jüdische Bevölkerung deportiert und anschließend »Europa vom Westen nach Osten durchgekökamt« werden.³ Auch wenn die Kriegslage sowie zwischenzeitliche Rücksichten auf verbündete und neutrale Staaten zumindest zu temporären Abweichungen führten, bildete das damit formulierte Mordprogramm die Richtschnur, an der sich das RSHA und die anderen beteiligten Ministerien und Dienststellen ausrichteten. Dabei knüpften sie an institutionelle Erfahrungen und Lernprozesse an, die stark von der Radikalisierung geprägt waren, die das deutsche Vorgehen gegen die jüdische Bevölkerung im östlichen und südöstlichen Europa im Frühjahr und Sommer 1941 ausgezeichnet hatte. Der folgende Beitrag beschreibt, wie sich Initiativen lokaler NS-Funktionäre zur Deportation oder Ermordung der in ihrem Verantwortungsbereich lebenden Juden und die Bestrebungen der NS-Führung ergänzten und zu einem Programm für die Ermordung aller europäischen Juden verbanden.

Massenerschießungen

Die Wochen vor Beginn des Überfalls auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 waren von intensiven Verhandlungen zwischen SS und Wehrmachtsführung geprägt. Eine Einigung wurde durch ein gemeinsames Verständnis dieses Kriegs als eines Kampfes gegen den »jüdischen Bolschewismus« erleichtert, in dem das Kriegsvölkerrecht oder menschliche Rücksichten fehl am Platz waren. Eine brutalisierte Kriegsführung war dabei nicht einfach ein Nebeneffekt,

3 Protokoll der Wannsee-Konferenz vom 20. Januar 1942, https://www.ghwk.de/fileadmin/Redaktion/PDF/Konferenz/protokoll-januar1942_barrierefrei.pdf, S. 8 (10.6.2022).

sondern integraler Bestandteil der operativen Planungen der Wehrmachtsführung. Etwaiger Widerstand sollte durch besondere Brutalität erstickt werden. Auch deshalb setzte die Wehrmacht auf Unterstützung durch Verbände der SS und Polizei, denen sie große Spielräume zugestand.⁴

Nur Tage nach der Invasion begannen Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD, unterstützt durch Einheiten von Polizei, Waffen-SS und Wehrmacht, mit der Ermordung politischer Gegner und führender Vertreter jüdischer Gemeinden. Innerhalb weniger Wochen wurde der Kreis der Opfer in mehreren Stufen ausgeweitet. Wurden zunächst vor allem männliche Juden im wehrfähigen Alter erschossen, waren ab Juli und August zunehmend auch Frauen, Kinder und ältere Menschen unter den Opfern. Ab Ende September gingen Einheiten von SS und Polizei schließlich dazu über, die jüdische Bevölkerung ganzer Städte in teilweise mehrere Tage dauernden Massenerschießungen zu ermorden.⁵

Die Ausweitung des Mordens folgte dabei keinem vorgefertigten Plan, sondern entsprang einem Aushandlungsprozess zwischen der SS-Führung und den Einheiten vor Ort. Die Perspektive der SS-Führung wurde dabei stark von der Gewalt häufig rangniederer Polizeioffiziere und SS-Führer geprägt, die diese aus eigenem Antrieb ausübten.⁶ Gleichzeitig sorgten Reichsführer-SS, Heinrich Himmler, sowie die Chefs des RSHA und des Hauptamtes Ordnungspolizei, Reinhard Heydrich und Kurt Daluege, durch Funkbotschaften und persönliche Besuche vor Ort dafür, dass alle in der Sowjetunion eingesetzten Einheiten von SS, Waffen-SS und Polizei wussten, dass von ihnen ein möglichst radikales Vorgehen gegen die jüdische Bevölkerung erwartet wurde.⁷

Parallel zur Ausweitung der Morde auf die gesamte jüdische Bevölkerung entwickelten die Täter Wege, immer mehr Menschen in immer kürzerer Zeit zu töten. Wurden die Opfer zunächst in Anlehnung an standrechtliche Hinrichtungen von einem aus mehreren Schützen zusammengestellten Erschießungskommando getötet, so kamen bald Maschinengewehre zum Einsatz, oder man zwang die Opfer, sich in zuvor ausgehobene Gruben oder bestehende Panzergräben zu legen, wo sie durch Kopfschüsse ermordet wurden. Einen Eindruck von der grausamen Effizienz solcher Aktionen liefert

4 Vgl. Dieter Pohl, *Herrschaft der Wehrmacht. Deutsche Militärbesatzung und einheimische Bevölkerung in der Sowjetunion 1941–1944*, München 2012, S. 64–70.

5 Vgl. »Einleitung«, in: Susanne Heim u.a. (Hrsg.), *Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945 (VEJ)*, Bd. 7: *Sowjetunion mit annektierten Gebieten I*, bearb. von Bert Hoppe und Hildrun Glass, München 2016, S. 13–89, hier: S. 32 f. Vgl. generell hierzu die Quellenedition: Klaus-Michael Mallmann u.a. (Hrsg.), *Dokumente der Einsatzgruppen in der Sowjetunion*, 3 Bde., Darmstadt 2011–2014.

6 Vgl. Christopher Browning, *Judenmord. NS-Politik, Zwangsarbeit und das Verhalten der Täter*, Frankfurt am Main 2001, S. 189 f.

7 Vgl. *VEJ*, Bd. 7, S. 36.

das Massaker in der Schlucht von Babij Jar bei Kiew. Unter dem Kommando des Höheren SS-Polizeiführers für die Ukraine, Friedrich Jeckeln, wurden hier am 29. und 30. September 1941 mehr als 33.000 Juden erschossen.⁸

Zwar waren auch bei früheren Gelegenheiten, etwa durch die in den Pripjat-Sümpfen eingesetzten Einheiten der SS-Kavallerie, bereits jüdische Frauen und Kinder ermordet worden. Die Morde von Kiew zielten aber auf die Ermordung der gesamten jüdischen Bevölkerung einer Metropole. Sie bildeten den Auftakt einer Serie von Massenerschießungen, durch die im Oktober 1941 die jüdische Bevölkerung weiterer sowjetischer Großstädte ausgelöscht wurde.⁹ Insgesamt ermordeten Einsatzgruppen, Polizeibataillone, Waffen-SS-Verbände und Wehrmachtseinheiten innerhalb von sechs Monaten mehr als eine halbe Million Juden.¹⁰ Das Auslöschen der jüdischen Bevölkerung ganzer Städte war zur neuen Normalität geworden.

Allerdings waren die Massenerschießungen weder unbeobachtet noch unkommentiert geblieben. Angehörige von Wehrmacht und Besatzungsverwaltung, aber auch sowjetische Zivilisten beobachteten und beschrieben das Morden. Schilderungen und selbst Fotos der Grausamkeiten verbreiteten sich bis ins Reichsgebiet.¹¹ Vielen Deutschen ging es dabei ähnlich wie dem Wehrmachtsangehörigen Karl-Heinz L., der sich nach der Beobachtung einer Massenerschießung im Juli 1941 vor allem um die psychische Gesundheit der Täter sorgte:

»Wie mag es in dem Innern der Schützen aussehen? Abend für Abend diese Arbeit, das kann nur etwas sein für Leute, die von Natur Nerven wie Stahltaue besitzen. Auch wir begeben uns wieder auf den Heimweg, lachend und schwatzend unterhalten sich die Meisten und können sich nicht grausig genug das Erlebte ausmalen. Mir wird wahrscheinlich das Gesehene ewig gegenwärtig bleiben. Es gehört zu dem Erlebten, das man nie vergessen wird.«¹²

Auch wenn es den meisten Tätern erschreckend leichtfiel, die eigene Beteiligung am Morden zu rechtfertigen, formulierte Karl-Heinz L. hier einen Gedanken, den viele Deutsche bis hinauf zum Reichsführer-SS teilten, der im Dezember seine in der Sowjetunion eingesetzten Unterführer ermahnte, »persönlich dafür zu sorgen, dass keiner unserer Männer, die diese schwere Pflicht zu erfüllen haben, jemals verroht oder an Gemüt und Charakter Schaden erleidet«.¹³

.....

8 Vgl. Wolfram Wette, »Tötung der Opfer und der Erinnerung. Das Massaker von Babij Jar am 29.–30.9.1941«, in: Peter Gleichmann (Hrsg.), *Massenhaftes Töten. Kriege und Genozide im 20. Jahrhundert*, Essen 2004, S. 339–360.
9 Vgl. Christian Gerlach, *Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941 bis 1944*, 2. Aufl., Hamburg 2013, S. 599 f.
10 Vgl. *VEJ*, Bd. 7, S. 14.
11 Ebd., S. 88.
12 Karl-Heinz L., Tagebucheintrag vom 15. Juli 1941, in: *VEJ*, Bd. 7, S. 171–173 (Dok. 26), hier: S. 173.
13 Latvijas Nacionālais Arhīvs, LVVA-6.2.1/2/13148, S. 4–6, hier: S. 4, Reichsführer-SS an die in der Sowjetunion eingesetzten HSSPF u.a., 12.12.1941.

Mit hoher Wahrscheinlichkeit waren es solche Befürchtungen, die Himmler bewegten, als er nach der Besichtigung einer Massenerschießung in Minsk im August 1941 den Chef der Einsatzgruppe B, Arthur Nebe, sowie den Höheren SS- und Polizeiführer Russland-Mitte, Erich von dem Bach-Zelewski, mit der Suche nach Mordmethoden beauftragte, die weniger belastend für die Täter sein sollten.¹⁴

Erste Gasmorde

Schnell rückte mit der Verwendung von Gas eine Methode in den Fokus, die schon bei der Ermordung der Patienten von Heil- und Pflegeanstalten im Rahmen der sogenannten Aktion T4 benutzt worden war und von der zudem das primär im Wartheland eingesetzte SS-Sonderkommando von SS-Hauptsturmführer Herbert Lange Gebrauch machte, um Psychiatriepatienten und als arbeitsunfähig geltende Juden zu ermorden.¹⁵ Nachdem Bach-Zelewski damit gescheitert war, Lange zu einer Vorführung der von ihm verwendeten Gaswagen nach Minsk zu holen, begannen er und Nebe unter Einbindung des Kriminaltechnischen Instituts der Sicherheitspolizei eigene Tötungsexperimente, für die sie die Insassen zweier psychiatrischer Anstalten in Minsk und Mogilew missbrauchten. Das Ergebnis war die Entwicklung eines Gaswagens, der, anders als die vom Sonderkommando Lange bis dahin eingesetzten Fahrzeuge, nicht länger auf die Verwendung von Gasflaschen mit Kohlenmonoxid angewiesen war, sondern durch Motorabgase tötete.¹⁶ Seit dem Winter 1941 wurden Fahrzeuge dieses neuen Typs von SS-Einheiten unter anderem in der Sowjetunion und in Serbien zur Ermordung von Juden benutzt.¹⁷

Sie kamen etwa in Maly Trostinez bei Minsk zum Einsatz, wo seit dem Frühjahr 1942 über 100.000 Menschen ermordet wurden. Dabei handelte es sich um Juden aus Minsk und Umgebung sowie um etwa 16.000 aus dem Deutschen Reich sowie dem Protektorat Böhmen und Mähren deportierte Juden.¹⁸ Sowohl hier wie auch

.....

14 Vgl. Gerlach, *Kalkulierte Morde*, S. 572, 648.
15 Vgl. Robert Parzer, »Holocaust und »Euthanasie«-Verbrechen: eine alte Debatte, empirisch geerdet. Das Beispiel der frühen »Euthanasie«-Morde im besetzten Polen und in Brandenburg«, in: Jörg Osterloh, Jan Erik Schulte (Hrsg.), *»Euthanasie« und Holocaust. Kontinuitäten, Kausalitäten, Parallelitäten*, Paderborn 2021, S. 235–251, hier: S. 246–248.
16 Vgl. Mathias Beer, »Gaswagen. Von der »Euthanasie« zum Genozid«, in: Günter Morsch (Hrsg.), *Neue Studien zu nationalsozialistischen Massentötungen durch Giftgas. Historische Bedeutung, technische Entwicklung, revisionistische Leugnung*, Berlin 2011, S. 153–164, hier: S. 158 f.
17 Ebd., S. 162 f.
18 Vgl. Petra Rentrop, »Weißrussland«, in: Wolfgang Benz, Barbara Distel, Angelika Königseder (Hrsg.), *Der Ort des Terrors*, Bd. 3, München 2006, S. 373–389, hier: S. 384; dies., *Tatorte der »Endlösung«. Das Ghetto Minsk und die Vernichtungsstätte von Maly Trostinez*, Berlin 2011; Stephan Lehnstaedt, *Okkupation im Osten. Besatzeralltag in Warschau und Minsk 1939–1944*, München 2010, S. 46 f.



Sowjetunion:
SS-Obergruppenführer Friedrich Jeckeln im Gespräch mit einem Soldaten der Waffen-SS, im Hintergrund ein SS-Obersturmführer, Juni 1941.
Foto: Bundesarchiv, Bild 101III-Langenberger-012-13



Lettland:
Reichskommissar Ostland Hinrich Lohse (3. v. l.) mit Offizieren bei der Ankunft am Bahnhof von Riga; 2. v. l. von Rentsch, 4. v. l. Hoff, 5. v. l. Friedrich Jeckeln.
Foto: Bundesarchiv, Bild 146-1970-043-42

in anderen Vernichtungsstätten in der Sowjetunion griffen deutsche Einheiten parallel zur Verwendung von Gaswagen weiter auf Massenerschießungen zurück, bei denen zunehmend einheimische Hilfskräfte eingesetzt wurden. So wurde etwa ein großer Teil der über 360.000 Juden, die 1942 im Generalkommissariat Ukraine ermordet wurden, erschossen.¹⁹ Das Gleiche traf auf die im Frühjahr 1942 noch einmal forcierte Ermordung der in den übrigen deutsch besetzten Gebieten der Sowjetunion und Jugoslawiens beheimateten Juden zu. Die Gasmorde ergänzten also die Massenerschießungen, ersetzten sie aber noch nicht.

Kulmhof

Allerdings ließ sich dieses Muster nicht ohne weiteres auf andere eingenommene Territorien übertragen. Der Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion sowie die Bekämpfung angeblicher und tatsächlicher Partisanen auf dem Balkan hatten der SS Spielräume eröffnet, die innerhalb des Reiches, aber auch in den meisten anderen besetzten Gebieten und erst recht in den verbündeten Staaten nicht gegeben waren. Die hier lebenden Juden wurden daher in der Regel nicht in der unmittelbaren Umgebung ihres Wohnortes ermordet, sondern – teilweise über Zwischenstationen in Arbeitslagern oder Ghettos – in spezielle Vernichtungsstätten transportiert.

Die Vorarbeiten für die Errichtung solcher Vernichtungsstätten hatten bereits im Sommer und Herbst 1941 begonnen, wobei es zu diesem Zeitpunkt noch vor allem lokale Akteure waren, die die Initiative ergriffen. So schlug der NSDAP-Gauleiter des Warthelandes, Arthur Greiser, im Sommer 1941 vor, die gesamte in seinem Herrschaftsbereich lebende jüdische Bevölkerung zu ermorden. Zu diesem Zweck wurde das SS-Sonderkommando Lange im Oktober 1941 mit Genehmigung Himmlers in einen kleinen Ort im Kreis Warthbrücken beordert: Chełmno. In dem von den deutschen Behörden Kulmhof genannten Ort ermordete das Sonderkommando mit Unterstützung von Polizisten ab Dezember 1941 über 145.000 Juden und mehr als 4.000 Sinti und Roma.²⁰

Bei den ersten Opfern handelte es sich um jüdische Bewohner kleinerer Städte und Ortschaften in der näheren Umgebung Kulmhofs.²¹ Im Januar 1942 begann zudem die Ermordung Tausender Roma aus dem Burgenland, die im November 1941 zunächst in das Ghetto Litzmannstadt (Łódź) deportiert worden waren.²² Bis in

den April 1943 hinein ermordete das Sonderkommando die in den kleineren Städten des Warthelandes in offenen Ghettos lebenden Juden.²³

Verübt wurden die Morde spätestens seit Anfang 1942 mit drei der vom Kriminaltechnischen Institut der Sicherheitspolizei entwickelten Gaswagen, die durch die Einleitung von Motorabgasen töteten. In der Regel wurden die Opfer zunächst in Warthbrücken gesammelt. Von dort wurden sie mit Lastwagen beziehungsweise ab März 1942 mit einer Schmalspurbahn nach Kulmhof gebracht. Unter dem Vorwand, ihre Kleidung müsse vor dem Weitertransport in ein Arbeitslager desinfiziert werden, brachten Angehörige des Kommandos Lange die Opfer dazu, sich zu entkleiden und durch einen langen Korridor zu gehen, der angeblich zu Duschräumen führte.²⁴

Nach Aussagen Überlebender, die bereits im April 1942 der Untergrundbewegung im Warschauer Ghetto bekannt geworden waren, merkten die Opfer spätestens jetzt, was ihnen bevorstand: »Der »Baderaum« war eben die Rampe, auf die man die Opfer mit Peitschen und Stöcken gejagt hat und von wo sie in das Gasauto, das an der zweiten Seite der Rampe untergebracht war, verladen wurden. […] Eine unbeschreibliche Verzweiflung und wilder Schrecken packte die Unglücklichen. Sie schrien und weinten und beteten laut. Der Wagen, in den die Opfer hineingejagt wurden (es war[en] derer zwei), war ungefähr so groß wie ein großes Lastauto. Grau, hermetisch abgesperrt […]. Die Wände waren mit Blech beschlagen, der Fußboden mit Strohmatten auf hölzernen Leisten ausgelegt.«²⁵

Abhängig von der Größe des verwendeten Gaswagens wurden zwischen 60 und 120 Menschen in den Laderaum getrieben, der anschließend von außen verriegelt wurde. Die Opfer, die durch das Einleiten von Abgasen getötet wurden, versuchten verzweifelt, aber vergeblich, sich zu befreien. Die Gaswagen brachten die Leichen zu einem nahegelegenen Waldstück, wo jüdische Zwangsarbeiter inzwischen Gruben ausgehoben hatten, in die sie die Toten legen mussten. Dabei entdeckten sie oftmals Freunde und Familienangehörige unter den Ermordeten. Kaum war ein Wagen entladen und notdürftig gereinigt, mussten die Zwangsarbeiter den nächsten entladen. Bisweilen wurden in Kulmhof mehrere Hundert Menschen am Tag ermordet, darunter nicht zuletzt die Angehörigen der Arbeitskommandos selbst, die in regelmäßigen Abständen erschossen und durch neue jüdische Zwangsarbeiter ersetzt wurden.²⁶

..... Łódź 2003, S. 9–40, hier: S. 30–40.

23 Vgl. Klein, »Kulmhof«, S. 308 f.

24 Vgl. Peter Klein, »Massentötung durch Giftgas im Vernichtungslager Chełmno«, in: Morsch (Hrsg.), *Neue Studien*, S. 177–184, hier: S. 179–182; »Einleitung«, in: *VEJ*, Bd. 10: *Polen: Eingegliederte Gebiete August 1941–1945*, bearb. von Ingo Loose, München 2020, S. 13–67, hier: S. 26 f.

25 Hersz Wasser an Aleksander Kaminski über »Die Vorfälle in Kulmhof«, in: *VEJ*, Bd. 10, S. 330–336, hier: S. 333.

26 Vgl. *VEJ*, Bd. 10, S. 27.

Ende März 1943 hatte Kulmhof aus der Sicht von Gauleiter Greiser seine Aufgabe erfüllt. Die jüdische Bevölkerung des Warthelandes war bis dahin entweder ermordet oder in das Ghetto Litzmannstadt deportiert worden. Greiser zeigte sich daher außerordentlich zufrieden darüber, dass die Angehörigen des Sonderkommandos Lange »nicht nur treu und brav und in jeder Beziehung konsequent die ihnen übertragene schwere Pflicht erfüllt, sondern darüber hinaus auch noch haltungsmäßig bestes Soldatentum repräsentiert« hätten.²⁷

»Aktion Reinhardt«

Auch am Beginn einer zweiten Gruppe von Vernichtungsstätten, die im Jahr 1942 Schauplatz des Mordens wurden, stand eine lokale Initiative, die in diesem Fall das Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete betraf. Dem SS- und Polizeiführer des Distrikts Lublin, Odilo Globocnik, ging es zunächst vor allem darum, die in seinem Befehlsbereich lebenden Juden in den Lagern der sogenannten Aktion Reinhardt ermorden zu lassen, um die Ansiedlung Deutscher vorzubereiten.²⁸ Die Genehmigung Himmlers erhielt er allerdings erst im Oktober 1941, als absehbar war, dass sich der Krieg gegen die Sowjetunion länger hinziehen würde, als von der NS-Führung erhofft. Pläne für die Deportation Hunderttausender Juden aus dem Reich, den besetzten Ländern, aber auch aus dem Generalgouvernement in nicht näher bestimmte Gebiete weit im Osten waren damit hinfällig geworden.²⁹ Stattdessen wurden die ohnehin überbelegten Ghettos und Lager im Generalgouvernement sowie im Reichskommissariat Ostland ab Oktober 1941 nun selbst zum Zielort von Deportationen.³⁰ Die dahinter stehende menschenverachtende Logik beschrieb Joseph Goebbels, der als Gauleiter von Berlin wie andere lokale Funktionäre mit großem Engagement auf die Entfernung aller Juden aus dem eigenen Verantwortungsbereich gedrängt hatte, im März 1942 folgendermaßen:

»Aus dem Generalgouvernement werden jetzt bei Lublin beginnend, die Juden nach dem Osten abgeschoben. Es wird hier ein ziemlich barbarisches und nicht näher zu beschreibendes Verfahren angewandt, und von den Juden selbst bleibt nicht mehr viel übrig. Im großen kann man wohl feststellen, daß 60% davon liquidiert werden müssen, während nur noch 40% in die Arbeit eingesetzt werden können. […] Die in den Städten des Generalgouvernements freierwenden Ghettos werden jetzt mit den aus dem Reich abgeschobenen

.....

27 Arthur Greiser an Heinrich Himmler, in: *VEJ*, Bd. 10, S. 563 f., hier: S. 564.

28 Vgl. Dieter Pohl, »Die nationalsozialistische Vernichtungspolitik um die Jahreswende 1941/42. Zum Kontext der Wannsee-Konferenz«, in: Kampe, Klein (Hrsg.), *Wannsee-Konferenz*, S. 169–181, hier: S. 173.

29 Vgl. Pohl, »Vernichtungspolitik«, S. 174 f.

30 Vgl. »Einleitung«, in: *VEJ*, Bd. 9: *Polen: Generalgouvernement August 1941–1945*, bearb. von Klaus-Peter Friedrich, S. 13–49, hier: S. 19 f.

Juden gefüllt, und hier soll sich dann nach einer gewissen Zeit der Prozess erneuern.«³¹

Aus der Sicht der NS-Führung bestand demnach ein direkter Konnex zwischen den beginnenden Judendeportationen aus dem Reich und der Ermordung der bereits ghettoisierten Juden im deutsch besetzten Osten. Himmlers Entscheidung, sowohl Greiser im Wartheland als auch Globocnik im Generalgouvernement den Aufbau regionaler Tötungszentren zu gestatten, verweist daher bereits auf den Übergang zu einer ganz Europa umfassenden Mordkampagne.³² Auch in den Ghettos von Riga, Minsk und Kaunas trafen nun Transporte mit Juden aus dem Reich und dem Protektorat Böhmen und Mähren ein. Vielen Neuankömmlingen blieb dabei nicht verborgen, was unmittelbar vor ihrer Ankunft geschehen war. So erinnerte sich etwa der Kölner Günther Lippmann, der zu den ersten deutschen Juden gehört hatte, die in das Ghetto Riga gebracht wurden: »Bei Ankunft in dem Ghetto hatten wir beim Betreten unserer Wohnräume unbedingt das Gefühl, daß diese kurz vorher noch von anderen Menschen bewohnt gewesen sein müssen. […] Es lagen noch Essenreste auf dem Tisch, und die Öfen waren noch warm. […] Später habe ich dann erfahren, daß kurze Zeit vor Eintreffen unseres Transportes lettische Juden erschossen worden sind.«³³

Während SS-Führer wie Friedrich Jeckeln in Riga weiter auf Massenerschießungen setzten, machte sich Globocnik beim Aufbau der Vernichtungsstätten im Generalgouvernement die Erfahrungen zunutze, die Angehörige der »Aktion T4« bei der Ermordung Zehntausender Patienten von Heil- und Pflegeanstalten gemacht hatten. In der Folge entstand unter Globocniks Regie mit Belzec, Sobibor und Treblinka ein System von Vernichtungsstätten, dessen Hauptzweck in der Auslöschung der jüdischen Bevölkerung des Generalgouvernements bestand. Unter den insgesamt etwa 1,6 Millionen Opfern waren aber auch Juden, die aus dem Deutschen Reich sowie aus mehreren anderen europäischen Staaten deportiert worden waren.³⁴

Die Vorarbeiten zur Errichtung der ersten Vernichtungsstätte Belzec begannen im Oktober 1941 mit der Versetzung einer

.....

31 Tagebucheintrag vom 27. März 1942, in: *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, hrsg. von Elke Fröhlich im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte; Teil 2: *Diktate 1941–1945*, Bd. 3: *Januar–März 1942*, bearb. von Elke Fröhlich, München 1994, S. 557–563, hier: S. 561.

32 Vgl. Christian Gerlach, *Der Mord an den europäischen Juden. Ursachen, Ereignisse, Dimensionen*, München 2017, S. 83 f.; Stephan Lehnstaedt, *Der Kern des Holocaust. Belzec, Sobibór, Treblinka und die Aktion Reinhardt*, München 2017, S. 33 f.; Robert Kuwalek, *Das Vernichtungslager Belzec*, 2. Aufl., Berlin 2014, S. 44; Michael Alberti, *Die Verfolgung und Vernichtung der Juden im Reichsgau Wartheland 1939–1945*, Wiesbaden 2006, S. 401–404.

33 Zeugenaussage Günther Lippmann, 13.11.1965, zit. nach: Andrej Angrick, Peter Klein, *Die »Endlösung« in Riga. Ausbeutung und Vernichtung. 1941–1944*, Darmstadt 2006, S. 229.

34 Vgl. Sara Berger, *Experten der Vernichtung. Das T4-Netzwerk in den Lagern Belzec, Sobibor und Treblinka*, Hamburg 2013, S. 252–255.

Handvoll SS-Leute, die bereits an der »Aktion T4« teilgenommen hatten und nach dem Abbruch der zentralisierten Gasmorde an geistig Kranken und körperlich Behinderten im August 1941 ohne Aufgabe waren. Sie standen unter dem Kommando von SS-Hauptsturmführer Christian Wirth, der als Inspekteur der an den »T4«-Morden beteiligten Heil- und Pflegeanstalten eine führende Rolle bei der Ermordung Behinderter gespielt hatte und nun zum Leiter von Belzec ausersehen war. Bei der Planung des Lageraufbaus orientierte sich die kleine Gruppe am Vorbild der ihnen bestens bekannten »T4«-Anstalten.³⁵ Die eigentlichen Bauarbeiten, die vermutlich unter Beratung von Bauspezialisten aus Lublin stattfanden, wurden von polnischen Zivilisten ausgeführt, die zunächst davon ausgingen, am Bau eines Arbeitslagers mitzuwirken. Mitte November kam eine größere Gruppe sogenannter Trawniki-Männer hinzu. Dabei handelte es sich um ehemalige Soldaten der Roten Armee, die gegen die Verpflichtung, sich im SS-Lager Trawniki deutschen Hilfsverbänden anzuschließen, aus der Kriegsgefangenschaft entlassen worden waren. Sie waren vor allem für die Bewachung jüdischer Zwangsarbeiter verantwortlich, die nun den größten Teil der Bauarbeiten übernahmen.³⁶

Nach einer Reihe von Versuchen, die offenbar in Kenntnis der vom Kriminaltechnischen Institut der Sicherheitspolizei verantworteten Weiterentwicklung der Gaswagen durchgeführt wurden, entschieden sich die Täter für die Verwendung von Motorabgasen als Mordmethode. Anders als in Kulmhof kamen aber nicht Gaswagen zum Einsatz, sondern eigens errichtete Gaskammern, in die die Abgase durch ein Rohrsystem eingeleitet wurden. Trotz des Improvisationscharakters der Anlage und der Tatsache, dass sich in der Anfangsphase lediglich 14 Deutsche und 60 Trawniki-Männer in Belzec im Einsatz befanden, wurden ab März 1942 in einem Zeitraum von nur vier Wochen mehr als 70.000 Menschen getötet.³⁷

Die Grundstruktur von Belzec wurde für die beiden anderen Lager der »Aktion Reinhardt« übernommen. Alle Mordstätten gliederten sich in drei voneinander getrennte Bereiche. Da die Standorte der Lager vor allem nach dem Vorhandensein eines Eisenbahnanschlusses ausgesucht worden waren, konnten die Güterzüge, in die häufig Tausende Juden gepfercht wurden, direkt in den Auffangbereich des Lagers einfahren. Hier mussten die Opfer ihr Gepäck abgeben und wurden in Baracken gebracht, wo sie sich getrennt nach Geschlechtern entkleiden mussten. Verwundete und alte Menschen

wurden »ausgesondert« und in etwas abseits gelegene Erschießungsstätten gebracht.

In der Anfangsphase der »Aktion Reinhardt« oder wenn die Opfer aus weiter entfernten Gebieten deportiert worden waren, bemühten sich die Täter, möglichst lange die Täuschung aufrechtzuerhalten, die Lager dienten als Durchgangsstationen auf dem Weg zu einem Arbeitslager.³⁸ Handelte es sich dagegen um Juden aus dem Generalgouvernement, unter denen sich Gerüchte über die Vorgänge in den Lagern der »Aktion Reinhardt« seit dem Frühsommer 1942 verbreitet hatten, gingen SS-Leute und Trawniki-Männer schon beim Ausladen mit größter Brutalität vor und trieben die Opfer unter Schlägen, Peitschenhieben und Schüssen aus den Wagen. Nach dem Entkleiden wurden die Menschen unter Drohungen und drastischer Gewalt durch einen auf beiden Seiten mit Stacheldraht begrenzten »Schlauch« in den zweiten Lagerbereich und damit in die Gaskammern gehetzt. Der Überlebende des Lagers Treblinka Samuel Rajzman beschrieb diese Situation: »[A]uf Schritt und Tritt wurden die Menschen einhergejagt. Es entstand solch eine panische Atmosphäre, dass die aus dem Waggon aussteigenden Menschen vollständig den Kopf verloren. Sie verloren jede Möglichkeit, sich darin zurechtzufinden, was mit ihnen und in ihnen vor sich ging.«³⁹

Rund 15 bis 20 Minuten nachdem die schweren Türen der Gaskammern verriegelt worden waren, mussten jüdische Zwangsarbeiter die Leichen der Ermordeten zu bereits vorbereiteten Gruben bringen. Im Lager Belzec wurden die Angehörigen des Arbeitskommandos zunächst in kurzen Abständen ermordet und durch Männer aus neu ankommenden Transporten ersetzt. Schnell zeigte sich jedoch, dass für das Sortieren der Besitztümer der Opfer ebenso wie für weitere Arbeiten die Einrichtung von Arbeitskommandos mit spezialisierten Aufgaben effizienter war.⁴⁰ Diese wurden in einem dritten Lagerbereich untergebracht, in dem sich neben einem Sortierbereich auch Werkstätten und Lagerstätten befanden.

Hatte sich in der ersten Phase der Morde in Belzec noch eine Reihe von organisatorischen Mängeln, wie das Fehlen ausreichender Zwischenlager für Beutegut, gezeigt, so bemühten sich der zum Leiter der gesamten »Aktion Reinhardt« aufgestiegene Wirth und seine Untergebenen, diese beim Aufbau der Vernichtungslager Sobibor und Treblinka zu beseitigen. Dabei profitierten sie von den großen Handlungsspielräumen, die ihnen Globocnik einräumte und die es ihnen erlaubten, »vor Ort eigenständig nach Lösungen und Verbesserungsmöglichkeiten«⁴¹ zu suchen.

35 Ebd., S. 40 f.; Melanie Hembera, »Die Rolle der Kanzlei des Führers beim Genozid an der jüdischen Bevölkerung im Generalgouvernement«, in: Stephan Lehnstaedt, Robert Traba (Hrsg.), *Die »Aktion Reinhardt«. Geschichte und Gedenken*, Berlin 2019, S. 27–44, hier: S. 36 f.

36 Vgl. Berger, *Experten*, S. 42–44. Generell zur Rekrutierung und Rolle der Trawniki vgl. Angelika Benz, *Handlanger der SS. Die Trawniki-Männer im Holocaust*, Berlin 2016.

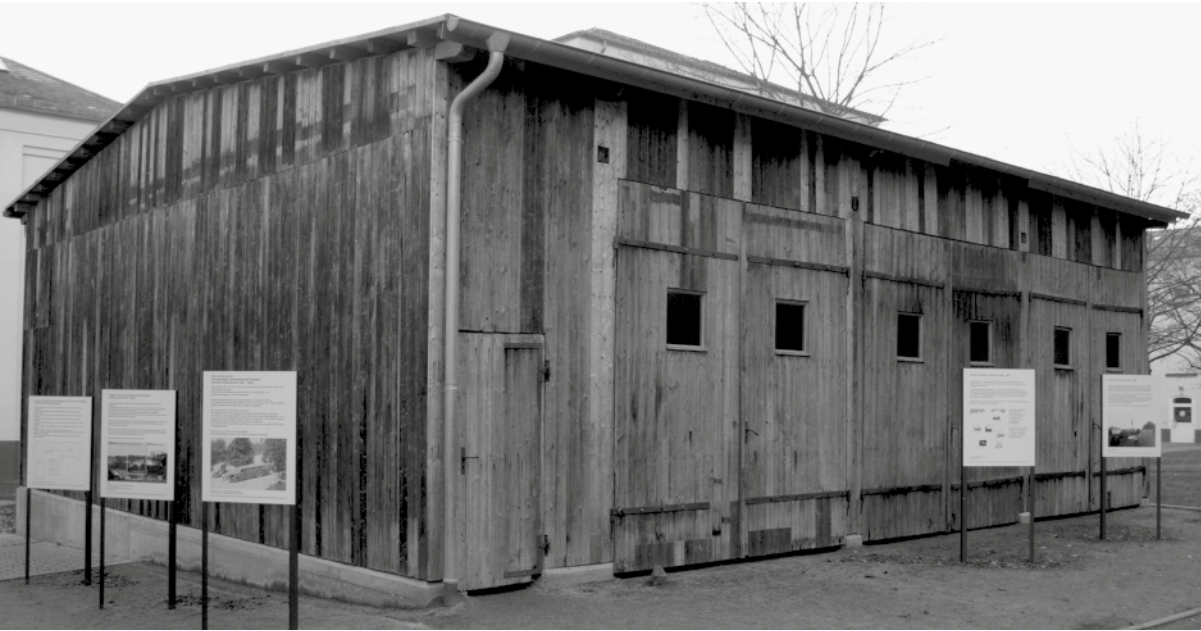
37 Vgl. Berger, *Experten*, S. 51 f.

38 Vgl. Katharina Schmitt, »Eine Hölle voller Teufel«. Täuschung und Gewalt im Vernichtungslager Treblinka«, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 62 (2014), H. 9, S. 726–748, hier: S. 732.

39 Ebd., S. 731.

40 Vgl. Berger, *Experten*, S. 64 f.

41 Vgl. dies., »Die Vernichtungslager der »Aktion Reinhardt«. Ein Zusammenspiel von »T4«-Erfahrungen, Lagerstrukturen und Besatzungspolitik«, in: Bettina Grei-



Garage der »Grauen Busse« in Hadamar, mit denen Menschen in die Tötungsanstalten gebracht wurden. Heute Teil der Gedenkstätte. Foto: Volker Thies, CC BY-SA 3.0

Nach dem Massaker in der Schlucht von Babij Jar am 29./30. September 1941 müssen Sowjetische Kriegsgefangene das Massengrab zuschütten. Foto: Johannes Hähle (Fotograf der 637. Propagandakompanie) / Hamburger Institut für Sozialforschung, public domain



Das Ergebnis waren »Gaskammern mit Gleisanschluss«,⁴² die einzig darauf ausgerichtet waren, mit beispielloser Effizienz zu morden und die Besitztümer der Opfer zu verwerten. Sie kamen mit einem Minimum an deutschem Personal aus, das durch Trawniki-Männer und jüdische Zwangsarbeiter verstärkt wurde. Lediglich ein Aspekt des Mordens bereitete den Organisatoren der »Aktion Reinhardt« bis zuletzt Probleme: die Beseitigung Hunderttausender Leichen. So spricht einiges dafür, dass das Morden in Belzec auch deshalb im Dezember 1942 eingestellt wurde, weil sich auf dem Gelände kein Platz für die Anlage neuer Massengräber mehr fand. Zudem setzten die Verwesungsprozesse Gase frei und sorgten dafür, dass sich der Boden zu heben begann. Ende 1942 startete daher in Belzec und Sobibor die Exhumierung und Verbrennung der in den Massengräbern verscharrten Toten, ein Vorgang, der sich mehrere Monate hinzog.⁴³ Der Kommandeur von Treblinka, Franz Stangl, ging Anfang 1943 dazu über, die Leichen aus den Gaskammern direkt auf riesige Scheiterhaufen bringen zu lassen.⁴⁴ Damit übernahm Stangl eine Vorgehensweise, die zwischenzeitlich sowohl in Kulmhof als auch im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau angewendet worden war.

Auschwitz

Im Unterschied zu Kulmhof und den Lagern der »Aktion Reinhardt« war Auschwitz kein reines Vernichtungslager, sondern erfüllte im Lauf seines Bestehens mehrere Funktionen. Nach seiner Gründung im Frühjahr 1940 diente es zunächst in erster Linie als Haftstätte für vermeintliche und tatsächliche Angehörige des polnischen Widerstands. Noch bis in das Jahr 1942 hinein bildeten nichtjüdische Polen die größte Häftlingsgruppe.⁴⁵ Im Kontext der Vorbereitungen auf den Krieg gegen die Sowjetunion änderte sich das. Im Herbst 1941 beschloss Himmler, das Lager um ein zusätzliches Areal vergrößern zu lassen, in dem 100.000 sowjetische Kriegsgefangene Platz finden sollten: Auschwitz-Birkenau. Die hier inhaftierten Menschen sollten die Arbeitskraft für den Aufbau riesiger neuer Fabrikanlagen und für die Umsetzung der im Rahmen der Germanisierung des Ostens vorgesehenen Siedlungsprojekte liefern. Wie die Planungen für moderne Krematorien, in denen bis zu 1.440 Leichen pro Tag verbrannt werden konnten, zeigen, ging die SS vom Tod

Zehntausender dieser Zwangsarbeiter aus.⁴⁶ Auch wenn der Judenmord in diesen Planungen zunächst keine Rolle spielte, bildete der »Aufbau einer Lagerinfrastruktur in einer nicht gekannten Größenordnung [...] eine Voraussetzung für die spätere Rolle des Orts als Massenvernichtungszentrum«.⁴⁷

In der Anfangsphase des Lagers wurden arbeitsunfähige Inhaftierte oder aufgrund des »Kommissarbefehls« zur Ermordung vorgesehene sowjetische Kriegsgefangene in der Regel erschossen. Im Sommer 1941 begann die von Rudolf Höß geführte Lager-SS mit der Verwendung von Gas als Mordinstrument zu experimentieren. Die erste datierbare Vergasungsaktion, bei der das Schädlingsbekämpfungsmittel Zyklon B eingesetzt wurde, fand im Oktober 1941 statt. Die Opfer waren 600 sowjetische Kriegsgefangene sowie 250 polnische Häftlinge. Anfangs wurden die Vergasungsaktionen in den Krematorien des Stammlagers durchgeführt.⁴⁸ Als ab März 1942 in Birkenau weitere Gaskammern, in denen bis zu 800 Menschen auf einmal getötet werden konnten, fertiggestellt wurden, verlagerte sich der Schwerpunkt der Morde in das neue Lagerareal.⁴⁹

In dieser Phase begannen die ersten groß angelegten Deportationen von Juden aus der Slowakei und Frankreich, aber auch aus der gesamten Region Oberschlesien. Da die SS-Führung angesichts des Massensterbens in den deutschen Kriegsgefangenenlagern nicht mehr damit rechnete, dass eine größere Zahl sowjetischer Kriegsgefangener nach Auschwitz verlegt werden würde, sollten nun Juden als Zwangsarbeiter für die im Aufbau befindlichen Industriebetriebe und für Himmlers Siedlungspläne dienen. Seit April 1942 wurden regelmäßig ganze Familien nach Auschwitz deportiert, wo sie von der Lager-SS einer »Selektion« unterzogen wurden. Kinder und ihre Mütter, Schwangere und alte Menschen galten dabei als »arbeitsunfähig« und wurden sofort in die Gaskammern geschickt. Wer die Selektion überstand, wurde registriert und mit einer tätowierten Häftlingsnummer auf dem linken Unterarm versehen: eine von der SS eingeführte Praxis, um die Leichen von Häftlingen, die an Entkräftung gestorben waren, leichter identifizieren zu können.⁵⁰ Spätestens mit dem Beginn der Selektionen war Auschwitz zu einer Stätte geworden, in der alles der Vernichtung untergeordnet war.

Zunächst blieb die Zahl der nach Auschwitz Deportierten deutlich hinter der Zahl der Menschen zurück, die in den Lagern der »Aktion Reinhardt« ermordet wurden. Allerdings standen auch Höß

und seine Untergebenen vor der Frage, was mit den Leichen der Ermordeten geschehen sollte. Da die vorhandenen Krematorien schon bald nicht mehr ausreichten, wurden Massengräber ausgehoben, die sich aber genau wie in Belzec schnell als unzulänglich erwiesen. Im August 1942 begannen daher Planungen für einen »Tötungskomplex« mit vier Krematorien. Hier konnten täglich Tausende Menschen vergast und anschließend verbrannt werden. Da sich die Fertigstellung der Verbrennungsöfen bis in das Jahr 1943 hinzog, wurde mit Paul Blobel der spätere Leiter der »Aktion 1005«, der in Kulmhof eine Technik entwickelt hatte, Tausende Leichen in riesigen Gruben zu verbrennen, nach Auschwitz versetzt. Seit dem Herbst 1942 mussten Häftlinge die bis dahin angelegten Massengräber öffnen und die Leichen der dort Verscharrten verbrennen.⁵¹

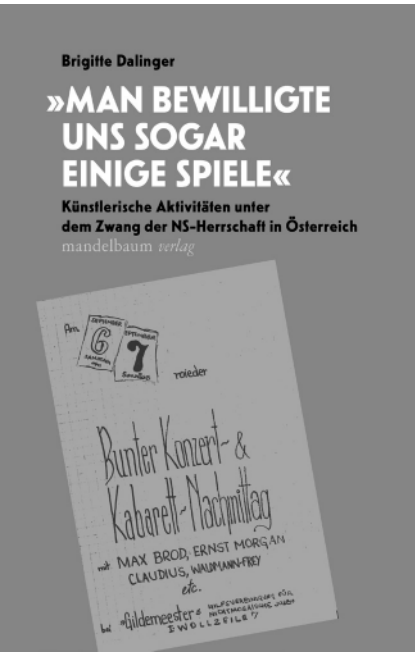
Als die neuen Krematorien mit angeschlossenen Gaskammern im März und April 1943 einsatzbereit waren, hatte sich Auschwitz bereits zum zentralen Ort der Ermordung der europäischen Juden entwickelt.⁵² Bis zur Befreiung des Lagers durch die Rote Armee im Januar 1945 wurden mehr als 1,3 Millionen Menschen aus beinahe allen deutsch besetzten Gebieten Europas dorthin deportiert und beinahe 1,1 Millionen von ihnen ermordet.

Fazit

Am Anfang sowohl der Radikalisierung der Judenerschießungen in der Sowjetunion als auch der Entwicklung der Vernichtungszentren von Kulmhof, Belzec, Sobibor, Treblinka und Auschwitz-Birkenau standen jeweils Initiativen lokaler und regionaler NS-Funktionäre. Sie zielten auf die Entfernung oder Ermordung der im eigenen Machtbereich lebenden Juden. Mit Beginn der Deportationen von Juden aus dem Deutschen Reich im Oktober 1941 erhöhte sich die Bereitschaft der NS-Führung, solche Bestrebungen lokaler Funktionäre, wie etwa die Arthur Greisers im Wartheland, Odilo Globocniks im Generalgouvernement oder auch der NSDAP-Gauleiter im »Altreich«, zu unterstützen und zu fördern. Gleichzeitig ebnete die Koordinierung der Deportationen im RSHA den Weg für eine stärkere Zentralisierung des Judenmordes, durch die lokale und regionale Initiativen zunehmend zu Bestandteilen des nun auf den Weg gebrachten und seit dem Jahreswechsel 1941/42 schrittweise ausgeweiteten Programms für die Ermordung aller europäischen Juden wurden.

Anzeige

mandelbaum *verlag*



Brigitte Dalinger

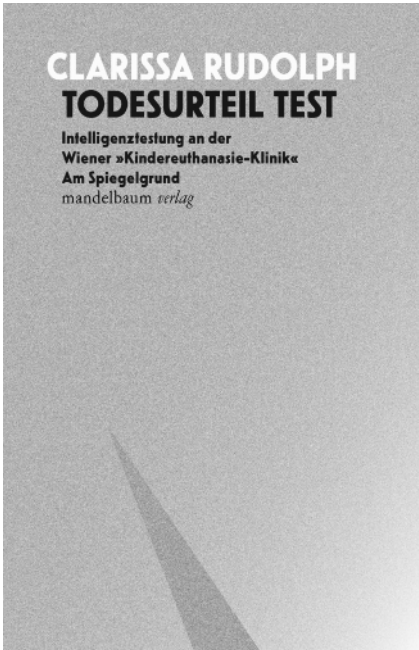
»MAN BEWILLIGTE UNS SOGAR EINIGE SPIELE«
Künstlerische Aktivitäten unter dem Zwang der NS-Herrschaft in Österreich

200 Seiten
Format 13,5x21 cm
20 Euro

Clarissa Rudolph

TODESURTEIL TEST
Intelligenztestung an der »Wiener Kinder-euthanasie-Klinik«
Am Spiegelgrund

ca. 148 Seiten
Format 13,5x21 cm
20 Euro



www.mandelbaum.at

ner, Alan Kramer (Hrsg.), *Die Welt der Lager. Zur »Erfolgsgeschichte« einer Institution*, Hamburg 2013, S. 203–223.

42 Vgl. Lehnstaedt, *Kern*, S. 88.

43 Vgl. Robert Kuwalek, »Belzec«, in: Benz u.a. (Hrsg.), *Der Ort des Terrors*, Bd. 8, München 2008, S. 331–371, hier: S. 355; Barbara Distel, »Sobibór«, in: Ebd., S. 375–404, hier: S. 383 f.

44 Vgl. Lehnstaedt, *Kern*, S. 88.

45 Vgl. Barbara Distel, »Auschwitz. Lebensbedingungen im Stammlager«, in: Benz u.a. (Hrsg.), *Der Ort des Terrors*, Bd. 5, München 2007, S. 99–106, hier: S. 99.

46 Vgl. Robert J. van Pelt, »Auschwitz«, in: Morsch (Hrsg.), *Neue Studien*, S. 196–218, hier: S. 198 f.

47 »Einleitung«, in: *VEJ*, Bd. 16: *Das KZ Auschwitz 1942–1945 und die Zeit der Todesmärsche 1944/45*, bearb. von Andrea Rudorff, Berlin 2018, S. 13–97, hier: S. 18.

48 Vgl. Pelt, »Auschwitz«, S. 200–203; Reinhard Otto, Rolf Keller, *Sowjetische Kriegsgefangene im System der Konzentrationslager*, Wien 2019, S. 140–143.

49 Vgl. Pelt, »Auschwitz«, S. 207.

50 Vgl. *VEJ*, Bd. 16, S. 20 f.

51 Vgl. Nikolaus Wachsmann, *KL. Die Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager*, Bonn 2017, S. 367–370; ausführlich hierzu Andrej Angrick, »Aktion 1005«. *Spurenbeseitigung von NS-Massenverbrechen 1942–1945. Eine »geheime Reichssache« im Spannungsfeld von Kriegswende und Propaganda*, Göttingen 2018.

52 Vgl. Pelt, »Auschwitz«, S. 211.

»Und jetzt ist er weg. Für immer??«

1942 als tiefer Einschnitt bei den Deportationen der Juden aus Westeuropa

Von Katja Happe



Dr. Katja Happe ist Leiterin der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund. Veröffentlichungen (Auswahl): *Viele falsche Hoffnungen. Judenverfolgung in den Niederlanden 1940–1945*, Paderborn 2017; (Bearb. mit Barbara Lambauer und Clemens Maier-Wolthausen), *Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland (VEJ)*, Bd. 12: *Nord- und Westeuropa Juli 1942–1945*, hrsg. von Susanne Heim u.a., München 2015; (Bearb. mit Michael Mayer und Maja Peers), *VEJ*, Bd. 5: *Nord- und Westeuropa 1940–Juni 1942*, hrsg. von Susanne Heim u.a. München 2013.

Foto: Nadine Heggen

In ihrem Tagebuch schildert Betsy de Paauw-Bacharach den Abschied von ihrem Bruder Demy, der am Abend des 15. Juli 1942 zum Bahnhof in Amsterdam aufbrechen musste, nachdem er einen »Aufruf zum Arbeitseinsatz« erhalten hatte.¹ Der Tagebucheintrag zeigt die Verzweiflung der Familie, die nicht weiß, was mit David – genannt Demy – Bacharach nach der Deportation passieren wird. Auch wenn alle hoffen, ihn wiederzusehen, vermittelt der Eintrag die böse Ahnung, dass er nicht wiederkommen wird. »Wir wissen nicht, wohin er geht. Wir wissen auch nicht, ob er jemals zurückkehrt ...«²

Betsy de Paauw-Bacharach fängt in ihrem Tagebuch einen Augenblick ein, der in der Geschichte der Besatzungszeit in den Niederlanden eine tiefe Zäsur bedeutete. Um die Stimmung der Familie einordnen und zeigen zu können, warum das Jahr 1942 für die Juden in den Niederlanden die zentrale Zeitspanne während der gesamten deutschen Besatzung bildete, werden zunächst die Entwicklungen dort zusammengefasst, die den Beginn der Deportationen erst möglich machten. Danach folgt ein Überblick über den Ablauf der Transporte aus den Niederlanden und die dort nahezu problemlose Umsetzung der deutschen Pläne.³ Ausblicke auf die Ereignisse in Belgien und Frankreich ergänzen die Darstellung.

1 Joods Historisch Museum, Amsterdam, Inv. 00003241, Handschriftliches Tagebuch von Betsy de Paauw-Bacharach, Eintrag vom 15.7.1942, abgedruckt in: Susanne Heim u.a. (Hrsg.), *Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland (VEJ)*, Bd. 12: *Nord- und Westeuropa Juli 1942–1945*, bearb. von Katja Happe, Barbara Lambauer und Clemens Maier-Wolthausen, München 2015, S. 239 f.

2 Ebd., S. 240. Die Angst der Familie war berechtigt. David (Demy) Bacharach wurde über das Durchgangslager Westerbork noch im Juli 1942 nach Auschwitz deportiert, wo er im August oder September 1942 umkam.

3 Ausführlich dazu Katja Happe, *Viele falsche Hoffnungen. Judenverfolgung in den Niederlanden 1940–1945*, Paderborn 2017.

Der Beginn der Besatzungszeit

Für Betsy de Paauw-Bacharach und alle Juden mit niederländischer Nationalität (mehr als 110.000 Personen vor 1940)⁴ begann die Verfolgung erst mit der deutschen Besetzung der Niederlande im Mai 1940. Zehntausende jüdische Flüchtlinge hatten aber die Erfahrung der Entrechtung, Isolierung und Verfolgung ab 1933, als die Nationalsozialisten die Macht in Deutschland übernommen hatten, mit in die Niederlande gebracht. Bis zum Mai 1938 konnten sie dort unkompliziert ein neues Leben beginnen. Die Situation änderte sich, als die niederländische Regierung die Flüchtlinge im Mai 1938 zu »unerwünschten Elementen«⁵ erklärte und keinen legalen Zuzug mehr zuließ. In Frankreich wiederum lebten vor Kriegsbeginn rund 300.000 Juden, nur ein Drittel von ihnen hatte die französische Staatsbürgerschaft. Bei den in Belgien lebenden Juden lag dieser Prozentsatz noch viel niedriger, weniger als zehn Prozent besaßen die belgische Staatsbürgerschaft.

Am 10. Mai 1940 überfiel die Wehrmacht die Niederlande. In nur fünf Tagen wurde die niederländische Armee geschlagen und das gesamte Land besetzt. Durch den gleichzeitigen Angriff der Wehrmacht auf Luxemburg, Belgien und Frankreich war der Fluchtweg über Land in Richtung eines nicht von Deutschen kontrollierten Gebietes gefährlich und wenig Erfolg versprechend. Luxemburg kapitulierte noch am Tag des Überfalls, Belgien am 18. Mai, und nach der deutschen Eroberung von Paris wurde in Compiègne am 22. Juni 1940 der deutsch-französische Waffenstillstand unterzeichnet. Relativ schnell nach der Einnahme dieser Länder installierten die Besatzer eine deutsche Verwaltung. Luxemburg wurde de facto annektiert und dem Leiter des benachbarten deutschen Gaus Koblenz-Trier, Gustav Simon, unterstellt. In Belgien und dem besetzten Nordfrankreich wurde nach der Kapitulation eine Militärverwaltung eingerichtet, die unter dem Oberbefehl von General Alexander von Falkenhausen stand.⁶ In den Niederlanden wurde eine Zivilverwaltung installiert, die der Österreicher Arthur Seyß-Inquart als Reichskommissar führte. Ihm zur Seite standen vier Generalkommissare, die die Oberaufsicht über die weiterhin bestehenden niederländischen Ministerien übernahmen. Die niederländischen Generalsekretäre, die nach der Flucht der Regierung die niederländische Verwaltung leiteten, waren zu »loyalster Zusammenarbeit mit den deutschen Besatzungsbehörden bereit«, wie es ein

4 Vgl. Gerhard Hirschfeld, »Niederlande«, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), *Dimension des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus*, München 1991, S. 137.

5 Nationaal Archief, Den Haag, Min. van Justitie, 2.09.22/16753, Schreiben von Justizminister Goseling, 7.5.1938, abgedruckt in: *VEJ*, Bd. 5: *Nord- und Westeuropa 1940–Juni 1942*, bearb. von Katja Happe, Michael Mayer, Maja Peers, München 2012, S. 129 f.

6 Ebd., S. 13–63.

Vertreter der Zivilverwaltung in einem Bericht nach Berlin formulierte.⁷

Für die niederländische Bevölkerung wie für die im Land lebenden Flüchtlinge begann eine neue Zeit. Die meisten Menschen kehrten nach dem Schock der Kriegstage und der Kapitulation der niederländischen Armee zu ihren gewohnten Tagesabläufen zurück und versuchten, sich so gut wie möglich mit der neuen Situation zu arrangieren. »Jetzt geht das normale Leben ja wieder seinen Gang, wenigstens hier bei uns, und man merkt kaum, dass solch große Umwälzungen stattgefunden haben«,⁸ schrieb die mit einem Niederländer verheiratete Irmgard Brester-Gebensleben an ihre Familie in Deutschland. Die in den Niederlanden lebenden Juden nahmen die Aussage der Zivilverwaltung erleichtert zur Kenntnis, »dass sich die Deutschen [...] nicht mit den deutschen legal im Land lebenden Juden und niederländischen Juden, die sich einfach wie Niederländer verhalten, zu beschäftigen gedenken«,⁹ während die niederländischen Nationalsozialisten der Nationaal-Socialistische Beweging (NSB) begeistert auf die neue Politik reagierten und große Hoffnungen in die neuen politischen Machthaber setzten. Im unbesetzten Teil Frankreichs löste am 10. Juli 1940 das Vichy-Regime die Dritte Republik ab. Der belgische König Leopold III. blieb nach der Flucht der belgischen Regierung im Land und wurde von den Besatzern unter Hausarrest gestellt.¹⁰

Dies war die Ausgangslage zu Beginn der Besatzungszeit. Die Hoffnung der Juden auf ein ungestörtes Weiterleben unter deutscher Herrschaft zerschlug sich schnell. Nicht einmal drei Monate nach dem deutschen Einmarsch, am 31. Juli 1940, erließ die deutsche Zivilverwaltung in den Niederlanden die erste Verordnung, die sich explizit gegen Juden richtete. In der »Verordnung zur Vermeidung von Tierquälerei beim Viehschlachten«¹¹ wurde das rituelle Schächten verboten. Kurze Zeit später wurden alle Juden aus dem Luftschutzdienst ausgeschlossen.¹² Im Laufe des Herbsts 1940 kamen weitere antijüdische Maßnahmen hinzu. Auch in Belgien und Frankreich begannen im Herbst die ersten antijüdischen Verordnungen das Leben der Juden einzuschränken. Viele Menschen nahmen sie nicht als gravierende und langanhaltende, lebensverändernde Eingriffe wahr. Aus

7 Bericht von Felix Benzler über die staatsrechtliche Stellung der niederländischen Regierung vom 21.5.1940, abgedruckt in: *Akten zur deutschen Auswärtigen Politik*, Serie D, Bd. 9, Göttingen 1962, S. 329 f.

8 Hedda Kalshoven, *Ich denk so viel an Euch. Ein deutsch-holländischer Briefwechsel 1920–1949*, München 1995, S. 342.

9 Stadsarchief Amsterdam, 5181/5148, Protokoll des Stadtrats Amsterdam vom 5.7.1940, abgedruckt in: *VEJ*, Bd. 5, S. 164 f.

10 Zu den Ereignissen in Frankreich und Belgien s. ebd., S. 18–63.

11 »Verordnung zur Vermeidung von Tierquälerei beim Viehschlachten vom 31.7.1940«, in: *Verordnungsblatt für die besetzten niederländischen Gebiete*, Nr. 80/1940, S. 247 f.

12 NIOD Instituut voor Oorlogs-, Holocaust- en Genocidestudies (NIOD), Amsterdam, 020/252, Befehlshaber der Ordnungspolizei an den Reichsinspekteur für den zivilen Luftschutz, 1.7.1940, abgedruckt in: *VEJ*, Bd. 5, S. 163 f.

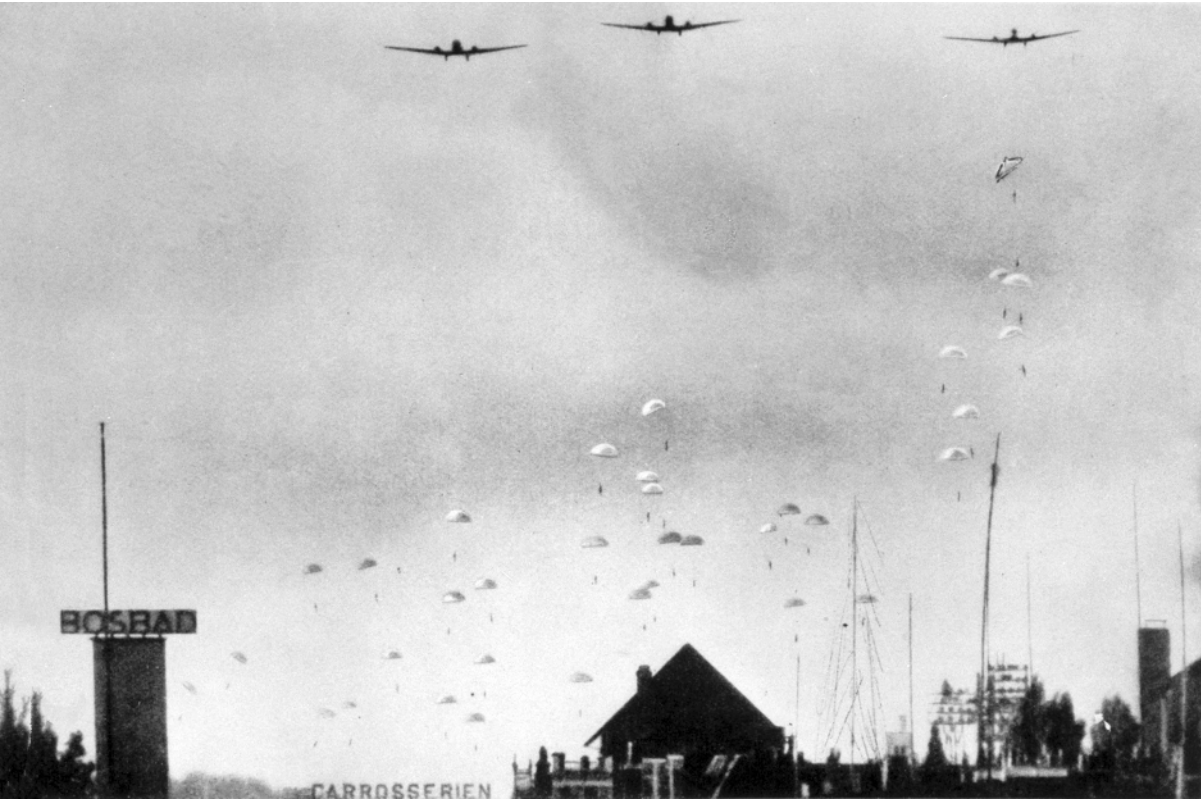
heutiger Sicht waren sie dies aber. Zum ersten Mal wurden Juden in ganz Westeuropa damit konfrontiert, nach »rassischen« Merkmalen klassifiziert zu werden. Anfang Oktober 1940 führten die Besatzer den »Ariernachweis« für alle im öffentlichen Dienst beschäftigten Personen in den Niederlanden ein. Diese mussten in einem Formular ihre »jüdische« oder »arische« Abstammung erklären.¹³ Nur sehr wenige Menschen weigerten sich, es auszufüllen. Eine Lehrerin aus Arnheim beschrieb ihre Gefühle nach dem Unterschreiben des Formblatts in ihrem Tagebuch: »Ich schämte mich so sehr, dass ich, wie ein Vogel Strauß, meine Unterschrift mit geschlossenen Augen hinkritzelte. So, als ob es dann weniger schlimm wäre.«¹⁴ Damit nicht genug. Im selben Monat mussten alle »jüdischen« Betriebe angemeldet werden, und Ende November 1940 wurden die jüdischen Angestellten des öffentlichen Diensts, also auch Professoren und Lehrer, entlassen. Gegen diese Maßnahme verwahrten sich Mitarbeiter an einigen Universitäten. An der Universität Leiden protestierte zum Beispiel der Jurist Rudolph Pabus Cleveringa vor dem voll besetzten Audimax mit einer bewegenden Rede gegen die Entlassung seines Kollegen E.M. Meyers.¹⁵ Cleveringa wurde daraufhin verhaftet, die Universität Leiden für den Großteil der Besatzungszeit geschlossen.¹⁶ Als im Januar 1941 eine neue Verordnung erlassen wurde, die alle Juden zur Registrierung bei den Behörden verpflichtete,¹⁷ regte sich kein großer Widerstand in der Bevölkerung, da neben dem »Ariernachweis« bei den regelmäßig stattfindenden Volkszählungen auch die Religionszugehörigkeit abgefragt wurde und damit den Meldeämtern bekannt war. Als Ergebnis der Registrierung verzeichneten die Besatzer 140.552 Personen in den Niederlanden, die nach deutschen Maßstäben als Juden galten, dazu kamen 14.552 »Halbjuden« und 5.179 »Vierteljuden«.¹⁸ Offizielle Proteste der niederländischen Generalsekretäre als Reaktion auf die neuerliche Verordnung blieben genauso aus wie eine Verweigerungshaltung der Bevölkerung. Die einzigen öffentlichen Reaktionen auf die Registrierung und Stigmatisierung der Juden kamen von den mittlerweile illegalen Zeitungen. Frans Goedhart beschwor etwa in *De*

nieuwsbrief van Pieter 't Hoen Ende November 1940 seine Landsleute, dass man »seit Jahrhunderten keine niederländischen Juden kenne, sondern höchstens jüdische Niederländer«.¹⁹

Der Februarstreik 1941 und die Verschärfung antijüdischer Maßnahmen

Nachdem das Jahr 1940 noch hauptsächlich der Beruhigung der Situation nach dem Einmarsch gedient hatte, stand das Jahr 1941 im Zeichen der sich immer weiter verschärfenden antijüdischen Maßnahmen. Bei Krawallen im jüdischen Viertel Amsterdams setzten sich Juden gegen Aufmärsche der NSB zur Wehr. Dabei starb ein niederländischer Nationalsozialist, und eine Patrouille der Sicherheitspolizei wurde angegriffen. Daraufhin ordnete der Generalkommissar für das Sicherheitswesen und Höhere SS- und Polizeiführer Hanns Albin Rauter die erste *öffentliche Razzia* auf Juden in Amsterdam am 22. und 23. Februar 1941 an, bei der 424 jüdische Männer willkürlich verhaftet wurden. Diese wurden kurz darauf in das KZ Mauthausen transportiert, nur ein einziger überlebte die Deportation.²⁰ Als Reaktion auf die Razzia sowie das Verhalten der NSB und der Besatzer gegenüber der jüdischen Bevölkerung insgesamt legte in Amsterdam und einigen anderen großen Städten der Niederlande am 25. und 26. Februar 1941 ein Generalstreik das öffentliche Leben lahm.²¹ Das Ausmaß des Streiks überraschte die deutschen Besatzer. Reichskommissar Seyß-Inquart und der Befehlshaber der Sicherheitspolizei in den Niederlanden Wilhelm Harster waren in diesem Moment nicht vor Ort, und so ergriff Hanns Albin Rauter die Initiative und setzte das Amsterdamer Bataillon der Ordnungspolizei sowie zwei Bataillone der SS ein, um den Streik niederzuschlagen. Zudem verhängte der Wehrmachtsbefehlshaber in den Niederlanden, General Friedrich Christiansen, den Kriegszustand über die Provinz Noord-Holland, in der sich die meisten der bestreikten Städte befanden. Dies ermöglichte es den Besatzern, den Streik bereits am zweiten Tag gewaltsam aufzulösen. Bei den Auseinandersetzungen starben neun Personen, mehr als zwanzig wurden verwundet. Am 27. Februar nahmen alle Beschäftigten ihre Arbeit wieder auf, und am Abend vermeldete Generalkommissar Rauter dem zurückgekehrten Reichskommissar: »In Amsterdam herrscht völlige Ruhe, die Straßen sind leer.«²²

13 »Verordnung über die Meldepflicht von Personen, die ganz oder teilweise jüdischen Blutes sind vom 10.1.1941«, in: *Verordnungsblatt für die besetzten niederländischen Gebiete*, Nr. 6/1941, S. 19.
14 NIOD, 244/1162, Tagebucheintrag von J. Glazema-van Altena vom 29.10.1940. Vgl. Bart van der Boom, »*Wij weten niets van hun lot*«. *Gewone Nederlanders en de Holocaust* [Wir wissen nichts von ihrem Schicksal. Normale Niederländer und der Holocaust], Amsterdam 2012, S. 154.
15 Vollständig abgedruckt ist die Rede in: Rudolph Pabus Cleveringa, *Afscheidscollege & 26 novemberrede* [Abschiedsvorlesung und Rede vom 26. November], Zwolle 1973, S. 23–30.
16 Vgl. Gerhard Hirschfeld, »Die Universität Leiden unter dem Nationalsozialismus«, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 23 (1997), S. 560–591.
17 »Verordnung über die Meldepflicht von Personen, die ganz oder teilweise jüdischen Blutes sind vom 10.1.1941«, in: *Verordnungsblatt für die besetzten niederländischen Gebiete*, Nr. 6/1941, S. 19–23.
18 Vgl. *VEJ*, Bd. 5, S. 271 f.



Deutsche Fallschirmjäger landen in den Niederlanden am 10. Mai 1940. Foto: H. Lamme – Nationaal Archief, Den Haag, CC BY-SA 3.0 nl



SS-Männer bei der Abfahrt eines Deportationszuges aus dem Lager Westerbork. Vom 15. Juli 1942 bis zum 13. September 1944 wurden in 97 Transporten fast 107.000 Menschen nach Auschwitz-Birkenau deportiert. Foto: NIOD – Institute for War, Holocaust and Genocide Studies, Amsterdam Beeldbank WO2, 66111

Die immense Bedeutung des Februarstreiks wirkt heute noch im gesellschaftlichen Bewusstsein der niederländischen Bevölkerung nach. In keinem anderen von der Wehrmacht besetzten Land bekundete die Bevölkerung zu einem so frühen Zeitpunkt so klar ihre Solidarität mit den Juden. Das macht dieses Ereignis zu etwas Besonderem, nicht nur in der niederländischen Geschichte. Die Streiktage und Proteste fanden weltweit Widerhall in der Presse und waren auch der niederländischen Exilregierung in London bekannt.²³

Auch für den weiteren Ablauf der Judenverfolgung im Land war der Februarstreik äußerst folgenreich. Schon im Vorfeld, als die Auseinandersetzungen zwischen Juden und Vertretern der NSB zunahmen, versuchte der deutsche Beauftragte für die Stadt Amsterdam, Hans Böhmcker, das jüdische Viertel in Amsterdam zu einem Ghetto zu machen. Die Abriegelung des Viertels konnte jedoch nicht lange aufrechterhalten werden, da zu viele städtische Versorgungsbetriebe dort angesiedelt waren und zu viele Nichtjuden dort lebten. Von dem Versuch der Ghattobildung blieben allein die Schilder »Joodsche Wijk – Jüdisches Viertel« an allen Zugangsstraßen übrig. Zu einer Ghattobildung wie im besetzten Osteuropa kam es im Westen nie. Der Versuch des nationalsozialistischen Regimes, auch hier Ghettos einzurichten, war zwar vorhanden, doch aufgrund einer anderen Gesellschaftsstruktur und Wohnverteilung in den Städten ohne anhaltende Wirkung.²⁴ Zeitgleich ordneten die Besatzer in den Niederlanden die Gründung eines Jüdischen Rats an, der zunächst für Amsterdam zuständig sein sollte, später aber seine Arbeit auf das gesamte Land ausdehnte.

In Frankreich und Belgien gab es keine vergleichbar großen Widerstandsaktionen zu dieser Zeit, dennoch wurden im November 1941 auch in diesen beiden Ländern mit dem Jüdischen Rat vergleichbare Gremien geschaffen, die Union Générale des Israélites de France (UGIF) in Frankreich und die Vereinigung der Juden in Belgien (VJB). Während die Juden in den Niederlanden glaubten, mit der Arbeit des Judenrats zwischen den Besatzern und dem jüdischen Bevölkerungsteil vermitteln zu können, sahen die Besatzer in dem Gremium eine »Befehlsübermittlungsstelle für die zuständigen deutschen Dienststellen«.²⁵ Diese verschiedenen Sichtweisen prägten die weiteren Aktionen des Jüdischen Rats, der in den Niederlanden nach und nach für alle Bereiche des jüdischen Lebens zuständig wurde. Durch Kooperation mit den Besatzern versuchte das unter

Zwang eingerichtete Gremium, »die wichtigsten Menschen so lange wie möglich zu schützen«.²⁶ Die Deutschen dagegen stellten immer neue Forderungen und Regeln auf und konnten sich sicher sein, dass der Jüdische Rat diese trotz aller Bedenken und Befürchtungen umsetzen und so zu einem willfährigen Werkzeug der Besatzungsmacht werden würde. Eine weitere unmittelbare Folge des Februarstreiks und seiner Niederschlagung war ein härteres Durchgreifen der Besatzer. Sie verdeutlichten in den nächsten Monaten, dass weitere gegen die Besatzungsmacht gerichtete Aktionen nicht geduldet werden würden. Am 12. März machte Reichskommissar Seyß-Inquart den deutschen Standpunkt in einer Rede klar: »Wir werden in Zukunft, wenn es sein muss, noch härter sein. [...] Die Juden sind für uns nicht Niederländer. Sie sind jene Feinde, mit denen wir weder zu einem Waffenstillstand noch zu einem Frieden kommen können. [...] Wir werden die Juden schlagen, wo wir sie treffen, und wer mit ihnen geht, hat die Folgen zu tragen.«²⁷ Schnell hintereinander trafen die Besatzer nun weitere antijüdische Maßnahmen, die die Juden vom gesellschaftlichen Leben in den Niederlanden ausschlossen, sie politisch entrechteten und wirtschaftlich ausbeuteten. Sie durften bald nicht mehr Handel auf Märkten treiben, ihre Betriebe wurden »arisiert«, sie mussten ihre Radios abgeben, duften nur noch für Juden arbeiten, keine Schwimmbäder, Zoos und öffentlichen Parks mehr besuchen. Es wurden spezielle jüdische Schulen eingerichtet, und sie mussten sich bei der Zentralstelle für jüdische Auswanderung anmelden und ihr Vermögen angeben.

Diese weitreichenden Einschränkungen verstärkten und intensivierten sich im Jahr 1942. Zu diesem Zeitpunkt hatten die Verantwortlichen im NS-System bereits die »Endlösung der Judenfrage« und damit den systematischen Massenmord an allen Juden in Europa beschlossen. Auf der Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942 wurde das Vorgehen organisiert.²⁸ In den nächsten Monaten arbeiteten in den Niederlanden die deutschen Verantwortlichen darauf hin, die in Berlin festgelegten Deportationen vorzubereiten.

Auch in Frankreich und Belgien verschärften die Besatzer die antijüdischen Maßnahmen. Aus dem nördlich von Paris gelegenen Lager Drancy, das eine ähnliche Funktion wie Westerbork in den Niederlanden hatte, verließ am 27. März 1942 der erste Deportationszug mit Juden Frankreich in Richtung Auschwitz. Das Tempo der Verfolgung der Juden hatte sich seit dem deutschen Einmarsch im



Das jüdische Viertel in Amsterdam, 1941. Aufschrift auf den kleinen Plakaten: »Für Wehrmacht verboten«. Foto: NIOD – Institute for War, Holocaust and Genocide Studies, Amsterdam Beeldbank WO2, 97059

Mai 1940 sukzessive gesteigert. Anfang Mai 1942 verpflichtete das Reichskommissariat in den Niederlanden die jüdische Bevölkerung zum Tragen eines »Judensterns«,²⁹ fast zeitgleich ergingen entsprechende Befehle in Frankreich und Belgien. Der Jüdische Rat sah in dieser Anordnung einen »schreckliche[n] Tag in der Geschichte der Juden in Holland!«,³⁰ während eine jüdische Schülerin aus Den Haag in ihrem Tagebuch sarkastisch kommentierte: »Wir tragen alle unsere Sterne. Es bringt mich dauernd zum Lachen. Was für ein Blödsinn, dieses dämliche Getue mit diesen Sternen«.³¹

Der Beginn der Deportationen aus Westeuropa im Juli 1942

Im Juli 1942 kulminierten Ausbeutung, Entrechtung und Isolation der Juden im Beginn der systematischen Deportationen aus Westeuropa. Sie wurden als »Aufruf zum Arbeitseinsatz« deklariert. Die Aufgerufenen in den Niederlanden hatten sich zunächst im ehemaligen Flüchtlingslager Westerbork zu sammeln, das zu diesem Zweck in Polizeiliches Durchgangslager Westerbork umbenannt worden

war, bevor sie, so versprochen es die Besatzer, zum Arbeitseinsatz nach Deutschland geschickt werden würden.³² In Frankreich markierte am 16. und 17. Juli 1942 die Verhaftung von mehr als 13.000 Juden, die für kurze Zeit im Velodrom d’Hiver eingepfercht und von dort aus abtransportiert wurden, den Startpunkt für die nächste Phase der Deportationen. In Belgien begannen die Verschleppungen aus dem Lager Mechelen am 4. August 1942.

Die Deportation der Juden aus Westeuropa erfolgte meist ohne größere Probleme. In den Niederlanden funktionierte das deutsche System besonders reibungslos. Der Jüdische Rat wurde von den Besatzern mit der administrativen Abwicklung der Deportationen betraut.³³ Der Versand der »Aufrufe zum Arbeitseinsatz« fand zunächst per Post statt. Als immer weniger Menschen ihnen folgten, ging die Besatzungsmacht dazu über, Juden von der deutschen Ordnungspolizei und der niederländischen Polizei unmittelbar in ihren Wohnungen verhaften zu lassen und zu den Sammelstellen zu bringen.³⁴ Eine Hoffnung des Jüdischen Rats, Menschen vor der

Rauter an Reichskommissar Seyß-Inquart, 26.2.1941.

²³ National Archives, Kew/United Kingdom, FO 371/29135, Weekly Political Intelligence Summary, Nr. 73 vom 26.2.1941, Nr. 74 vom 5.3.1941 und Nr. 76 vom 19.3.1941; *New York Times*, 14.2.1941, S. 5 und 27.2.1941, S. 6; *The Times*, 5.3.1941, S. 3.

²⁴ Dan Michman, *Angst vor den »Ostjuden«. Die Entstehung der Ghettos während des Holocaust*, Frankfurt am Main 2011, S. 104–112.

²⁵ NIOD, 077/1312, Reichskommissar Seyß-Inquart an die deutschen Generalkommissare, 25.11.1941, abgedruckt in: *VEJ*, Bd. 5, S. 306–308.

²⁶ *VEJ*, Bd. 12, S. 283.

²⁷ Rede von Seyß-Inquart vor dem Arbeitsbereich der NSDAP am 12.3.1941, in: Arthur Seyß-Inquart, 1944. *Vier Jahre in den Niederlanden*, Amsterdam, Berlin 1944, S. 37–66.

²⁸ Mémorial de la Shoah, XXVI-29, Theodor Dannecker, Vermerk über ein Treffen im Reichssicherheitshauptamt, 15.6.1942, abgedruckt in: *VEJ*, Bd. 12, S. 625 f.; Mark Roseman, *Die Wannsee-Konferenz. Wie die NS-Bürokratie den Holocaust organisierte*, München 2002; Peter Longerich, *Wannseekonferenz. Der Weg zur »Endlösung«*, München 2016.

²⁹ Zur Abfolge der Maßnahmen s. Happe, *Viele falsche Hoffnungen*, S. 46–99.

³⁰ NIOD, 020/1507, Bericht von BdS Harster über die Einführung des Judensterns vom 29.4.1942, abgedruckt in: *VEJ*, Bd. 5, S. 369.

³¹ Edith Velmans-van Hessen, *Ich wollte immer glücklich sein. Das Schicksal eines jüdischen Mädchens im Zweiten Weltkrieg*, Wien 1999, S. 108, Tagebucheintrag vom 4.5.1942.

³² NIOD, 182/4, Protokoll des Gesprächs von Ferdinand aus der Fünten und Karl Wörlein mit den Vorsitzenden des Jüdischen Rats vom 30.6.1942, abgedruckt in: *VEJ*, Bd. 12, S. 225–227.

³³ NIOD, 182/4, Protokoll des Gesprächs von Ferdinand aus der Fünten und Karl Wörlein mit den Vorsitzenden des Jüdischen Rats vom 26.6.1942.

³⁴ Vgl. Guus Meershoek, *Dienaren van het gezag. De Amsterdamse politie tijdens de bezetting* [Diener der Obrigkeit. Die Amsterdamer Polizei in der Besatzungszeit], Amsterdam 1999.

Deportation zu schützen, bestand darin, bestimmte Personengruppen freistellen beziehungsweise ihre Pässe mit einem Sperrstempel versehen zu lassen. Zu den geschützten Personengruppen sollten unter anderem die Mitarbeiter des Jüdischen Rats selbst zählen, außerdem zum Beispiel Diamantarbeiter und Personen, die in für die deutsche Kriegswirtschaft wichtigen Betrieben arbeiteten. Im Laufe der Zeit entstanden viele solcher Listen, auch für getaufte Juden oder für diejenigen, die enge familiäre Verbindungen nach Palästina hatten. Als Folge versuchte jeder, auf eine ihm sicher erscheinende Liste zu gelangen. Die Mitarbeiterzahl des Jüdischen Rats stieg darum auf fast 30.000 Personen an. Der Besatzungsmacht dienten die Listen jedoch nur als Mittel zur Steuerung und Regulierung der Deportationen. Im Laufe des zweiten Halbjahres 1942 und im Jahr 1943 beschränkten sie je nach Bedarf den Zugang zu einzelnen Listen oder lösten sie komplett auf. Daneben fanden immer wieder Razzien statt, bei denen Juden auf offener Straße oder in ihren Wohnungen verhaftet und anschließend deportiert wurden. Von Westerbork aus fuhren fast jede Woche Züge nach Auschwitz ab, deren Insassen zu einem Großteil unmittelbar nach ihrer Ankunft vergast wurden. Ohne größere Proteste seitens des Jüdischen Rats oder der niederländischen Verwaltungsbeamten wurden bis Ende 1942 mehr als 38.000 Juden deportiert. Im Gegensatz zu Frankreich und Belgien, von wo aus im Frühjahr 1943 keine Transporte abgingen, führen die Züge aus den Niederlanden kontinuierlich weiter. Ihr Ziel war von März bis Juli 1943 das Vernichtungslager Sobibor. Von den mehr als 34.000 dorthin Deportierten überlebten nur 18.

Wer keinen der begehrten Freistellungsstempel erhalten konnte, lebte in ständiger Angst, verschleppt zu werden. Der Schriftsteller Sam Goudsmit beschrieb die beängstigende Zeit in seinem Tagebuch: »Und so wird dieser Abend und werden die folgenden Abende nichts als Dunkelheit und Angst bringen. Jedes Geräusch außerhalb des Hauses ... und wenn es klingeln sollte ...! Nein, es ist sehr schlimm.«³⁵ Eine Möglichkeit, ohne die Hilfe des Jüdischen Rats den Deportationen zu entgehen, bestand darin, unterzutauchen oder unter einem falschen Namen mit falschen Papieren an einem anderen Ort als Nichtjude zu leben. Von den mehr als 20.000 Juden, die in einem Versteck die Besatzungszeit zu überleben versuchten, wurde mehr als die Hälfte entdeckt oder verraten und deportiert.³⁶ Bis zur Auflösung des Jüdischen Rats im September 1943 waren mehr als 85.000 Juden aus den Niederlanden deportiert worden.

.....

35 Bibliotheca Rosenthaliana, HC-ROS-006, Tagebucheintrag von Sam Goudsmit vom 9.9.1942, abgedruckt in: *VEJ*, Bd. 12, S. 272–275.

36 Vgl. Pim Griffioen, Ron Zeller, *Jodenvervolging in Nederland, Frankrijk en België 1940–1945. Overeenkomsten, verschillen, oorzaken* [Judenverfolgung in den Niederlanden, Frankreich und Belgien 1940–1945. Übereinstimmungen, Unterschiede, Ursachen], Amsterdam 2011.

Hoffnungen auf das Kriegsende

Während sich der allgemeine Kriegsverlauf seit der Niederlage der 6. Armee der Wehrmacht in Stalingrad im Februar 1943 veränderte, das deutsche Militär immer öfter zurückweichen musste und die Hoffnungen auf einen Sieg der Alliierten langsam stiegen, gingen die regelmäßigen Transporte aus Westerbork weiter. Die Zielorte hießen vermehrt Theresienstadt und Bergen-Belsen. Für viele Juden versprachen diese Orte bessere Chancen für ein Überleben. Nach Theresienstadt wurden vor allem die getauften Juden und die Mitglieder des Jüdischen Rats deportiert, zudem diejenigen, »die sich um die Entjudung der Niederlande und das Lager Westerbork verdient gemacht haben«.³⁷ Nach Bergen-Belsen gelangten jene Juden, die als Inhaber von »Palästina-Zertifikaten« hoffen konnten, im Zuge eines Austauschs nach Palästina zu gelangen. Aus Theresienstadt wurden jedoch von den über 4.000 aus den Niederlanden stammenden Juden mehr als 3.000 nach Auschwitz weitertransportiert. Viele kamen dort oder an anderen Orten ums Leben.³⁸ Von den fast 4.000 Personen, die aus den Niederlanden nach Bergen-Belsen deportiert wurden, starben ebenfalls die meisten. Nur 222 Personen wurden im Juni 1944 tatsächlich gegen in Palästina internierte Deutsche ausgetauscht.³⁹ Für die Zurückgebliebenen verschlechterte sich die Situation in Bergen-Belsen dramatisch, die Nahrungsmittel wurden noch knapper, die hygienischen Zustände waren katastrophal. Dementsprechend stiegen die Todeszahlen der dort Internierten schnell an.

Die Landung der Alliierten in der Normandie am 6. Juni 1944 war eine tiefe Zäsur im Kriegsverlauf und verhiß den Menschen eine baldige Befreiung von der deutschen Besatzung. In den nächsten Wochen rückten die Alliierten tatsächlich in schnellem Tempo vor, und in Frankreich und Belgien kam das Ende der Besatzungszeit näher. Der letzte Deportationszug mit Juden verließ in Belgien am 31. Juli das Lager Mechelen und in Frankreich am 17. August das Lager Drancy, kurz bevor zwischen dem 19. und 26. August Paris befreit wurde. Anfang September erfolgte die Befreiung von Brüssel.

Die deutsche Besetzung der Niederlande hingegen endete erst im Mai 1945. Noch im Juli 1944 berichtete der Vertreter des Auswärtigen Amts, Otto Bene, nach Berlin: »Die Judenfrage kann für die Niederlande als gelöst bezeichnet werden.«⁴⁰ Am 13. September 1944 verließ schließlich der letzte Transport das Lager Westerbork.

.....

37 NIOD, 077/1290, Judenreferat an die Kommandantur von Theresienstadt, 24.1.1944.

38 Vgl. Anna Hájková, »Die Juden aus den Niederlanden in Theresienstadt«, in: *Theresienstädter Studien und Dokumente*, 9 (2002), S. 135–201; Jacques Presser, *Ondergang. De vervolging en verdelging van het Nederlandse Jodendom 1940–1945* [Untergang. Die Verfolgung und Vernichtung des niederländischen Judentums 1940–1945], Bd. 2, 's-Gravenhage 1965, S. 497.

39 Vgl. Happe, *Viele falsche Hoffnungen*, S. 212–216.

40 Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PAAA), R 99429, Otto Bene an das Auswärtige Amt, 20.7.1944.

Bis dahin waren seit dem 15. Juli 1942 insgesamt 102.994 Juden aus den Niederlanden deportiert worden.

Die niederländische Bevölkerung nahm das Vorrücken der Alliierten hoffnungsvoll zur Kenntnis, der Widerstand verstärkte sich, und alle mobilisierten ihre Kräfte, um das Ende der Besatzungszeit zu erleben. Am 5. September kam das Gerücht auf, die ersten niederländischen Städte seien befreit worden. Die Meldungen erwiesen sich aber als falsch, erst zehn Tage später wurde Maastricht als erste niederländische Stadt von alliierten Truppen erobert. Um den Vormarsch der Alliierten und die Operation »Market Garden«, bei der der Rhein überquert werden sollte,⁴¹ zu unterstützen, hatte die niederländische Exilregierung aus London Mitte September die niederländischen Eisenbahner zum Streik aufgerufen.⁴² Die Besatzungsmacht verhinderte daraufhin sechs Wochen lang die Lieferung von Nahrungsmitteln und Brennstoff in den Westen des Landes, was zu einer Hungersnot führte. Dem Hungerwinter 1944/45 fielen mehr als 20.000 Niederländer zum Opfer.⁴³ Zwar hatten alliierte Truppen nach ihrem Einmarsch in Maastricht auch den Süden der Niederlande freikämpfen können. Die Überquerung des Rheins und damit die Befreiung der nördlichen und westlichen Landesteile scheiterten aber. Erst im Frühjahr 1945 ging die Offensive der Alliierten weiter. Das Lager Westerbork wurde am 12. April 1945 von kanadischen Einheiten befreit. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich noch etwa 850 Häftlinge im Lager. Am 5. Mai 1945 kapitulierten die deutschen Truppen in den Niederlanden. Doch erst am 8. Mai 1945, nachdem sie auch in Amsterdam die Waffen niedergelegt hatten, war die Besatzungszeit in den Niederlanden offiziell vorbei. Nun kehrten nur knapp 5.000 von den mehr als 102.000 deportierten Juden wieder zurück.⁴⁴ Fast 75 Prozent der jüdischen Bevölkerung der Niederlande waren im Holocaust ermordet worden.

.....

Fazit

Den Mittelpunkt dieses Artikels bildet das Jahr 1942, das als zentral für die Entwicklung des Genozids an der jüdischen Bevölkerung der Niederlande gesehen werden kann. Bis zu diesem Zeitpunkt waren nach dem Einmarsch in das Land und seiner Besetzung die Pläne zur Deportation der Juden vorbereitet und Maßnahmen zu ihrer Entrechtung und Isolation umgesetzt worden. In der Zeit nach Juli 1942 ging es um den effizienten Ablauf der Transporte, die bis wenige Monate vor Kriegsende fortgesetzt wurden. In diesem Sinne

.....

41 Vgl. Antony Beevor, *Arnheim. Der Kampf um die Brücken über den Rhein 1944*, München 2019.

42 Vgl. A. J. C. Rüter, *Rijden en staken. De Nederlandse spoorwegen in oorlogstijd* [Fahren und Streiken. Die niederländische Eisenbahn in der Kriegszeit], 's-Gravenhage 1960.

43 Vgl. David Barnouw, *De hongerwinter* [Der Hungerwinter], Hilversum 1999.

44 Eine detaillierte statistische Übersicht bietet Hirschfeld, »Niederlande«, S. 137–166.

stand das Jahr 1942 im Zentrum der grauenhaften Entwicklungen, die schließlich in die Deportationen der Juden aus Westeuropa in die Ghettos und Vernichtungslager im Osten mündeten.

Die mit 75 Prozent höchste Todesrate bei den niederländischen Juden verglichen mit anderen jüdischen Bevölkerungen Westeuropas (in Frankreich kamen 25 Prozent der Juden im Holocaust ums Leben, in Belgien 45 Prozent)⁴⁵ lässt sich nicht allein auf die deutsche Effektivität oder die niederländische Autoritätsgläubigkeit zurückführen. Es war vielmehr ein Zusammenspiel vieler verschiedener Faktoren.⁴⁶ Die Aktionen der deutschen Besatzer haben eine wichtige Rolle dabei gespielt, aber auch die Reaktionen der niederländischen Bevölkerung, die trügerische Sicherheit, in der sich viele Juden zunächst wähnten, der erst spät einsetzende organisierte Widerstand und die Kooperation der niederländischen Verwaltung und Polizei, aber auch des Jüdischen Rats mit den Besatzern.

Ein ähnliches Bild ergibt sich beim Blick auf die umliegenden Länder. Auch hier hat das Jahr 1942 zentrale Bedeutung für die Entwicklung der Judenverfolgung. Der Faktor, der am deutlichsten zu den voneinander abweichenden Deportationszahlen in Westeuropa führte, liegt in der von den Deutschen oktroyierten Verwaltungsstruktur. Während die Niederlande von einer deutschen Zivilverwaltung geleitet wurden, in der Vertreter von SS und NSDAP um die Vorherrschaft und den besten Eindruck auf Berlin wetteiferten, standen Belgien und das besetzte Nordfrankreich unter einer klar hierarchisch gegliederten Militärverwaltung. Ein weiterer wesentlicher Aspekt waren die verschiedenen einheimischen Verwaltungsstrukturen. Während in den Niederlanden alle bevölkerungstechnisch relevanten Daten im staatlichen Melderegister gesammelt wurden und die Juden kaum eine Möglichkeit hatten, ihre Religion oder ihren Aufenthaltsort vor den Autoritäten zu verschleiern, war die Meldepraxis in Belgien und Frankreich deutlich unstrukturierter. Flüchtlinge in Belgien mussten sich zum Beispiel nicht notwendigerweise bei staatlichen Stellen registrieren lassen. Viel stärker noch fällt vermutlich ins Gewicht, dass in Frankreich und vor allem in Belgien die aus dem Ersten Weltkrieg stammenden Erfahrungen der Besetzung und der verheerenden Schlachten noch präsent waren. Während die Niederlande damals neutral und vom Krieg verschont geblieben waren, hatten in den anderen Staaten viele Menschen die Notwendigkeit, auf jede nur denkbare Art Widerstand gegen die deutschen Besatzer leisten zu müssen, stärker verinnerlicht. Die großen Unterschiede hinsichtlich der relativen Zahlen der aus diesen Ländern verschleppten und im Holocaust ermordeten Juden basieren also auf einer Kombination vielfältiger Faktoren. Die grundlegende Gemeinsamkeit bleibt jedoch das deutsche Ziel der »Endlösung der Judenfrage«, dem die Besatzer überall mit aus ihrer Sicht unterschiedlichem Erfolg nachgingen.

.....

45 Vgl. *VEJ*, Bd. 12, S. 81.

46 Vgl. Happe, *Viele falsche Hoffnungen*, S. 262–267.



Demokratie in Gefahr

Rechter Terror in der Weimarer Republik

Man kennt das – ein antisemitischer Vorfall oder eine rechte Gewalttat macht Schlagzeilen, und umgehend zeigen sich hochrangige Repräsentanten und politische Beobachterinnen überrascht und entsetzt. So etwas, heißt es dann ebenso formel- wie reflexhaft, habe in unserer Gesellschaft keinen Platz. Schon ein nur oberflächlicher Blick jedoch zeigt: Rechter Terror und antijüdische Gewalt ziehen sich, auch über den Holocaust hinaus, wie ein roter Faden durch das 20. Jahrhundert bis in die Gegenwart. Die Mordserie des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrunds von 2000 bis 2006, die tödlichen Schüsse auf den Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke am 1. Juni 2019, die Morde und der Anschlag auf die Synagoge in Halle am 9. Oktober 2019 und das rassistische Attentat in Hanau am 19. Februar 2020 sind zwar besonders einschneidende, aber längst nicht alle und sicherlich nicht die letzten Fälle rechtsmotivierter Gewalt.

Die Geschichte der Gewalt von rechts reicht zurück bis in die Weimarer Republik: Allein zwischen 1919 und 1933 gab es mehrere Hundert Morde rechter Täter an politischen Gegnern und Angehörigen von Minderheiten. Der Themenschwerpunkt greift dies auf und verortet die Anfänge des rechten Terrors in seinem konkreten historischen Kontext. Dabei zeigt sich, dass in vielen Fällen zweierlei zusammenkam – der Hass auf Juden und eine tiefe Verachtung der jungen Demokratie. Die Mordanschläge auf Rosa Luxemburg, Kurt Eisner, Gustav Landauer und andere sind prominente, aber bei weitem nicht alle Beispiele, in denen Judenhass und Demokratiefeindschaft fatal miteinander verschmolzen. Diese Haltung, die unter anderem im Schmähwort von der »Judenrepublik« ihren Ausdruck fand, war fast schon eine Art Common Sense unter Deutschnationalen, Adeligen und Völkischen. Die Morde, die Einzelne begingen, wurden durch das Wegsehen von Polizei und Justiz goutiert und überdies mit offenem Beifall in der Presse, mit Geld und anderem mehr belohnt. Judenhass und Republikverachtung waren der Kitt, der diese Kräfte miteinander verband, über politische Unterschiede, Differenzen in der Wahl der Mittel sowie Standesdünkel hinweg.¹ Spätestens in den 1930er Jahren sollte sich zeigen, dass dieser gemeinsame Nenner alles andere als klein war.

Nach der Ermordung Rathenaus im Juni 1922 brachte Reichskanzler Joseph Wirth auf den Punkt, worum es im Kern ging: »Zuerst sollen die Führer der Republik, dann soll die Republik selbst fallen.«² Die Entschlossenheit und Klarsicht, die manche an den Tag legten, währte jedoch nicht lange. Zu groß waren die Gegensätze in Politik und Gesellschaft, zu stark der antirepublikanische Konsens in der Justiz, und zu tief saß der Judenhass. Die Krisenjahre 1922/23 überlebte die »Demokratie in der Defensive« knapp, weil es, so der Historiker Detlev Peukert, keine überzeugende Systemalternative gegeben habe.³ Zehn Jahre später jedoch boten die Nationalsozialisten eine solche, der viele eine Chance geben wollten.

In den Beiträgen werden diese zentralen Aspekte des Themas ausgeleuchtet. Martin Sabrow (Berlin) widmet sich exemplarisch der Ermordung Walther Rathenaus, dem politischen Mord, der – zumindest für kurze Zeit – Gegenkräfte in Politik und Gesellschaft freisetzte und auf ein entschlossenes Vorgehen gegen den antidemokratischen Terror hoffen ließ. Dieser bald schon versandenden Wirkung geht Sabrow nach und spannt einen Bogen bis in die Gegenwart. Benjamin Lahusen (Frankfurt an der Oder) porträtiert mit dem Mathematiker Emil Julius Gumbel jemanden, der beharrlich gegen eine einseitige politische Justiz arbeitete, die rechten Gewalttättern mit sehr viel Verständnis und kaum verhohlenen Beifall begegnete und in der Regel nur milde Strafen verhängte. Antisemitismus war in der Weimarer Republik kein Randphänomen, getragen von politischen Extremisten und Außenseitern, sondern kam aus der Mitte der Gesellschaft. Der Hass auf Juden war fester Bestandteil des politischen Diskurses und des Alltags über alle Krisen hinweg. Davon zeugen nicht nur die vielen Opfer politisch motivierter und republikfeindlicher Gewalt, die jüdischer Herkunft waren oder denen eine solche zugeschrieben wurde. In jedem Fall richtete sich die Gewalt gegen Repräsentantinnen und Repräsentanten der als »Judenrepublik« geschmähten Weimarer Demokratie. Diese unheilige Allianz von Judenhass und Demokratiefeindlichkeit, unter der die Republik seit ihrer Ausrufung im November 1918 bis zu ihrem Ende zu leiden hatte, untersucht Cornelia Hecht-Zeiler (Stuttgart) in ihrem Beitrag.

¹ Hierzu jüngst u.a. Shulamit Volkov, *Deutschland aus jüdischer Sicht. Eine andere Geschichte vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, München 2022, u.a. S. 215 f.; Stephan Malinowski, *Die Hohenzollern und die Nazis. Geschichte einer Kollaboration*, Berlin 2021, S. 42–49, 213; Peter Longerich, *Antisemitismus. Eine deutsche Geschichte. Von der Aufklärung bis heute*, München 2021, S. 187–203; Michael Brenner, *Der lange Schatten der Revolution. Juden und Antisemiten in Hitlers München 1918–1923*, Berlin 2019, S. 289 f.

² Zit. n. Mark Jones, 1923. *Ein deutsches Trauma*, Berlin 2022, S. 31.

³ Vgl. Detlev Peukert, *Die Weimarer Republik. Krisenjahre der klassischen Moderne*, 7. Aufl., Frankfurt am Main 1997, S. 85.

Links: Beerdigung Walther Rathenaus in Berlin, 27. Juni 1922.

Foto: bpk / adoc-photos

100 Jahre Rathenaumord

Zur Aufarbeitung eines Anschlags auf die erste deutsche Demokratie

Von Martin Sabrow

Die Gründungsgeschichte der Weimarer Republik ist von Mordanschlägen auf führende Politiker durchzogen. Während der Novemberrevolution wurden im Januar 1919 in

Berlin Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht umgebracht, am Ende desselben Jahres starb der USPD-Vorsitzende Hugo Haase an den Folgen eines Revolverattentats, im Sommer 1921 fielen in München der USPD-Abgeordnete Karl Gareis und im Schwarzwald der frühere Reichsfinanzminister Matthias Erzberger bewaffneten Angriffen zum Opfer, und im Juni 1922 überlebte der erste Ministerpräsident der Weimarer Republik Philipp Scheidemann einen Überfall aus dem Hinterhalt nur mit knapper Not. Doch keiner dieser Anschläge, nicht einmal die Ermordung des schon vor dem Ersten Weltkrieg politisch prominent hervorgetretenen Zentrums politiklers Erzberger, dessen Unterschrift die Kapitulationsurkunde von Compiègne und später eine weitreichende Steuerreform trug, löste ein solches politisches und soziales Beben aus wie die Ermordung des deutschen Reichsaußenministers Walther Rathenau, der am 24. Juni 1922 in der Berliner Villenkolonie Grunewald auf der Fahrt ins Auswärtige Amt von zwei mit Maschinenpistole und Handgranate bewaffneten Weltkriegsoffizieren überfallen wurde.¹

Die Tiefe der Empörung

Anders als die Ermordung des katholischen Zentrums politiklers Matthias Erzberger wühlte die neuerliche Bluttat an einem prominenten

1 Die in diesem Beitrag entwickelte Argumentation greift auf Überlegungen zurück, die ich in folgenden Texten ausführlicher dargelegt habe: Martin Sabrow, »Terroristische Geheimbündelei versus demokratisches Gewaltmonopol. Die rechtsradikale Anschlagsserie gegen die Weimarer Republik 1921/22«, in: Andreas Braune, Michael Dreyer, Sebastian Elsbach (Hrsg.), *Vom drohenden Bürgerkrieg zum demokratischen Gewaltmonopol (1918–1924)*, Stuttgart 2021, S. 67–83, sowie ders., *Der Rathenaumord und die deutsche Gegenrevolution*, Göttingen 2022.

Vertreter der Weimarer Republik die deutsche Nachkriegsgesellschaft bis weit in das konservative Bürgertum hinein auf. Repräsentanten des vernunftrepublikanischen Lagers sahen sich zu öffentlichen Bekenntnissen zur jungen Weimarer Demokratie veranlasst; der Historiker Friedrich Meinecke wandte sich scharf gegen die verstockte Haltung seiner Kollegen, die die Studentenschaft in ihrer oft fanatisch rechtsgerichteten Haltung bestärkten; und der 1918 noch mit den obrigkeitstaatlichen *Betrachtungen eines Unpolitischen* hervorgetretene Thomas Mann tat nach dem Tode Rathenaus in einer Aufsehen erregenden Rede seine Wandlung zum Republikaner kund und trat der Deutschen Demokratischen Partei bei. Was dem lebenden Rathenau nie vergönnt war, wurde dem toten zuteil: Über die politischen Grenzen hinweg bekundeten Millionen Deutscher ihre Trauer und Abscheu vor dem Mord an dem Außenminister, dessen historische Rolle und politische Leistung eben erst noch Gegenstand polemischer Angriffe gewesen waren. Überall in Deutschland gingen die Menschen auf die Straße und versammelten sich auf Massenveranstaltungen der Gewerkschaften, der demokratischen Parteien und der republikanischen Verbände. Die Empörung in allen Schichten der Bevölkerung drängte das republikfeindliche Lager auf Wochen so stark in die Defensive, dass es fast scheinen mochte, als habe in der politischen Kultur des Landes ein spürbarer Wandel eingesetzt und die Republik endlich die breite Unterstützung gefunden, die sie bisher in der unbarmherzigen Gegnerschaft von rechts und links hatte entbehren müssen.

Diese Vehemenz machte den 24. Juni 1922 zu einem Tag, den die Zeitgenossen ebenso deutlich in Erinnerung behielten wie eine Generation später die Mitwelt den Tag der Ermordung John F. Kennedys am 22. November 1963. Der Wucht des gesellschaftlichen Aufschreis entsprach die Härte der staatlichen Reaktion. Schmerz, Empörung und Entschlossenheit trugen Reichskanzler Joseph Wirth am Tag nach dem Attentat zu einem anklagenden Aufschrei gegen die Fraktion der Deutschnationalen, wie ihn der Reichstag noch nicht vernommen hatte: »Da steht der Feind, der sein Gift in die Wunden eines Volkes träufelt – Da steht der Feind – und darüber ist kein Zweifel: dieser Feind steht rechts.«² Der Staatsakt für den ermordeten Minister im blumengeschmückten Reichstag wurde zu einer Manifestation der demokratischen Selbstbehauptung, und Millionen säumten die Straßen Berlins, die der Trauerzug mit dem Sarg des Ermordeten auf dem Weg in die Familiengrabstätte Berlin-Oberschöneweide entlangging. Nie zuvor und nie danach in der deutschen Nachkriegsgesellschaft schien die politische Entschlossenheit, die bedrohte Republik zu schützen, größer. Die drei Arbeiterparteien fanden über einen befristeten Generalstreik zur Aktionseinheit, und der Reichstag verabschiedete ein Republikenschutzgesetz, das unter anderem den Deutschvölkischen

2 Verhandlungen des Reichstags, I. Wahlperiode 1920, Bd. 356, Stenographische Berichte: Von der 236. Sitzung am 25. Juni 1922 bis zur 256. Sitzung am 18. Juli 1922, Berlin 1922, 236. Sitzung, 25. Juni 1922, S. 8058.

Schutz- und Trutzbund verbot und ein scharfes Schwert gegen die Untergrabung der Republik hätte bilden können, wenn es von der Rechtsprechung nicht alsbald entschärft worden wäre.

Die reichsweit mit größtem Nachdruck betriebenen Ermittlungen ergaben rasch auffällende Parallelen zum Tathergang bei den vorangegangenen Anschlägen auf Erzberger und Scheidemann. In allen drei Fällen war der Überfall nicht von einem verirrtten Einzeltäter, sondern gemeinschaftlich von zwei abgestimmt handelnden Angreifern begangen worden. Sie entstammten sämtlich der rechtsradikalen Organisation Consul (O.C.), die aus der Brigade Ehrhardt hervorgegangen war und sich nach dem Scheitern des Kapp-Lüttwitz-Putsches zum Ziel gesetzt hatte, die Weimarer Republik in den Bürgerkrieg zu treiben, um so die Regierung zu stürzen, die Verfassung außer Kraft zu setzen und eine autoritäre Herrschaft zu errichten.

Durch ein weitgefächertes Netzwerk geschützt, wichen die beiden Haupttäter des Rathenaumords, Erwin Kern und Hermann Fischer, zunächst nach Norden aus, nachdem sie hatten erkennen müssen, dass der von ihnen geschürte Ausbruch des Bürgerkriegs trotz der Wucht der Proteste nicht eintreten wollte. An der Ostsee angekommen, misslang ihnen allerdings aufgrund der widrigen Wetterverhältnisse die Flucht mit einem Segelboot nach Dänemark, und sie schlugen daraufhin auf Fahrrädern den Weg nach Süden ein, um sich in die »Ordnungszelle« Bayern zu retten, in der der Münchner Polizeipräsident Ernst Pöhner rechtsradikalen Organisationen einen Schutzraum in ihrem Kampf »gegen Berlin« bot und auch die Zentrale der Geheimorganisation Consul angesiedelt war. Doch der Fahndungsdruck erwies sich als zu groß. Nach fieberhaften Nachtfahrten von Mecklenburg nach Mitteldeutschland wurden die Rathenaumörder, die auf der thüringischen Burg Saaleck bei einem Gesinnungsgenossen Unterschlupf gefunden hatten, mit Hilfe der durch zahllose Plakatanschläge informierten Bevölkerung aufgespürt und von der Polizei eingekreist. Drei Wochen nach ihrer Mordtat kamen sie selbst ums Leben; der eine Attentäter starb durch einen polizeilichen Zufallstreffer; der andere beging daraufhin Selbstmord.

Die juristische Bewältigung

Der Hergang des Anschlags auf Außenminister Rathenau wurde in einem wochenlangen Prozess gegen die übrigen Tatbeteiligten vor dem neugebildeten Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik in Leipzig in aller Ausführlichkeit nachgezeichnet; die Drahtzieherrolle der Organisation Consul hingegen blieb wegen ihrer engen Verbindung zur Reichswehr und deren illegaler Aufrüstung aus außenpolitischen Rücksichten vor genauerer Aufdeckung verschont. Der Name dieser terroristischen Vereinigung ging auf ihren Gründer Hermann Ehrhardt zurück, der von München aus unter seinem Aliasnamen »Consul Eichmann« im Untergrund einen straff geführten Wehrbund geschaffen hatte. Dessen Wurzeln gehen auf die Revolutionszeit

1918/19 zurück, als die von militärischen Machtmitteln entblößte Revolutionsregierung unter Friedrich Ebert und Gustav Noske die Aufstellung von Freiwilligenverbänden begünstigt hatte, die dann während der ersten Jahreshälfte 1919 von Braunschweig bis München zur Niederschlagung linker Aufstandsbewegungen und Räte-republiken eingesetzt wurden. Eines dieser Freikorps war die Zweite Marinebrigade, die der Kaiserliche Korvettenkapitän Hermann Ehrhardt in Wilhelmshaven aus Angehörigen der demobilisierten Kriegsmarine aufstellte. Sie zeichnete sich durch eine ungewöhnliche soldatische Disziplin und Durchsetzungskraft aus, die nicht zuletzt dadurch erreicht wurden, dass unter Ehrhardt ausschließlich Offiziere – auch als Mannschaften – dienten und die Truppe von einem einheitlichen antirepublikanischen Geist beseelt war.

Der Ruf besonderer Brutalität und Rücksichtslosigkeit eilte der Brigade Ehrhardt voraus, als sie Anfang 1919 bei der Bekämpfung von kommunistischen Aufständen in Mitteldeutschland und im Mai bei der Niederschlagung der Münchner Räterepublik eingesetzt wurde. Auf denkbar brutale Weise durchkreuzte die Brigade auch ihre spätere Demobilisierung, indem sie nämlich die militärische Absicherung des gegenrevolutionären Kapp-Lüttwitz-Putsches vom März 1920 in Berlin übernahm. Nach dessen Scheitern und angesichts der bevorstehenden Auflösung seiner Brigade flüchtete Ehrhardt nach München, wo er unter dem Deckmantel einer Bayerischen Holzverwertungs-GmbH eine reichsweit operierende Untergrundarmee im Wartestand aufbaute. Betont militärisch ausgerichtet, versorgte die Münchner Leitung der Organisation Consul ihre in Ortsgruppen zusammengeschlossenen Ehrhardt-Männer mit konspirativ verschlüsselten Anweisungen und beorderte die regionalen Unterführer in regelmäßigen Abständen nach München, um die weiteren Entwicklungsschritte des Bundes festzu-legen. Mehr an eine militärische Formation des Staates als an einen terroristischen Geheimbund fanatischer Desperados erinnerte insbe-sondere der innere Aufbau der Münchner Zentrale der Organisation Consul: Sie unterhielt in ihren zwei Büros eine Nachrichtensammel-stelle, wahrte die Verbindungen zu anderen rechtsgerichteten Organi-sationen und bemühte sich, neue Kontakte und Bündnisse zu knüpfen. Neben dieser Ressortabgrenzung bestanden genauere Geschäftsver-teilungspläne für die einzelnen Untereinheiten, die beispielsweise im Falle der militärischen »Abteilung B« neben dem »Ressortchef« vier Unterabteilungen mit klar abgegrenzten Aufgabengebieten vorsahen, deren erfolgreiche Bearbeitung von der Zentrale kontrolliert wurde.

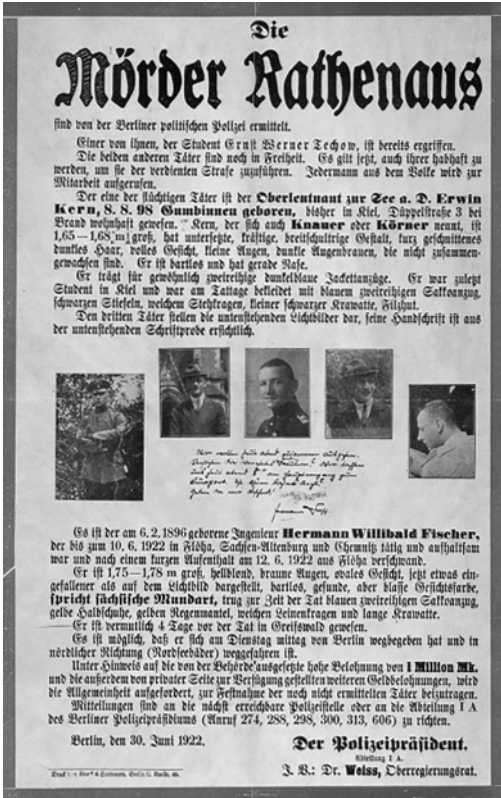
Bis zum Herbst 1921 hatte die Organisation Consul im Zuge ihrer militärischen Sammlungsbewegung auf diese Weise ein sich über ganz Deutschland erstreckendes Netz von Bezirksorganisationen gespannt, die von München kontrolliert wurden und zusammen mehrere Tausend gewaltbereite Republikfeinde in ihren Reihen zählten. Die meisten Bezirke waren in Ortsgruppen untergliedert, denen »Unterführer« oder »Vertrauensleute« vorstanden. Sie erhielten ihre Anweisungen über die ihnen vorgesetzten Bezirksleiter von der Münchner Zentrale und hatten ihrerseits zum 1. und 15. jeden Monats Meldungen über ihre

Gruppen nach München zu erstatten, die jeweils neben der Auflistung von Zu- und Abgängen auch einen Tätigkeitsbericht über die geleistete Arbeit enthielten. Nach einem von der Zentrale geführten Befehls-buch, in dem alle ausgehenden Befehle mit einer Befehlsbuchnummer aufgeführt wurden, waren 1920/21 nicht weniger als fast 1.000 Verfü-gungen von der Zentrale an die einzelnen Bezirke im Reich übermittelt worden. Von der Münchner Polizei allerdings drohte der Organisation Consul dabei die geringste Gefahr, wie der Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung ermittelte: »Die Münchner C-Kreise haben [...] gute Beziehungen zur bayerischen Polizei. Von Strafverfolgungen gegen C-Angehörige sind sie stets rechtzeitig un-terrichtet und werden auch über die Vorgänge bei den Zugkontrollen an der bayerischen Landesgrenze stets unterrichtet. Auch durch die Fremdenkontrolle über die Hotels und Logierhäuser werden sie von der Anwesenheit mißliebiger Personen in Kenntnis gesetzt.«³

Die polizeilichen Ermittlungen nach der Ermordung Matthias Erzbergers führten im Sommer 1921 zur weitreichenden Aufdeckung der Organisation Consul und ihrer Verantwortung für die Bluttat. Zügig bereitete die badische Staatsanwaltschaft von Offenburg aus ihre Anklage wegen Mordanstiftung und Geheimbündelei gegen Manfred von Killinger vor. Doch gleichzeitig wuchs in Bayern die Erregung über die »Verfolgung vaterländischer Männer« durch eine außerbayerische Behörde, und tatsächlich wurden fast alle der Ge-heimbündelei Verdächtigen nach wenigen Monaten wieder aus der Untersuchungshaft entlassen, weil die Indizienlage sich angesichts des eisernen Schweigens aller Beteiligten als zu dürtig erwies. Am Schluss blieb als Angeklagter in der Mordsache Erzberger mit dem Münchner Leiter der Organisation Consul, Manfred von Killinger, nur ein einziger Angeklagter übrig. Er konnte vor dem Offenburger Schwurgericht überführt werden, die flüchtigen Mörder Erzbergers nach ihrer Rückkehr in München untergebracht zu haben, und wurde dennoch am 13. Juni 1922 freigesprochen. Das Urteil entzweite die Öffentlichkeit. Aber auch republikanisch orientierte Zeitungen, die es als glatten Fehlspruch einstufte, konnten beruhigt feststellen, dass der Erzbergermord zwar ungesühnt geblieben, aber immerhin die hinter ihm stehende Geheimorganisation Consul durch den ent-schlossenen Zugriff der badischen Staatsanwaltschaft enttarnt und gründlich zerschlagen worden sei.

Doch der Rathenau mord führte fast unmittelbar nach diesem Ur-teil drastisch vor Augen, wie sehr die Vermutung einer erfolgreich abgewehrten Bedrohungslage der Weimarer Republik in die Irre ging. »O.C.«, flüsterten schon die Schaulustigen an der Stelle des Mordes an Rathenau, und die *Vossische Zeitung* schrieb am Tag nach dem Anschlag: »Immer deutlicher zeigt es sich, dass die Mitteilungen über Verschwörergilden, über geheime Verbindungen und selbst über

.....
³ Bericht des Reichskommissars für Überwachung der öffentlichen Ordnung (RKO) vom 16.9.1922, zit. nach Sabrow, *Rathenau mord*, S. 55 f.



Links: Plakat mit dem Titel: Die Mörder Rathenaus sind von der Berliner politischen Polizei ermittelt, hrsg. vom Polizeipräsidium Berlin, 30. Juni 1922. Foto: Bundesarchiv

Unten: Die Mordstelle (mit X gekennzeichnet) an der Ecke Königsallee und Erdenerstraße in Berlin-Grünwald. Hier wurde Walther Rathenau am Morgen des 24. Juni 1922 von Angehörigen der rechtsextremen Organisation Consul ermordet. Foto: Deutsches Historisches Museum, Berlin, Inv.-Nr.: F 55/677

Ganz unten: Massendemonstration im Berliner Lustgarten nach dem Attentat auf Reichsaußenminister Walther Rathenau. Foto: bpk



»Mörderzentralen« keine Phantasiegebilde sind.«⁴ Tatsächlich war die Organisation Consul nach dem Erzbergermord keineswegs zerschlagen worden, sondern hatte sich vielmehr rasch zu alter Schlagkraft reorganisiert: Wieder war der Anschlag von zwei jungen Männern ausgeführt worden, von denen sich bald herausstellte, dass sie früher in der Brigade Ehrhardt gestanden hatten, wieder war das Opfer offenbar über Wochen vorher genau ausgekundschaftet worden, und wieder operierten die Täter innerhalb eines reichsweiten Beziehungsnetzes, das die Mordschützen unmöglich selbst hätten knüpfen können: Der nach wenigen Tagen verhaftete Chauffeur war Berliner, aber das Mordauto war in Dresden abgeholt worden, während die Tatwaffe aus Mecklenburg kam und die Mordschützen aus Chemnitz und Kiel. Den deutlichsten Beweis lieferten die Attentäter selbst, die auf den Söller des Saalecker Burgturms kletterten und ein letztes Hoch auf ihren Anführer Kapitän Ehrhardt ausbrachten, bevor der Tod sie verstummen ließ. Auch die nicht zufällig im Zuge der Fahndung nach den Rathenaumördern gefassten Scheidemann-Attentäter gaben nicht nur in ihrem späteren Prozess vor dem Leipziger Staatsgerichtshof zu, erst der Brigade Ehrhardt und dann der Organisation Consul angehört zu haben, sondern hatten nach dem Anschlag einem Bekannten ganz unverblümt anvertraut, dass ihr Angriff auf den ersten Ministerpräsidenten der jungen Weimarer Republik einer terroristischen Strategie folgte, die den politischen Mord in Serie plante: »Warten Sie nur mal die Herbstzeit, den November ab, dann sieht es in Deutschland ganz anders aus. Wenn mir auch das Ding daneben gegangen ist, so kommt Nr. 3 doch dran. Auf meine Frage, wer Nr. 3 ist, erklärte er mir ›Wirth‹.«⁵

Hier wird die hinter den einzelnen Anschlägen stehende Strategie deutlich: Sie stellte eine Reaktion auf den gescheiterten März-Putsch 1920 dar. Er hatte den militanten Gegenrevolutionären um Ehrhardt gezeigt, dass eine Zerschlagung des »Weimarer Systems« ohne den Beistand der Reichswehr oder gar gegen sie aussichtslos war. Die Reichswehr, die während des Kapp-Putsches Neutralität wahrte, fühlte sich auch unter Hans von Seeckt einer abstrakten Staatsidee verpflichtet, die zu jeder Regierungsform und auch zur bestehenden Republik gleiche Distanz wahrte. Der Chef der Heeresleitung hatte aber auch klagemacht, dass seine Truppe anders als unter seinem Vorgänger Walther Reinhardt in Zukunft gegen jede gewaltsame Absetzung der verfassungsmäßigen Regierung vorgehen werde, gleichviel, ob die Herausforderung von links oder rechts komme. Da die Kräfte, über die Ehrhardt verfügte, für einen frontalen Angriff auf die Republik bei weitem zu schwach waren, konnte der gegenrevolutionäre Staatsstreich nur bei indirektem Vorgehen Aussicht auf Erfolg haben, nämlich im Gefolge einer vorgeblichen Verteidigung der Reichsregierung gegen einen gemeinsamen Feind. Es kam daher entscheidend darauf an, das Gewaltpotential der Linken in Deutschland zu einem

bewaffneten Aufstand zu reizen, um dann mit Zustimmung großer Teile des die Bolschewisierung fürchtenden Bürgertums und zusammen mit der Reichswehr durchzusetzen, was während der Freikorpskämpfe von 1919 und 1920 versäumt worden war: die Zerschlagung der Weimarer Republik und die Errichtung der Diktatur von rechts.

In seiner polizeilichen Vernehmung hatte ein auskunftsfreudiger Ortsgruppenleiter der Organisation Consul diese Strategie im Herbst 1921 noch unbefangen ausgeplaudert: »Die Initiative für einen Rechtsputsch wird verworfen oder aber nur dann ergriffen werden, wenn mit 99% ein gesicherter Erfolg vorauszusehen ist. Die Führer haben erklärt, einen Mißerfolg wie in den Kapptagen ein zweitesmal nicht erleben zu wollen. Darum soll die Gelegenheit eines Linksputsches abgewartet und ergriffen werden.«⁶ Diese Überlegung bildete den Kern der sogenannten Provokationsstrategie, die ein Mitverschwörer der Attentate auf Scheidemann und Rathenau in einer späteren Veröffentlichung am Ende der Weimarer Republik so ausdrückte:

»Wir dürfen nicht zuerst losschlagen. Die Kommunisten müssen es tun! [...] Man muß sie dazu zwingen. [...] Man muß Scheidemann, Rathenau, Zeigner, Lipinski, Cohn, Ebert und die ganzen Novembermänner hintereinander killen. Dann wollen wir doch mal sehen, ob sie nicht hochgehen in Korona, die rote Armee, die U.S.P., die K.P.D.«⁷ In einer späteren Darstellung präzisierte derselbe Autor die taktische Funktion noch, die der politische Mord in diesem Szenario hatte: Es handle sich um »die machiavellistische Utopie [...], durch Rathenaus Tod die Kommunisten zum Losschlagen bewegen zu wollen, damit im Gegenschlag der schnell aufgestellten Freikorps Ehrhardt die Macht an sich reißen und die Diktatur verhängen könne«.⁸

Die entschlossene Gegenwehr der staatlichen Behörden machte diesen Plan zunichte, und doch geriet die juristische Ahndung des Komplexes Organisation Consul erst zu einer Enttäuschung, später gar zum Skandal. Das Verfahren gegen die angeklagten Helfershelfer der Rathenaumörder vor dem Staatsgerichtshof endete zwar mit drakonischen Strafen, die von 15 Jahren Zuchthaus für den Fahrer des Mordwagens bis hin zu drei Jahren Gefängnis für die Nichtanzeige eines geplanten Verbrechens reichten. In der Frage eines organisierten Hintergrundes des Verbrechens aber wich der Senat einer klaren Stellungnahme mit einer bemühten Unterscheidung von Faktenlage und Urteilsbildung aus: »Bei der Beurteilung der Handlungen der Angeklagten [...] ist sich der Gerichtshof bewußt gewesen, daß hier nur bewiesene Tatsachen, nicht bloße Vermutungen zu Grunde zu legen sind. Daher ist die Annahme abgelehnt worden, daß der Ermordung Rathenaus das Komplott einer organisierten Mörderbande zu Grunde liegt, nach deren Anweisung jeder einzelne Beteiligte,

⁶ Herbert Lauch, Aussage vom 1.10.1921, zit. nach ebd., S. 64 f.

⁷ Friedrich Wilhelm Heinz, *Sprenstoff*, Berlin 1930, S. 76.

⁸ Friedrich Wilhelm Heinz, *Die Nation greift an. Geschichte und Kritik des soldatischen Nationalismus*, Berlin 1930, S. 139.

nach vorher übernommener Gehorsamspflicht, jeder an der ihm bestimmten Stelle, gehandelt hat. Zwar ist die Möglichkeit vorhanden, daß eine solche Organisation, die den Mord Rathenaus betrieben, bestanden hat, bewiesen ist es jedoch bisher nicht.«⁹

Das Wörtchen »bisher« verwies die Entscheidung auf einen noch ausstehenden Prozess gegen die Organisation Consul selbst, den die Reichsanwaltschaft gegen nicht weniger als 74 der Geheimbündelei beschuldigte Mitglieder akribisch vorbereitete. Doch bis zur Eröffnung des Hauptverfahrens vergingen mehr als zwei Jahre, und bei Anklageerhebung im Oktober 1924 war die Zahl der Angeklagten auf 26 reduziert worden. Fast doppelt so viele, nämlich 44, waren aus Mangel an Beweisen außer Verfolgung gesetzt worden; gegen vier weitere Beschuldigte hatte das Gericht das Verfahren ganz eingestellt, so auch gegen den im November 1923 als einer der mutmaßlichen Anführer des Kapp-Putsches verhafteten Hermann Ehrhardt selbst, »weil die Strafe, zu der die Verfolgung führen kann, neben der Strafe, die der Angeschuldigte Ehrhardt wegen Verbrechen des Hochverrats und des Meineides zu erwarten hat, nicht ins Gewicht fällt«.¹⁰ Ehrhardt selbst wurde kurz darauf von einem Kommando der Organisation Consul in einem von langer Hand vorbereiteten Fluchtunternehmen aus der Leipziger Untersuchungshaft befreit. Die ganz auf Entlastung der übriggebliebenen Angeklagten gerichtete Anklageschrift ging gleichwohl ungerührt davon aus, dass die Organisation Consul lediglich einen keineswegs strafbaren Wehrbund dargestellt habe, der überdies mit seiner Enttarnung nach dem Erzbergermord zu bestehen aufgehört habe. Das urteilende Gericht schloss sich dieser Auffassung an und provozierte in der fast grotesken Diskrepanz von erdrückender Beweislast und abschwächender Beweiswürdigung fast verzweifelte Kommentare in der republikloyalen Publizistik: »Zwar spricht das Urteil selbst die Tatsache aus, daß die Erzbergermörder Schulz und Tillessen der O.C. angehörten, daß ebenso die Mörder des Reichsministers Rathenau Mitglieder der O.C. waren und auch die Fäden des Scheidemann-Attentates zur O.C. hinführen, zwar sagt das Urteil weiter, daß diese Morde in der Atmosphäre der O.C. entstanden sind – aber um so unverständlicher ist es dann, wenn das gleiche Urteil den Vorwurf einer Mörderzentrale gegen die O.C. für unberechtigt erklärt. Wenn das, was das Urteil selbst über die O.C. feststellt, noch keine Mörderzentrale ergibt, wie soll dann eigentlich eine Mörderzentrale aussehen?«¹¹

Die Gründe für die skandalöse juristische Entsorgung der putschistischen Offensive der Organisation Consul gegen den Weimarer Staat sind unschwer zu erschließen. Zum einen verband die Weltkriegsoffiziere der Organisation Consul mit ihren Richtern und Anklägern eine gemeinsame soziale Stellung und weltanschauliche Haltung. Zum anderen sahen sich Regierung und Justiz in ihrem

⁹ Zit. nach Sabrow, *Rathenaumord*, S. 154.

¹⁰ Zit. nach ebd., S. 172 f.

¹¹ *Münchener Post*, 28.10.1924.

Handlungsspielraum von Anfang an durch die Sorge eingeschränkt, dass die Organisation von den alliierten Siegermächten als Teil der sogenannten Schwarzen Reichswehr angesehen werden würde.

Der Rathenaumord in der Rezeption der Nachwelt

Zu einer genaueren Aufarbeitung der Organisation Consul und ihrer verhängnisvollen Rolle in der frühen Weimarer Republik kam es daher vor Gericht nicht; die Anschlagsserie von 1921/22 blieb eine Bedrohung der republikanischen Ordnung, von deren Ausmaß und Machtpotential die zeitgenössische Öffentlichkeit niemals vollständige Kenntnis erlangte. Dies gilt auch für die Zeit nach dem Untergang der Weimarer Republik. Der 1926 amnestierte und nach Deutschland zurückgekehrte Geheimbündler Hermann Ehrhardt suchte erst in Kooperation mit Hitler und dann in Konkurrenz zur nationalsozialistischen Bewegung ein politischer Machtfaktor zu bleiben, wurde im Laufe der Zeit aber immer weiter marginalisiert und schwankte in der Spätphase der Weimarer Republik zwischen Republikfeindschaft und Staatsloyalität. In der NS-Zeit wurde die zunächst in die SS überführte Brigade Ehrhardt schnell ins Abseits gedrängt und Hitlers langjähriger Konkurrent Ehrhardt aus dem Traditionskult der nationalsozialistischen Bewegung eliminiert. Nachdem Anfang 1923 Hermann Göring den Oberbefehl über die SA übernommen hatte, war bald nicht mehr die Rede davon, dass die Gründung der Parteiarmee auf ein Bündnis zwischen Hitler und Ehrhardt zurückging, der von September 1921 an den militärischen Oberbefehl über die neue »Turn- und Sportabteilung« der NSDAP innehatte und einen seiner erprobtesten Offiziere mit der Führung und Ausbildung der neuen Parteiarmee betraut hatte. Die nationalsozialistische Herrschaftselite hatte nach ihrer Machtübernahme kein Interesse daran, ihre einstige Förderung durch Hermann Ehrhardt und seine Freikorpsmänner besonders hervorzuheben, und sie scheute die Nähe zu einer Terrororganisation, die sich in ihrem elitären Wehrbundkonzept fundamental von der plebiszitären Ausrichtung der nationalsozialistischen Machteroberung unterschied, wie Hitler programmatisch schon in *Mein Kampf* hervorhob: »Was wir brauchten und brauchen, waren und sind nicht hundert oder zweihundert verwegene Verschwörer, sondern hunderttausend und aber hunderttausend fanatische Kämpfer für unsere Weltanschauung. Nicht in geheimen Konventikeln soll gearbeitet werden, sondern in gewaltigen Massenaufzügen, und nicht durch Dolch und Gift oder Pistole kann der Bewegung die Bahn freigemacht werden, sondern durch die Eroberung der Straße.«¹²

Nach 1945 änderte sich das Bild, als die terroristische Gewalt der äußersten Rechten in der Zeit vor Hitlers Aufstieg neue Aufmerksamkeit erfuhr. Die Mörder Matthias Erzbergers wurden aufgrund des

¹² Adolf Hitler, *Mein Kampf*, 748.–752. Aufl., München 1942, S. 608.

energischen Eingreifens der Westalliierten vor Gericht gestellt und abgeurteilt, und Ernst von Salomon gab in seinem 1951 erschienenen autobiografischen Roman *Der Fragebogen*, der zu einem der größten Bucherfolge der deutschen Nachkriegszeit avancierte, seiner Beteiligung am Attentat auf Walther Rathenau breiten Raum. Allerdings suchte er dabei das terroristische Bedrohungspotential der Organisation Consul nach Kräften zu verwischen und damit auch seinen einstigen »Chef« abzuschirmen, der sich schon in den 1930er Jahren aus der Öffentlichkeit zurückgezogen hatte und seither im niederösterreichischen Waldviertel unbehelligt als Landwirt und Schlossherr lebte. Von Salomon stellte die Organisation Consul als einen überaus losen Zusammenschluss verstreuter Ehrhardt-Anhänger hin, der zugleich einen Teil der unter den Bedingungen des Versailler Vertrags klandestin neugebildeten Abwehr ausgemacht habe, und prägte den Satz, der die zeitweise gefährlichste Bedrohung der jungen Republik zu einer bloßen Einbildung erklärte: »In Wirklichkeit bestand diese OC als Organisation überhaupt nicht.«¹³ Ihr Kopf Hermann Ehrhardt wiederum wies nach 1945 jede Verantwortung für die Mordanschläge von sich und stellte sich zugleich hinter deren Urheber, die ihren Feind »nicht nur im Kommunisten, sondern auch in den internationalen Persönlichkeiten, den Vaterlandslosen, Ehrgeizlingen, den Würdelosen und Verrätern sahen. Diese zu beseitigen, hielten sie für ihre vaterländische Pflicht. Sie bedurften hierzu keiner Mörderzentrale und keiner Befehle. Vielleicht traf es dabei auch mal einen Unrechten, zum Sieben war keine Zeit, und es lag auch diesen Freikorpsmännern nicht«.¹⁴

Zu einer solch beschwichtigenden Sicht passte auch die Entwicklung des Bildes, das die Nachwelt sich von Rathenau nach 1945 machte. Während er in der DDR als ein »Zwitterwesen, das mit den Beinen fest in der kapitalistischen Ordnung stak und mit dem Kopf in die Sphäre einer besseren Gesellschaft«, konturiert wurde,¹⁵ reifte er in der Bundesrepublik zum historischen Kronzeugen eines antitotalitären Konsenses, der zwischen rechtem und linkem Totalitarismus keinen Wesensunterschied machte. Jahrfünft um Jahrfünft beschworen seit den frühen fünfziger Jahren Gedenkreden und -artikel die Lehre des 24. Juni 1922, die lautete, »jede[r] Form des Radikalismus – sei es von links oder rechts – zu widerstehen«.¹⁶

Erst mit dem Ende des Kalten Krieges büßte diese Denkhaltung einer gefestigt die Mitte währenden Bundesrepublik an Überzeugungskraft ein und wuchs die Einsicht in die dauerhafte Verletzlichkeit der eigenen demokratischen Ordnung. Namentlich befeuert durch die Aufdeckung der Mordserie des um 1999 gegründeten

Nationalsozialistischen Untergrunds und die Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke 2019, erlangte die Frage nach der Kontinuität der rechtsterroristischen Gewaltgeschichte über die Zäsur von 1945 hinweg in die Bundesrepublik der Gegenwart neue Aufmerksamkeit. Tatsächlich zieht sich bei näherem Zusehen eine durchgehende Terrorspur von den Werwolf-Kommandos des untergehenden NS-Staates und verschiedenen Wehrsportgruppen über die Einzeltäter, die 1968 den Anschlag auf Rudi Dutschke verübten und 1980 das Oktoberfestattentat begingen, bis hin zu den politischen Gewaltverbrechen in der vereinigten Bundesrepublik, die mit den Anschlägen von Hanau und Halle 2019 und 2020 grell beleuchteten, dass die Serie rechtsterroristischer Gewalttaten nie gänzlich abgerissen war.

Die Übereinstimmungen sind offenbar. Alle genannten Taten richteten sich gegen verhasste Minderheiten und entsprangen rassistischen und rechtsextremen Weltbildern, hinter ihnen standen in vielen Fällen im Untergrund arbeitende Netzwerke, die teils umfassende Waffen- und Munitionsdepots angelegt hatten, und sie wurzelten regelmäßig in einem politischen Tatumfeld, das von rechtsradikalen Parteien und von der Geltungskraft tatmotivierender Verschwörungsideologeme geprägt war. Zugleich sind aber auch die Unterschiede zwischen den terroristischen Gewalttaten von damals und heute nicht zu übersehen, und sie legen nahe, die äußerliche Kontinuität nicht mit innerer Bruchlosigkeit zu verwechseln. Die angegriffenen oder erst ausgespähnten Opfer der Attentatsserie von 1921/22 bestanden mit Erzberger, Scheidemann, Rathenau sowie unter anderen Reichspräsident Ebert, Reichskanzler Joseph Wirth und dem sächsischen Innenminister Richard Lipinski ausschließlich aus führenden Repräsentanten der Weimarer Republik; die rechtsextremen Anschläge der bundesdeutschen Zeitgeschichte betrafen überwiegend wehrlose Mitbürger aus vermeintlichen gesellschaftlichen Randgruppen und zielten auf mörderische Exklusion oder richteten sich gegen eine unbestimmte Menschenmenge, wenngleich etwa die Anschläge auf linke Politiker wie Rudi Dutschke, Oskar Lafontaine und Gregor Gysi oder politische Amtsträger wie Walter Lübcke und die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker hier bedeutsame Ausnahmen bilden. Auch die Täterprofile unterscheiden sich. Die Weimarer Attentäter waren in den Worten von Salomons mehrheitlich »Söhne fundierten Bürgertumes«;¹⁷ ihre Väter waren Kunstmaler, Museumsdirektoren, Professoren und Kriminalbeamte, und die Helfershelfer ihres Umfelds machten in späteren Jahren nicht nur im NS-Staat Karriere, sondern stiegen mit Ernst von Salomon, Friedrich Wilhelm Heinz oder Franz Maria Liedig zum Erfolgsautor, Nachrichtendienstchef und CSU-Mitgründer auf.

Dramatisch unterschiedlich präsentiert sich darüber hinaus der kulturelle und politische Kontext. Nach dem Erzbergermord applaudierte ein beträchtlicher Teil der Zeitgenossen vom nationalkonservativen

Milieu bis in die Mitte der Gesellschaft teils verdeckt, teils offen schadenfroh. Als der bei dem Attentat verletzte Begleiter Erzbergers, Carl Diez, sich nach der Tat blutend zum Hotel schleppte, »begegnete er einer Hamburgerin vornehmen Aussehens [...] Sie half ihm, aber als er erzählte, was geschehen war, bemerkte sie nur trocken: ›Wie konnten Sie nur mit Erzberger spazierengehen?‹«¹⁸ Mehr noch: Die illegale Aufrüstung des Weimarer 100.000-Mann-Heeres mit Hilfe der Schwarzen Reichswehr brachte es mit sich, dass die Organisation Consul mit ihren Waffenschiebungen und in der Erfüllung nachrichtendienstlicher Aufgaben in einer Atmosphäre »lizenzierter Illegalität« operierte (Gotthard Jasper) und sich dem Zeugnis von Salomons zufolge als Teil der im Versailler Vertrag verbotenen Abwehr verstand.

Das führte zu der grotesken Situation, dass die im Rathenaumordprozess im Jahr 1922 Angeklagten sich erfolgreich als Interessenwahrer des Reichs inszenieren konnten und fallweise erfolgreich den Ausschluss der Öffentlichkeit beantragten, sobald sie vorgaben, dass ihre Aussagen außenpolitische Probleme nach sich ziehen könnten. Sie ließen unter der Hand wissen, dass ihre Enthüllungen das Reich auf dem sensiblen Feld der illegalen Aufrüstung und der Schwarzen Reichswehr in schwere Bedrängnis bringen könnten. Damit erlangten sie faktisch die Regie über das Verfahren, wie die Verteidigung ungeniert klarstellte: »Eine Fortsetzung der Untersuchung in der O.C.-Sache bringt diese allgemeine politische Gefahr immer näher. Denn bisher ist es der Verteidigung gelungen, die Beschuldigten zum Still-schweigen über die Beziehungen der Organisation zu den Regierungen anzuhalten. Ob dies bei ca. 120 Angeschuldigten für die Dauer der Fortsetzung des Verfahrens und insbesondere für die Hauptverhandlung möglich sein wird, entzieht sich vor allem auch mit Rücksicht auf die temperamentvolle Jugend des größten Teiles der Angeklagten jeglicher Voraussetzung.«¹⁹ In dem gegen die Organisation Consul geführten Prozess 1924 warf die Verteidigung mit durchschlagender Kraft sogar die Frage auf, »ob die Fortsetzung der Untersuchung mit Rücksicht auf die augenblickliche politische Lage überhaupt möglich ist. Es handelt sich darum, daß die Fortsetzung der Untersuchung das Augenmerk der Franzosen und der übrigen Ententemitglieder auf die Sache lenken könnte. Geschieht dies, so wird Frankreich aus dem Stande der Untersuchung den Schluß ziehen können [...], daß hier die deutsche Behörde eine militärische Geheimorganisation selbst aufgedeckt habe, die von den Regierungen geduldet, ja selbst geldlich unterstützt ist. [...] Frankreich wird dieses Ergebnis [...] benutzen, um die übrigen Ententemitglieder dafür zu ködern, daß Deutschland in einem der wichtigsten Punkte den Versailler Vertrag mißachtete.«²⁰

Gegen die These einer ungebrochenen Gewaltkontinuität könnten schließlich kollektivbiografische Aspekte sprechen. Vergleichsweise wenige der Weimarer Rechtsputschisten schlossen sich vor oder nach 1933 der NS-Bewegung an, und diejenigen, die es taten, wurden teils bereits im Zuge der mit dem Namen Röhm verbundenen Säuberungswelle 1934 ausgeschaltet oder verharnten im NS-Staat in innerer Distanz, schlossen sich vereinzelt sogar dem Widerstand an und ließen sich nach 1945 im Überlebensfall angesichts ihrer mörderischen Vergangenheit überraschend vorbehaltlos in die Nachkriegsgesellschaft integrieren. Kühl kalkulierend stand allen voran der lenkende Kopf der Weimarer Mordserie zu der Gewalt, die die Essenz seiner kurzzeitigen Machtstellung in der frühen Weimarer Republik gewesen war. Hermann Ehrhardt hatte Anfang des 20. Jahrhunderts als in Deutsch-Südwestafrika eingesetzter Offizier die Effektivität der entgrenzten Gewalt im Vernichtungskrieg gegen die Herero erkannt. Nach Deutschland zurückgekehrt, hatte er sie im Zuge seiner weiteren militärischen Laufbahn zu seinem eigentlichen politischen Instrument erkoren, ohne sie zum Selbstzweck zu machen, auch wenn diese kalt kalkulierte Gewalt schon während des Ersten Weltkriegs und erst recht wieder im deutschen Nachkrieg vielfach durchaus in enthemmte Exzessgewalt übergehen konnte. Gleichwohl: Weniger flammender Hass als vielmehr kalte Gleichgültigkeit gegenüber dem menschlichen Leben beherrschte den Terror der Organisation Consul, die mit Gewaltakten die Weimarer Republik sturmreif zu schießen und die Demokratie durch eine Diktatur zu ersetzen erhofft hatte. Diese bellizistische Kälte brach mit der Zäsur von 1945 nicht umstandslos ab, sondern wirkte bis in die Frühgeschichte der Bundesrepublik hinein, aber sie steht in keiner unmittelbaren Kontinuität zur schrankenlosen Gewaltentladung gegen verhasste Gruppen der Gegenwartsgesellschaft.

Fazit

Die am 24. Juni 1922 in der Berliner Koenigsallee begangene Gewalttat gegen den deutschen Reichsaußenminister Walther Rathenau traf die erste deutsche Demokratie nachhaltig. Der Mord beschleunigte die Inflation weiter, die die Mittelschichten verarmen ließ, und er kostete den Staat einen seiner herausragenden Repräsentanten, dessen Ausstrahlung und Verhandlungsgeschick für die Selbstbehauptung der neuen Ordnung von nicht abschätzbarem Wert hätten sein können. Die mangelnde Aufklärung des Verbrechens belastete den Weimarer Staat mit einer schweren Hypothek, die bis 1933 nicht abgelöst wurde und zu ihrem Untergang beitrug; darüber hinausweisende Kontinuitätslinien bis in die deutsche Nachkriegsgeschichte hingegen verblassen vor dem monströsen Gewaltcharakter der nationalsozialistischen Verbrechensherrschaft.

13 Ernst von Salomon, *Der Fragebogen*, Hamburg 1951, S. 394.

14 Hermann Ehrhardt, »Zum Sieben war keine Zeit«, in: *Kristall*, Nr. 5, Januar 1963.

15 Albert Norden, »Der Rathenau-Mord und seine Lehren. Zum 25. Jahrestag der Ermordung des Außenministers der Republik«, in: *Die Einheit*, 2 (1947), H. 7, S. 644.

16 Dorothee Wilms, »Ansprache bei der Gedenkfeier aus Anlaß des 120. Geburtstages von Walther Rathenau am 29. September 1987 in Berlin«, in: *Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Pressemitteilung 39/87*, S. 5.

17 Von Salomon, *Fragebogen*, S. 133.

18 Klaus Epstein, *Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie*, Frankfurt am Main, Berlin 1962, S. 431.

19 Walter Luetgebrune, Notwendigkeit der sofortigen Einstellung des O.C.-Prozesses, zit. nach Sabrow, »Terroristische Geheimbündelei«, S. 76.

20 Ebd.

Held wider Willen

Fall und Aufstieg von Emil Julius Gumbel

Von Benjamin Lahusen



Prof. Dr. Benjamin Lahusen leitet die Geschäftsstelle der Beratenden Kommission im Zusammenhang mit der Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturguts, insbesondere aus jüdischem Besitz, und ist Professor für Bürgerliches Recht und Neuere Rechtsgeschichte an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt an der Oder. Veröffentlichungen (Auswahl): »Der Dienstbetrieb ist nicht gestört«. *Die Deutschen und ihre Justiz, 1943 bis 1948*, München 2022; *Alles Recht geht vom Volksgeist aus. Friedrich Carl von Savigny und die moderne Rechtswissenschaft*, Berlin 2012; *Rechtspositivismus und juristische Methode. Betrachtungen aus dem Alltag einer Vernunftfehe*, Weilerswist 2011.

Foto: Christian Vagt

Pazifisten nerven. Naive Moralisten, Verweigerer der düsteren politischen Realität, so werden sie oft beschrieben. Zuletzt haben die russischen Kriegsverbrechen in der

Ukraine diese Einschätzung gewissermaßen empirisch unterfüttert. Keiner will Krieg, aber wenn er vom Feind aufgezwungen wird, dann kann die Kriegsverweigerung zur aktiven Beihilfe werden; selbst die traditionellen Ostermärsche gerieten dieses Jahr in den Verdacht, in ihren Reihen auch Putins fünfter Kolonne Platz zu bieten.

Allerdings war die Selbstverpflichtung zur Friedfertigkeit noch nie eine Tugend, auf die sich eine Mehrheit hätte einigen können. Vor 100 Jahren, als in Deutschland militärischer Größenwahn noch Staatsräson war, konnte eine pazifistische Haltung für einen Staatsdiener zum Entlassungsgrund werden. Dem Mathematiker und Publizisten Emil Julius Gumbel ist es so ergangen. Sein entschiedener Pazifismus hatte zumindest einen erheblichen Anteil an seinem frühzeitigen Karriereende.¹ Im Jahr 1914 war er, wie so viele seiner Zeitgenossen, mit aufrichtiger Begeisterung in den Kampf gezogen. Nach wenigen Monaten hatte ihn die Wirklichkeit des Kriegs zum Pazifisten geformt. Diese Haltung focht er mit bitterem Ernst aus. Auch nicht im Rückblick der Weimarer Zeit wollte er dem Krieg oder wenigstens seinen Toten einen Sinn zugestehen; 1924 zweifelte Gumbel den soldatischen Heldentod an, indem er in einer berühmten Formulierung darüber

1 Zur Biografie: Christian Jansen, *Der »Fall Gumbel« und die Heidelberger Universität 1924–1931*, Heidelberg 1981, online (2012) unter <http://archiv.ub.uni-heidelberg.de/volltextserver/13154/1/jansen.pdf>; ders., »Emil Julius Gumbel. »Der Zivilist als Außenseiter««, in: Ders. (Hrsg.), *Emil Julius Gumbel. Portrait eines Zivilisten*, Heidelberg 1991, S. 9–77; Arthur D. Brenner, *Emil J. Gumbel. Weimar German Pacifist and Professor*, Boston 2001. Annotierte Quellensammlung der Universitätsbibliothek Heidelberg: <https://archiv.ub.uni-heidelberg.de/volltextserver/24243/1/gumbel.pdf> (9.5.2022); Arthur Brenner (Hrsg.), *The Emil J. Gumbel Collection. Political Papers of an Anti-Nazi Scholar in Weimar and Exile 1914–1966. From the Archives of the Leo Baeck Institute*, New York 1990.

sinnierte, die Soldaten seien »auf dem Feld der Unehre gefallen«;² 1932 kam sein nicht minder berühmter Vorschlag, die Erinnerung an den Krieg künftig in einer »einzigsten großen Kohlrübe« zu bündeln.³ Wenige Wochen danach wurde Gumbel die Lehrbefugnis entzogen.

Lebenslauf eines Außenseiters

Freilich eckte Gumbel bei seinen Zeitgenossen nicht nur mit seinem Pazifismus an. Eigentlich entstammte er einem gutbürgerlichen Elternhaus, humanistisch und wohlhabend, weltoffen und liberal; dass es außerdem jüdisch war, hat Gumbel am wenigsten geprägt. Gumbel wurde am 18. Juli 1891 als erstes von drei Geschwistern in München geboren. Nach dem Abitur am vornehmen Wilhelms-gymnasium begann er 1910 mit dem Studium der Mathematik und Nationalökonomie an der Ludwig-Maximilians-Universität. Neben dem Mathematiker Alfred Pringsheim – dem Schwiegervater Thomas Manns – brachte ihn das vor allem in Verbindung mit Lujo Brentano, einem der damals führenden Kathedersozialisten, der bis in den Juli 1914 hinein die These vertrat, die wirtschaftlichen Verflechtungen der modernen Industriestaaten schlossen die Möglichkeit eines Krieges aus. Unmittelbar vor Kriegsbeginn wurde Gumbel mit einer Arbeit über Bevölkerungsstatistik promoviert.⁴

Auch nach seiner Entlassung aus dem Wehrdienst arbeitete Gumbel für die Kriegsmaschinerie, die meiste Zeit als Flugzeug-techniker in Berlin. Gleichzeitig engagierte er sich öffentlichkeits-wirksam für den Pazifismus und studentischen Widerstand gegen den Krieg. Dadurch geriet er in eine Außenseiterposition, die er zeit seines Lebens nicht mehr verlassen sollte. Unerschrockene Enthül-lungen – vor allem über Justiz und Militär –, ein gerne gepflegter polemischer Tonfall, dazu noch die jüdische Abstammung, all das provozierte schon früh rechte Gewaltfantasien. Im Jahr 1919 scheiterte ein Mordanschlag der Garde-Kavallerie-Schützendivision – die auch für die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verantwortlich war –, weil Gumbel sich zu dieser Zeit für eine Konfe-renz in Bern aufhielt. Danach mühten sich seine Gegner, wenn nicht seine physische, so doch seine bürgerliche Existenz zu vernichten. Eine wissenschaftliche Karriere, und sei es in der symbolischen Form einer außerordentlichen Professur, blieb Gumbel trotz Habi-litation und unbestreitbarer Erfolge in der Forschung verwehrt. Den Regierungswechsel 1933 hätte er in Deutschland vermutlich nicht überlebt – wegen seiner Entlassung wenige Monate zuvor war er zu dieser Zeit als Gastprofessor an der Sorbonne.

2 Quellensammlung UB Heidelberg, S. 22.
3 Ebd., S. 34.
4 Emil Julius Gumbel, *Über die Interpolation des Bevölkerungsstandes*, Leipzig 1916.

Im Mai 1933 wurden Gumbels Bücher verbrannt, er selbst wurde als einer der ersten ausgebürgert und enteignet. Er blieb in Frankreich, bis dort die Wehrmacht einfiel und ihn mit seiner Familie – er hatte 1930 geheiratet und einen Stiefsohn – auf eine atembe-raubende Flucht über Marseille und Lissabon in die USA zwang. Trotz der Fürsprache von Albert Einstein kam er auch dort jahrelang über das akademische Prekariat nicht hinaus. Eine Rückkehr nach Deutschland allerdings war auch nach 1945 ausgeschlossen, weil man ihn dort ebenfalls nur als Gast dulden wollte. Erst 1953, im Alter von 62 Jahren, erhielt er eine Stellung als Adjunct Professor – nach deutschem Verständnis kaum mehr als akademischer Mittelbau – an der Columbia University in New York, wo er 1958 sein mathemati-sches Hauptwerk *Statistics of Extremes* vorlegen konnte. Er starb am 10. September 1966 an Lungenkrebs; in Deutschland nahm man keine Notiz davon, kein Nachruf auf ihn erschien.

Gumbels politische Mathematik

Die bekannteste Erbschaft Gumbels ist seine Statistik über die tendenziöse Rechtsprechung der Weimarer Republik. Den Anstoß dazu, die justiziellen Reaktionen auf die Gewalteruptionen der Um-sturzphase 1918/19 systematisch zu erfassen, gaben zunächst die Ereignisse selbst. Nach der doppelten Ausrufung der Republik am 9. November 1918 bewegte sich das Land über Monate hinweg an der Grenze zum Bürgerkrieg. Bei den Berliner Aufständen im Januar 1919 gab die SPD-geführte Regierung der Reichswehr freie Hand, was zu Tausenden Toten führte; die Niederschlagung der Münchener Räterepublik verlief nicht weniger blutig. Im ganzen Land konnten rechte Freikorps mehr oder weniger ungehemmt gegen ihre politi-schen Widersacher vorgehen; die symbolträchtigsten Opfer waren Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht.

Aber das war nicht alles. Auch Gumbel ganz persönlich kamen die Terrorgruppen verstörend nah. Zwar entkam er selbst dem An-schlag auf seine Wohnung durch glückliche Umstände. Aber zwei seiner pazifistischen Mitstreiter hatten weniger Glück: Hans Paa-sche, ein leidlich erfolgreicher Schriftsteller, und Alexander Futran, Stadtverordneter in Köpenick, wurden im Frühjahr 1920 von rechten Todesschwadronen ermordet.⁵

Also begann Gumbel zu protokollieren. Er las Gerichtsakten, Urteile, Prozessberichte, Zeitungsnotizen, analysierte linke wie rechte Medien, katalogisierte nach Tätern und Opfern, politischen Motiven, dem Stand der Ermittlungen und legte im Juni 1921 eine erste Bilanz vor, lakonisch betitelt mit *Zwei Jahre Mord*.⁶ Das fol-gende Jahr nutzte Gumbel zu einigen Korrekturen und Ergänzungen

5 Vgl. Brenner, *Emil J. Gumbel*, S. 71.
6 Emil Julius Gumbel, *Zwei Jahre Mord*, Berlin 1921.

und schließlich zu einer ganz neuen Auflage, die im Oktober 1922 unter dem Titel *Vier Jahre politischer Mord* den letzten Stand seiner Arbeiten zusammenfasste und manche These noch einmal zuspitzte. Das Vorwort von Georg Friedrich Nicolai, einem pazifistischen Leidensgenossen, der ähnliche Verfolgungen hinnehmen musste wie Gumbel, im Ton aber deutlich konzilianter geblieben war, verschwand. Neue Fälle kamen hinzu, nicht zuletzt die Morde an Matthias Erzberger und Walther Rathenau. Und schließlich enthielt die Überarbeitung die suggestive Synopse, für die das Buch bis heute bekannt geblieben ist: Eine Gegenüberstellung zeigte alle politischen Morde seit Januar 1919: 354 von rechts, 22 von links; der linke Mörder kam, wenn er nicht hingerichtet wurde, durchschnittlich 15 Jahre ins Gefängnis, der rechte war nach vier Monaten Haft und einer Geldstrafe von vier Reichsmark wieder frei.⁷

Das Buch wurde sofort nach Erscheinen ein Bestseller. Nach einem Monat war die komplette Auflage von 5.000 Stück vergriffen, bis Ende 1922 wurden weit über 10.000 Exemplare verkauft. Die Öffentlichkeit reagierte entsetzt – die rechte Presse über Gumbels Arbeit, die linke über deren Gegenstand.⁸ Dies lag neben der eingängigen Präsentation seiner Ergebnisse auch daran, dass Gumbel außer Zahlen auch Namen nannte, von Tätern, von Opfern, von Organisationen. Für einen kurzen Moment schien es, als könne sich selbst die Politik der Evidenz dieser Beobachtungen nicht entziehen.

Gumbel selbst hatte prognostiziert, seine Studie müsse entweder ihm selbst ein Verfahren wegen Verleumdung oder den Tätern eine Bestrafung wegen Mordes eintragen.⁹ Doch die politische Kunst der Dilatorik fand einen dritten Weg – die Täter blieben unbehelligt, und Gumbel wurde von der Zivilgesellschaft erledigt. Die Länder verschleppten echte Aufklärung, das Reich stellte zwar eine Untersuchung zusammen, verhinderte aber zugleich deren Veröffentlichung, die schließlich Gumbel selbst auf eigene Kosten vornehmen ließ.¹⁰

Vom Feind zum Helden

Unter den Verhältnissen seiner Zeit betrieb Gumbel mit seiner kompromisslosen Analyse aktive Integrationsverweigerung. Die letzte Auflage von *Vier Jahre politischer Mord* begleitete eine Art Seelenkunde des deutschen Staatsapparats, der noch immer gefangen sei in Obrigkeit und Militarismus. Die langen Jahre der öffentlichen Lüge hätten das Land moralisch schwer beschädigt, das Bürgertum sei

schwach und opportunistisch. Von der Justiz als verlängertem Arm des Bürgertums wollte Gumbel sich deshalb nicht viel versprechen. Im Terror von rechts erkenne sie keine Gefahr, sondern letztlich sich selbst, während von links Wirtschaft, Staat und Privateigentum bedroht würden, also genau das, wovon das Bürgertum profitiere. »Unzählige soziale Bande verknüpfen den Mörder-Offizier mit dem Richter, der ihn freisprechen wird, dem Staatsanwalt, der das Verfahren einstellen wird, dem Zeugen, der den ›Fluchtversuch‹ eingehend schildert«, analysierte Gumbel. Und weiter: »Sie sind Fleisch von einem Fleisch, Blut von einem Blut. Der Richter versteht ihre Sprache, ihr Fühlen, ihr Denken. Zart schwingt seine Seele unter der schweren Maske des Formalismus mit den Mördern mit.«¹¹

Staatsdiener als Mittäter von Terroristen – wer eine solche Anschuldigung äußerte, verlor im Kosmos des Weimarer Honorationenwesens jede Satisfaktionsfähigkeit. Gumbel war nun zwar eine Person des öffentlichen Lebens, aber keine, die man angestellt hätte. Die unermüdliche Flut seiner Aufklärungsschriften machte ihn bald zu einem der »meistgehassten« Intellektuellen Weimars,¹² sein öffentlicher Einsatz für Pazifismus und Sozialismus taten ihr Übriges. Das »Feld der Unehre« brachte ihm 1924 ein Disziplinarverfahren der Heidelberger Universität ein, das ihn zwar formal entlastete, von der Philosophischen Fakultät aber voller Häme dazu genutzt wurde, ihm »eine ausgesprochene Demagogennatur« und »einen geradezu elementaren Mangel an Takt« zu bescheinigen und diesen Beschluss auch noch an viele andere Universitäten und über 100 Zeitungen zu verschicken.¹³ Gumbel konnte nicht entlassen, aber wenigstens in seiner Reputation schwer beschädigt werden.

Im selben Jahr kam es zu zwei Verfahren wegen Landesverrats. Gumbels Arbeit über »Verschwörer«, in der er die nationalistischen Geheimbünde in ihrer Genese und gegenwärtigen Struktur darstellte,¹⁴ wurde ebenso als Verrat am Vaterland verfolgt wie seine Studie über die Schwarze Reichswehr.¹⁵ Die Verfahren wurden schließlich eingestellt, da Gumbel seine Publikationen lediglich auf bereits veröffentlichtes Material gestützt hatte.

Im Jahr 1925 kam das nächste Disziplinarverfahren: Gumbel äußerte in einem privaten Brief die Einschätzung, der Versailler Vertrag sei zwar ungerecht, aber nicht ungerechter als die Friedensverträge, die Deutschland 1871 mit Frankreich und 1917 mit Russland

-
- 11

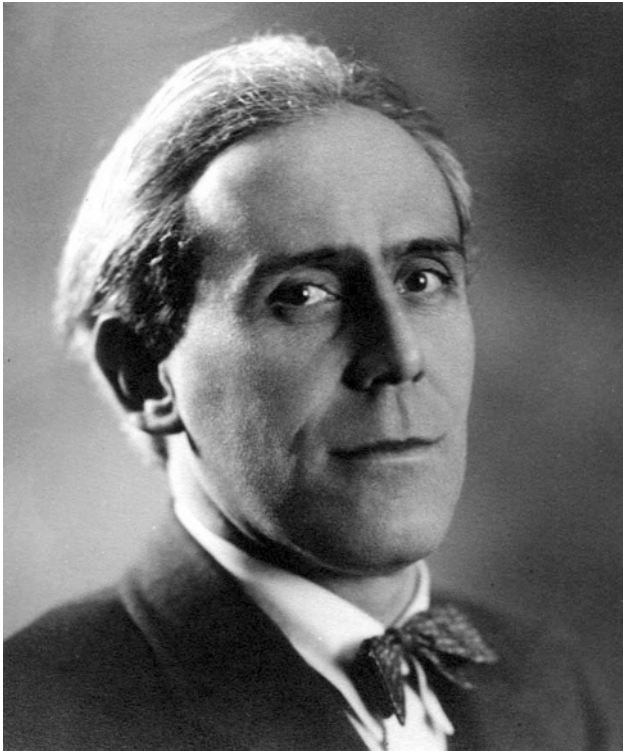
Gumbel, *Vier Jahre*, S. 149. Zum Hintergrund vgl. Ralph Angermund, *Deutsche Richterschaft 1919–1945. Krisenerfahrung, Illusion, politische Rechtsprechung*, Frankfurt am Main 1990, S. 22.
- 12

Heinrich Hannover, »Gumbel darf nicht vergessen werden«, in: *Ossietzky*, 20 (2017), Nr. 6, 18.3.2017.
- 13

Quellensammlung UB Heidelberg, S. 24 f.
- 14

Emil Gumbel, *Verschwörer. Beiträge zur Geschichte und Soziologie der deutschen nationalistischen Geheimbünde seit 1918*, Wien 1924.
- 15

Emil Gumbel, »Gibt es eine schwarze Reichswehr?«, in: *Die Menschheit*, 11 (1924).



Ganz links:
Emil Julius Gumbel.
Foto: Universitätsarchiv
Heidelberg

Links: Gedenktafel
für die deutschen
und österreichischen
Flüchtlinge in Sanary-
sur-Mer, unter ihnen
Emil Julius Gumbel.
Foto: Anima,
CC BY-SA 3.0

Unten: Statistik aus *Vier
Jahre politischer Mord*,
Berlin 1922, S. 81.

DIE FORMEN DER POLITISCHEN MORDE				
„Tödlich verunglückt“	184	Als Repressalie erschossen	10	
Willkürlich erschossen	73	Willkürlich erschossen	8	
„Auf der Flucht erschossen“	45	Angebliches Standrecht	3	
Angebliches Standrecht	37	Angebliche Notwehr	1	
Angebliche Notwehr	9			
Im Gefängnis oder Transport gelyncht	5			
Angeblicher Selbstmord	1			
Summe der von Rechtsstehenden Ermordeten	354	Summe der von Linkstehenden Ermordeten	22	

DIE SÜHNE DER POLITISCHEN MORDE			
	Politische Morde begangen		Gesamtzahl
	von Linkstehenden	von Rechtsstehenden	
Gesamtzahl der Morde	22	354	376
davon ungesühnt	4	326	330
teilweise gesühnt	1	27	28
gesühnt	17	1	18
Zahl der Verurteilungen	38	24	
Geständige Täter freigesprochen	—	23	
Geständige Täter befördert	—	3	
Dauer der Einsperrung pro Mord	15 Jahre	4 Monate	
Zahl der Hinrichtungen	10	—	
Geldstrafe pro Mord	—	2 Papiermark	

geschlossen hatte. Auch dieses Verfahren blieb erfolglos, dennoch sorgte es wieder für einen Eklat, weil sich schließlich sogar der Württembergische Landtag damit beschäftigte.¹⁶ Danach genügte sogar die Ankündigung eines Gastvortrags, um das akademische Establishment zu direkten Interventionen zu veranlassen.¹⁷

Im Jahr 1930 dann der Abgesang: Die geplante Ernennung zum außerplanmäßigen Professor trieb Tausende aufgebracht Studenten und Bürger auf die Straße, eine Unterschriftenaktion sollte »die Entfernung Gumbels von Heidelberg« durchsetzen.¹⁸ In dieser Phase wurde Gumbels Lobpreis der Kohlrübe zum Anlass für ein drittes Disziplinarverfahren, das schließlich zum Verlust seiner Lehrbefugnis führte.¹⁹ In Europa, Nord- und Südamerika erschienen rund 400 Zeitungsartikel über den »Fall Gumbel«,²⁰ Albert Einstein, Gustav Radbruch, Bruno Taut, Max Horkheimer, Theodor W. Adorno schickten Solidaritätsadressen.²¹ Vor Ort bestimmten jedoch studentische Nazi-Gruppen die Szenerie. Der Verlust der Lehrbefugnis 1932 dürfte Gumbel zum ersten deutschen Hochschullehrer machen, der sein Amt aufgrund von NS-Verfolgung verlor; ausgerechnet am 31. Januar 1933 wurde seine Beschwerde gegen diese Entscheidung endgültig zurückgewiesen.²²

Und so blieb Gumbels »Buch der deutschen Schande« wie viele andere seiner Schriften noch viele Jahre lang eben dies: ein Buch. Ein Platz im justizhistorischen Kanon wurde ihm erst zugestanden, als es keinen Schaden mehr anrichten konnte. Lange nach 1945 marschierte auch Gumbel mit seiner Statistik durch die Institutionen, bis aus der einstigen Gegenkultur Mainstream geworden war. Auf diesem langen Weg wurde aus Gumbels Studie Quelle und Handbuch in einem. Sie kam zum Einsatz, um eine direkte Linie von einer rechtslastig korruptierten Justiz der Zwischenkriegszeit bis in die Bonner Nachkriegswirklichkeit zu ziehen,²³ sie hielt – trotz gelegentlicher methodischer Zweifel²⁴ – Einzug in Schulbücher,²⁵

16 Ebd., S. 25.

17 1927 war es der bedeutende Rechtshistoriker Heinrich Mitteis, der sich bei Gustav Radbruch einsetzte, um einen Auftritt von Gumbel zu verhindern, s. dazu Johannes Liebrecht, *Die junge Rechtsgeschichte. Kategorienwandel in der rechts-historischen Germanistik der Zwischenkriegszeit*, Tübingen 2018, S. 211.

18 Jansen, »Fall Gumbel«, S. 31.

19 Ausführliche Darstellung der ganzen Causa bei Klaus-Peter Schroeder, *Die Heidelberger Universität auf dem Weg in das »Dritte Reich«*. Arnold Paul Ruge, Philipp Lenard – Emil Julius Gumbel, Heidelberg 2021, S. 85–129.

20 Jansen, »Der Zivilist«, S. 39.

21 Ebd., S. 35.

22 Die Ereignisse vom Vortag dürften dabei allerdings kaum eine Rolle gespielt haben. S. Brenner, *Emil J. Gumbel*, S. 139.

23 Vgl. Heinrich Hannover, Elisabeth Hannover-Drück, *Politische Justiz 1918–1933*, Bornheim-Merten 1987, u.a. S. 17, 57, 89. Das Werk ist 1966 erstmals erschienen.

24 Vgl. Howard Norman Stern, *Political Crime and Justice in the Weimar Republic*, Baltimore 1966, S. 448–460.

25 Kritischer Überblick bei Markus Bernhardt, »Sühne politischer Morde von rechts

Ausstellungskataloge²⁶ und Gesamtdarstellungen.²⁷ Parallel erfuhr auch der Autor selbst eine gründliche Rehabilitation. Im Jahr 1991 erklärte die Universität Heidelberg ausdrücklich, die Lehrbefugnis sei Gumbel zu Unrecht entzogen worden. Im selben Jahr erschien von Christian Jansen eine erste Biografie. Seither ist Gumbels Lichtschein Jahr für Jahr ein Stückchen heller geworden. Im Jahr 2006 hat die Deutsche Statistische Gesellschaft eine Vorlesungsreihe nach Gumbel benannt,²⁸ seit 2016 gibt es an der Universität Lyon einen Gumbel-Hörsaal;²⁹ danach kamen eine »Gumbel Lecture« in Heidelberg,³⁰ eine Gumbel-Forschungsstelle in Potsdam³¹ und schließlich ein eigener Dokumentarfilm.³² Der einstige Außenseiter ist nun eine allgemein anerkannte Autorität; die Geschichte hat den Feind zum Helden gemacht.

Tendenziell richtig

Dieser im Kern unhistorische Umgang mit einem historischen Akteur versteht sich nicht von selbst. Allgemein wird Gumbel durchaus als engagierter Aktivist und Interessenvertreter wahrgenommen. Viel von dem, was er geschrieben hat, ist Ergebnis seiner unmittelbaren Teilnahme am publizistischen Nahkampf. Bei aller Sympathie für seine Positionen wäre deshalb eine kritische Lektüre zu erwarten – dies umso mehr, als die Verkürzungen, mit denen er gearbeitet hat, schnell zutage treten.³³ Schon die kategorische Unterteilung in Morde von »links« und solche von »rechts« ist sehr viel weniger klar, als es scheint, weil Gumbel den gesellschaftlichen Kontext unterbelichtet lässt, also insbesondere die bürgerkriegsähnlichen Zustände der unmittelbaren Nachkriegszeit. Nur ein Beispiel: Seine Statistik führt unter der Überschrift »Von den Regierungstruppen in München Ermordete« auch Joseph Zimmermann und Michael Bischl, über die es in der amtlichen Denkschrift heißt, sie seien »während des Kampfes der Regierungstruppen und Rotgardisten in die Kampflinie« geraten

und links. Über einen Topos in den Lehrplänen zur Weimarer Republik«, in: Saskia Handro, Bernd Schönemann (Hrsg.), *Geschichtsdidaktische Lehrplanforschung. Methoden – Analysen – Perspektiven*, Münster 2004, S. 153–163.

26 Vgl. Bundesministerium der Justiz (Hrsg.), »Im Namen des Deutschen Volkes«.

Justiz und Nationalsozialismus, Köln 1989, S. 29–35.

27 Statt aller: Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 4: *Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914–1949*, 3. Aufl., München 2008, S. 410 f.

28 https://dstatg.de/ehrungen-auszeichnungen/1014-2.

29 Schroeder, *Die Heidelberger Universität*, S. 129.

30 https://www.hkmetrics.de/activities-gumbel.html.

31 https://www.mmz-potsdam.de/forschung/emil-julius-gumbel-forschungsstelle.

32 David Ruf, STATISTIK DES VERBRECHENS – EIN MATHEMATIKER KÄMPFT GEGEN DIE NAZIS, Animationen von Nuno Viegas, SWR, 21.11.2019.

33 Dies und das Folgende nach Klaus Füßer, »Republikfeindliche Tendenzrechtsprechung in Weimar? Zur Aussagekraft der Gumbel-Mordstatistik«, in: *Zeitschrift für Rechtssoziologie*, 12 (1991), S. 70–96.

und dort tödlich getroffen worden.³⁴ Gumbel dagegen scheint davon auszugehen, dass die beiden Opfer einer standrechtlichen Erschießung geworden seien. Der Vorgang sei »eintönig immer dasselbe: Denunziation, Verhaftung, Erschießung an der nächsten Mauer, Plünderung der Leiche«. ³⁵ Mehr könne er aus Platzgründen nicht sagen. Aber zwischen einem Tod in der Kampflinie und einem Tod an der Mauer liegen, gleich ob politisch oder juristisch betrachtet, Welten; die mögliche Spannweite der Einschätzungen reicht von einer fahrlässigen Tötung durch eine Gruppe Rotgardisten bis zu einem Mord durch einen rechten Einzeltäter.

Überhaupt ging Gumbel mit dem Recht und seinen Institutionen mitunter ziemlich hemdsärmelig um. Hinter seiner vermeintlich harten Empirie versteckten sich viele unbenannte weiche Kriterien. Was ein »politischer Mord« sei, definierte er erst einige Jahre später und gab dabei unumwunden zu, dass er die strafrechtliche Begriffsbildung »überschreitet«. ³⁶ Auch Rechtfertigungsgründe – Notwehr oder Notstand – scheint er gelegentlich selbständig zugeteilt zu haben, unbeschadet der juristischen Untiefen, in die solche Wertungen unweigerlich führen. ³⁷ Zudem verzichtete er auf Differenzierungen danach, ob Ermittlungen bereits von der Polizei eingestellt oder erst sehr viel später von der Staatsanwaltschaft oder einem Gericht beendet wurden. Entsprechend leitete er Aussagen über die Justiz auch aus Sachverhalten ab, in denen diese im engeren Sinne gar nicht tätig geworden war. Dieses Vorgehen verknüpfte unter der Hand Tatbestände mit Rechtsfolgen, die gar nicht für diese Tatbestände ausgesprochen worden waren. Als »Sühne« für Tötungsdelikte nahm Gumbel jedenfalls vereinzelt auch Sanktionen auf, die gerade nicht für ein Tötungsdelikt verhängt worden waren. ³⁸ Das mag nicht zuletzt die besonders empörenden Geldstrafen erklären.

Die größte Irreführung liegt deshalb ausgerechnet in Gumbels größtem Wirkungstreffer: der Synopse des durchschnittlichen Strafmaßes linker und rechte Morde. Gumbel verglich hier nicht Tatbeteiligungen, wie sie üblicherweise juristisch portioniert werden, sondern Taterfolge, die bei der Strafzumessung jedoch nur ein Kriterium unter vielen sind. Die Aussagekraft seiner Sammlung wurde dadurch empfindlich geschmälert. Wenn ein einzelnes Opfer auf ein ganzes Rollkommando traf oder ein Täter mehrere Opfer hatte, dann musste nach Gumbels Zählweise das durchschnittlich verhängte Strafmaß automatisch sinken. Für eine politische Deformierung der Justiz war das jedoch eine denkbar ungeeignete Beweisführung.

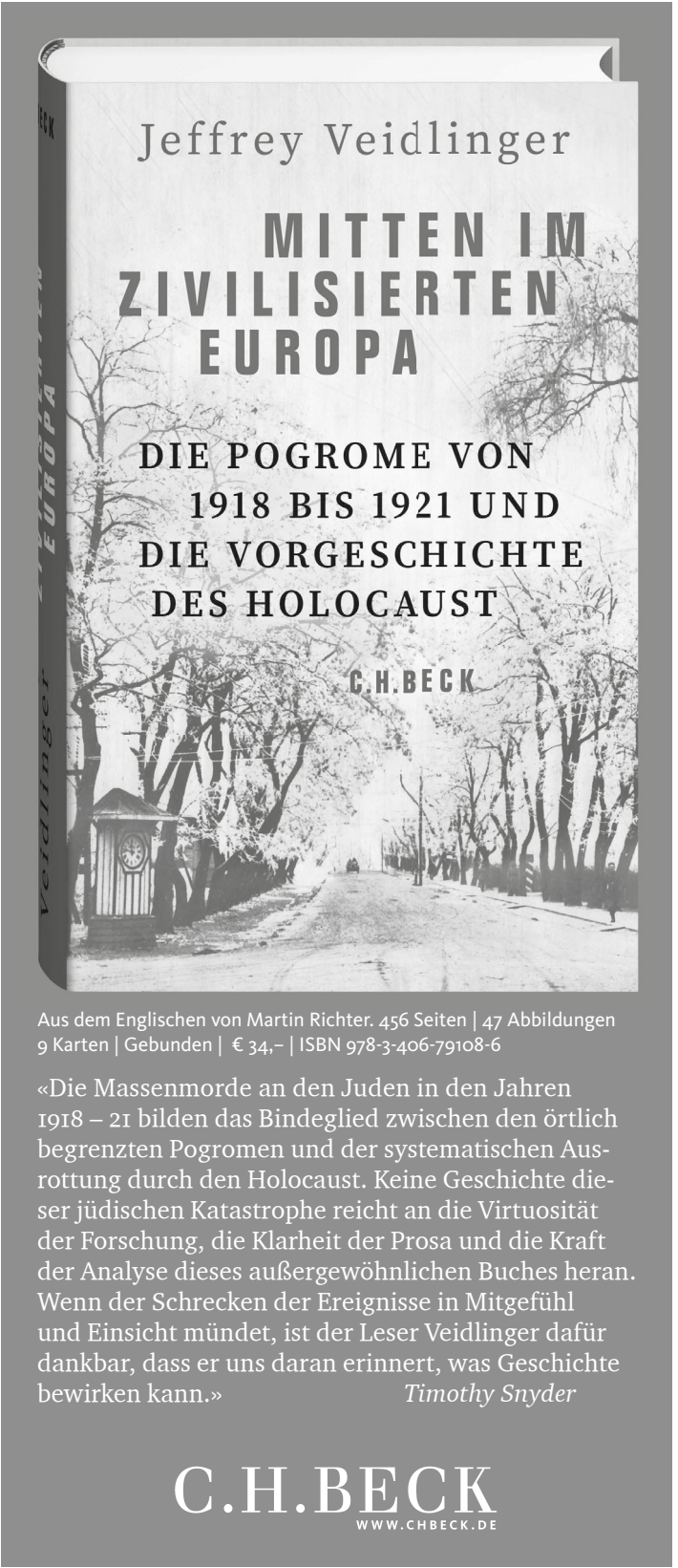
34 Gumbel, *Vier Jahre*, S. 43–49; ders., *Denkschrift*, S. 114.

35 Gumbel, *Vier Jahre*, S. 112 (Standrecht) und 42 (Zitat).

36 Emil Gumbel, *Verräter verfallen der Feme. Opfer, Mörder, Richter 1919–1929*, Berlin 1929, S. 15. So nimmt Gumbel namentlich auch Fälle von Totschlag und Körperverletzung mit Todesfolge auf, die juristisch gerade keinen Mordvorwurf stützen.

37 Nachweise bei Füßer, »Tendenzrechtsprechung«, S. 78, Fn. 61.

38 Ebd., S. 81 f., Fn. 75.



Aus dem Englischen von Martin Richter. 456 Seiten | 47 Abbildungen
9 Karten | Gebunden | € 34,- | ISBN 978-3-406-79108-6

«Die Massenmorde an den Juden in den Jahren 1918 – 21 bilden das Bindeglied zwischen den örtlich begrenzten Pogromen und der systematischen Ausrottung durch den Holocaust. Keine Geschichte dieser jüdischen Katastrophe reicht an die Virtuosität der Forschung, die Klarheit der Prosa und die Kraft der Analyse dieses außergewöhnlichen Buches heran. Wenn der Schrecken der Ereignisse in Mitgefühl und Einsicht mündet, ist der Leser Veidlinger dafür dankbar, dass er uns daran erinnert, was Geschichte bewirken kann.» Timothy Snyder

C.H.BECK
WWW.CHBECK.DE

Gegen die »Judenrepublik«

Antisemitische Gewalt in der Weimarer Republik

Von Cornelia Hecht-Zeiler



Dr. Cornelia Hecht-Zeiler ist Historikerin und leitet die Abteilung Ausstellungsorte im Haus der Geschichte Baden-Württemberg in Stuttgart. Veröffentlichungen (Auswahl): (mit Rainer Schimpf), *Carl Laemmle. Ein jüdischer Schwabe erfindet Hollywood*, Katalog zur Ausstellung, Stuttgart 2016; (mit Christopher Dowe und Andreas Morgenstern), *Anständig gehandelt – Widerstand und Volksgemeinschaft*, Katalog zur Ausstellung, Stuttgart 2012; (gemeinsam mit Johannes Häußler), *Mythos Rommel*, Katalog zur Ausstellung, Stuttgart 2008; *Deutsche Juden und Antisemitismus in der Weimarer Republik*, Bonn 2003.

Foto: privat

Der 12. September war 1931 der erste Tag des jüdischen Neujahrsfestes. Nicht zufällig wurde der Kurfürstendamm in Berlin an diesem Abend zum Schauplatz antijüdischer Ausschreitungen.¹ Mehrere Hundert Nationalsozialisten versammelten sich gegen 20 Uhr in der Gegend um die Gedächtniskirche – nicht weit entfernt von der Synagoge in der Fasanenstraße, in der sich zahlreiche Jüdinnen und Juden zum Gottesdienst versammelt hatten. Um 20.45 Uhr begannen – ausgelöst durch ein Signal – antisemitische Kundgebungen, in deren Verlauf sich kleine Gruppen von Nationalsozialisten unter das Straßenpublikum mischten und für Juden gehaltene Passanten auf den Straßen anpöbelten, mit Fäusten, Schlagringen und Knüppeln attackierten. Es kam zu regelrechten Verfolgungsjagden. Ihren Höhepunkt erreichte die Gewalt, als etwa 30 Männer unter judenfeindlichen Schmährufen – wie »Sarah, pack’ den Koffer!« und »Deutschland erwache, Juda verrecke!« – in das bevorzugt von jüdischen Gästen besuchte Café Reimann stürmten, Schüsse abgaben, Inhaber und Gäste bedrohten und binnen kürzester Zeit das Mobiliar und die Schaufensterscheiben demolierten. Obwohl die Polizei bereits um 20 Uhr über verdächtige Ansammlungen informiert worden war, trafen kasernierte Polizeieinheiten erst gegen 21.15 Uhr am Tatort ein.² Da waren die Ausschreitungen bereits in vollem Gange. Es dauerte über zwei Stunden, bis dem Treiben ein Ende bereitet werden konnte. Die Polizei nahm 67 Personen fest, von denen sich 33 bereits wenige Tage später in einem Schnellverfahren vor dem Schöffengericht Berlin-Charlottenburg zu verantworten

1 Zum Ablauf des Kurfürstendammkrawalls und zu seiner juristischen Ahndung s. Landesarchiv Berlin, A Rep. 358-01, Akte 20, Bd. 1–4, Ermittlungsakten der Staatsanwaltschaft beim LG Berlin III, Strafsache gegen Schuster und Genossen wegen schweren Landfriedensbruchs und anderer Straftaten, sowie die umfassende Pressesammlung in: Bundesarchiv (BArch), R 1501 (Reichsinnenministerium), Nr. 26181, 86a Antisemitische Ausschreitungen, S. 101–185.
2 Vgl. »Wo war die Polizei?«, in: *Fossische Zeitung*, 15.9.1931.

hatten. Es handelte sich überwiegend um Mitglieder der Berliner SA. Für das Schöffengericht galt eine organisierte judenfeindliche Aktion als erwiesen. Unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Schmitz verurteilte es die Angeklagten elf Tage später zu Strafen zwischen einem Jahr und neun Monaten wegen schweren Landfriedensbruchs in Tateinheit mit Aufreizung zum Klassenhass. Die mutmaßlichen Rädelsführer, der Berliner SA-Führer Wolf-Heinrich Graf Helldorf und sein Stabschef Karl Ernst, stellten sich den Berliner Behörden erst am 21. September. Helldorf leugnete bei seiner Vernehmung, die Übergriffe organisiert und vor Ort von einem Wagen aus gelenkt zu haben, obwohl Augenzeugen gesehen hatten, wie er in einem Kraftwagen den Kurfürstendamm entlanggefahren war und seinen Leuten Anweisungen erteilt hatte. Mit Hans Frank und Roland Freisler übernahmen zwei der NSDAP angehörende Juristen die Verteidigung der Angeklagten. Sie stellten am ersten Prozesstag aufgrund des »ungeheuerlichen« Strafmaßes des Schöffengerichts einen Ablehnungsantrag wegen Befangenheit gegen den »jüdisch versippten« Landgerichtsdirektor Schmitz und einen Schöffen jüdischer Herkunft. Dem Ablehnungsantrag wurde stattgegeben, der Richter ausgetauscht. Monate später verurteilte das Gericht Helldorf und Ernst zu sechs Monaten wegen Landfriedensbruch, die Rädelsführerschaft konnte nicht nachgewiesen werden. Für das *Berliner Tageblatt* blieb mit diesem Urteil »einer der schwersten Terrorakte der letzten Zeit so gut wie ungesühnt«.³

Genau ein Jahr nach den außerordentlichen Stimmengewinnen der NSDAP bei der Reichstagswahl vom September 1930 ereignete sich mit dem Kurfürstendammkrawall auf offener Straße und vor aller Augen, wovor die mitgliederstärkste deutsch-jüdische Organisation, der Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, unablässig gewarnt hatte: Auf einem der belebtesten Boulevards der Reichshauptstadt veranstalteten die Nationalsozialisten an einem jüdischen Feiertag eine Hetzjagd auf Jüdinnen und Juden. Die Polizei unterließ es, frühzeitig und entschieden einzugreifen. Noch in der Nacht entwarf der Central-Verein eine Protesterklärung mit der Absicht, »grössere politische Forderungen insbesondere an die Reichsbehörden zu stellen, die bisher die antisemitische Bewegung immer bagatellisiert« hatten.⁴ In dieser Resolution, die unter anderem der gesamten deutschen Presse zugeleitet wurde, wurde unmissverständlich festgestellt: »Der Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens hat seit Jahren die Reichs- und Staatsbehörden und die massgebenden Organisationen des öffentlichen Lebens auf das verhängnisvolle Treiben der Nationalsozialisten hingewiesen. Man hat seine Warnungen nur

3 »Ohnesorgs Urteil«, in: *Berliner Tageblatt*, 10.2.1932.
4 Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Abt. III, Akten betr. Prof. Sobernheim, Oberschlesien 1919–1931, R 78730, L 353006, Massnahmen des C.V. aus Anlass der Unruhen am Kurfürstendamm.

allzu oft für unbegründet gehalten und die Gefahren bagatellisiert. So geht es nicht weiter! Es muss sich eine Front der anständigen Menschen, gleichgültig welcher Partei sie angehören, bilden, die die Hetzer an den Pranger stellt und die öffentlich von einer Politik der Rohheit und Feigheit, wie sie sich in den gestrigen Ausschreitungen dokumentiert, abrickt. Die Behörden und die Instanzen der kulturellen, religiösen und politischen Öffentlichkeit müssen ihre Stimme erheben, damit Inland und Ausland erkennen, dass die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes die »Pogrompolitik« verabscheut.«⁵ Im Kampf deutscher Jüdinnen und Juden gegen den Antisemitismus kam diese schlagkräftige »Front der anständigen Menschen« in der ersten deutschen Demokratie nie zustande. Nicht einmal, als Mitglieder einer Partei, die die Aufhebung der staatsbürgerlichen Gleichstellung der deutschen Juden im Parteiprogramm vorsah und deren Entrechtung lautstark androhte, mitten in Berlin antisemitische Ausschreitungen verübt hatten.

Der Kurfürstendammkrawall offenbarte, wie wenig Juden und Jüdinnen in Deutschland mit Unterstützung aus der Mehrheitsgesellschaft rechnen konnten und wie sehr sie Anfeindungen und Gewalttaten bislang ungekannten Ausmaßes ausgesetzt waren. Zwischen 1919 und 1933 bestimmte antisemitische Gewalt (und die Angst davor) ihr Alltagsleben. Der Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, 1893 als »Abwehrverein« gegen den Antisemitismus gegründet, setzte sich zur Wehr, wo er konnte.⁶ Im Folgenden wird gezeigt, wie das Gewaltgeschehen aus jüdischer Sicht wahrgenommen wurde.

Vom Wort zur Tat

Der vielbeschworene Geist von 1914, also das vermeintlich einigende Band der Kriegseuphorie, war nicht von langer Haltbarkeit. Unmittelbar nach Kriegsbeginn setzte eine orchestrierte antisemitische Hetzkampagne gegen die angeblichen »jüdischen Drückeberger« ein. Die »Juden zählung« des deutschen Reichsheers vom November 1916 lenkte, wie die Agitation gegen angebliche »jüdische

5 Ebd., L353007.
6 Vgl. zur Geschichte und Tätigkeit des Central-Vereins: Avraham Barkai, »Wehr Dich!«. *Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens 1893–1938*, München 2002; Arnold Paucker, *Der jüdische Abwehrkampf gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus in den letzten Jahren der Weimarer Republik*, Hamburg 1968; Anna Ullrich, *Von »jüdischem Optimismus« und »unausbleiblicher Enttäuschung«. Erwartungsmanagement deutsch-jüdischer Vereine und gesellschaftlicher Antisemitismus 1914–1938*, Berlin, Boston 2019; Regina Grundmann, Bernd J. Hartmann, Daniel Siemens (Hrsg.), »Was soll aus uns werden?« *Zur Geschichte des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens im nationalsozialistischen Deutschland*, Berlin 2020. Zu den Frauen im Central-Verein s. Rebekka Denz, *Bürgerlich, jüdisch, weiblich. Frauen im Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (1918–1938)*, Berlin 2021.

Kriegsgewinnler«, die öffentliche Aufmerksamkeit auf die deutschen Juden. In den letzten beiden Kriegsjahren wurde der Boden für die antisemitische Welle nach 1918 geschaffen. Der Soziologe und Arzt Franz Oppenheimer prophezeite angesichts der antisemitischen Hetze im Herbst 1917 für die Zeit nach dem Weltkrieg den »alte(n) Kampf in verschärfter Form«.⁷ Für die Monatsschrift des Central-Vereins *Im Deutschen Reich* stand den Juden ein »Krieg nach dem Krieg bevor«.⁸ Über die Bedeutung des Antisemitismus gaben sich deutsch-jüdische Zeitungen aller weltanschaulichen Richtungen schon ein Jahr vor Kriegsende keinen Illusionen hin. Vor diesem Hintergrund forderte der Journalist Georg Davidsohn im Januar 1918 eine grundsätzliche »Neu-Orientierung« in »Taktik und Strategie gegen den bewussten und unbewussten Antisemitismus«, da nach jedem Krieg die »Nachfrage nach Blitzableitern« groß sei.⁹ Zwei Monate später konstatierte er, dass der »blödeste Antisemitismus« nicht mehr »zwischen den Zeilen«, sondern »scharf«, »unumwunden« und »dumm-dreist« hervortrete, und fragte, »wann findet – wenn das so weitergeht – zu Berlin oder sonstwo in Deutschland das erste fidele Judenprogramm statt«?¹⁰

Aus jüdischer Sicht bestand ein nie dagewesenes Bedrohungspotential, nicht nur angesichts der Fülle an antisemitischem Schrifttum, sondern auch durch die darin offen zutage tretende Gewaltretorik. Radikale Antisemiten setzten seit der militärischen Niederlage, so die Historikerin Shulamit Volkov, durchaus gezielt eine »Sprache der Demagogie« ein, in der »verbale Aggression nicht mehr Ersatz für Handeln, sondern dessen Vorbereitung« war.¹¹ In einer Phase innenpolitischer Instabilität riefen sie explizit zu Gewalttaten gegen Juden auf. »Wenn den Deutschen überhaupt, so muß den deutschen Juden noch besonders schlimm zumute sein«, klagte die *Allgemeine Zeitung des Judentums* Ende November 1918.¹² »Etwas von Pogromstimmung, was man bisher in Deutschland seit Jahrhunderten nicht kannte«, herrsche in Berlin und andernorts. Man bemerke sie in Gesprächen, vor allem aber verspüre man sie in Plakatanschlägen und Flugblättern. Es werde jetzt sogar zur »Vernichtung der Juden« aufgerufen. Unter Bezugnahme auf die »aufreizende« antisemitische Agitation stellte das Blatt einen Monat später fest: »Es ist nur zu verwundern, daß es in Deutschland

noch zu keinen bedeutenden Ausschreitungen gekommen ist.«¹³ Im selben Monat schrieb *Im Deutschen Reich*: »Es weht Pogromluft auch in Deutschland.«¹⁴ Im Februar 1919 hieß es, es sei in den zurückliegenden Wochen durch »Flugblätter, Gerüchte usw.« eine derartig erhitzte Stimmung entstanden, dass »allen Ernstes mit Pogromen gerechnet werden musste«.¹⁵ Dieser Gefahr begegnete der Central-Verein in Berlin mit verschiedenen Maßnahmen: Er erstellte Flugblätter, schickte Mitglieder in antisemitische Versammlungen, verhandelte mit dem Justizminister, dem Vollzugsrat, dem Arbeiter- und Soldatenrat und beteiligte sich schließlich an der »Organisation einer jüdischen Selbstwehr«. Drei Monate später war die Rede von »todesschwangeren Zeiten«, in denen wie »im Mittelalter« die »Juden dem Volk als Opfer« vorgeworfen werden sollten.¹⁶ Vor allem Bayern galt als »Hexenkessel«, weil »das Volk« im Kampf gegen die Kommunisten in unvorstellbarer Weise antisemitisch aufgeputscht worden sei. Dieser Umstand schuf Unbehagen, denn die antisemitischen Hetzer stellten in Bayern geschickt die an der Revolution beteiligten Juden ins agitatorische Zentrum, um auf der politischen Agenda die sogenannte Judenfrage verhandeln zu können.¹⁷ Die Gleichsetzung von Bolschewismus und Judentum entfaltete rasch ihre Wirkung.

Die Tatsache, dass Jüdinnen und Juden im demokratischen Nachkriegsstaat am politischen Leben teilhatten und auch hohe Staatsämter besetzten, lieferte der antisemitischen Agitation neue Munition und verlieh ihr Auftrieb.¹⁸ Mit den massenwirksam unter Volk gebrachten Legenden von der »Judenrevolution« und der »Judenrepublik« gingen Antisemitismus und Republikfeindschaft eine folgenschwere Allianz ein. Als sich Anfang 1919 mehrere antisemitische Gruppen unter dem Dach des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes zusammenschlossen, steigerten sie ihren Einfluss und ihren Aktionsbereich beachtlich.¹⁹ Die Wirkung dieser weitgespannten Organisation, deren Mitgliederzahl von 30.000 im Jahr 1919 auf circa 180.000 im Jahr 1922 anstieg, war durch ihre Propaganda immens.²⁰ Der Antisemitismus erhielt durch die ununter-

.....
¹³ Ebd., Nr. 51, 20.12.1918.

¹⁴ »Umschau«, in: *Im Deutschen Reich*, 24 (1918), Nr. 12, Dezember 1918.

¹⁵ Mitteilungen des Syndikus des C.V., 1 (1919), Nr. 1, Februar 1919, in: The Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, M 20/2, S. 9.

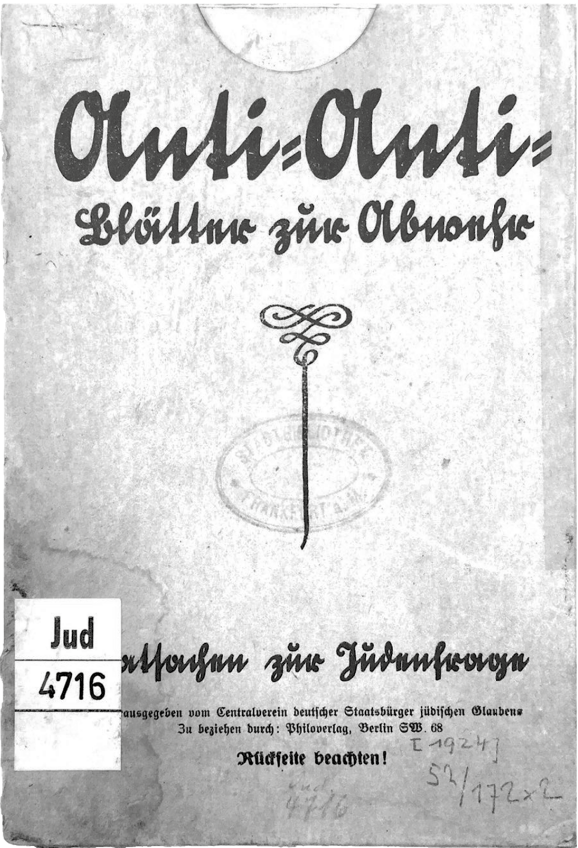
¹⁶ »Umschau«, in: *Im Deutschen Reich*, 25 (1919), Nr. 5, Mai 1919.

¹⁷ Vgl. Michael Brenner, *Der lange Schatten der Revolution. Juden und Antisemiten in Hitlers München 1918–1923*, Berlin 2019, S. 138 f.

¹⁸ Vgl. Werner T. Angress, »Juden im politischen Leben der Revolutionszeit«, in: Werner E. Mosse (Hrsg.), *Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916–1923*, Tübingen 1971, S. 136–315.

¹⁹ Vgl. Uwe Lohalm, *Völkischer Radikalismus. Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes (DSTB) 1919–1923*, Hamburg 1970, S. 11.

²⁰ Vgl. Will Krebs, »Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund (DSTB) 1919–1922(24)«, in: Dieter Fricke (Hrsg.), *Lexikon zur Parteiengeschichte*, Bd. 2, Köln 1984, S. 562–568, hier: S. 562.



Oben links: Flugblatt des Reichsbunds jüdischer Frontsoldaten, um 1920.
Foto: Foto: Deutsches Historisches Museum, Berlin, Inv.-Nr.: Do 79/881

Oben rechts: Flugblatt gegen Antisemitismus, Berlin zwischen 1919 und 1932.
Foto: Foto: Deutsches Historisches Museum, Berlin, Inv.-Nr.: 55/1351.1

Unten links: Publikation zur Bekämpfung des Antisemitismus: *Anti-Anti-Blätter zur Abwehr. Tatsachen zur Judenfrage*, hrsg. vom Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. Berlin: Philo-Verlag, 1924.
Quelle: Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg, Frankfurt am Main

brochene Agitation der Deutschvölkischen ein nie zuvor dagewesenes Ausmaß an öffentlicher Wirksamkeit. Seinen Propagandafeldzug führte der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund vor allem in Form von Flugblättern, Hand- und Klebezetteln. Allein im Jahr 1920 wurden 7,9 Millionen Klebmarken, 4,8 Millionen Handzettel und 7,5 Millionen Flugblätter verteilt.²¹ Die Klebezettel waren überall vorzufinden: an Häuserwänden, Litfaßsäulen, auf Schaufenstern, in Straßenbahnen und auf öffentlichen Toiletten. Mehrfach brachte die Organisation lange Namenslisten in Umlauf, in denen sie »bewies«, dass die Revolution den »Stern Judas« trage.²² Im September 1919 war der Central-Verein überzeugt, die »Sintflut« antisemitischer Flugblätter wolle nicht nur »das Judentum«, sondern auch die »bestehende Staatsordnung« und die »neue Verfassung« begraben.²³ »Den Juden schlägt man und die Revolution meint man.« Diese Feststellung implizierte, dass jeder Umsturzversuch von rechts äußerste Gefahren für die jüdische Gemeinschaft barg. Vor allem aber konnten die Antisemiten die schwere innenpolitische Krise nur deshalb instrumentalisieren, weil aus der Sicht jüdischer Abwehrspezialisten die demokratische Regierung ihre Machtmittel im Kampf gegen ihre Gegner nicht voll ausschöpfte. Von Anfang an stellte der Central-Verein die Verknüpfung von Juden- und Republikfeindschaft mit ihren gefährlichen Folgen für die jüdische Minderheit wie den demokratischen Nachkriegsstaat ins Zentrum seiner Aufklärungs- und Abwehrtätigkeit. Seiner Ansicht nach waren Pogrome in Deutschland nur unter drei Bedingungen zu verhindern: wenn die staatlichen Institutionen erkannten, dass die Agitatoren ihnen selber gefährlich werden konnten, wenn alle Deutschen sich bewusst machten, dass Pogrome Deutschland schweren außenpolitischen Schaden zufügen würden, und wenn die deutschen Juden sich offensiv zur Wehr setzten.²⁴ Keine der Bedingungen erfüllte sich in gewünschtem Umfang.

In der ersten deutschen Demokratie wurden antisemitische Haltungen in aller Öffentlichkeit geäußert – in der Eisenbahn, im Café oder auf offener Straße. Gewaltbereite Antisemiten verübten gezielt Angriffe auf Juden, sorgten im öffentlichen Raum oder auf Veranstaltungen für Radau, attackierten Passanten, die sie für Jüdinnen und Juden hielten, verübten Sachbeschädigungen und provozierten gewalttätige Ausschreitungen. Gegen antisemitische Hetzer gingen Betroffene durchaus offensiv vor. So ohrfeigte eine Jüdin im August 1919 am Potsdamer Platz in Berlin einen Mann, der das antisemitische *Deutsche Wochenblatt* anpries, und veranlasste dessen Verhaftung durch einen Schutzmann.²⁵ Sich aktiv gegen

die Verbreitung antisemitischer Schriften oder gegen Hetzreden zur Wehr zu setzen, barg jedoch die Gefahr, in Schlägereien verwickelt zu werden. Gleiches galt für das Abreißen antisemitischer Zettel und Plakate. Als im Frühjahr 1920 in Bamberg Juden deshalb auf offener Straße angepöbelt und misshandelt und in der Stadt systematisch Häuser, Firmenschilder und Schaufensterscheiben besudelt wurden, konfrontierte in einer Sitzung des Stadtrates ein einheimischer Jude das Gremium mit der Frage, ob die Hetze des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbunds noch weiterhin in der Stadt geduldet werde.²⁶ Alle Mitglieder des Stadtrates waren sich einig, dass gegen die Verhetzung vorgegangen werden müsse. Der Bürgermeister erhob schwere Vorwürfe gegen die Polizei, die dem Antisemitismus gegenüber zu »lax« auftrete. Solche punktuellen Erfolge auf lokaler Ebene änderten aber weder 1920 noch in den folgenden Jahren etwas daran, dass die jüdische Bevölkerung an zahlreichen Orten gegenüber solchen Formen von gewalttätigem Alltagsterror ungeschützt war. Neben der Straße kam es in Lokalen, auf Bahnhöfen oder in Zügen unvermittelt zu Konfrontationen mit antisemitischen Anfeindungen. »Ein Jude«, berichtet Henry Buxbaum in seinen Erinnerungen aus eigener Erfahrung, »der genug Mut hatte, sich zu wehren, wurde oft in heftige Prügeleien verwickelt. Gerade im Zug geschah so etwas häufig, denn es war fast unmöglich, auf die Verleumdungen und Gemeinheiten, die man an den Kopf geworfen bekam, nicht entsprechend zu reagieren.«²⁷

Es gab in der Weimarer Republik wohl kaum einen prominenten deutschen Juden, der nicht früher oder später einen antisemitischen Drohbrief in seinem Briefkasten vorfand.²⁸ Auch öffentlich weniger bekannte Personen blieben davon nicht verschont. Aktivisten des Central-Vereins waren mit Morddrohungen konfrontiert, der Central-Verein erhielt anonyme Drohschreiben. Nach dem Kurfürstendammkrawall gingen in kürzester Zeit so viele davon in der Berliner Zentrale ein wie niemals zuvor.²⁹ Die Verfasser kündigten an, sie hätten Sprengkörper mit Zeitzündern in Synagogen angebracht, würden Spaziergänger mit Benzin begießen und anzünden. Die verhassten Juden zu beseitigen, darunter die Träger der »Judenrepublik«, war Programm. Im März 1920 forderte der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund, ein »Deutscher Volksgerichtshof« müsse eingerichtet

26 Vgl. »Bamberger Stadtrat gegen die Hetze der Antisemiten«, in: *Allgemeine Zeitung des Judentums*, 84 (1920), Nr. 22, 28.5.1920.

27 Henry Buxbaum, in: Monika Richarz (Hrsg.), *Jüdisches Leben in Deutschland*, 3 Bde., Bd.3: *Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1918–1945*, Stuttgart 1982, S. 90–98, hier: S. 92.

28 Vgl. »Einschüchterungsversuche: Antisemitische Drohbriefe«, in: Cornelia Hecht, *Deutsche Juden und Antisemitismus in der Weimarer Republik*, Bonn 2003, S. 130 ff.

29 Vgl. »Und die Front der Anständigen?«, in: *C.V.-Zeitung*, 10 (1931), Nr. 39, 25.9.1931.

werden, der jene Personen verurteile, die für die militärische Niederlage verantwortlich seien. Namentlich als »Angeklagte« benannt wurden: »Rudolf Mosse, Theodor Wolff, Maximilian Harden, Max M. Warburg, Karl Kautsky, Oskar Cohn, Bernhard Dernburg, Walther Rathenau, Ernst Cassirer, die *Frankfurter Zeitung*, Eduard Bernstein und Magnus Hirschfeld«.30 Einige der Genannten wurden tatsächlich Opfer von Attentaten.

Organisierte Gewalttaten und Ausschreitungen

Mit der Ermordung Walther Rathenaus im Juni 1922 offenbarte sich der deutsch-jüdischen Presse, dass der »Antisemit sich in erster Reihe gegen die gesamte Reichspolitik, gegen den Bestand der deutschen Republik, gegen den friedlichen Wiederaufbau des Staates kehrt«.31 Wenn die »republikanische Staatsgewalt« jetzt zum »Schutz der Republik« die Zügel straffer ziehe, dann dürfe sie nicht versäumen, im Hetz- und Verleumdungsfeldzug gegen die Juden die gefährlichsten Auswüchse für den inneren Frieden zu unterdrücken. Über Jahre waren weder die Regierungen mit der vom Central-Verein als erforderlich erachteten Entschlossenheit gegen die antisemitische Hetze vorgegangen, noch hatten die Gerichte bei antisemitischen Straftaten im Rahmen ihrer Möglichkeiten harte Urteile gesprochen.32 Die öffentliche Erschütterung nach dem Mord an Rathenau schien dem Central-Verein geeignet, eindringlich auf die Folgen der antisemitischen Hetze und die Mangelhaftigkeit ihrer juristischen Ahndung hinzuweisen.33 Die deutsch-jüdische Presse führte in seltener Einmütigkeit die Ermordung Rathenaus auf die jahrelange »deutschvölkische Wühlarbeit« zurück. Diese war auch dafür verantwortlich, dass es im Krisenjahr 1923 an zahlreichen Orten zu pogromähnlichen Gewaltexzessen kam.34 So waren die mehrtägigen Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung in Beuthen im Oktober 1923 nicht spontan entstanden, sondern Folge einer monatelangen Hetzkampagne des Oberschlesischen Antisemitenbundes und der Deutschsozialen Partei. In der Stadt waren Juden über das gesamte Jahr gewaltsamen Attacken ausgesetzt, ausgeführt

30 Werner Jochmann, »Die Ausbreitung des Antisemitismus«, in: Mosse (Hrsg.), *Deutsches Judentum*, S. 409–510, hier: S. 464.

31 »Die Ermordung Rathenaus«, in: *Israelitisches Familienblatt*, 24 (1922), Nr. 26, 25.6.1922.

32 Vgl. »Antisemitismus und Justiz«, in: *C.V.-Zeitung*, 1 (1922), Nr. 3, 18.5.1922. S. Anna Ullrich, *Von »jüdischem Optimismus«*, S. 161–174, zur Arbeit der Rechtsschutzabteilung des Central-Vereins und zur Diskussion, ob es eine juristische Diskriminierung gab.

33 Vgl. »Ist die Gefahr vorüber?«, in: *C.V.-Zeitung*, 1 (1922), Nr. 10, 13.7.1922.

34 Unter anderem in Glogau, Chemnitz, Kassel, Beuthen, Bad Cranz, Kolberg, Waldenburg, Breslau, Erfurt, Hindenburg, Berlin, Marienburg, Coburg, Bremen, Oldenburg, Nürnberg und München.

mit Stöcken, Schlagringen und Gummiknüppeln.35 Häufig erfolgten die Übergriffe im Anschluss an Kundgebungen von Richard Kunze, dem Gründer der Deutschsozialen Partei und Prototyp des Radauantisemiten.36 Die zweitstärkste Fraktion der Stadtverordnetenversammlung, die Deutschsoziale Partei, heizte die antijüdische Stimmung noch an, indem sie forderte, alle Juden auszuweisen, die sich in den letzten Jahren hier niedergelassen hatten. Die örtliche Polizei hatte während der Ausschreitungen im Großen und Ganzen versagt und viel zu spät Patrouillen verstärkt.37 Besondere Erschütterung rief unter den Juden die Tatsache hervor, dass die nichtjüdische Mehrheitsgesellschaft Beuthens die Gewalt stillschweigend duldete. Unterstützung oder gar Hilfe erhielten die Angegriffenen nicht. Eine gemeinsame Antisemitismusabwehr und die Bildung eines jüdischen Selbstschutzes durch Mitglieder des Central-Vereins, des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten und der Zionisten scheiterte an Streitigkeiten darüber, wer den Abwehrkampf vor Ort anleiten sollte.38 Die Zionisten sprachen dem Central-Verein die Fähigkeit dazu ab, und für die Berliner Central-Vereins-Zentrale konnte es mit den Zionisten generell keine gemeinsame »geistige Abwehr des Antisemitismus« geben. Über weltanschauliche Grenzen hinweg gemeinsam gegen den Antisemitismus zu kämpfen, blieb daher unmöglich.

Die innerjüdischen Differenzen waren erheblich. Das trat im Zusammenhang mit dem Scheunenviertelpogrom besonders deutlich hervor. In dem überwiegend von ostjüdischen Zuwanderern bewohnten Viertel Berlins kam es am 5. November 1923, ausgelöst durch Arbeitslose, zu Plünderungen von Wohnungen und Geschäften. Menschen wurden die Kleider vom Leib gerissen, Autos angehalten, die Insassen verprügelt, zahllose Personen wurden misshandelt, wobei ein jüdischer Metzger seinen schweren Verletzungen erlag. Agitatoren feuerten die Menge mit Rufen wie »Schlagt die Juden tot!« noch an. Über Wochen beschäftigte die deutsch-jüdische Presse, weshalb die Ordnungskräfte nicht von Anfang an mit aller Härte durchgegriffen hatten. Die weitreichendste Konsequenz zog die zionistische *Jüdische Rundschau* aus den Ausschreitungen, wenn sie von der »Schicksalsstunde des deutschen Judentums« sprach.39 »Das deutsche Judentum steht vor der Tatsache, daß seine Politik des letzten Jahrhunderts völlig bankrottiert hat.« Für die Zionisten kam

35 Vgl. Hecht, *Deutsche Juden*, S. 172.

36 Vgl. die ausführliche Darstellung der Ereignisse in Beuthen bei Hecht, ebd., S. 163–173.

37 Vgl. »Der Pogrom in Beuthen«, in: *Jüdische Rundschau*, 28 (1923), Nr. 88, 12.10.1923.

38 Vgl. Thomas Reuß, »Der Abwehrkampf des Centralvereins im oberschlesischen Beuthen«, in: Grundmann, Hartmann, Siemens (Hrsg.), *»Was soll aus uns werden?«*, S. 81–125, hier: S. 91 f.

39 »Die Schicksalsstunde des deutschen Judentums«, in: *Jüdische Rundschau*, 28 (1923), Nr. 96, 9.11.1923.

nun nur noch die Bildung einer »Einheitsfront aller Juden in Deutschland« in Frage: »Der gemeinsame Feind – schließt uns zusammen.« Das war für die nichtzionistische Mehrheit keinesfalls das Gebot der Stunde, schon gar nicht für den Central-Verein. Für ihn war es vielmehr Aufgabe der Justiz- und Innenminister, der Gerichte, der Polizeipräsidenten und der Ordnungskräfte, den Schutz der jüdischen Bevölkerung zu gewährleisten und radikal gegen Verhetzung und Gewalttaten einzuschreiten. Um dies zu erreichen, baute der Central-Verein seine Rechtsschutztätigkeit aus, erweiterte den Kontakt zu politischen Parteien und Politikern auf Reichs- und Landesebene sowie zu Stadtratsmitgliedern. Überdies legte der Verein eine Monatsausgabe der *C.V.-Zeitung* auf, die an zahlreiche Personen des öffentlichen Lebens versandt wurde, und weitete die Vortragstätigkeit erheblich aus, in der Hoffnung, nichtjüdische Bevölkerungskreise so besser zu erreichen.⁴⁰

Als die gewaltsamen Übergriffe in den Jahren 1925/26 zurückgingen, ohne allerdings ganz zu verschwinden, verringerte dies nur bedingt die Bedrohungsgefühle. Der Antisemitismus hatte sich von der politischen auf die gesellschaftliche Ebene verlagert und ergriff zunehmend weitere Teile des gesellschaftlichen Lebens. Die nicht-jüdische Mehrheitsgesellschaft nahm dies mit Indifferenz und einer Haltung von Passivität und Duldung zur Kenntnis.

Seit der Entlassung Adolf Hitlers aus der Haft richtete sich das Augenmerk des Central-Vereins auf die NSDAP.⁴¹ Mit Beginn des Jahres 1927 gewann die antisemitische Gewalt wieder an Bedeutung. In zahlreichen Städten kam es zu Ausschreitungen von »Hakenkreuzlern«.⁴² Nun wurden, einhergehend mit der seit Sommer 1927 systematisch von der NSDAP betriebenen Boykottpropaganda, auch Schaufensterscheiben jüdischer Geschäfte eingeschlagen.⁴³ In den mittleren 1920er Jahren starteten die Nationalsozialisten eine neue »radauantisemitische Offensive«, die sich durch antisemitischen Voyeurismus auszeichnete, der unter anderem mit Ritualmordlegenden nicht nur die eigene Anhängerschaft massiv aufhetzte.⁴⁴ Im Jahr 1930 erlebte der nationalsozialistische Terror gegen die jüdische Minderheit einen ersten Höhepunkt. Obwohl alle deutsch-jüdischen Zeitungen mit Stimmengewinnen der NSDAP bei der Reichstagswahl 1930 gerechnet hatten, war der Einzug von 107 Nationalsozialisten in den Reichstag ein Schock. Ernst Wallach, stellvertretender Central-Vereins-Vorsitzender, nannte die Folgen

des Wahlsieges für die deutschen Juden »außerordentlich groß«.⁴⁵ Den ersten Krawall inszenierten die Nationalsozialisten am Tag der Reichstagseröffnung. Sie randalierten in der Berliner Innenstadt und schlugen Schaufensterscheiben ein.⁴⁶ Nicht das »Weltjudentum« betreibe Deutschlands Untergang, sondern Ausschreitungen dieser Art, ließ der Central-Verein verlauten.

Nach dem Kurfürstendammkrawall, dem Treffen der nationalen Opposition in Harzburg, der Veröffentlichung der Boxheimer Dokumente, dem Frühstück Hitlers bei Reichswehrgeneral Kurt von Schleicher und seinem Besuch bei Reichspräsident Paul von Hindenburg war der Central-Verein in höchstem Maße beunruhigt. Ende 1931 hat der Verein mehrfach inständig um eine Unterredung mit Reichskanzler Heinrich Brüning gebeten.⁴⁷ Doch dieser war dazu nicht bereit. Nichts schien daher dringlicher, als die deutsche Öffentlichkeit zu mobilisieren und für die Gefahren, die von den Nationalsozialisten ausgingen, zu sensibilisieren. Mit dem Ruf nach einer »Front der anständigen Menschen« versuchte der Central-Verein im Herbst 1931 ein Schlagwort im öffentlichen Diskurs zu etablieren und damit an die Grundfesten zivilisierten menschlichen Zusammenlebens zu appellieren: Moral, Gewissen und Anstand. Daran zu erinnern, schien notwendig. Der Kurfürstendammkrawall im September 1931 war nicht nur Teil der nationalsozialistischen Inszenierung des »Kampfes um Berlin«. Das Geschehen war vielmehr auch eine klare Drohung und eine Manifestation des nationalsozialistischen Willens, mit Gewalt den Kampf gegen die Juden aufzunehmen.

Fazit

Niemals zuvor trat der Antisemitismus so vehement und radikal hervor wie in der Weimarer Republik. Mit dem Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund und später der NSDAP existierten antisemitische Organisationen, deren Propaganda verdeckt und offen zur Gewalttat aufforderte und deren Mitglieder bereit waren, den Worten Taten folgen zu lassen. An und für sich hätten jüdische Staatsbürger die gleichen Rechte und den gleichen Schutz durch die Gesetze und die Staatsorgane genießen müssen wie nichtjüdische. Zentraler Bestandteil der Abwehrtätigkeit des Central-Vereins war neben seiner Aufklärungsarbeit die juristische Verfolgung antisemitisch motivierter Straftaten. Das dazu eigens eingerichtete Rechtsschutzbüro leistete in ganz Deutschland kostenlose Rechtsberatung. Im Jahr 1919 war Alfred Wiener, Syndikus im Central-Verein-Landesverband Berlin,



Antijüdische Demonstration vor dem Kaufhaus Isidor Bach (später Konen) in München (1922). Foto: Bayerische Staatsbibliothek München/Bildarchiv, hoff-6519

noch überzeugt, man müsse nicht wegen »jeder Geringfügigkeit zum Kadi laufen« und »aus jeder strafbaren Handlung unserer Gegner eine große Sache« machen.⁴⁸ Im April 1922 beschwerte sich der Central-Verein erstmals beim preußischen Justizministerium über Fehlurteile deutscher Gerichte bei antisemitischen Straftatbeständen.⁴⁹ Die fragwürdige Justizpraxis blieb ein immer wiederkehrendes Thema. Seine bedrohliche Brisanz erhielt der Antisemitismus aufgrund der Beobachtung, durch die staatlichen Ordnungskräfte nicht ausreichend geschützt zu werden, die, wie Christoph Jahr mutmaßt, »von Politik und Justiz weitgehend allein gelassen, schlicht überfordert« waren.⁵⁰ Während der gesamten Weimarer Republik versuchte der Central-Verein, im Kampf gegen den Antisemitismus nichtjüdische Bündnispartner zu mobilisieren. Allerdings wich mit jedem Versuch die Zuversicht, das könne auf durchschlagende Weise gelingen.

Das massive Schüren gesellschaftlicher Ressentiments durch Antisemiten jedweder Couleur unterminierte das Fundament deutsch-jüdischer Existenz. Der demokratische Nachkriegsstaat mit seinen Institutionen schützte seine jüdischen Mitglieder nicht mit aller Macht gegen Gewaltexzesse und die Beschneidung ihrer verbrieften bürgerlichen und politischen Rechte. Zwar war den politischen Repräsentanten selten Antisemitismus vorzuwerfen, aber sie ließen es von Anfang an auf allen Ebenen an energischem Vorgehen fehlen. Alles in allem verhallten die Appelle an Scham, Unrechtsbewusstsein und Gerechtigkeitssinn zu häufig ungehört, eine »Front der Anständigen« formierte sich nicht. Ein liberal-demokratischer Staat, der sich als Garant einer Staatsbürgergesellschaft verstanden wissen wollte, hätte die Gleichberechtigung dort verteidigen müssen, wo er gesellschaftliche Kultur durchsetzt und vermittelt: in den Schulen und den Universitäten und dem gesamten Bereich politischer Willensbildung. Gleiches hätte für staatliche Institutionen, wie die Gerichte, die Polizei und die Verwaltung, gelten müssen. Das Schicksal der Jüdinnen und Juden war mit dem Schicksal der ersten deutschen Demokratie eng verbunden. Die Schwäche der Republik hatte einem Antisemitismus Auftrieb gegeben, dessen Träger unter Androhung und Anwendung von Gewalt gegen die jüdische Minderheit wie gegen die Demokratie kämpften.

⁴⁰ Vgl. Ullrich, *Von »jüdischem Optimismus«*, S. 176 f.

⁴¹ Vgl. »Was wird Hitler tun?«, in: *C.V.-Zeitung*, 4 (1925), Nr. 4, 23.1.1925; »Nationalsozialistische Auferstehung?«, in: Ebd., Nr. 6, 5.2.1925; »Adolf Hitlers Zukunftsträume«, in: Ebd., Nr. 8, 20.2.1925.

⁴² Vgl. Hecht, *Deutsche Juden*, S. 193–197.

⁴³ Vgl. Hannah Ahlheim, *»Deutsche, kauft nicht bei Juden!« Antisemitismus und politischer Boykott in Deutschland 1924 bis 1935*, Göttingen 2011, S. 167 ff.

⁴⁴ Vgl. Dirk Walter, *Antisemitische Kriminalität und Gewalt. Judenfeindschaft in der Weimarer Republik*, Bonn 1999, S. 177 ff.

⁴⁵ »Klarheit, Wahrheit, Mut!«, in: *C.V.-Zeitung*, 9 (1930), Nr. 38, 19.9.1930.

⁴⁶ Vgl. »Zertrümmerte Fensterscheiben. Zu den Ausschreitungen in der Berliner Innenstadt«, in: Ebd., Nr. 42, 17.10.1930.

⁴⁷ Vgl. Paucker, *Der jüdische Abwehrkampf*, S. 132.

⁴⁸ Alfred Wiener, »Die Pogromhetze«, in: *Im Deutschen Reich*, 25 (1919), Nr. 7/8, Juli/August 1919.

⁴⁹ Vgl. »Antisemitismus und Justiz«, in: *C.V.-Zeitung*, 1 (1922), Nr. 3, 18.5.1922.

⁵⁰ Christoph Jahr, *Antisemitismus vor Gericht. Debatten über die juristische Ahndung judenfeindlicher Agitation in Deutschland (1879–1960)*, Frankfurt am Main, New York 2011, S. 262.

Michael Hauck Gastprofessur für interdisziplinäre
Holocaustforschung, Sommersemester 2022

Der »Nachkriegsantisemit«
*Veit Harlan, JUD SÜß und Antisemitismus
nach dem Holocaust*

Von Lisa Silverman



Dr. Lisa Silverman ist Associate Professor for History and Jewish Studies an der University of Wisconsin-Milwaukee (USA) und hatte im Sommersemester 2022 die Michael Hauck Gastprofessur für interdisziplinäre Holocaustforschung am Fritz Bauer Institut inne. Sie ist spezialisiert auf moderne deutsch-jüdische und österreichisch-jüdische Kulturgeschichte mit den Schwerpunkten Film, Fotografie, Gender und Antisemitismus. Zu ihren Veröffentlichungen zählen *Holocaust Representations in History. An Introduction* (mit Daniel H. Magilow, 2019) und *Becoming Austrians. Jews and Culture between the World Wars* (2015).

Die Michael Hauck Gastprofessur für interdisziplinäre Holocaustforschung wird ermöglicht durch die großzügige Unterstützung der Stiftung Michael Hauck und der Puhl Foundation.

Foto: Werner Lott

Obwohl ausdrückliche, öffentliche Äußerungen von Antisemitismus in Mitteleuropa nach 1945 tabuisiert wurden, war die anhaltende Feindseligkeit gegen Juden in den

frühen Nachkriegsjahren allgemein wahrnehmbar. Journalisten der Zeitschrift *Commentary* des American Jewish Committee berichteten von fortdauernden antisemitischen Einstellungen in Österreich und Deutschland. Im Jahr 1946 zeichnete Hal Lehrman ein düsteres Porträt der wirtschaftlichen Depression und der antisemitischen Anschauungen in Österreich, und Moses Moskowitz behauptete, dass nur wenige der deutschen Frauen und Männer, die er im Laufe eines Jahres interviewt hatte, »frei von antijüdischen Vorurteilen der einen oder anderen Art waren«.¹ Heinz Liepman zeichnete in *The Menorah Journal* ein ähnliches Bild für Deutschland und konstatierte eine Diskrepanz zwischen schön formulierten Artikeln über Kollektivschuld, die Dutzende von Zeitschriften und Zeitungen damals veröffentlichten, und der mangelnden Bereitschaft der Deutschen, öffentlich gegen antisemitische Akte zu protestieren, die von anstößigen Plakaten über Friedhofsschändungen bis hin zu Mord reichten. Er beklagte: »Aber wir haben keinen einzigen deutschen Staatsmann, Politiker, Redakteur oder Intellektuellen gehört, der gegen eines dieser Ereignisse protestiert oder einen Weg vorgeschlagen hat, den überlebenden deutschen Juden zu helfen.«² Liepman richtete seine Empörung an die politische und intellektuelle Führung des Landes und kritisierte deren Weigerung, Judenhass zu verurteilen. Erst im September 1951 erfüllte sich sein Wunsch, als der westdeutsche

1 Vgl. Hal Lehrman, »Austria: Way-Station of Exodus«, in: *Commentary*, 2 (1946), Nr. 6, S. 565–572; Moses Moskowitz, »The Germans and the Jews: Postwar Report«, in: *Commentary*, 2 (1946), Nr. 6, S. 7–14, hier: S. 12. Sämtliche Zitate aus englischsprachigen Publikationen wurden von der Autorin übersetzt.
2 Heinz Liepman, »The Survivors«, in: *The Menorah Journal*, 35 (1947), Nr. 3, S. 300–313, hier: S. 310.

Bundeskanzler Konrad Adenauer in einer öffentlichen Erklärung über die »Haltung der Bundesrepublik gegenüber den Juden« Antisemitismus offiziell verurteilte.

Zu diesem Zeitpunkt hatten jedoch populäre Erzählungen in deutschen und österreichischen Filmen, in literarischen Werken und Zeitungen den Hass auf Juden bereits als die Domäne einiger weniger dargestellt. Im Jahr 1948 fiktionalierten Filme wie Georg Wilhelm Pabsts *DER PROZESS* und Robert Adolf Stemmles *AFFÄRE BLUM* antisemitische Ereignisse der Vergangenheit und festigten ein neues Nachkriegsnarrativ: Die größte Gefahr des Antisemitismus sei diejenige, die er für die gesamte Gesellschaft darstelle, während der Schaden, den er Juden zufüge, zweitrangig sei. Die davon ausgehende Bedrohung wurde als mythischer, idealisierter Antisemit der Nachkriegszeit personifiziert, ein narratives Mittel, das nach dem Holocaust entwickelt wurde, um den Antisemitismus auf die vorsätzlichen Worte und Taten weniger zu beschränken. Auf diese Weise konnte sich das deutsche und österreichische Publikum bequem von jeder seiner Spielarten distanzieren und musste nicht über die eigene Komplizenschaft bei der Judenverfolgung durch die Nationalsozialisten nachdenken. Indem suggeriert wurde, dass die Deutschen und Österreicher das Hauptziel der Antisemiten gewesen seien, konnte man sich vor der Anschuldigung, den Antisemitismus nach 1945 fortzusetzen, schützen.

Das Bild des Antisemiten der Nachkriegszeit war eng verknüpft mit der Popularisierung deutscher und österreichischer Selbstdarstellungen als Opfer zunächst der Nationalsozialisten und dann der alliierten Besatzungsmächte. Wie Moskowitz kommentierte: »Vielleicht ist der häufigste Mechanismus, mit dem die deutschen Massen ein Schuldgefühl für das Schicksal der primären und tragischsten Opfer des Nationalsozialismus, der sechs Millionen jüdischen Toten, vermeiden, der, sich selbst davon zu überzeugen, dass auch sie Opfer des Nationalsozialismus gewesen sind, und vermutlich in größerem Maße als alle anderen Menschen.«³ Entscheidend ist, dass die Beanspruchung des Opferstatus es Nichtjuden ermöglichte, sich selbst als Ziel einer imaginären Vergeltungskampagne seitens der Alliierten oder zurückkehrender, rachsüchtiger Juden zu betrachten. Beide wurden zuweilen auch miteinander gleichgesetzt.⁴ In den Jahren zwischen dem Ende des Zweiten Weltkriegs und dem Beginn des Kalten Kriegs entwickelte sich der figurale Antisemit zu einer Schlüsselfigur, die eine konkurrierende Dynamik jüdischer und nichtjüdischer Opferschaft maskierte und es Deutschen und Österreichern gleichermaßen erlaubte, Antisemitismus offen zu verurteilen und weiterhin dessen mächtige soziale Mechanismen auf weniger explizite Weise zu nutzen.

3 Moskowitz, »The Germans and the Jews«, S. 12.
4 Vgl. Anna Parkinson, *An Emotional State: The Politics of Emotion in Postwar West German Culture*, Ann Arbor/Michigan 2017, S. 173, Fn. 22.

Eine nähere Betrachtung des Konstrukts des »Nachkriegsantisemiten« hilft zu verstehen, wie trotz der öffentlichen Verurteilung des Antisemitismus als Ideologie und der Dezimierung der europäischen jüdischen Gemeinden der Hass auf Juden auch nach dem Holocaust auf eine Weise fort dauerte, die oft unausgesprochen, verschlüsselt oder gar als Opposition dagegen daherkam. Das Fortbestehen von Vorurteilen gegen Juden trotz ihrer Abwesenheit war Teil eines ironischen Phänomens, das im Nachkriegseuropa so weit verbreitet war, dass es der Journalist Paul Lendvai später treffend als »Antisemitismus ohne Juden« bezeichnete.⁵ Bereits 1946 wies Artur Rosenberg in einem Artikel für das *Neue Österreich* darauf hin, dass offener Antisemitismus in Zeitungen und Filmen oder in Reden von Politikern gesellschaftlich nicht mehr akzeptiert werde.⁶ In den frühen Nachkriegsjahren äußerten sich antisemitische Einstellungen eher über Codewörter oder andere Verschleierungen im Kontext von Bemühungen, seine Existenz zu leugnen, wie etwa beim Versuch des Wiener Bürgermeisters Theodor Körner im Jahr 1947, die »fremde Presse« für die Verbreitung des Vorwurfs, seine Stadt sei antisemitisch, verantwortlich zu machen.⁷ Dass viele Wienerinnen und Wiener über das Verbot einer wesentlichen Facette ihrer Vorkriegskultur verbittert waren, zeigt ein gängiger Nachkriegswitz: »Die Nazis haben ja alles rampointiert«, raunte ein Alt-Wiener, »selbst den Antisemitismus.«⁸ Ein Bericht des Institute of Jewish Affairs aus dem Jahr 1949 stellte fest, dass das Vorhandensein eines weniger offensichtlichen, aber nicht weniger schädlichen Antisemitismus eines der charakteristischsten Merkmale der deutschen Nachkriegsgesellschaft sei, und forderte die verbleibenden Displaced Persons auf auszuwandern.⁹ Natürlich gaben jetzt nur noch sehr wenige ihre judenfeindlichen Einstellungen offen zu, trotz des allgegenwärtigen antisemitischen Klimas. Der Sozialwissenschaftler Bernd Marin identifizierte diese neue Tendenz treffend als »Antisemitismus ohne Antisemiten«.¹⁰ Aufbauend auf diesen Beobachtungen wird im Folgenden dargestellt, dass diese Phänomene auf der Konstruktion eines figuralen Antisemiten beruhten, dem die gesamte Schuld für den Judenhass

5 Vgl. Paul Lendvai, *Anti-Semitism without Jews: Communist Eastern Europe*, New York 1971.
6 Vgl. Artur Rosenberg, »Land ohne Juden?«, in: *Neues Österreich*, 26.3.1946, S. 1 f.
7 Vgl. Theodor Körner, »Das Märchen von Antisemitismus in Wien«, in: *Wiener Zeitung*, 9.2.1947, S. 3 f.
8 Georg Zivier, *Ernst Deutsch und das deutsche Theater. Fünf Jahrzehnte deutscher Theatergeschichte. Der Lebensweg eines großen Schauspielers*, Berlin 1964, S. 78.
9 Vgl. Werner Bergmann, *Antisemitismus in öffentlichen Konflikten. Kollektives Lernen in der politischen Kultur der Bundesrepublik 1949–1989*, Frankfurt am Main 1997, S. 73.
10 Vgl. Bernd Marin, »A Post-Holocaust->Anti-Semitism without Anti-Semites? Austria as a Case in Point«, in: *Political Psychology*, 2 (1980), H. 2, S. 57–74.

zugeschrieben werden konnte, wodurch es dem Publikum möglich wurde, sich selbst als völlig frei davon vorzustellen.

Entnazifizierung

Veit Harlans Verteidigung gegen Vorwürfe bezüglich seiner Regiearbeit am Film *JUD SÜSS* (1940) illustriert exemplarisch, wie dieser konstruierte »Nachkriegsantisemit« im Dienst der Opferkonkurrenz die Verantwortung für den Antisemitismus übernehmen sollte. Seine Einlassungen führen anschaulich vor, wie der Regisseur sich zum Opfer eines Antisemiten umdeutete, den er selbst konstruierte. Kulturelle Erzählungen, die ein breites Publikum ansprechen sollen, spiegeln weit mehr als nur individuelle Vorurteile wider. Anstatt sich auf die Frage zu konzentrieren, ob Harlan oder andere als Antisemiten bezeichnet werden können, ist es fruchtbarer, zu untersuchen, wie der Kampf um die Deutungshoheit es dem Antisemitismus ermöglichte, in der Nachkriegszeit unerkannt fortzubestehen.

Harlans Bemühungen, diese Definitionsmacht für sich zu beanspruchen, begannen mit seinen Versuchen, seine Filmkarriere wiederzubeleben, die aufgrund seiner einflussreichen Stellung unter den Nationalsozialisten unterbrochen worden war. Am 26. Juli 1946 reichte er einer Entnazifizierungskommission in Hamburg eine 32-seitige, auf Deutsch und Englisch verfasste Stellungnahme mit dem Titel »Wie ich zum Nationalsozialismus stand/My Attitude Towards National Socialism« ein. Darin stilisierte er sich gleichzeitig zum Retter und Opfer der Juden. Einerseits behauptete er, die antisemitischen Darstellungen im Film abgeschwächt zu haben, indem er NS-Propagandaminister Joseph Goebbels davon überzeugt habe, »daß das Drehbuch von Möller und Brauer obszön und unästhetisch sei, daß es in seiner widerlichen Jargon-Dialogführung dem Publikum nicht den Eindruck eines widerlichen Juden, sondern eines widerlichen Filmes vermitteln würde, daß ich nur nach ästhetischen Gesetzen Filme machen könne und keinen »dramatisierten *Stürmer*«.«¹¹ Harlan deutet hier an, dass er das Drehbuch umgeschrieben habe, um es dem Publikum zu ermöglichen, den Film lieben und seinen jüdischen Protagonisten hassen zu können, ein Geständnis, das er später jedoch wiederholt widerrufen wird.

Andererseits stilisiert sich Harlan aber auch zum Opfer »jüdischer Kollegen«, die ihn auf eine schwarze Liste gesetzt hätten, nachdem sie emigriert waren.¹² Egal, ob er sie als Gegner oder Ver-

bündete darstellt, Juden sind in diesem Text immer ein Gradmesser für Harlans eigenes Opfertum, das ebenso groß oder gar größer war. Zum Beispiel führt er seine Freundschaft mit dem jüdischen Schriftsteller Julius Bab als Beweis dafür an, dass er kein Antisemit sei, und erwähnt, dass er ihretwegen sogar in Schwierigkeiten mit der Gestapo geraten sei. In einem längeren Abschnitt mit dem Titel »Meine Hilfeleistungen für jüdisch verheiratete Künstler« beschreibt er die Unterstützung, die er verschiedenen »halbjüdischen« Schauspielern und Schauspielern mit jüdischen und »halbjüdischen« Ehepartnern habe angedeihen lassen, als ob die Risiken, die er damit eingegangen war, den Schaden, den der Film *JUD SÜSS* angerichtet hatte, aufwiegen würden.¹³

Seine Ausführungen zu den Prager Juden, die als Statisten in *JUD SÜSS* mitwirkten, sind vielleicht die widersprüchlichsten: Er behauptet, dass sie freiwillig mitgemacht hätten und gut bezahlt worden seien, während er gleichzeitig darauf beharrt, dass sie, wie auch er, von der Gnade Goebbels' abhängig waren, der sie dazu gezwungen habe, sich an einer Propaganda zu beteiligen, an die sie nicht glaubten. Jahrzehnte später sollte Harlan in seiner Autobiografie, die er bezeichnenderweise »Wie es war ... Erlebnisse eines Filmregisseurs unter seinem allerhöchsten Chef, dem »Schirmherrn des deutschen Films«, Dr. Josef Goebbels« betitelte, viel offener über seine Bewunderung für seinen ehemaligen Chef und die enge Zusammenarbeit mit ihm sprechen.¹⁴ In der Stellungnahme von Anfang 1945 musste Harlan Goebbels jedoch als mächtigen Antisemiten darstellen, um sich als sein Opfer inszenieren zu können.

Das Opfer des »Antisemiten«

Während die Entnazifizierungskommission über ihre Entscheidung beriet, erwogen Beamte in der britischen Besatzungszone, Harlan wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit anzuklagen. Da es sich dabei um die härteste Anklage handelte, die auf der Grundlage der Nachkriegsgesetze zur Ahndung von NS-Verbrechen möglich war, löste diese Entscheidung viele Kontroversen aus. Aufgrund seiner Berühmtheit wurde Harlans Schicksal zu einem Aufhänger für zentrale Fragen wie: Kann es Harlan angelastet werden, im Kulturbetrieb der Nationalsozialisten tätig gewesen zu sein, während so viele andere erfolgreiche Künstlerinnen und Künstler unbeschadet davontamen? Was sollte mit denen geschehen, die Juden nie körperlich Schaden zugefügt, aber von ihrer Enteignung und Ermordung



Veit Harlan und der Schauspieler Eugen Klöpfer (rechts) kurz vor dessen Vernehmung als Entlastungszeuge am zweiten Prozesstag am 4. März 1949. Foto: Bundesarchiv, Bild 183-2007-1022-507



Veit Harlan während einer Verhandlungspause mit Maria Marian, Witwe Ferdinand Marians, der die Titelrolle des Films *JUD SÜSS* spielte, am 16. März 1949. Foto: SZ Photo/Süddeutsche Zeitung Photo

11 Staatsarchiv Hamburg (StAHH), 221-11 Staatskommissar für die Entnazifizierung und Kategorisierung, Misc. 6911, Teil 1, Veit Harlan, »Wie ich zum Nationalsozialismus stand« (1945), S. 6.
12 In der englischen Fassung schreibt er: »As, to my knowledge, my Jewish colleagues after emigrating to foreign countries have put me on a so-called »black list«.« In der deutschen Fassung heißt es: »Es ist mir bekannt geworden, daß meine emigrierten Kollegen im Ausland [...]« Ebd., S. 1.

13 Ebd., S. 11.

14 Bayerische Staatsbibliothek München (BSB), Rar. 1977, Veit Harlan, »Wie es war ... Erlebnisse eines Filmregisseurs unter seinem allerhöchsten Chef, dem »Schirmherrn des deutschen Films«, Dr. Josef Goebbels« [unveröffentlichtes Manuskript, ca. 1960], S. 57.

profitiert hatten? Wie schuldhaft an NS-Verbrechen war jemand, der nie der NSDAP beigetreten war oder beim Militär gedient und nie jemandem direkten körperlichen Schaden zugefügt hatte? Die Abwehr des Vorwurfs der Kollektivschuld für die Taten anderer wurde zu einer bedeutenden Facette der deutschen Vergangenheitsbewältigung nach 1945.¹⁵ Sich selbst als Zielscheibe von Kollektivschuldvorwürfen zu betrachten, half Deutschen und Österreichern, sich zu machtlosen Opfern zu machen.

Als Antwort auf Staatsanwalt Kramers Fragen schrieb Harlan am 8. Mai 1948: »Es ist gewiss sehr tragisch für mich, dass ich diesen Film gemacht habe. Ich glaube aber, dass es für den Film selbst und für die dadurch Betroffenen gut war, dass nicht ein gehässiger Antisemit diesen Stoff gestaltete.«¹⁶ Hier spielte Harlan auf einen figuralen Antisemiten an, um seine Behauptung zu untermauern, dass die größte Tragödie des Films nicht in dem Schaden bestand, den er Juden zufügte, sondern in dem, den er, sein Regisseur, davongetragen habe. Als er im Juli 1948 offiziell wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt wurde, intensivierte Harlan seine Bemühungen, andere davon zu überzeugen, dass er die Autorität hatte, den »Antisemiten« zu definieren. Bis zum ersten Prozesstag am 3. März 1949 hatte Harlan bereits eine Reihe von Erklärungen, Briefen und Texten geschrieben, in denen er den »Antisemiten« als eine Person charakterisierte, die die Nähe von Juden nicht ertragen konnte, die sich kategorisch weigerte, Juden zu helfen, die abfällige Bemerkungen über Juden machte und die es auf wahre, patriotische Deutsche wie ihn abgesehen hatte. In diesem Sinne kann seine Verteidigung im Prozess als Versuch gelesen werden, sich selbst die Kompetenz zuzuschreiben, den »Antisemiten« als eine Figur zu definieren, die die Macht besaß, ihn zu ihrem Opfer zu machen.

In dieser Hinsicht erfüllte die Handlung des Films JUD SÜSS einen wichtigen Zweck, da sie die Geschichte eines Hofjuden aus dem 18. Jahrhundert erzählte, der wegen verschiedener Verbrechen angeklagt und zum Tode verurteilt wurde, und zwar von »bösen Antisemiten«. Um als Opfer Sympathie zu gewinnen, identifizierte sich Harlan mit seinem jüdischen Protagonisten. Im Jahr 1947 bat er Norbert Wollheim, den Vorsitzenden des Zentralkomitees der befreiten Juden in der britischen Zone, vor einem jüdischen Ehrengericht erscheinen und beweisen zu dürfen, dass JUD SÜSS kein antisemitischer Film sei, sondern auf historischen Tatsachen beruhe.¹⁷ Jüdische Ehrengerichte waren Tribunale, vor denen Juden

andere Juden wegen Kollaboration zur Rechenschaft zogen. Da diese Gerichte keine Rechtsfähigkeit hatten, verkündeten sie moralische Urteile, in denen sie feststellten, ob der Angeklagte Verrat am jüdischen Volk begangen hatte. Harlans Antrag wurde abgelehnt, aber die Veröffentlichung seiner Bitte ermöglichte es den Leserinnen und Lesern, Harlan sowohl mit den jüdischen Opfern als auch mit deutschen Patrioten in Verbindung zu bringen, die stereotypen »rachsüchtigen«, jüdischen Anklägern gegenüberstanden.

Obwohl der Prozess vordergründig eine Debatte über Harlans Mitschuld an NS-Verbrechen gegen Juden war, enthüllen die Argumente der Anklage, der Verteidigung, der Zeugen, der Presse, der Öffentlichkeit sowie von Harlan selbst eine komplexe Gemengelage konkurrierender Ziele. Die Staatsanwaltschaft lud Zeugen vor, die die schädlichen Auswirkungen des Films und Harlans Rolle bei dessen Entstehung bezeugten, darunter Norbert Wollheim, der Auschwitz-Monowitz überlebt hatte, und die Journalistin Karena Niehoff, die ehemalige Assistentin des früheren Co-Drehbuchautors des Films Ludwig Metzger, der es als Jüdin trotz mehrmaliger Festnahmen gelungen war, den Krieg in Berlin zu überstehen. Harlans Verteidigung konzentrierte sich jedoch auf seinen Charakter und berief Zeugen, die helfen sollten, ihn als wahren deutschen Patrioten darzustellen, der der Gnade antisemitischer Nationalsozialisten ausgeliefert war. Veit Harlan war sich sicherlich bewusst, dass viele andere Deutsche ähnlich unangenehme Bewertungen ihrer Aktivitäten zwischen 1933 und 1945 durchmachten, aber er glaubte fest daran, dass er allein aufgrund seiner herausragenden Rolle als erfolgreichster Filmemacher im Nationalsozialismus für Dinge verantwortlich gemacht wurde, derer sich viele schuldig gemacht hatten. Nicht ganz zu Unrecht beklagte er, als Sündenbock herhalten zu müssen. Doch anstatt darauf zu bestehen, dass andere gemeinsam mit ihm zur Rechenschaft gezogen werden, lehnte er jede Verantwortung für die an den Judenheiten begangenen Verbrechen ab und betonte stattdessen seine eigene Rolle als Opfer des »Antisemiten«.

Die Definition des »Antisemiten«

Harlans Verteidigung zeigt, dass sich die Schaffung eines antisemitischen Anderen als besonders nützlich erwies, um die Opfererzählung der Nachkriegszeit zu untermauern. Die Darstellung der Deutschen als Opfer begann bereits während des Zweiten Weltkriegs, als Bolschewisten und Juden in der nationalsozialistischen Propaganda als Bedrohung aus dem Osten porträtiert wurden, um die Kriegsbegeisterung zu steigern.¹⁸ Solche Charakterisierungen knüpften an uralte antisemitische Bilder von Juden als Verbrechern und Mördern an und

gipfelten unter den Nationalsozialisten in der entmenslichenden Rede von Juden als Ungeziefer, das die deutsche Volksgesundheit gefährde.¹⁹ Strategien, Deutsche, die unter den Bombenangriffen auf ihre Städte litten, zu entlasten, indem man diese Gemeinschaften als unschuldige, vom Nationalsozialismus unberührte Kollektive darstellte, waren weitere Beispiele für die bereits vor Kriegsende einsetzende moralische Schönfärberei.²⁰ Nach dem Krieg wandelten sich die anfänglichen sporadischen Versuche, sich der Verantwortung für die Ermordung des europäischen Judentums zu stellen, schnell in einen Viktimisierungsdiskurs, der sowohl die Unterscheidung zwischen Opfer und Täter als auch die des erlittenen Leids verwischte.²¹

Der »Nachkriegsantisemit« ersetzte oft den figuralen Juden der Vorkriegszeit im Dienst dieser Erzählung als Teil eines breiteren sozialen Rahmens.²² Die Autorität, dieses jüdische Andere zu bestimmen, wird oft als politische Macht gerahmt und findet prägnant Ausdruck in dem Satz »Wer Jude ist, bestimme ich!«, der dem Wiener Bürgermeister des Fin de Siècle, Karl Lueger, zugeschrieben wird. Diese Aussage vermittelt die Vorstellung, dass Antisemitismus dazu benutzt werden kann, Macht zu erlangen oder zu erhalten, unabhängig davon, wie man tatsächlich über Juden denkt. Nach dem Holocaust jedoch, als antisemitische Haltungen tabuisiert wurden, verlagerte sich deren politische Stärke auf das Kredo »Wer Antisemit ist, bestimme ich«, da die Fähigkeit, zu bestimmen, wer Antisemit ist, nun in Ländern, in denen eine große Anzahl Juden vertrieben oder getötet worden war, moralische Autorität und Macht verlieh. Aus diesem Grund ersetzte der figurale Antisemit oft den figuralen Juden als den primär Anderen, auf den man in einer Vielzahl von Erzählungen negative Eigenschaften projizieren konnte.²³ Der »Antisemit« wurde so zu einem wichtigen, kraftvollen rhetorischen Mittel, mit dessen Beschwörung man sich von den Schrecken des Holocaust, dem Stigma des Nationalsozialismus und der damit verbundenen Unmoral distanzieren konnte, während es Juden und Nichtjuden gleichermaßen die Illusion bot, Antisemitismus sei nicht integraler Bestandteil der eigenen Kultur, sondern auf eine begrenzte Anzahl Personen, Zeiten und Orte beschränkt.

Aber wem oblag die Deutungshoheit über den figuralen Antisemiten? Intensive Bemühungen, diese zu erlangen, kamen unmittelbar nach Kriegsende auf und beschäftigen uns bis heute. Ein Teil dieser Bestrebungen umfasst die Abgrenzung verschiedener Arten

von Antisemitismus, einschließlich derjenigen, die als Folge des Holocaust entstanden sind.²⁴ Einschlägige Studien haben auf den Wunsch der Mitteleuropäer aufmerksam gemacht, von der Schuld an den Verbrechen der Nationalsozialisten abzulenken, indem sie auf die Beendigung der Diskussion über den Holocaust drängen und Juden dafür verantwortlich machen, sie an ihn zu erinnern. Dies wird manchmal als »einen Schlussstrich ziehen« formuliert und allgemein als sekundärer Antisemitismus oder Schuldabwehrantisemitismus bezeichnet.²⁵ Diese und andere Formen des Antisemitismus gibt es mittlerweile zuhauf: etwa die explizite gegen Juden gerichtete Gewalt, die manchmal als Radauantisemitismus bezeichnet wird, aber auch weniger greifbare Formen wie den latenten Antisemitismus; die Praxis, einige Juden positiv hervorzuheben, um negative Vorurteile gegen andere Juden zu rechtfertigen, was als selektiver Antisemitismus bezeichnet wird; die Glorifizierung von Juden über positive Stereotype, genannt Philosemitismus, und den Versuch, sich negativen Klischees zu widersetzen, was oft Anti-Antisemitismus genannt wird.²⁶ All diese Begriffe sind in verschiedenen Kontexten nützlich. Die Beschäftigung mit solchen Unterscheidungen läuft jedoch Gefahr, zu verschleiern, dass sie aus dem Kampf um die Definitionsmacht nach dem Krieg hervorgegangen und eines der stärksten und hartnäckigsten Vermächtnisse des Antisemitismus der Nachkriegszeit sind.²⁷ Angesichts der Komplexität der oft verborgenen Mechanismen des Antisemitismus ist es wichtig, dessen Definition vom Streben nach Definitionsmacht zu unterscheiden.

Nach dem Holocaust wurde der Antisemitismus zu einem Symbol für die Verderbnis der Kultur im Allgemeinen und die Opposition gegen ihn zu einem grundlegenden und weitreichenden humanitären Wert. Oberflächlich betrachtet klingt dieser Wandel nicht

²⁴ Vgl. Werner Bergmann, Rainer Erb, *Anti-Semitism in Germany: The Post-Nazi Epoch from 1945 to 1995*, London 1997, S. 253.

²⁵ Vgl. Lars Rensmann, *The Politics of Unreason: The Frankfurt School and the Origins of Modern Antisemitism*, Albany/New York 2017, S. 359–389; Werner Bergmann, »Störenfriede der Erinnerung«. Zum Schuldabwehr-Antisemitismus in Deutschland«, in: Klaus-Michael Bogdal u.a. (Hrsg.), *Literarischer Antisemitismus nach Auschwitz*, Stuttgart 2007, S. 13–35; ders., »Sekundärer Antisemitismus«, in: *Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart* 3, hrsg. von Wolfgang Benz im Auftrag des Zentrums für Antisemitismusforschung, Berlin 2010, S. 300–302.

²⁶ Zu Anti-Antisemitismus s. Jonathan Judaken, »Between Philosemitism and Antisemitism: The Frankfurt School’s Anti-Antisemitism«, in: Phyllis Lassner (Hrsg.), *Antisemitism and Philosemitism in the Twentieth and Twenty-first Centuries: Representing Jews, Jewishness, and Modern Culture*, Newark/Delaware 2008, S. 23–46, hier: S. 26; vgl. auch Elad Lapidot, *Jews out of the Question: A Critique of Anti-Anti-Semitism*, Binghamton/New York 2020. Zum selektiven Antisemitismus s. Keith Kahn-Harris, *Strange Hate: Antisemitism, Racism, and the Limits of Diversity*, London 2019, S. 31–35.

²⁷ Für eine Publikation, die sich auf die jüngsten Versuche konzentriert, Antisemitismus zu definieren s. Kenneth L. Marcus, *The Definition of Anti-Semitism*, New York 2015.

¹⁵ Vgl. dazu Norbert Frei, *1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewusstsein der Deutschen*, München 2005, insb. das Kapitel »Von deutscher Erfindungskraft. Oder: Die Kollektivschuldthese in der Nachkriegszeit«, S. 145–155.

¹⁶ StAHH, 213-11 21249-50, Bd. 2, Veit Harlan an Oberstaatsanwalt Gerhard Kramer, 8.5.1948, S. 8.

¹⁷ Vgl. »Harlan: Jüdisches Ehrengericht«, in: *Die Welt*, 23.12.1947. S. auch »Der »unbelastete Veit Harlan« stellt sich dem jüdischen Ehrengericht«, in: *Neues Österreich*, 25.12.1947, S. 5.

¹⁸ Vgl. Frank Biess, *Homecomings: Returning POWs and the Legacy of Defeat in Postwar Germany*, Princeton/New Jersey 2006, S. 49.

²³ Vgl. Sarah Hammerschlag, *The Figural Jew: Politics and Identity in Postwar French Thought*, Chicago/Illinois 2010.

¹⁹ Vgl. Paul Hanebrink, *A Specter Haunting Europe: The Myth of Judeo-Bolshevism*, Cambridge/Massachusetts 2018.

²⁰ Vgl. Bill Niven, »Introduction: German Victimhood at the Turn of the Millennium«, in: Ders. (Hrsg.), *Germans as Victims: Remembering the Past in Contemporary Germany*, New York 2006, S. 1–25.

²¹ Biess, *Homecomings*, S. 49.

²² Vgl. Sander L. Gilman, *Inscribing the Other*, Lincoln/Nebraska 1991.

problematisch, schließlich ist Antisemitismus tatsächlich ein breites gesellschaftliches Problem, das alle betrifft, nicht nur Juden. Ihn als »das Problem aller« darzustellen, wurde jedoch dann gefährlich, als dies dazu diente, Juden, seine primären Ziele, in seine sekundären Opfer umzudeuten. Dadurch führte die Ablehnung des Antisemitismus in diesem Kontext ironischerweise zu einer Verstärkung seiner Wirkung. Die Aneignung der oberflächlichen Tabuisierung des Antisemitismus bei gleichzeitig andauernder Benachteiligung von Juden, indem Nichtjuden als seine primären Opfer im Vordergrund stehen, war ein wichtiges Mittel, um ihn nach 1945 sowohl beiläufig als auch verborgen in kulturellen Erzählungen fortzusetzen, selbst in jenen, die darauf abzielten, sich dem Hass auf Juden zu widersetzen. Veit Harlans Verteidigung zeigt, wie der figurale Antisemit in dieser Funktion eingesetzt werden konnte.

Die Freisprüche

Die Aussagen Harlans vor, während und nach den Gerichtsverfahren enthüllen die Eigennützigkeit seiner Bemühungen, sich selbst als Zielscheibe des antisemitischen Anderen hinzustellen, indem er einerseits auf seine persönlichen Beziehungen zu Juden zurückgriff und andererseits Juden verunglimpfte und sie als Antisemiten brandmarkte, wenn es seinen Zwecken diente. Zusammengenommen zeigen die mannigfaltigen Versuche Harlans, andere davon zu überzeugen, dass er von verschiedenen Antisemiten *und* Juden negativ behandelt wurde, wie er die Grenzen zwischen diesen beiden Gruppen verwischte, um sich selbst als ihr Opfer zu positionieren. Da seine Funktion als Regisseur von JUD SÜSS der Ausgangspunkt der Prozesse war, konzentrierte sich seine Verteidigung darauf, das Gericht davon zu überzeugen, dass er den Film *weniger* antisemitisch gemacht habe, als Goebbels wollte, dass er versucht habe, jedem Juden zu helfen, der um Hilfe bat, und dass ihn seine engen persönlichen Verbindungen zu Juden und zum Judentum vom Verdacht des Antisemitismus befreien. Harlan und eine Reihe seiner Kollegen sagten aus, dass er den expliziten, groben Antisemitismus, der in früheren Drehbüchern gefordert wurde, abgeschwächt habe, indem er die Handlung um Szenen ergänzt habe, die die Klugheit, den Charme und die Sexualität seiner Hauptfigur hervorhoben. Unglaublicherweise behauptete er am ersten Tag des Prozesses, dass sich diese positiven Darstellungen auch auf die Szene erstreckten, in der Süß Dorothea vergewaltigt, gespielt von Harlans Ehefrau Kristina Söderbaum. Diese Szene habe er angeblich auf Goebbels’ Verlangen nach dem Vorbild einer Vergewaltigungsszene aus der Oper *Tosca* hinzugefügt.²⁸

28 StAHH, 622-1/203_317, Heinrich Christian Meier, 3220, 9.3.1949, Protokoll von Martin Natterodt.

Im Rahmen seines Versuchs, die Deutungshoheit über den »Antisemiten« zu erlangen, stellte Harlan im Prozess, in Privatbriefen und in seinen Nachkriegstexten, wie erwähnt, auch seine engen Verbindungen und seine Affinität zu Juden in den Vordergrund. Dazu gehört auch sein Bestreben, den Antisemitismus untrennbar mit dem Nationalsozialismus zu verknüpfen. Im Jahr 1948 schrieb er an Kramer: »Ich bin ein vaterländischer Mensch [...]. Selbstverständlich lehnte ich den Nationalsozialismus überhaupt ab. Einen nationalsozialistischen Künstler kann ich mir nicht vorstellen, noch dazu einen, der wie ich eine jüdische Frau gehabt hat. Ausserdem waren meine beiden Trauzeugen bei meiner 2. Eheschliessung Fritz Kortner und Francesco v. Mendelssohn. Ein Nationalsozialist kann meiner Ansicht nach nur jemand sein, der Antisemit ist. Antisemit aber kann man nicht werden, das muss man sein. Das bin ich nie gewesen und auch nie geworden.«²⁹ Nach dieser reduktiven Definition ist ein Antisemit jemand, der nicht anders kann, als absichtlich alle Juden böswillig zu hassen. Da Harlan nicht nur Juden geholfen hatte, sondern auch mit einer Jüdin verheiratet war, konnte er nach seiner Logik dieser Definition niemals entsprechen. Genau wie Bab und andere Juden stellte er in seiner 1945 eingereichten Stellungnahme auch seine jüdische Ex-Frau Dora Gerson, mit der er von 1922 bis 1924 verheiratet war, als seine Schikaneurin dar. Zeitweise behauptete er, seine intime Beziehung zu einer Jüdin habe ihn in Schwierigkeiten mit Goebbels gebracht. Seine Bemühungen, sich als Leidtragender des Chauvinismus von Gerson und ihrer Familie zu präsentieren, sind vielleicht die deutlichsten Hinweise darauf, wie er sich zu einem Opfer der Juden gemacht hat. Er besteht darauf, dass Dora Gerson ihn nur deshalb verlassen habe, weil sie unter dem Druck der religiöseren Mitglieder ihrer Großfamilie geglaubt habe, »nicht mit einem Nichtjuden zusammenleben« zu können: »Aber die orthodoxen Juden der großen Familie Gerson brachten meine Frau doch so weit, sich zu deren chassidischen orthodoxen Meinung zu bekehren. Wir trennten uns und sie heiratete einen Juden.«³⁰ Gerson heiratete erst weit über ein Jahrzehnt nach ihrer Trennung im Jahr 1924 erneut. Sie, ihr zweiter Ehemann und ihre beiden Kinder wurden 1943 in Auschwitz ermordet. Harlans Aussagen implizieren jedoch, dass seine Frau ihn verlassen habe, um einen Juden zu ehelichen, und er so zu *ihrem* Opfer wurde. Sich selbst in die Rolle des Opfers – sei es der Nationalsozialisten, der Alliierten, der Staatsanwaltschaft, der Presse oder der Juden – zu begeben, war eine Taktik, die er während seiner Entnazifizierungsverfahren, seiner Prozesse wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und noch lange danach anwendete.

Bezeichnenderweise verschweigt Harlan in jeder Auflistung seiner beruflichen Tätigkeiten nach dem Krieg, einschließlich seiner

29 StAHH, 213-11 72294, Veit Harlan an Oberstaatsanwalt Gerhard Kramer, 3.2.1948, S. 6 f.

30 Filmmuseum Düsseldorf, Nachlass Veit Harlan, SLG.VH-49, Memoiren I, 19a.



Nach seinem Freispruch am 23. April 1949 verlässt Veit Harlan auf den Schultern seiner Anhänger das Gerichtsgebäude in Hamburg. Foto: SZ Photo/Süddeutsche Zeitung Photo

Autobiografie, seine erste Hauptrolle als Filmschauspieler in Arzén von Cserépys NUR NICHT WEICH WERDEN, SUSANNE! (1935), einer antisemitischen Filmkomödie, in der er heldenhaft das deutsche Kino vor den Juden rettete. Harlans Nachkriegsschweigen über diese Rolle liefert einen wichtigen Hinweis, wie er den figuralen Antisemiten heraufbeschworen und instrumentalisiert hat. Von antisemitischer Propaganda durchdrungen, zielte SUSANNE darauf ab, breite Unterstützung für das frühe Programm der Nationalsozialisten, Juden aus dem deutschen Kulturleben zu vertreiben, zu mobilisieren, selbst wenn dies bedeutete, Gewalt anzuwenden, wobei die von Harlan gespielte Figur die Angriffe anführte. Da dieser Film jedoch, wie fast alle NS-Komödien, von schlechter Qualität und ein künstlerischer wie kommerzieller Misserfolg war, gehen die meisten Wissenschaftler davon aus, dass ihm als Form der NS-Propaganda nur geringe

Bedeutung zukam. Ein damaliger Kritiker fand SUSANNE nicht antisemitisch genug, und sogar Goebbels bemerkte, es sei ein mieser Film.³¹ Aber sein mangelnder Erfolg bedeutete nicht, dass er keine Wirkung hatte. Mehrere Wiener Kritiker priesen den Film an, als er dort im September 1938, sechs Monate nach dem »Anschluss«, gezeigt wurde, unter anderem in einer Rezension im *Völkischen Beobachter*, die seine »realistische« Darstellung jüdischer Verdorbenheit und Harlans schauspielerische Fähigkeiten lobte.³² Darüber

31 Vgl. Frank Noack, *Veit Harlan: »Des Teufels Regisseur«*, München 2000, S. 99.
32 »Neue Filme in Wien«, in: *Völkischer Beobachter* (Wiener Ausgabe), 4.9.1938, S. 9; »Filme der Woche«, in: *Mein Film in Wien. Illustrierte Film- und Kinorundschau*, Nr. 662, 2.9.1938, S. 20 f.

hinaus hat Harlan in diesem Film mitgewirkt, lange bevor die Nationalsozialisten Druck ausübten, der antisemitischen Ideologie zu folgen, selbst laut seinen eigenen Aussagen.³³ Sein Scheitern lehrte ihn, wie man es anstellen muss, effektiv und erfolgreich antisemitische Filme zu drehen.

Am 23. April 1949 sprach Walter Fritz Tyrolf, ein ehemaliges NSDAP-Mitglied, das als Richter auch schon Hitlers Regime gedient hatte, Harlan mit der Begründung frei, dass »unmenschliche Folgen der an die Herstellung anschließenden Verbreitung des Films JUD SÜSS nicht mit Sicherheit nachgewiesen werden können«.³⁴ Harlans Sohn Thomas recherchierte die Vergangenheit Tyrolfs und brachte die harten Urteile ans Licht, die er zwischen 1933 und 1945 gefällt hatte, darunter die Todesstrafe für Vergehen wie Raub.³⁵ Die britische Militärregierung, unbeeindruckt von der Schlussfolgerung des deutschen Gerichts, hob diese Entscheidung am 12. Dezember 1949 auf und stellte fest: »Wer 1940 einen Hetzfilm gegen die Juden hergestellt hat, kann nicht deshalb mangelnde Ursächlichkeit seines Tuns für die Filmfolgen einwenden, weil die Juden ohnedies ebenso verfolgt worden wären.«³⁶ Der zweite Prozess mit weiteren Zeugenaussagen begann am 29. März 1950. Sein zweiter Freispruch nur einen Monat später, am 29. April 1950, zeigte, dass Harlans Erzählung über den »Antisemiten«, der ihn zusammen mit den Juden ins Visier genommen habe, erneut von einem ehemaligen NS-Richter akzeptiert worden war.

In der Presse gab es zahlreiche Proteste gegen den Freispruch. Aber ein Foto vom Tag des ersten Freispruchs unterstreicht die Freude und Erleichterung von Harlan und seinen Unterstützern, die ihn auf ihren Schultern aus dem Gericht hinaustrugen. Rechtshistoriker Thomas Henne stellte fest, dass das Foto, das von Heinrich Hoffmann, dem ehemaligen Fotografen Adolf Hitlers, aufgenommen wurde, die tiefe Symbolkraft von Harlans Freispruch als generelle Schuldbefreiung zeigt.³⁷ Harlans Biografin Ingrid Buchloh besteht darauf, dass Harlan sich gegenüber seiner Tochter Maria Körber peinlich berührt gezeigt und ihr über diese Szene berichtet habe:

.....

- »Der Zwang, den der Nationalsozialismus auf die Filmschaffenden ausübte, begann erst kurz vor dem Kriege.« StAHH, 221-11, Misc. 6911, Teil 1, Harlan, »Wie ich zum Nationalsozialismus stand«, S. 3.
- Ebd., »Urteil in der Strafsache gegen den Filmregisseur Veit Harlan wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit«, S. 59.
- Thomas Harlan, *Veit*, Hamburg 2011, S. 20.
- »Revisionsentscheidung des Obersten Gerichtshofes für die Britische Zone in Strafsachen«, in: *Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes für die Britische Zone in Zivilsachen*, hrsg. von den Mitgliedern des Gerichtshofes und der Staatsanwaltschaft beim Obersten Gerichtshof, Bd. 2, Berlin 1949, S. 435.
- Thomas Henne, »Der Umgang der Justiz mit Veit Harlans Jud Süß seit den 1950er Jahren: Prozesse, Legenden, Verdikte«, in: Alexandra Przyrembel, Jörg Schönerl (Hrsg.), *Jud Süß. Biographie, literarische Figur, antisemitisches Zerrbild*, Frankfurt am Main 2006, S. 263–292, hier: S. 266.

»Das sind die falschen Freunde.«³⁸ Auch in seiner Autobiografie kann Harlan nicht umhin, diesen Moment des Triumphs als einen Moment der Schikane zu betrachten: »Ich wußte sofort, dass dieser Abschluß ein gefährliches Nachspiel für mich haben würde. Aber ich hatte gar nicht die Kraft, der tobenden Menge zu wehren und mein Bitten an die, die mich trugen, half absolut nichts. Natürlich waren es keine Antisemiten, die mich hinausgetragen hatten, sondern Leute, die den Film DIE GOLDENE STADT oder IMMENSEE und OPFERGANG liebten und die mir darum auch die Titel dieser Filme immer wieder zuriefen. Von der Presse hatte das anscheinend niemand hören wollen – obwohl es unüberhörbar war. Es wurde am nächsten Tag in vielen Zeitungen und übers Radio behauptet: »Neonazisten« hätten mich hinausgetragen. Dabei waren so viele hübsche kleine Mädchen dabei, die Kristina liebten und verehrten. Sie wollten sie sehen und sie riefen nach ihr. Kristina war aber nicht zu der Urteilsfällung ins Gericht gekommen. Ihre Nerven hatten diese quälende Spannung nicht ausgehalten. Die Kerze, welche sie immerwährend der Verhandlungstage für mich entzündet hatte, hatte wieder gebrannt. Dort wartete sie. Nach dem Freispruch trieb der Wirbel erst richtig hoch, weit höher, als er vor dem Prozess gewesen war. Die Richter wurden beschimpft – als sei jeder Einzelne ein Antisemit, Nazi oder sonst wie minderwertig. Der Oberstaatsanwalt legte Revision ein.«³⁹

Unveröffentlichte Passagen seiner Autobiografie, die er circa 1960 fertigstellte, enthüllen, wie Harlan die Konturen des figuralen Antisemiten weiterformte. Er beharrte darauf, dass JUD SÜSS kein Verbrechen gegen die Menschlichkeit gewesen sei und dass er mit dem Antisemitismus des Films nichts zu tun habe. Das Urteil solle als Ausdruck der vermeintlichen »Kollektivscham« angesichts der deutschen Kriegsniederlage verstanden werden.⁴⁰

Als er 1950 zum zweiten Mal freigesprochen wurde, waren bereits einige führende Persönlichkeiten des NS-Regimes wegen ihrer Mordtaten festgenommen, vor Gericht gestellt und sogar hingerichtet worden. Aufgrund ihrer weiten Verbreitung in der Presse boten Harlans Abwehrargumente eine Vorlage für andere, die zwischen 1933 und 1945 von den Nationalsozialisten profitiert hatten – oft als Mitläufer bezeichnet, um die Frage nach dem Grad der Mittäterschaft zu umgehen. Der deutsch-amerikanische Schriftsteller Norbert Muhlen stellte 1951 in der Zeitschrift *Commentary* fest: »Nach dem, was man bei den Prozessen erfuhr, und nach den Aussagen von Menschen, die Harlan gut kennen, scheint er ein ziemlich repräsentatives Mitglied dieser größten Klasse von Deutschen gewesen zu sein, die sich nicht reibungslos in das übliche Triptychon von »echten« Nazis, Nicht-Nazis und Anti-Nazis einfügen lässt. In Harlans Fall, wie in

.....

- Zit. nach Ingrid Buchloh, *Veit Harlan: Goebbels' Starregisseur*, Paderborn 2010, S. 195.
- BSB, Rar. 1977, Harlan, »Wie es war«, S. 433 f.
- Ebd., S. 434 f.

so vielen anderen, führte eine Mischung verschiedener Motive, von denen keines eine fanatische Begeisterung für das totalitäre System war, zu jener unverantwortlichen Unterwerfung und Unterstützung der NS-Diktatur, die die eigentliche Quelle des Rückhalts in der Bevölkerung waren.«⁴¹

Allerdings stimmten nicht alle mit den Urteilen in den Prozessen gegen Harlan überein. Boykotte gegen seine nachfolgenden Filme und daraufhin eingereichte Klagen hielten Harlan bis zu seinem Tod im Jahr 1964 im Blick der Öffentlichkeit. Seine Bemühungen, die Boykotte zu stoppen, wurden schließlich zum Testfall für das Recht auf freie Meinungsäußerung im bundesdeutschen Rechtssystem.⁴²

.....

- Norbert Muhlen, »The Return of Goebbels’ Filmmakers: The Dilemma Posed by Werner Krauss and Veit Harlan«, in: *Commentary*, 11 (1951), H. 3, S. 245–250, hier: S. 247.
- Vgl. Thomas Henne, Arne Riedlinger (Hrsg.), *Das Lüth-Urteil in (rechts-)historischer Sicht. Die Konflikte um Veit Harlan und die Grundrechtsjudikatur des Bundesverfassungsgerichts*, Berlin 2005.

Anzeige



Gretha Jünger und die Sache selbst

Ein Porträt mit Carl Schmitt

Von
Ingeborg Villinger

Das Verhältnis zwischen Carl Schmitt und Ernst Jünger wurde durch Gretha Jünger beeinflusst. Vor 1945 prägten die Spannungen in dieser Triade Schmitts Verhältnis zum NS-System, danach speisten sie sich aus tieferen Schichten. Sie veränderten die triadische Relation, da Gretha Jünger mit ihrer Sicht der Dinge Carl Schmitt näherstand als ihr Ehemann.

Dass Carl Schmitt 1953 abrupt den Kontakt zu ihr abbrach, ist ein schillerndes Kapitel, das hier erstmals vollständig präsentiert wird.

Carl-Schmitt-Vorlesungen, Band 5
106 Seiten, 2022
ISBN 978-3-428-18625-9, € 24,90
Titel auch als E-Book erhältlich.

Duncker & Humblot · Berlin



Fazit

Die Untersuchung von Harlans Verteidigungsstrategie verdeutlicht die Macht der Nachkriegserzählungen, die es einzelnen Deutschen erlaubten, sich selbst als Opfer und als Hauptziel des »Antisemiten« darzustellen. Sie zeigt, wie die sprachliche Aneignung der Tabuisierung des Antisemitismus mit einer anhaltenden Benachteiligung von Juden einhergehen kann, indem Nichtjuden als Hauptopfer des »Antisemiten« in den Vordergrund gerückt werden. Harlans Verteidigung hing von seiner Fähigkeit ab, sich als wahrer deutscher Patriot zu präsentieren, der selbst Opfer sei, und zwar der Nationalsozialisten, der Alliierten, der Presse, von deutschen Mitbürgern – und von Juden, die er wiederum idealisierte oder verleumdete, je nachdem, wie es seiner Definition des »Antisemiten« dienlich war.

Das Verfahren gegen Karl Grass

Ein Arbeiter der Adlerwerke vor einem Warschauer Gericht

Von Andrea Rudorff



Dr. Andrea Rudorff ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Fritz Bauer Institut und bearbeitet das Projekt »Polnische Strafverfahren gegen Angehörige der Lagerbesatzung von Auschwitz-Birkenau«. Veröffentlichungen (Auswahl): *Katzbach, das KZ in der Stadt*, Göttingen 2021; (Bearb.), *Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland*, Bd. 16: *Auschwitz 1942–1945 und die Zeit der Todesmärsche 1944/45*, hrsg. von Susanne Heim u.a., Boston, Berlin 2018; *Frauen in den Außenlagern des Konzentrationslagers Groß-Rosen*, Berlin 2014.

Foto: privat

Zwischen August 1944 und März 1945 setzten die Frankfurter Adlerwerke, bekannt für die Herstellung von Autos, Fahrrädern und Schreibmaschinen, 1.616 KZ-Häftlinge bei der Fahrzeugproduktion für die Wehrmacht ein. Der Großteil dieser Männer war während des Warschauer Aufstands aus der polnischen Hauptstadt verschleppt worden. Sie waren auf dem Werksgelände im Frankfurter Gallusviertel in einem Lager mit dem Decknamen »Katzbach« untergebracht, das der Verwaltung des Konzentrationslagers Natzweiler unterstellt wurde. 527 dieser Häftlinge starben in Frankfurt – vor allem an Unterernährung, fehlender medizinischer Versorgung, erschöpfender Arbeit und Gewalt durch die Wachmannschaften.¹ Die Überlebenden des KZ-Außenlagers lebten in der Überzeugung, dass keiner der Verantwortlichen für ihr Leid und ihre Qualen jemals juristisch zur Rechenschaft gezogen würde. Da sie sich als Polen hinter dem »Eisernen Vorhang« befanden, so der ehemalige Häftling Władysław Jarocki in einem Interview im Jahr 2005, hätten sie »keine Möglichkeit gehabt, jemanden aus Deutschland gerichtlich anzuklagen. [...] Wäre ich damals um eine Aussage in einem solchen Prozess gebeten worden, hätte ich mich gern geäußert.«² Tatsächlich sind jedoch drei als Hilfspwachmänner eingesetzte Arbeiter der Adlerwerke wegen Gewaltausübung gegen Häftlinge zu Haftstrafen verurteilt worden – einer von ihnen in Polen: Der Metalldreher Karl Grass wurde im Februar 1947 unter dem Vorwurf, einen Häftling geschlagen zu haben, nach Polen ausgeliefert und am 21. Dezember 1949 vom Bezirksgericht Warschau zu einer dreijährigen Haftstrafe verurteilt. Władysław Jarocki lebte zu dieser Zeit in

Warschau, war im Vorstand des Verbands ehemaliger KZ-Häftlinge aktiv und hatte in dieser Funktion im März 1947 als Zuschauer den Prozess gegen den Auschwitz-Kommandanten Rudolf Höß besucht. Aufgrund seines Interesses und seiner Verbandsaktivitäten hätte man vermuten können, dass er im Verfahren gegen Karl Grass als Zeuge aufgerufen werden würde. Jedoch ist weder er noch irgendein anderer Überlebender des Frankfurter KZ-Außenlagers als Zeuge geladen worden. Es stellt sich die Frage, wie es überhaupt zur Auslieferung von Karl Grass kam und wieso die polnische Staatsanwaltschaft gänzlich auf die polnischen Überlebenden als Zeugen verzichtete. Władysław Jarocki irrte bei der Annahme, es habe keine Möglichkeit gegeben, deutsche Täter in Polen juristisch zu belangen. In ihrer Moskauer Erklärung hatten die Alliierten schon 1943 vereinbart, dass jedes Land über das an seinen Staatsbürgern begangene Unrecht selbst urteilen darf.³ Über 1.800 NS-Täter und -Täterinnen, vor allem Lagerpersonal sowie Angehörige der deutschen Besatzungsverwaltung, aber auch Zivilpersonen, die an der Misshandlung oder Tötung von polnischen Zwangsarbeitern und -arbeiterinnen beteiligt gewesen waren, wurden in den Nachkriegsjahren aus den alliierten Besatzungszonen nach Polen ausgeliefert.⁴ Um Täter ausfindig zu machen, hatte die polnische Exilregierung gleich nach Kriegsende Verbindungsoffiziere in die westlichen Besatzungszonen geschickt. Diese waren bei den alliierten Militärbehörden akkreditiert worden und hatten erste Ermittlungen vor Ort durchgeführt, indem sie beispielsweise polnische Displaced Persons befragten. Viele der zur Zwangsarbeit Verschleppten sowie aus den Konzentrationslagern Entlassenen waren zu diesem Zeitpunkt noch nicht in ihre Heimat zurückgekehrt und hatten dies zum Teil auch gar nicht mehr vor. Nachdem die Alliierten im Sommer 1945 die kommunistische Regierung in Warschau anerkannt hatten, installierte diese im Frühjahr 1946 sogenannte Militärmissionen zur Untersuchung von Kriegsverbrechen, die Beweismaterial sammelten, Täter ausfindig machten und – wenn Verbrechen gegen polnische Staatsbürger glaubhaft belegt werden konnten – ihre Auslieferung nach Polen beantragten. Da viele Tatverdächtige aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu NS-Organisationen bereits im Rahmen der im April 1945 erlassenen Regelung des automatischen Arrests von den westalliierten Militärbehörden festgenommen worden waren, durchkämmten die polnischen Ermittler nun vor allem die Internierungslager nach Verdächtigen. Um mutmaßliche Kriegsverbrecher zentral zu sammeln, richteten die Amerikaner im ehemaligen Konzentrationslager Dachau ein sogenanntes War Crimes Enclosure

.....

3 Moskauer Erklärung, Oktober 1943, <http://www.ibiblio.org/pha/policy/1943/431000a.html> (12.5.2022).

4 Vgl. Elżbieta Kobińska-Motas, *Ekstradycja przestępców wojennych do Polski z czterech stref okupacyjnych Niemiec 1946–1950* [Auslieferung von Kriegsverbrechern aus den vier deutschen Besatzungszonen an Polen 1946–1950], Warszawa 1991/1992.

ein, das ab Juli 1946 als einziges Haftlager dieser Art in der US-Zone fungierte.⁵ Bereits seit Juni 1946 war in Dachau auch ein polnisches Ermittlerteam der Militärmission zur Untersuchung der Kriegsverbrechen tätig, das aus zwei Ermittlungsoffizieren, einem Fahrer und einer Sekretärin bestand. Das Team arbeitete die Lagerkartei durch und entschied, wer für die polnische Justiz von Interesse war.⁶

Wie kam es zu den Verhaftungen im Zusammenhang mit den Verbrechen in den Adlerwerken?

Die SS hatte das in Frankfurt am Main gelegene KZ-Außenlager der Adlerwerke am 24. März 1945 räumen lassen und die Häftlinge auf einen mörderischen Todesmarsch geschickt, den viele nicht überlebten. Als die Amerikaner in Frankfurt einmarschierten, befanden sich die ehemaligen Häftlinge und die SS-Lagerbesatzung bereits nicht mehr vor Ort. In der Stadt erinnerten sich jedoch viele Menschen an die grausamen Verhältnisse im Lager und die zahlreichen Erschießungen auf dem Todesmarsch. Schon am 26. April 1945 hatte die Antifaschistische Organisation Fechenheim deswegen Anzeige erstattet.⁷ Die Kriminalpolizei Frankfurt nahm Ermittlungen auf. Die Befragung von Werksangehörigen und Nachbarn ergab, dass in den Adlerwerken Menschen misshandelt und getötet worden waren. Unabhängig davon ermittelten die US-Behörden. Sie waren von ehemaligen italienischen Militärinternierten, die in den Adlerwerken zur Zwangsarbeit eingesetzt gewesen waren, über die Misshandlungen im Werk informiert worden. So wurde der Lagerführer der Unterkunft für die Militärinternierten, Karl Barthelmess, bereits am 25. April 1945 in seiner Wohnung festgenommen.⁸ Der ehemalige Militärinternierte Gino Righi hatte bei den Befragungen durch die US-Behörden die Namen weiterer Betriebsangehöriger genannt, die für den »Tod von ungefähr 1.000 polnischen, russischen und italienischen Arbeitern« verantwortlich seien.⁹ Daraufhin eröffneten die US-Ermittler vom War Crimes Investigation Team 6828 im Juli 1945 den »Frankfurt Mass Murder Case«.¹⁰ Sie nahmen zunächst alle neun

.....

5 Vgl. Gabriele Hammermann, »Das Internierungslager Dachau 1945–1948«, in: *Dachauer Hefte*, 19 (2003), S. 48–70.

6 Zum polnischen Team in Dachau s. Archiwum Instytutu Pamięci Narodowej [Archiv des Instituts für Nationales Gedenken] (AIPN), GK 184, Polska Misja Wojskowa Badania Zbrodni Wojennych [Polnische Militärmission zur Untersuchung von Kriegsverbrechen].

7 Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStAW), 461/37574, Bl. 2, Anzeige, gez. Antifaschistische Organisation Fechenheim, 26.4.1945.

8 National Archives and Records Administration, Washington, D.C. (NARA), RG 319 (AI) 134-B IRR, File Bartelmess (XE129346), Box 41, Arrest Report, 25.4.1945.

9 NARA, RG 549, File 000-12-534, Box 496, Folder 2, Bl. 84, Bericht Captain Meredith Wilson, 5.7.1945.

10 Ebd., Folder 2, Bl. 163 f., Case Progress Sheet, 22.7.1945.

von Righi angegebenen Werksmitarbeiter fest und verhörten sie. Diese erklärten, dass neben der SS-Lagerführung Generaldirektor Ernst Hagemeier und der für die ausländischen Arbeiter zuständige Prokurist Dr. Franz Engelmann, deren Namen Righi nicht erwähnt hatte, maßgeblich für die Zustände im Lager verantwortlich waren.¹¹ Beide wurden Anfang August 1945 ebenfalls in Gewahrsam genommen.

Dass die US-Behörden auch den Hilfswachmann Karl Grass verhafteten, ist in diesen Unterlagen nicht erwähnt. Er wurde am 6. (an anderer Stelle 28.) April 1945 in Neu-Isenburg aufgegriffen und nach Aufenthalt in den Gefängnissen von Offenbach und Frankfurt am 14. Mai 1945 in das Internierungslager Hersbruck gebracht. Was genau zu seiner Verhaftung führte, geht aus den Unterlagen nicht hervor. Es ist unwahrscheinlich, aber nicht ausgeschlossen, dass ehemalige Häftlinge ihn angezeigt haben. Einigen war schon früh die Flucht vom Todesmarsch gelungen, sodass sie sich im April 1945 in Frankfurt befunden haben könnten. Ebenso möglich ist, dass ihn ehemalige Kollegen oder der Anwohner Peter Schwab, der mehrere Hilfswachmänner der Adlerwerke nach dem Krieg anzeigte, bei den US-Behörden meldeten.

In Grass’ in Hersbruck angefertigtem Fragebogen stand als Verhaftungsgrund: »SA-Guard at Polish Workers Camp at Adlerwerke in Frankfurt a/Main from Sept. 1944-1945 under Commando of SS-Totenkopf«. Der Vernehmer Sergeant Krzyżanowski vermerkte am 24. Juli 1945 im Protokoll, dass Grass alle im Verhaftungsbericht erhobenen Anschuldigungen geleugnet, aber nach einem verlängerten Verhör schließlich zugegeben habe, einen polnischen Zwangsarbeiter geschlagen zu haben. »He plays the role of an innocent man, but makes the impression of a shrewed Nazi«, hieß es weiter. Es wurde empfohlen, Grass als »SS-Totenkopf attached personnel«¹² in Internierung zu behalten und auf Direktiven zu warten, wie höhere Stellen mit dieser Kategorie umgehen wollen. Am 6. September 1945 wurde er mit dem Vermerk »to be held for trial by War Crimes Group« in das Internierungslager nach Dachau verlegt.¹³

Wer war Karl Grass und was war seine Rolle im KZ-Außenlager Adlerwerke?

Karl Nikolaus Grass wurde am 27. Juni 1899 in Griesheim am Main geboren. Bis 1913 besuchte er dort die Schule, danach schloss er eine Ausbildung zum Dreher ab. Als einfacher Soldat wurde er im Ersten Weltkrieg an der Front eingesetzt. Seit 1925 arbeitete er als Metall-dreher und technischer Kontrolleur in den Adlerwerken – mit einer

Unterbrechung von 1931 bis 1933; in dieser Zeit war er arbeitslos. Im Jahr 1933 trat er in die NSDAP und die SA ein und avancierte 1935 zum SA-Scharführer. Auf seine nationalsozialistische Grundeinstellung lässt auch schließen, dass er 1942 aus der evangelischen Kirche austrat und sich als »gottgläubig« bezeichnete – eine Formel, mit der sich Nationalsozialisten von den Kirchen und Glaubensgemeinschaften distanzieren. Mit seiner Frau Barbara und fünf Kindern, die bei Kriegsende zwischen fünf und 19 Jahren alt waren, wohnte er in Neu-Isenburg. Seit Ende September 1944 war Grass in den Adlerwerken als Hilfswachmann für die KZ-Häftlinge eingesetzt.

Dass Rüstungsbetriebe eigenes Personal zur Bewachung von zivilen Zwangsarbeitskräften abstellten, war allgemein üblich. Wenn die Unternehmen hingegen KZ-Häftlinge als Arbeitskräfte verwendeten, übernahmen SS-Wachmannschaften die Bewachung der Gefangenen. Im Fall der Adlerwerke stellte jedoch der Baustab unter Oberingenieur Walter Alkier bei Eintreffen der ersten 200 Häftlinge im August 1944 eine eigene Wachmannschaft aus Werksangehörigen zusammen. Der Hintergrund war, dass diese Häftlinge an verschiedenen Orten zu oftmals weiträumigen Lade- und Transportarbeiten sowie nach Bombenangriffen zum Aufräumen von Trümmern und Schutt auf dem Werks-gelände oder in Wohnungen von Adler-Mitarbeitern herangezogen wurden. Die anfänglich elf von der SS gestellten Wachposten erachtete man für diesen bewachungsintensiven Einsatz als nicht ausreichend. Zunächst nur als Überbrückung geplant, wurde die Hilfsmannschaft der Adlerwerke schließlich als ständige Einrichtung beibehalten, in der 20 bis 30 Männer tätig waren. Sie waren ausschließlich für die Baukommandos verantwortlich und nicht in den Werkshallen eingesetzt.

Die Auswahl der Hilfswachleute übernahmen Arbeitseinsatzingenieur Viktor Heitlinger, Franz Engelmann und die Personalabteilung. Zunächst hielt man nach SA-Mitgliedern und nach Personen Ausschau, die bereits Erfahrungen mit der Bewachung von zivilen Zwangsarbeitern hatten. Außerdem spielte die Entbehrlichkeit der Person in den Produktionsabläufen eine Rolle.

Leiter der Hilfswachmannschaft war bis Februar 1945 der Werkmeister im Baustab, SA-Truppführer Wilhelm Reccius. Als sein ständiger Vertreter und ab Februar 1945 Nachfolger fungierte SA-Obertruppführer Karl Faust. Er stand als Hilfsarbeiter in der betrieblichen Hierarchie weit unten, empfahl sich aber durch seinen hohen Rang in der SA für diese Aufgabe. Beide waren langjährige Betriebsangehörige. Für die einzelnen Arbeitseinsätze forderte Reccius flexibel Häftlinge an. Die mit weißen Armbinden gekennzeichneten Hilfswachleute holten die ihnen zugewiesenen Häftlinge (manchmal nur kleine Gruppen von bis zu zehn Personen) aus der Unterkunft ab, führten sie zu ihren Arbeitsplätzen, wiesen die Arbeit an, beaufsichtigten sie währenddessen und brachten sie abends wieder zurück. Die sogenannten Kolonnenführer, die die Oberaufsicht über die einzelnen Baukolonnen hatten, erhielten morgens, wenn sie die Häftlinge in Empfang nahmen, Gewehre aus den Beständen der SS-Wachmannschaft und gaben sie abends wieder ab. Einige Männer



Erkennungsdienstliche Aufnahme von Karl Grass im Internierungslager Dachau (ohne Datum, vermutlich 1945). Foto: Instytut Pamięci Narodowej, Warschau

besorgten sich zusätzlich Schlagstöcke oder Peitschen. Fachlich waren die Hilfswachmänner dem Baubüro unterstellt und erhielten von dort ihre Arbeitsanweisungen. Die Dienstaufsicht übte Engelmann aus, der sie auch über den Umgang mit den Häftlingen instruierte.

Die Hilfswachmänner verhielten sich gegenüber den Häftlingen unterschiedlich. Etliche genossen ihre Machtposition und wandten häufig Gewalt an. Über Karl Faust berichtete einer seiner Kollegen: »Er fühlte sich als kleiner Hitler.« Über die Häftlinge habe er gesagt: »Die gehören geschlagen und nochmals geschlagen.«¹⁴ Der ehemalige Häftling Max Look, der von Faust mehrfach ins Gesicht geschlagen wurde, bekam dabei zu hören: »Der Führer soll euch Verbrecher alle umlegen lassen, anstatt euch zu ernähren!«¹⁵ In einem Fall soll Faust sogar von der SS einen härteren Umgang mit Häftlingen eingefordert haben: So hatte ein SS-Wachmann für die draußen eingesetzten, frierenden KZ-Häftlinge ein Feuer angemacht und ein behelfsmäßiges Regendach aufgestellt.

.....

¹⁴ HHStAW, 461/30007, Bl. 31, Aussage Josef Kurz, 9.4.1946.

¹⁵ Ebd., Bl. 41, Aussage Max Look, 30.4.1946.



Zeitgenössische Außenansicht der Adlerwerke im Frankfurter Stadtteil Gallus. Foto: Bildarchiv Dr. Paul Wolff & Tritschler

Faust sei schimpfend dazugekommen, habe die Flammen ausgetreten, das Dach eingerissen und die Häftlinge zu ihrer Arbeitsstelle getrieben.¹⁶

Die Hilfswachmänner erklärten nach dem Krieg, unter großem Druck gestanden zu haben, da Reccius stets gedroht habe, sie der Gestapo zu melden, falls sie die Häftlinge nicht strengstens antrieben. Reccius schob die Verantwortung für diesen Druck auf die SS-Lagerführung, die insbesondere nach der Flucht von drei Häftlingen im September 1944 mit schweren Strafen drohte, wenn die Hilfswachmänner zu nachsichtig mit den Häftlingen umgehen würden.¹⁷ Es gab jedoch auch Hilfswachmänner, die versuchten, die Gefangenen zu unterstützen und gegen die Gewalttätigkeiten ihrer Kollegen einzuschreiten. So gab Willi Moos nach dem Krieg an, er habe Faust Vorhaltungen wegen seiner Gewalttaten gemacht. Faust habe dies der Betriebsleitung gemeldet, woraufhin er, Moos, von Engelmann zurechtgewiesen

.....

¹⁶ Ebd., Bl. 89 R, Aussage Adolf Griesmeyer, 6.9.1946.

¹⁷ HHStAW, 520/F (A-Z), K 2411, R 4704, Spruchkammerakte Wilhelm Reccius, Bl. 38 f., Aussage Wilhelm Reccius, 2.4.1948.

worden sei.¹⁸ Der Hilfswachmann Josef Kurz wurde gar von der Unternehmensleitung von seiner Aufgabe entbunden, da er »nicht die erforderliche Zurückhaltung gegenüber den Gefangenen gewahrt« habe. Kurz berichtete nach dem Krieg, er habe mit Häftlingen politische Gespräche geführt und sie mit Lebensmitteln unterstützt. Der SA-Mann Heinrich Kiefer habe ihn dabei beobachtet und dann angezeigt.¹⁹ Über das Verhalten von Grass als Hilfswachmann gibt es keine Berichte von Überlebenden. Sein Kollege Josef Kurz erinnerte, dass Grass Büchsen aus der Häftlingsküche entwendet habe.²⁰

Am 4. Oktober 1945 wurde Karl Grass das erste Mal von den US-Ermittlern in Dachau vernommen. Er nannte zahlreiche Namen, sowohl von SS- als auch Hilfswachmännern. Als Verantwortliche vonseiten des Unternehmens gab er Franz Engelmann als »Chef der ausländischen Arbeiter«, dessen Assistenten und Verbindungsmann zwischen Fabrik und Polizei Dr. Schüz sowie Ingenieur Heitlinger an.²¹ Am 5. Oktober 1945 legte er in Dachau eine Selbsterklärung in deutscher Sprache ab, die seine ausführlichste Aussage im gesamten Verfahren bleiben sollte. Die von Grass darin gemachten Angaben zum Lager entsprechen im Großen und Ganzen den Informationen, die Überlebende von den Verhältnissen gaben oder die durch erhaltene Dokumente belegt sind. Es kann konstatiert werden, dass Grass seine (eingeschränkte) Perspektive auf das Geschehen wahrheitsgemäß beschrieb, obwohl er die massive Unterversorgung nur andeutete und anzunehmen ist, dass er eigene Gewalttaten verschwieg.

Entscheidung in Dachau

Im Sommer 1946 begann die US-Militärführung, geringer Belastete aus den überfüllten Internierungslagern zu entlassen. Die langfristige Inhaftierung von vielen Zehntausenden Menschen war ein großer Kostenfaktor und ließ sich, da viele ohne konkreten Tatverdacht einsaßen, auf Dauer nur schwer rechtfertigen. Ohnehin standen die politischen Signale der US-Führung auf Entspannung mit den Deutschen.²² Die Überprüfung und eventuelle Bestrafung der NS-Belasteten sollte künftig den deutschen Spruchkammern überlassen werden.

Ab Herbst 1946 drängten die US-Behörden die ausländischen Ermittlerteams, ihre Auslieferungsersuchen zügig zu stellen. Die Prüfung von Fällen durch das polnische Team in Dachau lief daraufhin auf Hochtouren. Auch die Entscheidung zur Auslieferung von Karl Grass

fiel in dieser Zeit. Am 1. September 1946 schickte der in Dachau tätige polnische Ermittlungsoffizier Norbert Szuman neun Namen (darunter Karl Grass) an die polnische Militärmission zur Untersuchung von Kriegsverbrechen nach Wiesbaden, um zu prüfen, ob bereits Auslieferungsanträge gestellt worden sind. Falls nicht, solle man dies tun.²³ Der Auslieferungsantrag für Karl Grass wurde am 8. Oktober 1946 gestellt.²⁴ Zugeordnet wurde Grass letztendlich dem Auslieferungs-transport vom 25. Februar 1947. Dieser war mit 676 mutmaßlichen Kriegsverbrechern der größte Auslieferungstransport aus der US-Zone nach Polen und sogar der *New York Times* eine Meldung wert.²⁵

Als im Herbst 1946 über das Vorgehen im Fall Karl Grass entschieden wurde, waren der Generaldirektor der Adlerwerke, Ernst Hagemeier, und der für die Zwangsarbeitskräfte zuständige Franz Engelmann in Dachau interniert. Ihre Fälle wurden jedoch nicht mit dem Fall Grass zusammengeführt. Die US-Ermittlungsunterlagen zum Frankfurter Außenlager Katzbach erwähnen Grass nicht. Die Amerikaner hatten die polnischen Ermittler bereits im Frühjahr 1946 routinemäßig darüber informiert, dass sie wegen des Massensterbens in den Frankfurter Adlerwerken ermittelten und auch polnische Staatsbürger davon betroffen waren. Sie boten an, die Akten bei Interesse zugänglich zu machen.²⁶

Die Überprüfung von Hagemeier und Engelmann durch die US War Crimes Group erfolgte erst im März 1947. In dieser Zeit war man in der US-Zone dazu übergegangen, Fälle, bei denen die Beweislage dünn war, bei deren Opfern es sich nicht um eigene Staatsbürger handelte und die sich nicht den in den Dachauer Prozessen relevanten KZ-Komplexen zuordnen ließen, schnellstmöglich zu schließen. Da das Frankfurter Lager als Außenlager von Natzweiler nicht zu diesen KZ-Komplexen gehörte und keine US-Bürger involviert waren, war sich der Gutachter der US War Crimes Group schon nicht mehr sicher, ob der Verbrechenskomplex Adlerwerke überhaupt noch zu den von den US-Behörden verfolgten Straftatbeständen gehörte.²⁷ Da jedoch polnische Staatsbürger zu den Opfern zählten, machte der für die Auslieferungen zuständige Stellvertretende Oberste Militärjurist, Colonel Clio E. Straight, Anfang April 1947 der polnischen Militärmission zur Untersuchung von Kriegsverbrechen erneut das Angebot, den Frankfurter Fall zu prüfen.²⁸

Die polnischen Ermittler hatten im Herbst und Winter 1946 unter immer größerem Zeitdruck und mit wenig Personal Tausende von

^[1] AIPN, GK 184/21, Bl. 100, Notiz von Norbert Szuman, 1.9.1946.

^[2] AIPN, GK 296/170, Bl. 80, Henryk Gielb an Military Governor, 8.10.1946.

^[3] »600 sent to Poland for Trials«, in: *New York Times*, 27.2.1947, S. 10.

^[4] NARA, RG 549, File 000-12-534, Box 496, Folder 1, Bl. 27, Schreiben Col. Mickelwait an verschiedene Militärmissionen. Das Datum ist nicht notiert, aber da Mickelwait noch Deputy Theater Judge Advocate war, muss es vor Juni 1946 verfasst worden sein.

^[5] Ebd., Folder 2, Bl. 12, Status Report, 21.3.1947.

^[6] Ebd., Bl. 11, Deputy Theater JA Straight an polnische Militärmission, 2.4.1947.

Fällen durchgearbeitet. Dem Vorhaben der Alliierten, die Auslieferungspolitik zu beenden, war man schließlich mit der Entscheidung begegnet, von Massenauslieferungen abzusehen und sich nur noch auf besonders belastete Täter zu konzentrieren, für die ausreichend Beweismaterial vorhanden war. Diese Tendenz, die sich seit November 1946 abgezeichnet hatte, wurde im Januar 1947 offizielle Vorgehensweise.²⁹ Der Chef der polnischen Militärmission zur Untersuchung von Kriegsverbrechen, Marian Muszkat, wies an, nun »von Quantität auf Qualität umzuschwenken«. ³⁰Für Hagemeier und Engelmann meldeten sie kein Interesse bei den Amerikanern an, was zu diesem Zeitpunkt einer Freilassungsentscheidung gleichkam, da auch kein anderes Land eine Strafverfolgung anstrebte.

Insbesondere für Hagemeier lag entlastendes Material vor. Er konnte ein Schriftstück vorweisen, das seine Entlassung aus der SS im Jahr 1937 bescheinigte, unter anderem wegen »geschäftliche[r] Beziehungen zu Juden«. ³¹Auch baten der neue Vorstand und der Betriebsrat der Adlerwerke in einem Schreiben dringend um seine Freilassung, da er beim Wiederaufbau des Werks schmerzlich vermisst werde. Die KZ-Häftlinge wie auch alle ausländischen Arbeiter seien in den Adlerwerken »nach Recht und Menschlichkeit« behandelt worden.³² Zudem hatte der ehemalige Dachauer Funktionshäftling Karl Johann Wagner, der Hagemeier im Internierungslager Zuffenhausen kennengelernt hatte, erklärt, dass vor allem sehr kranke Häftlinge aus Dachau nach Frankfurt gebracht worden seien.³³ Hier handelte es sich um eine Verwechslung Wagners, die Hagemeier jedoch gut passte, da er selbst stets die schlechte körperliche Verfassung der Häftlinge bei Ankunft im Lager als Erklärung für die vielen Todesfälle anführte. Außerdem hatte Hagemeier während seiner Dachauer Internierung ausgerechnet bei der US War Crimes Group gearbeitet. Dr. Mieczysław Dortheimer, ein polnisch-jüdischer Überlebender, der aufgrund seiner Fremdsprachenkenntnisse und juristischen Ausbildung für diese Abteilung tätig war, stellte Hagemeier ein positives Zeugnis aus. Dieser habe ihn von August 1946 bis März 1947 als Verwaltungskraft unterstützt, sich in dieser Zeit als »sehr tüchtig und zuverlässig erwiesen und einen vornehmen Charakter offenbart. Dank seiner Fähigkeiten und seiner Erfahrung erledigte Herr Hagemeier alle ihm anvertrauten Obliegenheiten zur vollsten Zufriedenheit dieses Büros.«³⁴

^[7] AIPN, GK 184/3, Bl. 22, GK 184/35, Bl. 32, Befehl Muszkat o.D. [Nov. 1946], Muszkat an Mission Bad Salzuflen, 9.1.1947.

^[8] Ebd., Bl. 39, Anordnung Muszkat, 10.1.1947.

^[9] NARA, RG 549, File 000-12-534, Box 496, Folder 2, Bl. 167 f., SS-Brigadeführer Scharfe, Reichsführer SS an Ernst Hagemeier, 23.1.1937.

^[10] Ebd., Folder 1, Bl. 22–25, Sörensen, Battenberg u.a. an Oberstleutnant Phelps, 17.9.1945.

^[11] NARA, RG 319 (AI) 134-B, File Engelmann (XE 164572), Eidesstattliche Erklärung Karl Johann Wagner, 1.9.1946.

^[12] HHStAW, 520/F (A-Z), R 4638, K 1409, Spruchkammerakte Ernst Hagemeier, Schreiben Mieczyslaw Dortheimer, Dachau Detachment der 7708 War Crimes Group, 7.5.1947.

Dass diese Schriftstücke wirklich ausschlaggebend für Hagemeiers Freilassung waren, darf jedoch bezweifelt werden. Schließlich sind auch Engelmann und Barthelmess in dieser Zeit aus der Internierung entlassen worden, obwohl für sie kein Entlastungsmaterial vorlag. Die Freilassung des Adlerwerke-Führungspersonals war vermutlich der Tatsache geschuldet, dass ihr Fall zu einem Zeitpunkt auf den Tisch kam, als sich die Politik geändert hatte und großzügiger entlassen wurde.

Es kann jedoch darüber spekuliert werden, ob der Frankfurter Fall anders eingestuft worden wäre, wenn der neue Vorstand und Betriebsrat der Adlerwerke zu einem früheren Zeitpunkt und anders agiert hätten. Für beide Gremien überwog jedoch das Interesse an der erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung des Betriebs, für die man die Expertise Hagemeiers als unverzichtbar ansah. Der Betriebsratsvorsitzende Karl Rehkopf sagte auch im späteren Spruchkammerverfahren zugunsten von Hagemeier aus, belastete aber Hilfswachmänner »in Außenstellen«, darunter Karl Grass – möglicherweise, weil dieser zu der Zeit bereits in polnischer Untersuchungshaft saß und nicht mehr vor Strafverfolgung geschützt werden musste.³⁵

Der Fall des KZ-Außenlagers Mannheim-Sandhofen zeigt, dass Betriebsräte keineswegs immer für die Unternehmensleitung eintraten. Das Lager, in dem Häftlinge untergebracht waren, die für Daimler-Benz in Mannheim arbeiten mussten, hatte eine ähnliche Geschichte wie das Frankfurter Außenlager. Die nach Kriegsende neu eingesetzten Betriebsräte von Daimler-Benz hatten ihre Vorgesetzten bei der amerikanischen Militärbehörde angezeigt und ihnen vorgeworfen, maßgeblich zur Hinrichtung eines polnischen Häftlings beigetragen zu haben. Direktor Robert Staffin und Abteilungsleiter Karl Daniel Platzer wurden am 18. Dezember 1946 nach Polen ausgeliefert und am 7. Dezember 1948 vom Bezirksgericht in Warschau zu acht beziehungsweise fünf Jahren Haft verurteilt. Auch Peter Herzberger, ein Elektriker bei Daimler-Benz in Mannheim, musste wegen der Misshandlung von polnischen Zwangsarbeitern eine fünfjährige Haftstrafe in Polen verbüßen.³⁶ Charakter und Schwere der Taten von Staffin und Platzer waren denen von Hagemeier und Engelmann vermutlich ähnlich. Die erfolgte beziehungsweise nicht erfolgte Auslieferung jedoch allein den Aktivitäten des jeweiligen Betriebsrats anzulasten, greift zu kurz. Zufälle und zeitliche Konjunkturen spielen eine Rolle, wenn es um die Frage geht, warum Einzelne ausgeliefert wurden und andere nicht. Zwar hatte der Vorwurf, für das Massensterben in den Adlerwerken verantwortlich zu sein, dafür gesorgt, dass Hagemeier und Engelmann 20 Monate in

^[13] Ebd., Aussage Karl Rehkopf, 20.2.1948.

^[14] Vgl. Kobierska-Motas, *Ekstradycja*, S. 103, 183, 217. Für eine Dokumentation des Falls s. Angelika Ebbinghaus (Hrsg.), *Das Daimler-Benz-Buch. Ein Rüstungskonzern im Tausendjährigen Reich*, Nördlingen 1987, S. 543–558.

29-2101
29-1210

FORM 3JA-WC 6a

Before me, Jacobus Kuntz, being authorized to administer oaths, personally appeared Karl G. Grasse, who, being by me first duly sworn in German, made and subscribed the following statement in his own handwriting:

24
69
47

Ende September anfangs Oktober des Jahres 1944 wurde ich Karl Grasse geb. 21. Juni 1899, wohnhaft in Neu-Isschirig Tannenweg 26, von Meisler Regierung vom Männer Arbeitsstelle in den Arbeitshaus Frankfurt III gerufen, derselbe teilte mir mit, daß ich von jetzt an der Aufreichtsmannschaft der Baukommando der polnischen Schutzgefangene zugeordnet sei. Unsere Arbeit bestand im Anfangen von zerstörten Häusern, Werkstätten, Holzeisen, Kohlen holen Mannarbeitern u.s.w. Die Arbeitszeit war von 7-12 und von 1-5 Uhr abends. Das gesamte Arbeitskommando bestand ungefähr aus 1200 - 1400 Mann. Das gesamte Lager war den von mir bereits namentlich angegebenen S. J. Führern und S. J. Mannschaften unterstellt. Die Unterbringung war im Werk selbst. Sie bestand aus Schlafsaal, Speisesaal, Waschküchen, Krankenrevier. Die Betten waren zum Teil mit zwei Männern belegt. Ungeziefte war viel vorhanden, sodass eines Tages sämtliche Räume desinfiziert wurden. Während dieser Zeit waren die Gefangenen in Luftschütz Keller untergebracht. Nach einer ähnlichen Unterscheidung wurde ein Teil der Gefangenen in ein anderes mir unbekanntes Lager überführt. Behandelt wurden die Kranken von 2 polnischen und einem Arzt der sein Finken seiner Lager No. bring.

I

Karl Grass' Selbsterklärung, abgelegt am 5. Oktober 1945 in Dachau. Quelle: Instytut Pamięci Narodowej, Warschau

US-Internierung verbrachten und nicht wie die anderen im Sommer 1945 festgenommen Unternehmensmitarbeiter schon nach wenigen Tagen und Wochen entlassen wurden. Fatal war jedoch, dass der Vermerk »cleared of war crimes« auf ihren Entlassungspapieren auch spätere Versuche einer Strafverfolgung vereitelte.

Das Warschauer Strafverfahren gegen Karl Grass

Nach seiner Ankunft in Polen im Februar 1947 saß Karl Grass zunächst im Warschauer Gefängnis Mokotów in Untersuchungshaft.

50
25 70
58

Was die Todesfälle betrifft wurde mir von einem Häft-
gefangenen erklärt, es seien viele Erkrankte und unterernährte
unter ihnen. Der Abtransport der Toten geschah in
Tüchern in denen oft 2 Tote lagen nach dem Friedhof
in Grandfield Pl. Nach meinem Befragen eines
I.S. Mannes erklärte dieser es sind heute 14 Männer
gestorben. Beim Abladen von Brot oder Kartoffeln
das unter Aufsicht der I.S. vor sich ging, gab er manche
Strafe, wenn sich ein Häftling Brot oder Kartoffel
erlaubte. Die Strafe bestand im Schlagen oder im
Entzug von Essen welche von Capos eingeführt
wurde. Bei einem Frühstücksmahl mußte ein Häftling
1 Tag und 1 Nacht stehen und durfte sich nur ab-
und zu für kurze Zeit auf einen Stuhl setzen.
Anfangs 1945 wurden 2 Häftlinge und einige Tage
später 1 Häftling erhängt. Vor diesem Urteil fühlte
und vollzog nichts ich nicht. Den jüngsten Lager-
insassen hatte 14 Jahre alte Singsen hatte die I.S.
in gemeiner Weise die Namen Helen und Elsie
gegeben. Kurz vor meinem Weggang von dem
Banbury wurde ein Häftling auf der Straße
morgens zwischen 5+6 Uhr auf der Straße von einem
I.S. Posten erschossen.

Der Banbury der morgens von Herrn Farnst aufgestellt
wurde in Trupps von 2 bis zu 10 Männern ging
dann an die Arbeit. Bis 10 Häftlinge waren 1-2
Aufsichtsmänner dabei. Lats in den einzelnen Trupps
eine Obseize angeordnet wurde mußte ich nicht
niedersprechen. Vor aber der einzelne Mann war
Mann ich nicht sagen weil die Trupps gehen und arbeiten.

II
Häftling

Am 10. Juni 1947 wurde sein Fall dem Bezirksgericht Warschau zugeordnet, das die Ermittlungen offiziell aufnahm. Bei seiner Vernehmung am 13. Februar 1948 erklärte er, dass er als technischer Kontrolleur der Adlerwerke polnische Zwangsarbeiter geschlagen habe. Vorher habe er keinen Kontakt zu Polen gehabt. Im Herbst 1944 sei er Karl Faust zugewiesen worden, der täglich 40 bis 50 ausländische Zwangsarbeiter von der SS entgegengenommen habe. Faust habe ihm jeweils vier bis fünf polnische Arbeiter zugeteilt und angewiesen, welche Arbeit diese auszuführen hätten. Er selbst habe die polnischen Arbeiter gut behandelt und ihnen Brot gegeben. Sie hätten ihn »Onkel« genannt. Weil er sich zu gut mit den Polen

265
71
49

Längere Zeit arbeitete ich mit meinem Kameraden
Baker und 10 Häftlingen zusammen im Werk II
während dieser Zeit gab es kein böses Wort von
Baker oder mir. Einmal sagte ein Häftling
mit der № 8687 vor Herrn Faust haben wir
Angst weil er immer so schreit und grob ist.
Von Herrn Fr. Engelmann der mein erster
Vorgesetzter war wurde uns die Unterhaltung
mit den Häftlingen untersagt und doch
habe ich aus purer Menschlichkeit manchem
Häftling Medikamente besorgt. Von dem
Bautrupps ging ich am 10. März 1945 weg.

verhaftet wurde ich am 6. April 1945 in der Leinwand
introduziert nach Offenbach 10. " "
" " Frankfurt 24. " "
" " Hersbrink 14. Mai "
" " Dachau 6. September 1945.

III

Karl Graf

verstanden habe, sei er aus der Fabrik vertrieben worden. Zeuge dafür sei Direktor Engelmann, letzter Aufenthalt Dachau. Einmal, als ein Gebäude nach einem Bombenangriff aufgeräumt werden musste, habe ein Häftling ein verschimmeltertes Brot gefunden und es essen wollen. Über einen Dolmetscher habe er ihm mitgeteilt, dass das gesundheitsschädlich sei und er das nicht tun dürfe. Als er es trotzdem essen wollte, habe er ihn so geschlagen, dass das Brot herunterfiel.³⁷

52
24
72
D

Ich Karl Grafs erkläre hiermit, daß ich einen polnischen Häftling, der meiner Aufforderung verschimmeltes Brot, das er gefunden hatte vorzuwerfen nicht nachkommen mit der Hand geschlagen habe.

Diese Erklärung ist von mir auf vier Seiten, mit eigener Hand, in Dachau, Deutschland, am 5. Oktober 1945, um 10.30 Uhr, freiwillig und ohne Zwang niedergeschrieben worden. Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen, dass ich nichts als die leutere Wahrheit sagen, nichts verschweigen und nichts hinzufügen werde.

Karl Grafs

Subscribed and sworn to before me at Dachau, GERMANY, this 5th day of Oct., 1945.

Hans Jürgen Mac
Investigating Officer

FORM 3JA-WC66

Über ein Jahr später, am 15. August 1949, erfolgte die Anklage. Grass wurde darin vorgeworfen, NSDAP- und SA-Mitglied gewesen zu sein und polnische Arbeiter im Werk schlecht behandelt zu haben. Im Herbst 1944 habe er einen Polen so geschlagen, dass ihm Brot aus dem Mund gefallen sei.³⁸ Die rechtliche Grundlage für das Verfahren stellte das Augustdekret dar, das 1944 speziell für die Ahndung von NS-Verbrechen erlassen worden war. Es sah für die Tötung von

.....

³⁸ Ebd., Bl. 8 f., S. 34 f., Anklage gegen Karl Grass durch Staatsanwalt Rudziewicz, 15.8.1949.

Zivilisten, Soldaten oder Kriegsgefangenen die Todesstrafe vor. Wenn dem polnischen Staat oder seinen Bürgerinnen und Bürgern »auf andere Weise« geschadet wurde, waren Haftstrafen von drei Jahren bis lebenslänglich möglich.³⁹ Als Beweisgrundlage dienten Grass’ Dachauer Aussage vom 5. Oktober 1945 und seine Warschauer Aussage vom 13. Februar 1948. Rein rechtlich war keine weitere Beweisaufnahme mehr nötig, da er durch seine Tätigkeit für die SS, die Mitgliedschaft in NSDAP und SA und die Gewaltanwendung gegen einen polnischen Staatsangehörigen alle Kriterien für eine dreijährige Haftstrafe erfüllte.

Am 12. Dezember 1949 bat Karl Grass, der sich zu diesem Zeitpunkt in der Krankenstation des Gefängnisses Mokotów befand, in polnischer Sprache um die Zuteilung eines Pflichtverteidigers. Er habe keinen Kontakt mit seiner Familie und sei schwer an offener Tuberkulose erkrankt. Eigentlich bräuchte er andere klimatische Verhältnisse, da sonst sein Leben bedroht sei. Seine Einstellung gegenüber Polen sei immer freundlich gewesen.⁴⁰

Die Hauptverhandlung fand am 21. Dezember 1949 in Anwesenheit eines Richters, zweier Schöffen, eines Staatsanwalts, eines Protokollanten und eines Übersetzers statt. Die Anwesenheit eines Verteidigers geht aus dem Protokoll nicht hervor. Grass bekannte sich nicht zu den Tatvorwürfen. Die Gewalt gegen einen Polen rechtfertigte er erneut damit, dass er ihn davon abhalten wollte, verschimmeltes Brot zu essen. Ansonsten habe er sich gut gegenüber den polnischen Häftlingen verhalten und habe ihnen Sirup gegen Halsschmerzen und Medikamente besorgt. Er bat um seine Freilassung, da er lungenkrank sei.⁴¹ Das Urteil lautete auf eine dreijährige Haftstrafe nach Artikel 2 des Augustdekrets unter Anrechnung seiner Untersuchungshaft, die jedoch erst ab dem offiziellen Ermittlungsbeginn am 10. Juni 1947 zählte. Am 10. Juni 1950 wurde Grass nach der Verbüßung seiner Strafe aus dem Gefängnis entlassen.⁴² Vermutlich kehrte er daraufhin zu seiner Familie nach Neu-Isenburg zurück. Als die Zentrale Stelle der Landesverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg 1969 im Zuge neuerlicher Ermittlungen zum KZ-Außenlager der Adlerwerke nach ehemaligen Wachmännern suchte, erfuhr sie vom zuständigen Einwohnermeldeamt, dass Karl Grass am 26. Januar 1960 in Neu-Isenburg verstorben war.⁴³

.....

39 Relevant war hier die Fassung des Augustdekrets vom 11.12.1946, abgedruckt in: *Dziennik Ustaw*, Nr. 69, Poz. 377.

40 AIPN, GK 296/170, Bl. 30, Bitte um Zuteilung eines Pflichtverteidigers, 14.12.1949.

41 Ebd., Bl. 18–23, Protokoll der Hauptverhandlung, 21.12.1949.

42 Ebd., Bl. 32, Vermerk vom 20.6.1950.

43 Bundesarchiv (BArch), B 162/B 3949, Bl. 409, Vermerk vom 27.10.1969, Ortspolizeibehörde der Stadt Langen.

Fazit

Der Prozess gegen Karl Grass kann als ein Schnellprozess beurteilt werden, bei dem sich niemand mehr die Mühe machte, gründlicher zu ermitteln und Zeugen ausfindig zu machen. Ob vergessen wurde, die Anwesenheit eines Verteidigers im Protokoll zu vermerken, oder ob tatsächlich kein Verteidiger vor Ort war, geht aus den Unterlagen nicht hervor. In ähnlichen Prozessen waren den Angeklagten in der Regel Verteidiger zur Seite gestellt, die jedoch lediglich um eine Bestrafung im Rahmen der Gesetze baten und auf Prozessverlauf und Urteilsfindung kaum Einfluss nahmen. Hatten die polnischen Ermittler für die ersten großen und öffentlichkeitswirksamen KZ-Prozesse vor dem Obersten Nationaltribunal noch über die Presse, über Häftlingsverbände und öffentliche Aushänge nach Zeugen gesucht, so war das Interesse an Fällen wie dem von Grass so gering, dass nicht einmal mehr die Häftlingsverbände kontaktiert wurden. An einer Aufklärung der Zustände im Lager der Adlerwerke, in dem so viele Männer aus Warschau ums Leben gekommen waren, hatte die polnische Justiz nach mehreren Jahren kosten- und ressourcenintensiver NS-Prozesse kein Interesse mehr. Inzwischen wurde den Verfahren gegen vermeintliche und tatsächliche Gegner des neuen kommunistischen Regimes größeres politisches Gewicht beigemessen. Aus diesen Gründen wurden Władysław Jarocki und die anderen Warschauer Überlebenden um ihre Aussage in einem polnischen Adlerwerke-Prozess gebracht.

Auch in Deutschland mussten sich zwei Hilfswachmänner wegen Gewalttaten an KZ-Häftlingen in den Adlerwerken vor Gericht verantworten.⁴⁴ Dass es im Fall der Adlerwerke ausschließlich Hilfswachmänner waren, die wegen Gewalt gegen Häftlinge zu Haftstrafen verurteilt wurden, ist kein Zufall. Anders als die ehemaligen SS-Männer lebten sie in Frankfurt und Umgebung und waren daher für die Justiz leicht auffindbar. Da sie konkrete Gewalttaten ausgeübt hatten, an die sich viele erinnern konnten, versprach eine Beweisführung guten Erfolg. Die Verfahren gegen den 55-jährigen Heinrich Kiefer und den 61-jährigen Karl Faust waren 1946 aufgrund von Anzeigen des Werksanwohners Peter Schwab in Gang gekommen, der die Situation der Häftlinge genau beobachtet hatte. In diesem Zusammenhang wurde auch nach Karl Grass als Zeugen gesucht. Seine ehemaligen Kollegen wussten anderthalb Jahre nach Kriegsende allerdings nur gerüchteweise, wo er sich befand. Betriebsratsmitglied Bruno Michel war überzeugt, dass gegen Grass bereits ein Verfahren gelaufen und er zu einer »größeren Gefängnisstrafe« verurteilt worden sei.⁴⁵ Auch Josef Kurz hatte gehört, dass Grass inhaftiert sei.⁴⁶ Letztendlich machte die Frankfurter Kriminalpolizei seinen Bruder

.....

44 Für einen Überblick zur Strafverfolgung s. Rudorff, *Katzbach – das KZ in der Stadt*, S. 295–328.

45 HHStAW, 461/37574, Bl. 55, Aussage Bruno Michel, 7.11.1946.

46 Ebd., Bl. 56, Aussage Josef Kurz, 7.11.1946.

Heinrich in Frankfurt-Griesheim ausfindig, der mitteilen konnte, dass sich Karl Grass im Internierungslager Dachau befand.⁴⁷

Kiefer wurde schließlich im Februar 1946 zu sieben Monaten Gefängnis, Faust im September 1946 wegen einfacher Körperverletzung in zwölf Fällen und gefährlicher Körperverletzung in elf Fällen zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Beweisgrundlage waren die Aussagen der Kollegen und des deutschen Überlebenden Max Loock. Ein weiteres Verfahren gegen den Leiter der Hilfswachmannschaften, Wilhelm Reccius, kam aus ungeklärten Gründen nicht zustande.

Schon die Zeitgenossen erkannten, dass die Verfahren gegen die Hilfswachmänner angesichts des Ausmaßes der Verbrechen nicht ausreichten. Der Frankfurter Gerichtsreporter Rudolf Eims beendete seinen Artikel über das Urteil gegen Faust mit den Worten: »Neben dem Wachmann Faust fehlte der Direktor Hagemeier auf der Anklagebank.«⁴⁸ Dieser befand sich zu dieser Zeit im Dachauer Internierungslager. Wie es mit ihm weitergehen würde, war noch nicht entschieden. Dem Lagerführer des KZ-Außenlagers, Erich Franz, war es gelungen, bis in die 1960er Jahre unbehelligt in Wien zu leben. Nachdem er im Rahmen neuerlicher Ermittlungen aufgespürt worden war, wurde das Verfahren an die österreichische Justiz abgegeben, die es zügig einstellte. Auch der stellvertretende Lagerführer, Emil Lenzdian, der wegen seiner Brutalität von den Häftlingen besonders gefürchtet war, entging einer Strafverfolgung, obwohl er im Rahmen der polnischen Ermittlungen zum nahegelegenen Außenlager Geisenheim gesucht wurde, wo er ab Januar 1945 Lagerführer gewesen war.⁴⁹ Drei Aufseherinnen aus diesem Lager waren im Oktober 1947 vom Bezirksgericht Toruń zu Haftstrafen verurteilt worden. Zu einer Auslieferung Lenzdians kam es jedoch nicht. Er starb 1956 in Mönchengladbach, ohne für seine Verbrechen zur Verantwortung gezogen worden zu sein.

Es hätte übrigens für die nach Polen zurückgekehrten ehemaligen Häftlinge eine zweite Chance gegeben, vor Gericht über ihre Erfahrungen im KZ-Außenlager Katzbach zu sprechen. Als die Oberstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main in den 1960er Jahren erneut zu diesem Verbrechenkomplex ermittelte, bat sie die polnische Hauptkommission zur Erforschung der hitlerfaschistischen Verbrechen, den Überlebenden Kazimierz Doszla zu befragen. Dieser war – damals im bayrischen DP-Lager Wildflecken lebend – bereits bei den frühen Ermittlungen zeugenschaftlich vernommen worden.⁵⁰ Um die Ermittlung weiterer in Polen lebender Zeugen bat sie nicht. Zwei Jahre später lag Doszlas Aussage vor. Einer Bitte, sie um Täternamen zu ergänzen, wurde nach

.....

47 Ebd., Bl. 81 R, Vermerk Kriminalassistent Göbel, 15.11.1946.

48 Rudolf Eims, »Hungernde Häftlinge starben. Ein trübes Kapitel aus den Adler- Werken«, in: *Frankfurter Rundschau*, 10.9.1946.

49 The Central Registry of War Criminals and Security Suspects. Consolidated Wanted List, March 1947, S. 252, http://www.unwcc.org/unwcc-archives/ (12.5.2022).

50 HHStAW, 461/37574, Bl. 81, 126 R, Aussage Kazimierz Doszla, 2.12.1946.

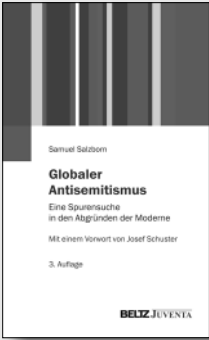
einem weiteren Jahr Folge geleistet.⁵¹ Auch Doszla und die Hauptkommission unternahmen zu diesem Zeitpunkt keine Anstrengungen, weitere Zeugen zu benennen. Möglicherweise bezweifelte man, dass die bundesdeutsche Justiz eine ernsthafte Strafverfolgung betrieb.

Die historische Forschung hat die polnische Strafverfolgung von Verbrechen an Zwangsarbeitskräften und KZ-Häftlingen bisher nur unzureichend in den Blick genommen. Es ist davon auszugehen, dass an etlichen Orten der Zwangsarbeit, an denen heute möglicherweise sogar Gedenkstätten existieren, nicht bekannt ist, dass es in Polen Verfahren gegen dortiges Wachpersonal, Werksangehörige oder Funktionshäftlinge gab. Besonders tragisch ist, wenn – wie in diesem Fall – die Überlebenden nicht von diesen Prozessen erfuhren. Ihnen wurde damit nicht nur die Möglichkeit versagt, ihre Lagererfahrungen vor Gericht darzulegen, sondern auch die Genugtuung darüber, dass zumindest einige ihrer Peiniger für ihre Verbrechen juristisch zur Verantwortung gezogen worden sind.

.....

51 Ebd., Bl. 862, 916 ff., Aussage Kazimierz Doszla, 22.8.1967, Czesław Pilichowski an OStA FfM, 28.8.1968.

Anzeige



Samuel Salzborn

Globaler Antisemitismus

Eine Spurensuche in den Abgründen der Moderne

Mit einem Vorwort von Josef Schuster

3. Auflage

BELTZ JUVENTA

3., überarbeitete und ergänzte Auflage 2022

267 Seiten, Hardcover

€ 29,95

ISBN 978-3-7799-7038-5

www.juventa.de

BELTZ JUVENTA

Ein Oskar-Schindler-Platz für Frankfurt

Zur Debatte um einen Erinnerungsort im öffentlichen Raum

Von Sybille Steinbacher



Prof. Dr. Sybille Steinbacher ist Direktorin des Fritz Bauer Instituts und Professorin für die Erforschung der Geschichte und Wirkung des Holocaust am Historischen Seminar der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Veröffentlichungen (Auswahl): (mit Saul Friedländer, Norbert Frei und Dan Diner), *Ein Verbrechen ohne Namen. Anmerkungen zum neuen Streit über den Holocaust*, München 2022; (Hrsg. mit Karola Fings), *Sinti und Roma. Der nationalsozialistische Völkermord in historischer und gesellschaftlicher Perspektive*, Göttingen 2021; *Auschwitz. Geschichte und Nachgeschichte*, 5. Aufl., München 2020.

Der hier veröffentlichte Vortrag wurde auf einer vom Dezernat für Kultur und Wissenschaft der Stadt Frankfurt am Main und dem Fritz Bauer Institut gemeinsam organisierten Veranstaltung am 24. Juni 2022 im Chagallsaal der Frankfurter Oper gehalten; für die Publikation wurde der Text leicht überarbeitet.

Foto: Niels P. Jørgensen

Frankfurt diskutiert schon seit einigen Jahren darüber, den Bahnhofsvorplatz, der bisher namenlos ist, nach Oskar Schindler zu benennen. Im Januar 2021 setzte sich der zuständige Ortsbeirat mit einem Antrag dazu auseinander. Erwogen wurde, an den Magistrat heranzutreten, damit dieser Gespräche mit der Deutschen Bahn führe, in deren Besitz der Platz ist. Beschlossen wurde dies jedoch nicht, der Antrag vielmehr einstweilen zurückgestellt.¹ – Ziel dieses Vortrags ist es, die Idee der Platzbenennung zu unterstützen und gewissermaßen Schwung in die Sache zu bringen.²

Eine Oskar-Schindler-Straße gibt es in Frankfurt seit 1976/77 zwischen Bonames und Nieder-Eschbach. Sie ist klein und nicht sehr prominent am nördlichen Stadtrand gelegen. Der Platz vor dem Hauptbahnhof wäre an Prominenz dagegen kaum zu überbieten; idealiter würde er sowohl nach Oskar als auch Emilie Schindler, seiner Ehefrau, benannt. Unmittelbar gegenüber vom Hauptbahnhof, im Haus Nummer vier, hat Oskar Schindler nach dem Zweiten Weltkrieg viele Jahre lang gewohnt. Dort befindet sich eine Gedenktafel für ihn. Mit der Tafel und einer Feierstunde im Römer ehrte ihn die Stadt Frankfurt im Oktober 1996, drei Jahre nachdem ihm durch Steven Spielbergs Film SCHINDLER LISTE weltweit ein filmisches Denkmal gesetzt worden war.

Dass es zwischen Schindler und Frankfurt einen Bezug gab, ist nicht sehr bekannt. Nach Kriegsende ging Oskar Schindler zunächst

1 »Oskar-Schindler-Platz für Frankfurt – durch Streit gebremst«, in: *Frankfurter Neue Presse*, 26.2.2021; »Ein Platz für Oskar Schindler«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 29.4.2021.

2 In der Veranstaltung am 24.6.2022 folgte auf den Vortrag eine Podiumsdiskussion mit Prof. Dr. Dr. Michel Friedman (Frankfurt University of Applied Sciences und Center for Applied European Studies) und Dr. David Dilmaghani (Leiter des Dezernatsbüros des Kultur- und Wissenschaftsdezernats der Stadt Frankfurt), moderiert von Sybille Steinbacher. Zur Videoaufzeichnung der Veranstaltung: www.fritz-bauer-institut.de/oskar-schindler-platz-2022-06-24 (28.9.2022).

gemeinsam mit seiner Frau nach Konstanz, bald nach München und Regensburg, dann nach San Vicente in Argentinien und schließlich 1957 – ohne sie – nach Frankfurt am Main. Hier lebte er 17 Jahre lang bis zu seinem Tod 1974.³

Dieter Trautwein, Propst der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, der Oskar Schindler Mitte der 1960er Jahre in Frankfurt kennenlernte, sich mit ihm anfreundete und ihn gemeinsam mit seiner Frau Ursula einige Male nach Israel begleitete, regte schon früh an, die Stadt möge Schindler in maßgeblicher Weise ehren. Aus verschiedenen Gründen wird damit aber noch immer gezögert. In einem Zeitungsbericht war unlängst zu lesen, Schindlers Taten hätten keinen Bezug zu Frankfurt.⁴ Dem ist zu entgegnen: Doch, den haben sie.⁵

Wer war dieser Oskar Schindler, nach dem schon in den 1950er Jahren im US-Bundesstaat New Jersey Straßen benannt wurden und der in Israel ebenfalls früh zu großen Ehren kam? Warum ist Schindler in Deutschland lange unbekannt geblieben? Ist er heute hier womöglich schon wieder vergessen, immerhin liegt Spielbergs Film fast 30 Jahre zurück? Was hatte es mit Schindlers Taten auf sich, worin liegt seine Bedeutung und wofür steht er? Im Folgenden wird diesen Fragen nachgegangen und besonders auch Schindlers Bezügen zu Frankfurt.

Wer war Oskar Schindler? Er war einer der deutschen, besser: volksdeutschen Glücksritter und Kriegsgewinnler im Zweiten Weltkrieg. Er trat der NSDAP bei, war zuvor in seiner Heimat schon in der von den Nationalsozialisten unterstützten Sudetendeutschen Partei aktiv. Ganz unverhohlen ging es ihm zunächst darum, möglichst viel Profit zu machen. In Krakau pachtete er im Herbst 1939 mehrere Firmen, darunter ein Emailwarenwerk. Durch Schwarzmarktgeschäfte kam er tatsächlich rasch zu viel Geld. Weil er es geschickt verstand, sich gleich zu Kriegsbeginn Zugang zu den Kreisen hoher Wehrmachts- und Besatzungsfunktionäre im Generalgouvernement zu verschaffen, akquirierte er einen Auftrag nach dem anderen. Seine Geschäfte florierten im Nu. Risikolust trieb ihn an, Schiebung und Bestechung waren sein Metier, Raffinesse zeichnete ihn aus.⁶

3 Für Informationen bedanke ich mich herzlich bei Dr. Martin Liepach, Fritz Bauer Institut. Auf seine Broschüre sei verwiesen: Martin Liepach, *Oskar Schindler – Vater Courage*, veröffentlicht in der Reihe »Blickpunkt Hessen« der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung, Wiesbaden 2008. Wichtig ferner Dieter Trautwein, *Oskar Schindler, immer neue Geschichten ... Begegnungen mit dem Retter von mehr als 1.200 Juden*, Frankfurt am Main 2000.

4 »Oskar-Schindler-Platz für Frankfurt – durch Streit gebremst« in: *Frankfurter Neue Presse*, 26.2.2021.

5 Anfang September 2022 fiel im Ortsbeirat schließlich die Entscheidung, den Frankfurter Bahnhofsvorplatz nach Oskar und Emilie Schindler zu benennen. »Hauptbahnhofsvorplatz künftig nach Oskar Schindler benannt«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 7.9.2022.

6 Zu Schindler liegen diverse Publikationen vor, wichtig: Mieczysław (Mietek) Pemper, *Der rettende Weg. Schindlers Liste – die wahre Geschichte*, aufgezeich-

In seiner Emailwarenfabrik, die er 1942 kaufte, beschäftigte er billige Arbeitskräfte, zunächst Polen und dann, da sie besonders billig waren, mehr und mehr Juden aus dem Krakauer Ghetto. Seine Firma lag in unmittelbarer Nähe der Westmauer des Ghettos. Produzieren ließ er Geschirr für den Wehrmachtsbedarf, ein einträgliches Geschäft. Als das Krakauer Ghetto im März 1943 schließlich »geräumt« wurde, kamen die meisten Insassen nach Auschwitz-Birkenau und wurden ermordet. Die, die noch für arbeitsfähig befunden wurden, kamen in das Zwangsarbeitslager Plaszow in einem Vorort von Krakau. Schindler versuchte, durch Bestechung seine Zwangsarbeiter zu behalten. Das gelang ihm auch, weil er durchsetzte, dass bei seiner Fabrik ein Außenlager des Lagers Plaszow eingerichtet wurde.⁷ Die jüdischen Arbeitskräfte hatten es dort weitaus besser. Sie waren nicht länger Schlägen und täglicher Willkür ausgesetzt wie in Plaszow, sondern fanden erträgliche Arbeitsbedingungen vor. Auch gab es bei Schindler eine ärztliche Ambulanz und eine Werkküche mit einem Essraum für sie. Zeitgenossen beschreiben, dass Schindler nun Schritt für Schritt in eine neue Rolle hineingefunden habe. Ein allmählicher moralischer Wandel zeichnete sich ab, im Zuge dessen er, der Spieler, Trinker und Frauenheld, zum Lebensretter wurde und »seine« Juden, die er zunächst nur als billige Arbeitskräfte angesehen hatte, fortan als Menschen wahrnahm und sich um sie kümmerte. Das tat er, indem er sie mit Lebensmitteln und Medikamenten versorgte, außerdem Geld und Briefe für sie schmuggelte.⁸

Nicht selten rettete er sie, indem er das KZ-Personal, darunter den Lagerkommandanten von Plaszow, Amon Göth, unter den Tisch trank und dabei Vergünstigungen für sie aushandelte. Mehrmals wurde Schindler von der Gestapo verhört, die ihm Korruption und, was lebensgefährlich war, die Begünstigung von Juden vorwarf. Dass er 1943 einige Male nach Budapest fuhr und sich auf Einladung des Joint Rescue Committee der Jewish Agency of Palestine mit deren Vertretern traf, war ebenfalls ein hochriskantes Unternehmen. Ihnen berichtete Schindler von der aussichtslosen Lage der Juden im Generalgouvernement und lotete Möglichkeiten für Hilfe aus.

Als sich im Oktober 1944 abzeichnete, dass das Lager Plaszow, inzwischen ein Konzentrationslager, aufgelöst werden würde, gelang es Schindler durch beste Kontakte ins SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamt in Berlin und freilich einmal mehr durch Schmiergelder, die Genehmigung dafür zu bekommen, seine Firma mitsamt seinen Arbeitskräften nach Brännlitz ins Sudetenland zu verlegen – jetzt zur Produktion von Granathülsen. Damit rettete er seine Leute vor

net von Viktoria Hertling und Marie Elisabeth Müller, Hamburg 2005; David M. Crowe, *Oskar Schindler. Die Biographie*, Frankfurt am Main 2005.

7 Vgl. Andrea Löw, Markus Roth, *Juden in Krakau unter deutscher Besatzung 1939–1945*, Göttingen 2011, S. 210–215.

8 Vgl. Elinor J. Brecher, *Ich stand auf Schindlers Liste. Lebenswege der Geretteten*, Bergisch Gladbach 1995.

dem sicheren Abtransport nach Auschwitz-Birkenau. Etwa 1.200 Juden, darunter gut 300 Frauen, überlebten so. Listen mit den Namen aller Arbeitskräfte entstanden, die von Berlin genehmigt werden mussten.⁹ Die erste Liste datiert vom Oktober 1944, weitere folgten im November und schließlich zu Jahresbeginn 1945. Das Werk in Brännlitz wurde nun als Nebenlager des KZ Groß-Rosen geführt – auch das hatte Schindler erreicht.

Es grenzte an ein Wunder, dass die Frauen, die zunächst doch nach Auschwitz-Birkenau deportiert worden waren, etwa drei Wochen nach den Männern tatsächlich noch in Brännlitz eintrafen. Dass dies gelang, war Schindlers Kontakten und seinen Methoden zu verdanken. Um die Verpflegung und medizinische Versorgung der Arbeitskräfte in Brännlitz kümmerte sich Emilie Schindler, besonders auch um diejenigen, die Anfang 1945 halb verhungert und erfroren aus Golleschau eintrafen, einem Nebenlager von Auschwitz. Mindestens 16 von ihnen hatten den Transport nicht überlebt. Das Ehepaar sorgte nun dafür, dass die Leichen nach jüdischem Ritus bestattet wurden. Dafür kauften die Schindlers kurzerhand ein kleines Grundstück neben dem katholischen Friedhof in Deutsch-Bielau, einem Ort unweit von Brännlitz.¹⁰ Die rituelle Bestattung war nach den Jahren der Verfolgung, Demütigung und gezielten Ermordung der Juden Europas eine besondere Geste. Heute ist am Friedhof eine Gedenktafel für Oskar und Emilie Schindler angebracht. Deutlich wird, was die beiden auszeichnete: Menschlichkeit und Zivilcourage.

Oskar Schindler war nicht der einzige deutsche Unternehmer, der Juden im Zweiten Weltkrieg Hilfe leistete. Auch Berthold Beitz, der als kaufmännischer Leiter der Karpathen-ÖL-AG in Boryslaw in Galizien fungierte, außerdem Julius Madritsch, der in Krakau eine Uniformfabrik betrieb, ferner der Inhaber der Rüstungsfirma Schultz in Warschau handelten so.¹¹ Sie und einige wenige weitere Geschäftsleute leisteten Hilfe, indem sie jüdische Arbeitskräfte für ihre Betriebe reklamierten und sie damit vor der Vernichtung bewahrten. In solchem Maß wie Oskar Schindler ist dies keinem anderen gelungen. Jedes einzelne Beispiel zeigt freilich, dass Hilfe möglich war und deutsche Unternehmer die Handlungsspielräume dafür besaßen. Diese waren oft nicht groß, aber es gab sie. Und es kam ganz darauf an, sie zu nutzen.

⁹ Vgl. Mieczysław (Mietek) Pemper, *Wie es zu Schindlers Liste kam. Die wahre Geschichte*, aufgezeichnet von Viktoria Hertling und Marie Elisabeth Müller, Hamburg 2018.

¹⁰ Dazu die Schilderungen von Emilie Schindler, *In Schindlers Schatten. Emilie Schindler erzählt ihre Geschichte*, aufgeschrieben von Erika Rosenberg, Köln 2018 (spanische Erstveröffentlichung 1996), S. 96–98. Vgl. ferner Erika Rosenberg (Hrsg.), *Ich, Emilie Schindler. Erinnerungen einer Unbeugsamen*, München 2001.

¹¹ Vgl. Thomas Sandkühler, »Endlösung« in Galizien. *Der Judenmord in Ostpolen und die Rettungsinitiativen von Berthold Beitz. 1941–1944*, Bonn 1996; Israel Gutman u.a. (Hrsg.), *Lexikon der Gerechten unter den Völkern: Deutsche und Österreicher*, Göttingen 2005, S. 334–336; Löw, Roth, *Juden*, S. 213.

Nach Kriegsende lebten die Schindlers in Regensburg und wurden dort vom American Jewish Joint Distribution Committee versorgt. Vom einstigen Vermögen war ihnen nichts mehr geblieben. Ende 1949 wanderten sie nach Argentinien aus, versuchten es dort zunächst mit einer Hühnerfarm, später mit der Zucht von Biberratten, sogenannten Nutrias. Oskar Schindler ging 1957 ohne seine Frau Emilie schließlich in die Bundesrepublik Deutschland. Er wollte hier realisieren, was ihm von Argentinien aus nicht gelungen war, nämlich im Wege des Lastenausgleichsgesetzes Zahlungen der Bundesrepublik zu erhalten. Das Gesetz ermöglichte es Deutschen, die im Krieg Vermögensschäden und andere Nachteile erlitten hatten, finanziellen Schadensersatz zu bekommen. In Frankfurt nahm Schindler Quartier, zunächst in der Arndtstraße 46 im Westend, später am Hauptbahnhof Nummer vier.¹²

Den Briefen, die er über Jahre hinweg mit »seinen« Juden wechselte – viele lebten inzwischen in Israel und den USA –, ist zu entnehmen, dass er sehr kritisch auf die Deutschen blickte. Izak Stern gegenüber, mit dem er eng verbunden war, schilderte er seine stets klamme finanzielle Situation und konstatierte: »Als Bittsteller zu den neuen deutschen Herren zu gehen (es sind ja doch die alten, nur leicht demokratisch gefärbt und durch Marshallplan-Injektionen etwas aufgeblüht), ist mir unmöglich, denn eine derartige Handlung würde mir als Bankrott meines Ichs und den Verlust meines moralischen Sieges, den ich so teuer erkaufte, bedeuten.«¹³

Diverse Geschäftsvorhaben, die Schindler in Frankfurt vorantrieb, zerschlugen sich rasch wieder oder scheiterten krachend, wie der Betrieb eines Kunst- und Betonsteinwerks in Hochstadt bei Hanau, für den er tatsächlich ein Darlehen der Lastenausgleichsbank erhalten hatte. Innerhalb eines Jahres ging er damit jedoch in Konkurs und hatte fortan Gläubiger auszuzahlen.¹⁴ Ein Herzanfall kam zu den finanziellen Problemen noch hinzu.

Im Sommer 1962 reiste Schindler das erste Mal nach Israel, begeistert empfangen von Hunderten Überlebenden. In der Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem wurde er geehrt: In der Allee der Gerechten durfte er einen Baum pflanzen. Ende 1963 würdigte der Staat Israel sein Wirken mit seiner Aufnahme in die Liste der »Gerechten unter den Völkern«, ein Ehrentitel für Nichtjuden, die ihr Leben dafür eingesetzt hatten, Juden vor der nationalsozialistischen Verfolgung zu retten.

Nach solchen Ehrungen durfte die Bundesrepublik schon aus diplomatischen Gründen nicht zögern, ihrerseits aktiv zu werden:

¹² Zur Situation des Ehepaars nach Kriegsende vgl. *In Schindlers Schatten*, S. 107–174; Erika Rosenberg (Hrsg.), *Ich, Oskar Schindler. Die persönlichen Aufzeichnungen, Briefe und Dokumente*, 2. Aufl., München 2000, darin Faksimiles mehrerer Briefe von Schindler mit seinen Frankfurter Adressen.

¹³ Schindler an Stern, 16.4.1956, veröffentlicht in: Rosenberg (Hrsg.), *Schindler*, S. 117.

¹⁴ Ausführlich dokumentiert in: Ebd., S. 130–145.

Schindler erhielt Ende 1965 das Bundesverdienstkreuz erster Klasse. In Israel begegnete Schindler im Jahr darauf Bundeskanzler Konrad Adenauer. Bundestagspräsident Eugen Gerstenmeier war ebenfalls über ihn im Bilde.¹⁵ Initiativen, Schindlers Geschichte publik zu machen, gingen von Bonn jedoch nicht aus. Zwar erschienen einige Presseberichte, aber öffentliches Interesse an seiner Person und seinen Taten bestand nicht. Eine offene Debatte über den Nationalsozialismus hatte in Westdeutschland noch nicht stattgefunden, das begann in den 1960er Jahren erst allmählich. Die zeitgeschichtliche Forschung interessierte sich zu dieser Zeit weder für die Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung und ihr Schicksal noch für ihre (wenigen) Retter. Für die systematische Ermordung der Juden Europas gab es noch nicht einmal einen Begriff.

Schindler, der sein Leben riskiert und sein Vermögen daran gegeben hatte, um Juden zu helfen, verkörperte mit seinen Taten eine einzige moralisch-politische Anklage. Sie richtete sich de facto gegen die einstigen Volksgenossen und Volksgenossinnen des »Dritten Reiches«. Dass sie Juden hätten helfen können, wenn sie es nur gewollt hätten – dafür steht sein Wirken. In der bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft, in der nationalsozialistische Täter wieder zu Amt und Würden gekommen waren, bestand freilich keinerlei Bereitschaft, sich einen solchen Spiegel vorhalten zu lassen. Das Buch *Die unbesungenen Helden: Menschen in Deutschlands dunklen Tagen* war 1957 die erste Publikation, die sich mit dem Thema »Rettung« im Nationalsozialismus befasste.¹⁶ Erzählt werden darin auch die Taten von Oskar Schindler. Es dauerte jedoch eine ganze Weile, bis das Buch in Deutschland auf Resonanz stieß.

Die Verbrechen an den europäischen Juden wurden erst allmählich öffentlich bekannt, zumal durch den Auschwitz-Prozess zwischen 1963 und 1965, der gerade in Frankfurt breit wahrgenommen wurde. Oskar Schindler, so berichtet es Propst Dieter Trautwein, habe sich während des Prozesses um viele Zeugen gekümmert, die aus dem Ausland, vor allem aus Polen, angereist waren, um vor Gericht auszusagen.¹⁷ Die Hessenschau brachte damals einen knapp sechsminütigen Beitrag über den Mann, der 1.200 Juden vor dem Tod bewahrte und nun zurückgezogen und ohne einen Hehl aus seinen Rettungstaten zu machen, in der Stadt lebe. »Im Ausland, nicht bei uns, hat man ihm Denkmäler gesetzt«, so der Kommentar.¹⁸ Ein weiterer Bezug zwischen Schindler und Frankfurt kommt hinzu: Ende Mai 1967 fand im Dominikanerkloster auf Initiative Dieter Trautweins, damals noch evangelischer Stadtjugendpfarrer,

¹⁵ Vgl. Rosenberg (Hrsg.), *Schindler*; vgl. Trautwein, *Schindler*, S. 12 f.

¹⁶ Kurt Großmann, *Die unbesungenen Helden: Menschen in Deutschlands dunklen Tagen*, 2. Aufl., Berlin 1961 (zuerst 1957).

¹⁷ Vgl. Trautwein, *Schindler*, S. 52–54. Näheres dazu ist nicht bekannt.

¹⁸ Hessenschau, 15. Februar 1965, mit einem Interview mit Oskar Schindler, www.ardmediathek.de/video/hr-retro-oder-hessenschau/interview-mit-oskar-schindler/hr-fernsehen/Y3JpZDovL2hyLW9ubGluZS8xNzY3MjY (28.9.2022).



Die Gedenktafel für Oskar Schindler wurde 1996 am Eingang zu seinem ehemaligen Wohnsitz in Frankfurt am Main, »Am Hauptbahnhof 4«, angebracht. Foto: Werner Lott

und seines katholischen Kollegen Lothar Zenetti aus Anlass des Tages der Evangelischen Jugend eine Veranstaltung statt, die folgendermaßen angekündigt war: »Oskar Schindler – Uraufführung einer Szenenfolge und Podiumsdiskussion mit Herrn Schindler«. Etwa 500 Personen nahmen daran teil. Ein Hörspiel über Schindlers Aktivitäten, von Schauspielern gesprochen, eröffnete die Veranstaltung. Dann folgte eine Diskussion, moderiert von Volker Hochgrebe vom Hessischen Rundfunk, die Schindler und Leopold Pfefferberg bestritten. Pfefferberg hieß mittlerweile Page und lebte in Los Angeles, er war einer der »Schindlerjuden«, wie die Geretteten sich nannten. Dieter Trautwein, der ebenfalls auf dem Podium saß, dokumentierte den Abend.¹⁹ Dies war Schindlers erster öffentlicher Auftritt in der

¹⁹ Vgl. ebd., S. 16–29.

Bundesrepublik und das erste Mal, dass er über seine Taten sprach. In aller Ausführlichkeit schilderten er und Pfefferberg, was in Krakau und Brännlitz geschehen war. In den Frankfurter Zeitungen war über die Veranstaltung in den Tagen danach zu lesen. Die Stadtpolitik wurde nun auf Schindler aufmerksam. Seine Geschichte, die so erstaunlich war, dass viele verwundert fragten, ob sie denn stimmen könne, wurde jedoch noch immer nicht breit wahrgenommen, weder in Frankfurt noch anderswo.

Seinen 60. Geburtstag feierte Schindler 1968 in Israel. Da er dort in Diplomatenkreisen einen Namen hatte, richtete die Deutsche Botschaft ihm zu Ehren einen Empfang aus. Daran nahm auch Frankfurts Oberbürgermeister Willi Brundert teil, der Schindler in Tel Aviv für seine Rettungstaten Dank und Anerkennung aussprach.²⁰ Im gleichen Jahr erhielt Schindler den päpstlichen Silvesterorden. Bei der Feier aus diesem Anlass in Frankfurt war der Oberbürgermeister ebenfalls zugegen, auch mehrere Stadträte kamen. Besonders Stadträtin Charlotte Schiffler kümmerte sich um Schindler.²¹ Die Stadt Frankfurt unterstützte ihn jetzt mit monatlichen Zuwendungen, ebenso das Land Hessen; die Stadt setzte sich auch dafür ein, dass das Bundespräsidialamt für ihn tätig wurde. Schindlers wirtschaftliche Situation war nach wie vor prekär. Ein Frankfurter Arzt im Ostend behandelte ihn deshalb jahrelang kostenlos.

Schindler hatte Unterstützer und einen großen Bekanntenkreis in Frankfurt. Er war aktiv, trat auf Tagungen auf, solange er gesundheitlich konnte, betätigte sich in der katholischen Bildungsarbeit und nahm an Treffen der Evangelischen Jugend teil. Angefeindet wurde er auch – gerade wegen seiner einstigen Hilfeleistungen für Juden. Davon sprach er nicht oft, wie aus Dieter Trautweins Aufzeichnungen zu schließen ist. Schindler als Brückenbauer zwischen Deutschland und Israel – in dieser Rolle wurde er von Seiten der Stadt Frankfurt bald entdeckt und unterstützt. Bankmanager Walter Hesselbach, ehrenamtliches Stadtratsmitglied, war Vorsitzender des Bundesverbands der Freundesgesellschaften der Hebräischen Universität Jerusalem in Deutschland. Schindler wurde von ihm und seinen Kollegen 1972 mit der Aufgabe betraut, als Geschäftsführer der Freunde der Hebräischen Universität Jerusalem zu wirken, was mit einem kleinen Gehalt für ihn verbunden war. Schindlers Aufgabe in dieser Funktion war es, Mitglieder zu werben und dadurch den Aufbau der Universität zu fördern.²²

Im Oktober 1974 starb Oskar Schindler nach einem Schlaganfall im Alter von 66 Jahren in Hildesheim. Auf dem Frankfurter Hauptfriedhof fand eine ökumenische Trauerfeier für ihn statt. Bestattet wurde er auf dem katholischen Franziskanerfriedhof auf dem

Zionsberg in Jerusalem. An der Beerdigung nahmen Hunderte von Menschen teil. Die *Jerusalem Post* berichtete groß. Es kam nicht oft vor, dass ein stattlicher Trauerzug von Juden und Jüdinnen einen Sarg mit einem christlichen Kreuz zur letzten Ruhestätte begleitete.²³ Die deutschen Medien zogen nun allmählich nach: Im Dezember 1975 zeigte der Südwestfunk die Reportage DIE JUDEN NENNEN IHN ›VATER COURAGE‹. PROTOKOLL ÜBER OSKAR SCHINDLER; im Frühjahr 1976 lief die Sendung auch in der ARD.

In den 1970er Jahren stellte die öffentliche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus noch immer kein zentrales gesellschaftspolitisches Thema in der Bundesrepublik dar. Die Zeitgeschichtsforschung bildete hier nach wie vor keine Ausnahme. Trotz aller Informationen, die es inzwischen über ihn gab, blieb Schindler weiterhin wenig bekannt. Dass in Frankfurt an ihn erinnert wurde, ist dem Kreis seiner Unterstützer zu verdanken: Das Ehepaar Trautwein zählte dazu, außerdem Trude Simonsohn und ihr Mann, beide Überlebende von Auschwitz und weiteren Lagern, ferner die Jüdische Gemeinde Frankfurt und die Ackermann-Gemeinde, eine Organisation deutscher Katholiken aus Böhmen, der Heimat des Ehepaares Schindler. Zu Schindlers Geburts- und Todestagen fanden regelmäßig Gedenkfeiern statt, organisiert von seinem Unterstützerkreis.²⁴ Auch die Initiative, einen Antrag an das Bundespostministerium zu richten, es möge zu Ehren von Oskar Schindler eine Gedenkbriefmarke herausbringen, ging von hier aus, namentlich von der Ackermann-Gemeinde. Im Jahr 1988 war das. Der Antrag wurde jedoch abgelehnt, mit Verweis darauf, das Ministerium habe eben eine andere Auswahl getroffen, eine, die »in sich ausgewogen« sei.²⁵ Da passte Schindler offensichtlich nicht dazu. Störend wirkte seine Geschichte nach wie vor. Es dauerte noch bis 2008, ehe die Bundesrepublik ihn aus Anlass seines 100. Geburtstags mit einer Sonderbriefmarke ehrte. Darauf steht neben seinem Namen und seinen Lebensdaten folgender Satz aus dem Talmud: »Der Bewahrer eines einzigen Lebens hat die ganze Welt bewahrt«.²⁶

Es dauerte ebenfalls lange, bis Oskar und Emilie Schindlers Taten ein Medienecho fanden. Der kanadische Journalist Herbert Steinhouse, der die beiden noch in München kennengelernt hatte, schrieb zwar schon 1948 über sie. Aber das Thema fand in seiner Redaktion keinen Anklang und sein Text wurde nicht veröffentlicht.²⁷ Der Filmregisseur Fritz Lang, der Deutschland nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten verlassen und seine Karriere in

Hollywood fortgesetzt hatte, überlegte in den 1950er Jahren, über Schindler einen Film zu drehen. Metro Goldwyn Mayer, die große Hollywood-Produktionsfirma, interessierte sich in den 1960er Jahren für ihn.²⁸ Filmrechte wurden aber erst Anfang der 1980er Jahre, als in den USA Thomas Keneallys Roman *Schindler's List* erschien,²⁹ von Steven Spielberg erworben, dem Regisseur von Fantasyfilmen wie E.T. und JURASSIC PARK. In den USA zögerte man lange, sich an den ohnehin heiklen Stoff zu machen, wohl weil es Vorbehalte gab, die Geschichte vom »guten Deutschen« zu verbreiten, dessen Ausnahmeleistung sich leicht vereinnahmen lässt.

Dass die Zeit erst 1993/94 reif dafür war, hatte, wie skizziert, viele Gründe. Die Reaktionen auf den Film in Öffentlichkeit und Politik in Deutschland wären einer eigenen Darstellung wert.³⁰ Dazu nur so viel: Die Deutschland-Premiere von SCHINDLERS LISTE fand Anfang März 1994 im Schauspielhaus Frankfurt statt – in Anwesenheit und unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Richard von Weizsäcker. Auch dies gehört zur Geschichte der Beziehung zwischen Schindler und der Stadt. Regisseur Steven Spielberg und mehrere Hauptdarsteller reisten zur Premiere an. Michel Friedman, als Vertreter des Vorstands der Jüdischen Gemeinde Frankfurt dabei, hatte initiiert, dass der Bundespräsident die Schirmherrschaft übernahm. In den USA, wo der Film binnen kurzem mit drei Golden Globes ausgezeichnet wurde – später kamen noch sieben Oscars hinzu –, riet Präsident Bill Clinton allen Amerikanern: »Go, see it!«³¹

Nun setzte überall breites Interesse an Oskar Schindler ein. Ein paar Beispiele mögen genügen, die dies für Frankfurt illustrieren: Eine Schulklasse pflanzte auf dem Gelände der bei den Novemberpogromen 1938 zerstörten Synagoge in der Friedberger Anlage an Schindlers Geburtstag am 28. April einen Baum zu seinem Gedenken.³² Kirchen und Volkshochschulen boten eine ganze Reihe von Veranstaltungen an. Das neu gegründete Fritz Bauer Institut nahm Spielbergs Film zum Anlass, 1995 das erste Heft seiner Reihe »Pädagogische Materialien« unter dem programmatischen Titel *Entscheidungen*, zusammengestellt und herausgegeben von Gottfried Kößler, ganz Schindlers Geschichte zu widmen. Es enthält Vorschläge und Materialien zur pädagogischen Arbeit mit dem Film und war ein Pionierwerk im sich gerade erst entwickelnden Feld der Vermittlung

der Geschichte des Nationalsozialismus und des Holocaust.³³ Ein paar Jahre später, 2003, schuf das Jüdische Museum Frankfurt das Oskar und Emilie Schindler-Lernzentrum im Museum Judengasse mit einer Ausstellung und einem Raum für Workshops und Seminare, in dem auch Interviews der Shoah-Foundation mit »Schindlerjuden« zugänglich gemacht wurden; es bestand bis zum Umbau 2014.³⁴

Dass es im Zentrum Frankfurts einen angemessenen Ort geben möge, der die Rettungstaten von Oskar Schindler würdigt, forderte Propst Dieter Trautwein schon früh. Auf ihn geht auch die Anregung zum Schindler-Lernzentrum zurück, dessen Gründung er jedoch nicht mehr erleben durfte, er verstarb Ende 2002. Dass es heute höchste Zeit ist, Trautweins Wunsch umzusetzen, dazu geben beispielsweise die Memo-Studien reichlich Anlass. Memo ist der Multidimensionale Erinnerungsmonitor, der am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld erarbeitet wird, eine Umfrage, die, wie es heißt, zu einer »empirischen Dokumentation der Erinnerungskultur in Deutschland« beitragen möchte. Die Umfrageergebnisse aus den Jahren 2019 bis 2021 stimmen nachdenklich: Insgesamt, so glauben die Befragten, waren im Nationalsozialismus genauso viele Deutsche Täter wie Opfer. In der eigenen Familie sei die Zahl der Opfer sogar noch viel höher gewesen.³⁵ Solche irrigen Annahmen geben Aufschluss über die heutige generationelle Selbstverortung im Umgang mit der Geschichte des Nationalsozialismus. Was seit Anfang der 2000er Jahre bekannt ist, dass nämlich im Familiengedächtnis die eigene NS-Belastung tendenziell ausgeblendet wird,³⁶ verfestigt sich offensichtlich in der nachfolgenden Generation.

Es ist also höchste Zeit, dass die Stadt Frankfurt Oskar und Emilie Schindler mit der Platzbenennung am Hauptbahnhof die Ehre erweist – zum einen aus Stolz und Freude darüber, dass Oskar Schindler ein Bürger dieser Stadt war und der Name Frankfurts mit den großen Taten, die er und seine Frau vollbracht haben, in Verbindung steht. Zum anderen aber auch deswegen, weil es dringend darum gehen muss, den Ausnahmecharakter dieser Taten herauszustellen und heute gängige, gänzlich falsche Narrative zu hinterfragen. Die Schindlers waren deshalb so besonders, weil sie taten, was sonst eben so gut wie keiner getan hat.

20 Vgl. ebd., S. 48.

21 Vgl. Rosenberg (Hrsg.), *Schindler*, S. 159, 228 f., 238, 322, 327–333, 341, 346–348, 395, 397 f.; vgl. Trautwein, *Schindler*, S. 56 f., 135.

22 Vgl. Trautwein, *Schindler*, S. 65–82.

23 Zu Schindlers Tod und seinem Begräbnis vgl. ebd., S. 83–110.

24 Vgl. die Schilderungen ebd., S. 128–146.

25 Zum Ablehnungsschreiben des Bundespostministeriums vgl. ebd., S. 137–139, Zitat: S. 138.

26 Vgl. www.hausderbriefmarke.de/bund-michel-nr-2660-postfrisch-100-geburtstag-oskar-schindler.html (28.9.2022).

27 Das geschah erst 1994, vgl.: www.writing.upenn.edu/~afilreis/holocaust_new/steinhouse.php (28.9.2022).

28 Vgl. Rosenberg (Hrsg.), *Schindler*, S. 409–438.

29 Thomas Keneally, *Schindler's List*, New York 1982 (deutsch 1983).

30 Zur zeitgenössischen Rezeption vgl. Christoph R. Weiss, »Der gute Deutsche. Dokumente zur Diskussion um Steven Spielbergs »Schindlers Liste« in Deutschland, Sankt Ingbert 1995; vgl. Trautwein, *Schindler*, S. 169–191.

31 Vgl. René Schlott, Viktor-Emanuel zu Sachsen, »Go see it! Ein Vierteljahrhundert nach seiner Kinopremiere kommt »Schindlers Liste« in technischer Überarbeitung ins Kino«, 2019, in: zeitgeschichte-online.de/film/go-see-it (28.9.2022).

32 Foto abgedruckt bei Trautwein, *Schindler*, S. 212.

33 Gottfried Kößler, *Entscheidungen. Vorschläge und Materialien zur pädagogischen Arbeit mit dem Film »Schindlers Liste«*, Frankfurt am Main 1995.

34 Vgl. www.juedischesmuseum.de/sammlung/detail/2003-oskar-und-emilie-schindler-lernzentrum (28.9.2022).

35 Zu den Memo-Studien seit 2018 vgl. www.stiftung-evz.de/was-wir-foerdern/handlungsfelder-cluster/bilden-fuer-lebendiges-erinnern/memo-studie (28.9.2022).

36 Vgl. Harald Welzer, Sabine Möller, Karoline Tschuggnall, »Opa war kein Nazi«. *Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis*, Frankfurt am Main 2002.

»Seit über zehn Jahren ist alles ruhig.« *Ein Archivbericht zur Sammlung Josef Mengele*

Von Sophia Steinmetz



Sophia Steinmetz ist Archivarin im Stadtarchiv Halberstadt und absolviert den Masterstudiengang Linguistic and Literary Computing an der Technischen Universität Darmstadt. Während ihres Studiums an der Goethe-Universität Frankfurt am Main erschloss sie eine Reihe von Beständen im Archiv des Fritz Bauer Instituts, darunter den Nachlass Henry Ormonds und die »Sammlung Josef Mengele«.

Foto: Werner Lott

Im Archiv des Fritz Bauer Instituts, verpackt in zehn hellblauen Kartons, wird eine Sammlung mit der Signatur »Smlg JMe« aufbewahrt. Was auf den ersten Blick unscheinbar wirkt, ist ein Bestand, der Einblicke in die Flucht von NS-Verbrechern gewährt. Der Titel gibt bereits erste Hinweise auf den Inhalt der Boxen. Darin lagern Schriftstücke zu Josef Mengele, einem der wohl bekanntesten an der nationalsozialistischen Tötungsmaschinerie beteiligten Mediziner.

Die Sammlung beinhaltet unter anderem persönliche Papiere Mengeles, die nach seinem Tod 1979 in den Besitz des befreundeten Ehepaares Wolfram und Lieselotte Bossert übergegangen waren. Im Jahr 1985 hatten die Bosserts den Nachlass an den *Stern* verkauft und dem Magazin »12 Notizbücher und Kalender [...] des Josef Mengele« übergeben.¹ Diese Unterlagen wurden ebenso wie die Dokumente, welche *Die Bunte* erhalten hatte, der Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main zur Verfügung gestellt, die gegen den Mediziner ermittelte. Im Rahmen seiner Recherche für eine wissenschaftliche Biografie sichtete der Historiker Ulrich Völklein das gesamte Material der Staatsanwaltschaft und übergab anschließend seine Unterlagen hierzu an das Fritz Bauer Institut.

Josef Mengele ist auch 43 Jahre nach seinem Tod noch Gegenstand der Forschung und des öffentlichen Interesses. Unter Namen wie »Arzt von Auschwitz«² oder »Todesengel«³ wurde ausführlich über den Mediziner berichtet, der 1911 in Günzburg in Schwaben geboren wurde.⁴ Im Alter von 18 Jahren nahm er ein Medizinstudium

in München auf, das er 1936 mit der Ersten Staatsprüfung beendete. Im Anschluss absolvierte er Praktika in Leipzig und am Frankfurter Institut für Erbbiologie und Rassenhygiene, das von Otmar von Verschuer geleitet wurde.⁵ Daraus resultierte 1937 eine Anstellung als Assistenzarzt an Verschuers Institut.⁶ Im Jahr 1938 trat Mengele in die SS ein und begann im selben Jahr seinen Wehrdienst.⁷ Im Juni 1940 wurde der mittlerweile zweifach promovierte Mediziner zur Wehrmacht einberufen⁸ und nur wenige Wochen später, am 12. Juli, meldete er sich freiwillig zur Waffen-SS. Die Zeit bis zu seiner Versetzung nach Auschwitz am 30. Mai 1943 lässt sich dem Historiker Sven Keller zufolge nur schwer rekonstruieren.⁹ Folgende Beschäftigungen sind jedoch wahrscheinlich: Ab August 1940 war Mengele als Gutachter an der Einwandererzentralstelle in Posen tätig.¹⁰ Danach wurde er von Ende 1940 bis Anfang 1943 als Truppenarzt beim Pionierbataillon der Division »Wiking« eingesetzt,¹¹ die am Unternehmen Barbarossa beteiligt war und die Rote Armee in der Ukraine angriff. Mit dem Vormarsch gingen grausame Massaker an Zivilisten, insbesondere an Jüdinnen und Juden, einher.¹² Im Januar 1943 kehrte Mengele nach Berlin zurück und forschte dort als Gast am Kaiser-Wilhelm-Institut. Anschließend wurde er Ende Mai 1943 als Lagerarzt in das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz beordert, wo er an der Ermordung jüdischer Häftlinge beteiligt war und zahlreiche medizinische Experimente an Männern, Frauen und Kindern unterschiedlicher Herkunft durchführte. Mit der näher rückenden Roten Armee begann im Januar 1945 Josef Mengeles Flucht, die auch 20 Jahre später noch andauern sollte. Er begab sich zunächst in das Konzentrationslager Groß-Rosen, das er jedoch nach kurzer Zeit wieder verließ, um getarnt als einfacher Wehrmachtssoldat in einem Lazarett unterzutauchen.¹³ Mengele wurde im Juni 1945 mit seiner neuen Einheit in Bayern von der US-Army interniert.¹⁴ Nach sechswöchiger Gefangenschaft wurde er im August 1945 entlassen und verbrachte die darauffolgenden Wochen in verschiedenen Verstecken, zuerst bei Bekannten und schließlich in den Wäldern um Günzburg, wo er von seiner Familie versorgt wurde. Da keiner dieser Unterschlupfe eine dauerhafte Sicherheit vor der Justiz bieten konnte, reiste Mengele Ende September nach München, wo ihm Freunde vorschlugen, sich als Hilfskraft auf einem Gehöft zu verbergen. Über ein Mediziner-Paar aus Oberbayern

gelangte er im Oktober nach Mangolding, um bei einem Bauern eine Anstellung als Knecht anzutreten.¹⁵ Mengele beendete seine Arbeit in der Landwirtschaft im August 1948, da er sich entschlossen hatte, Deutschland zu verlassen. Bis zu seiner Abreise nach Italien im April 1949 lebte er vermutlich versteckt in den Wäldern um Günzburg.¹⁶

Im Jahr 1949 reiste er schließlich über Italien und die sogenannte Rattenlinie nach Südamerika aus. Dazu kann die »Sammlung Josef Mengele« des Fritz Bauer Instituts genauere Informationen liefern. Neben Briefkorrespondenzen und Kopien von Kalendern beinhaltet sie auch Typoskripte, die mit Titeln wie »Studium« oder »Autobiografisches« überschrieben sind. In diesen erzählenden Texten wird auch über die Flucht einer Person namens Andreas berichtet, die durch die Alpen über Tirol bis nach Genua führte.¹⁷ Folgt man der Argumentation des Historikers Keller, handelt es sich bei »Andreas« um Mengele selbst: »Josef Mengele gibt sich in seinen Aufzeichnungen verschiedene Decknamen und schreibt in der dritten Person; in diesem Teil nennt er sein alter Ego ›Andreas‹. Er ›enttarnt‹ sich aber bald, als er beschreibt, wie sich die Eltern für den ›Namen des Nährvaters Christi‹ entscheiden.«¹⁸ Demnach ist es möglich, anhand dieser Texte Mengeles Flucht zu rekonstruieren. So erlebte er in Genua Folgendes: »Ihr erster Weg in Genua führte sie zu einer Straße, in der mehrere Schiffsagenturen lagen. [...] [D]as Schiff, mit dem Sie fahren werden, verläßt Genua in fünf Tagen und heißt ›North Queen‹.«¹⁹ Zentral für Mengeles gelungene Flucht aus Italien war ein auf den Namen Peter Hochbichler lautender Pass des Internationalen Roten Kreuzes, der offiziell von der Schweizer Botschaft in Genua ausgestellt wurde. Im Typoskript »Autobiografisches II« heißt es dazu: »Das Internationale Rote-Kreuz ist schon eine sehr dankenswerte Einrichtung besonders für die, welche durch irgendein kriegerisches oder politisches Ereignis des Schatzes ihres Vaterlandes entbehren.«²⁰ Zu den Ursachen, warum er »seines Vaterlandes entbehrte«, verlor Mengele in seinen Schriften jedoch kaum ein Wort.

Bereits Jana Lösch stellte bei der Auswertung von Mengeles Taschenkalendern, die sich in einer anderen Sammlung im Archiv des Fritz Bauer Instituts befinden, fest, dass der ehemalige Lagerarzt von Auschwitz-Birkenau sich nicht zum Nationalsozialismus oder zu den von ihm verübten Kriegsverbrechen äußerte.²¹ Dies trifft auch für die Dokumente der »Sammlung Josef Mengele« zu. Eine

5 Vgl. Benjamin Ortmeier, *Jenseits des Hippokratischen Eids. Josef Mengele und die Goethe-Universität*, Frankfurt am Main 2014, S. 19.
6 Vgl. Ortmeier, *Jenseits des Hippokratischen Eids*, S. 19.
7 Vgl. Keller, *Günzburg und der Fall Josef Mengele*, S. 18.
8 Ebd., S. 19.
9 Vgl. ebd., S. 18.
10 Vgl. Marwell, *Mengele*, S. 54.
11 Ebd., S. 58.
12 Ebd., S. 60.
13 Vgl. Keller, *Günzburg und der Fall Josef Mengele*, S. 44.
14 Ebd., S. 46.

15 Vgl. Marwell, *Mengele*, S. 155.
16 Vgl. Keller, *Günzburg und der Fall Josef Mengele*, S. 49.
17 Fritz Bauer Institut Archiv, Sammlung Josef Mengele, Smlg JMe 49, Autobiografisches.
18 Keller, *Günzburg und der Fall Josef Mengele*, S. 17.
19 Fritz Bauer Institut Archiv, Sammlung Josef Mengele, Smlg JMe 49, Autobiografisches.
20 Ebd.
21 Vgl. Jana Lösch, »Die Taschenkalender des Josef Mengele. Ein Archivbericht«, in: *Einsicht. Bulletin des Fritz Bauer Instituts*, 8 (2016), H. 16, S. 94–96, hier: S. 94.

Ausnahme bildet lediglich der folgende Brief an einen Vertrauten in Deutschland. Das Schreiben ist nicht datiert, sein Inhalt lässt jedoch den Rückschluss zu, dass es nach 1971 verfasst wurde. Bezugnehmend auf den Kontaktabbruch seines Bruders, dem vermutlich politische Ursachen zugrunde lagen, kommt Mengele auf den Nationalsozialismus zu sprechen: »Eine grandiose Epoche derselben [der Weltgeschichte] durften wir mitdurchleben, vergleichbar nur den Zeitgenossen eines Alexander d.[es] Gr.[oßen], eines Karls XII von Schweden oder eines Napoleons. Die Opfer grosser Zeiten waren stets gewaltige, aber ihre Folgen wurden ueberwunden, ebenso wie die unseren. Geblieben jedoch sind – sogar im Bewusstsein der Gesamtmenschheit – das Wissen um geniale Entfaltung und Leistung des Menschengesistes und der Stolz darauf bei den Voelkern. [...] Es ist fuer mich eine undiskutierbare Tatsache, dass auch die ungeheuerer Lebensaeusserung des deutschen Volkes unter A.[dolf] H.[itler] jenen Grosstaten der Geschichte ebenbuertig angereiht werden wird.«²²

Diese Ausführungen belegen, dass Mengele auch über 20 Jahre nach seiner Flucht aus Europa noch ein überzeugter Verfechter des Nationalsozialismus war. Die nach dem Krieg von den Alliierten durchgeführte Entnazifizierung in Deutschland kommentierte er äußerst negativ und resümierte, diese habe vor allem dazu gedient, »jede saubere, gesunde, ehrenhafte, nationale Regung um[zu]luegen und [zu] unterdruecken«.²³ In diesem Brief ging Mengele des Weiteren auf Täter ein, die wie er international gesucht wurden und die seiner Meinung nach »das deutsche Schicksal allein austragen muessen«.²⁴ Darauf folgen die wohl konkretesten Aussagen Mengeles zu seiner Tätigkeit im Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau. Durch Presseberichte zu seinem »Einsatz in der 2. Kriegshaelfte«²⁵ fühlte er sich anscheinend gezwungen, zu einigen Vorwürfen Stellung zu beziehen. Dies erfolgte in einem Duktus, der die gesamten Briefe des Günzburgers prägt. Mit Sätzen wie »Es ist auch richtig, dass ich mich freiwillig zu diesem Trupenteil gemeldet hatte, aber dieser bestand doch ausschliesslich aus Freiwilligen«²⁶ oder »als ich direkt aus dem Einsatz kommend meinen letzten Versetzungsbefehl erhielt, kannte ich weder das Marschziel noch die neue Einheit«²⁷ wies er jede Verantwortung von sich und berief sich auf seine Pflichterfüllung als Soldat. Die Ausführungen zu seiner Vergangenheit und den gegen ihn veröffentlichten Vorwürfen beendete Mengele mit der Anmerkung: »Es ist mir dies zu einer ausfuehrlichen Stellungnahme einfach zu dumm.«²⁸

.....

22 Fritz Bauer Institut Archiv, Sammlung Josef Mengele, Smlg JMe 3, Mengele an Sedlmeier, undatiert.

23 Ebd.

24 Ebd.

25 Ebd.

26 Ebd.

27 Ebd.

28 Ebd.

Wenngleich sich Mengele hier zumindest ansatzweise zu seiner Abkommandierung nach Auschwitz äußerte, kann man doch festhalten, dass er seine Ansichten zum Nationalsozialismus in seinen Briefen ähnlich zurückhaltend formulierte wie in seinen Taschenkalendern. Auch lässt sich Löschs Resümee für die Taschenkalender auf den Inhalt der Sammlung Mengele insgesamt übertragen: »Reue und Einsicht fehlten Mengele bis zum Schluss vollkommen.«²⁹

Während nur wenige Dokumente in der Sammlung Hinweise auf Mengeles Flucht aus Europa liefern, ist sein Aufenthalt in Südamerika sehr gut dokumentiert. Umfangreiche Briefwechsel illustrieren aus verschiedenen Blickwinkeln, wie er sich der Justiz entzog, und ermöglichen einen Einblick in das Netzwerk seiner Unterstützer. Die Frankfurter Staatsanwaltschaft hielt am 20. Juni 1985 fest: »Die weitere Auswertung der [...] sichergestellten Unterlagen [hat] den Verdacht ergeben, daß der Angeschuldigte Mengele [...] mit seinen Angehörigen korrespondierte.«³⁰

Die Briefe belegen den Verdacht der Staatsanwaltschaft. Mengele lebte zunächst in Argentinien und später in Paraguay, bevor er sich in Brasilien niederließ. Dort begegnete er Wolfgang Gerhard, der besonders in den 1960er Jahren zur zentralen Verbindungsperson zwischen Mengele und seiner Familie wurde und auch darüber hinaus ein enger Vertrauter Mengeles blieb. Gerhard vermittelte Mengele unter dem Namen Peter Hochbichler an das Ehepaar Stammer, das ihn als Verwalter ihrer Kaffeeplantage nahe Lindóia, einer Kleinstadt etwa hundert Kilometer südlich von São Paulo, einstellte.³¹ Angeblich anfangs ahnungslos, was die Identität ihres neuen Mitarbeiters betraf, erkannten die Stammers erst zwei Jahre später Josef Mengele in ihm.³² Die Aussagen zu den Gründen, warum auch nach dieser Erkenntnis die Geschäftsbeziehung zwischen den Eheleuten und Mengele fortgeführt wurde, widersprechen sich. Fest steht jedoch, dass Mengele bis 1974 bei der Familie lebte.³³ Die Korrespondenz in der Sammlung belegt, dass das Zusammenleben stets von Konflikten geprägt war. So führt Wolfram Bossert in einem Brief aus: »Immerhin sind Trennungsbestrebungen seit vielen Jahren im Gange, ohne daß wir bis heute eine gute Ablösemöglichkeit gefunden hätten. Wenn wir alle fest bleiben[,] wird sich sicher auch diese Kriese [sic] meistern lassen.«³⁴ Die Stimmung zwischen der Familie Stammer und Mengele verschlechterte sich jedoch weiter, sodass es schließlich 1974 zur Beendigung der Zusammenarbeit kam.

.....

29 Lösch, »Die Taschenkalender des Josef Mengele«, S. 96.

30 Fritz Bauer Institut Archiv, Sammlung Josef Mengele, Smlg JMe 9, Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Frankfurt am Main an Landgericht – 22. Strafkammer, 20.6.1985.

31 Vgl. Keller, *Günzburg und der Fall Josef Mengele*, S. 57.

32 Vgl. O.A., »Wie ein Soldat«, in: *Der Spiegel*, 23.6.1985.

33 Ebd.

34 Fritz Bauer Institut Archiv, Sammlung Josef Mengele, Smlg JMe 7, Bossert an Gerhard, undatiert.

Das Ehepaar Bossert hatte Josef Mengele bereits 1968 über den gemeinsamen Bekannten Wolfgang Gerhard in Brasilien kennengelernt.³⁵ Nach dessen Rückkehr nach Österreich 1971 wurde Wolfram Bossert, der Mengele wöchentlich besuchte und Interessen wie Kunst und Literatur mit ihm teilte, zur zentralen Bezugsperson. So schrieb er 1968 an Mengele: »Da Sie also auch unter die Dichter zu gehen geneigt sind [...][,] könnte man ja erwägen, dass Sie bleiben[,] wo sie sind[,] und wir periodisch ›Kaffeeturmdichtertreffen‹ veranstalten.«³⁶ In Deutschland fungierte Hans Sedlmeier, Prokurist der Landmaschinenfirma der Mengeles in Günzburg, als Verbindungsmann zwischen dem brasilianischen Netzwerk und der Familie. Der gesamte Briefwechsel in der Sammlung ist von Pseudonymen geprägt, welche die Identitäten der einzelnen Parteien verschleiern sollten. Mit fünf verschiedenen Decknamen, die in unterschiedlichen Kontexten, zeitweise auch simultan, verwendet wurden, verfügt Josef Mengele über die meisten Alias.

Die einzelnen Mitglieder des Netzwerks korrespondierten regelmäßig untereinander und standen in regem Informationsaustausch. Primäre Themen waren dabei vor allem die Finanzierung von Mengeles Leben in Südamerika, seine Unterbringung sowie sein Befinden. Besonders die Briefe Wolfgang Gerhards alias »Wolf« an den als »Meister« oder auch »Musikus« getarnten Bossert geben Einblicke in die Dimension der Verstrickungen.

Im Jahr 1974, als der Wunsch der Familie Stammer, sich von Mengele zu trennen, schließlich akut wurde, beschrieb Gerhard gegenüber Sedlmeier die Risiken: »Selbst wenn man also etwas sehr günstiges fände: Unruhe, Veränderungen, die Neugier von Nachbarn, Verwandten und Bekannten, – all das sind Gefahrenmomente.«³⁷ Die Suche nach einem neuen Versteck gestaltete sich darüber hinaus auch wegen Mengeles Gesundheitszustand schwierig. Gerhard merkte an, »der Onkel« könne nicht allein leben: »Er würde es menschlich nicht aushalten und außerdem arbeitet er körperlich so unvernünftig, daß ständig Verletzungen, Hitzschlag, Herzanfälle oder ähnliches

.....

35 Vgl. O.A., »Wie ein Soldat«.

36 Fritz Bauer Institut Archiv, Sammlung Josef Mengele, Smlg JMe 4, Bossert an Mengele, 29.7.1968.

37 Fritz Bauer Institut Archiv, Sammlung Josef Mengele, Smlg JMe 10, Gerhard an Sedlmeier, 4.9.1974.



Akten aus dem Fritz Bauer Institut – Archiv, Sammlung Josef Mengele. Foto: Johannes Beermann-Schön

möglich sind.«³⁸ Trotz dieser Bedenken bezog Mengele 1975 allein ein Haus in der Nähe von São Paulo.

Die letzten Dokumente zu Mengeles Leben in Südamerika bildten Briefe Wolfram Bosserts an die Familie Mengele, in denen er die Nachricht über den Tod seines Freundes »Peter« überbringt und sein Beileid bekundet. Besonders ausführlich können die letzten Tage Mengeles, die er in einem Urlaub mit der Familie Bossert am Meer verlebte, anhand des Textes »Der letzte Tag« rekonstruiert werden. Wolfram Bossert erzählt darin in teilweise sehr dramatischen Bildern von den letzten Stunden und dem Tod Mengeles bei einem Badeunfall.

Über das Leben Mengeles in Südamerika hatte Wolfgang Gerhard am 4. September 1974 in einem Brief geschrieben: »Seit über zehn Jahren ist alles ruhig.«³⁹ In diese Zeit, zu der es signifikant weniger Quellen gibt als zu Mengeles Verbrechen in Auschwitz-Birkenau, kann die »Sammlung Josef Mengele« im Archiv des Fritz Bauer Instituts aufschlussreiche Einblicke gewähren.

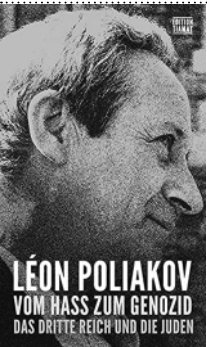
.....

.....

38 Ebd.

39 Ebd.

Meisterwerk mit siebzig Jahren Verspätung nun auf Deutsch



Léon Poliakov
Vom Hass zum Genozid.
Das Dritte Reich und die Juden
Berlin: Verlag Klaus Bittermann, 2021,
599 S., € 34,–

Statt einer Rezension: Interview mit Ahlrich Meyer, emeritierter Professor für Politische Theorien und Politische Ideengeschichte an der Universität Oldenburg und Übersetzer der deutschen Ausgabe von Léon Poliakovs Buch

Was macht Poliakovs Buch noch über 70 Jahre nach seinem Erscheinen im französischen Original lesens- und beachtenswert abseits eines wissenschaftsgeschichtlichen Interesses? Die Forschung hat sich ja vor allem in den letzten drei Jahrzehnten enorm entwickelt und spezialisiert.

Ich würde das wissenschaftsgeschichtliche Interesse nicht gering achten. Wir erleben seit einigen Jahren eine wachsende Aufmerksamkeit für die frühe Holocaustforschung, ihre Pioniere, ganz überwiegend Juden, und ihre durchaus avancierte historiografische und quellenkritische Methode. Natürlich kann man nicht einfach hinter den seit Beginn der 1990er Jahre entwickelten Forschungsstand zurückgehen. Sie werden aber zugeben, dass niemand mehr diese umfangliche und hochspezialisierte Forschungsliteratur überblicken kann. Wenn ich Poliakovs Buch jemandem empfehlen sollte, dann würde ich es Jugendlichen in die Hand geben. Wer sich zum ersten Mal über das Geschehen des Mords an den europäischen Juden informieren möchte, findet hier eine kompakte und verständliche Gesamtdarstellung in unverbrauchter Sprache.

Warum wurde das Buch erst jetzt auf Deutsch veröffentlicht? Sieht es bei anderen Sprachen ähnlich aus?

Das Buch war international durchaus ein Erfolg. Es wurde bald nach seinem Erscheinen 1951 ins Englische, Italienische und Spanische übersetzt. Die Gründe für die Ignoranz, mit der das Buch in Deutschland jahrzehntelang behandelt wurde, sind vielfältig. Vor allem traf die Forschung jüdischer Historiker über das NS-Regime

und den Mord an den Juden auf Ablehnung seitens einer ganzen Generation ihrer deutschen Kollegen. Hierbei spielte, wie man weiß, das Münchner Institut für Zeitgeschichte keine geringe Rolle. Ich erinnere nur an den berühmten Briefwechsel zwischen dem damaligen Institutsdirektor Martin Broszat und Saul Friedländer aus dem Jahr 1988. Im Übrigen hatte es auch Poliakovs bis heute unübertroffene *Geschichte des Antisemitismus* in Deutschland schwer. Die deutsche Übersetzung wurde ab 1977 in einem Kleinstverlag in Worms veröffentlicht und bedürfte dringend einer Neuherausgabe.

War Poliakov seiner Zeit voraus, und wenn ja, in welchen Bereichen?

Poliakov arbeitete als Erster den Zusammenhang zwischen dem Programm der sogenannten Euthanasie und dem Aufbau stationärer Tötungszentren im Osten heraus, er hob den grundsätzlichen Unterschied zwischen den Massenmorden der Einsatzgruppen und der industriellen Vernichtung in Auschwitz hervor und er widmete der ökonomischen Ausplünderung der Juden im Rahmen der »Aktion Reinhardt« ein ganzes Kapitel seines Buches – um nur einige Punkte zu nennen.

Sehen Sie eine enge Verbindung zwischen Poliakovs Buch und seinem Ansatz, auch seiner einschlägigen Quellenedition, und dem zweibändigen Werk Saul Friedländers, dessen Titel ja wahrscheinlich nicht ohne Zufall einen direkten Bezug zu Poliakov herstellt?

Ich sehe keine solche Verbindung. Vermutlich wurde der Titel der deutschen Ausgabe von Friedländers Opus magnum *Das Dritte Reich und die Juden* ohne bewussten Bezug zu der gleichnamigen, von Poliakov und Joseph Wulf 1955 besorgten Dokumentenedition gewählt. Für die beiden Bände der amerikanischen Ausgabe von 1997 und 2007 verwendete Friedländer als Titel beziehungsweise Untertitel *Nazi Germany and the Jews*. Im Zusammenhang mit der Äußerung des Philosophen Alexandre Kojève, Poliakov habe klugerweise die Henker und nicht die Opfer sprechen lassen, erinnerte Poliakov selbst daran, dass zur Zeit der Abfassung seines Buchmanuskripts der Markt voll mit Opfererinnerungen ehemaliger Deportierter gewesen sei. Kojève hatte die Anlage und Absicht des Buches richtig bezeichnet. In der Fokussierung auf Täterdokumente, die im Wesentlichen aus den Unterlagen der Nürnberger Prozesse stammten, lag das Neuartige von Poliakovs Werk, ohne dass er je eine Täterperspektive eingenommen hätte.

Worin unterscheidet sich Poliakovs Ansatz von Dokumentationsinitiativen und Untersuchungen der frühen Holocaustforschung beziehungsweise wie ist er dort einzuordnen?

Poliakov, der den Krieg und die deutsche Besatzung in Frankreich mit falschen Papieren überlebte und im Rettungswiderstand aktiv war, war

selbst an einer der wichtigsten frühen Initiativen zur Dokumentation der NS-Verbrechen an den Juden beteiligt. Er war Mitarbeiter des noch während der Besatzungszeit im Untergrund gegründeten Jüdischen Dokumentationszentrums (Centre de Documentation Juive Contemporaine). Die von ihm Ende 1944 eher zufällig aufgefundenen, von den Deutschen zurückgelassenen Akten der Pariser Gestapo, darunter umfangliche Unterlagen zur Verfolgung und Deportation der Juden aus Frankreich, waren Bestandteil der von der französischen Regierung im Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vorgelegten Dokumente. Als Berater der französischen Anklagevertretung ging Poliakov 1945 nach Nürnberg, und dort konnte er Einsicht in jene Aktenbestände und Vernehmungsprotokolle nehmen, die die Grundlage seines 1951 erschienenen Buches bildeten. Insofern unterscheidet sich seine Arbeitsweise grundsätzlich von der systematischen Sammlung von Zeugnissen der jüdischen Überlebenden der Konzentrations- und Vernichtungslager, wie sie etwa von der Zentralen Jüdischen Historischen Kommission in Polen oder von einzelnen Untersuchungsteams in den Lagern für jüdische Displaced Persons in Deutschland betrieben wurde. Auch die Dokumentensammlung, die Poliakov bereits 1948 in Zusammenarbeit mit David Rousset herausgab, dem Autor der ersten Studie über das deutsche Konzentrationslagersystem, enthält größtenteils Täterdokumente, ebenso der später mit Joseph Wulf zusammengestellte Band.

Poliakov schreibt unverkennbar aus einer jüdischen Perspektive. War das der Grund für das Ausbleiben seiner Rezeption in Deutschland?

Davon ist wohl auszugehen. Ich kann nur wiederholen, was ich bereits ausführte. Erst mit der Verbreitung der deutschen Taschenbuchausgabe von Hilbergs Standardwerk und der Gesamtdarstellungen von Leni Yahil und Saul Friedländer in den 1990er Jahren fand die »jüdische« Perspektive in der Holocaustforschung in Deutschland Anerkennung, vor allem wohl auch, weil Yahil und Friedländer – anders als Poliakov und noch Hilberg – die vielfältigen Stimmen der jüdischen Opfer in den Mittelpunkt rückten.

Poliakov unterscheidet zwischen »sakralen« Maßnahmen, die von den Nationalsozialisten ausschließlich gegen Juden gerichtet waren, die sie als ein »Gegenvolk« imaginierten, und »profanen« Maßnahmen, die sich auch gegen andere Gruppen wie Sinti und Roma sowie Asoziale etc. wandten. Das klingt, als würde er sich heute in die Debatte um die Präzedenzlosigkeit des Holocaust einschalten. Gleichzeitig wies er darauf hin, dass die Krankenmorde quasi eine Vorstufe zum Holocaust darstellten, und er weitete die Opfergruppe. Wie passt

Anzeige



das zusammen? Kann man ihn als einen der Ersten sehen, die den Massenmord an den Juden als eine neue Kategorie des Völkermords einschätzten?

Das ist nicht leicht zu beantworten. Ich glaube nicht, dass Poliakov mit seinem Buch gewissermaßen eine deutsche Debatte vorweggenommen hätte. Man muss zunächst berücksichtigen, dass sich das erinnerungspolitische Narrativ der Präzedenzlosigkeit beziehungsweise Singularität des Holocaust historisch erst relativ spät durchgesetzt hat. Zwar war die Vernichtung der Juden schon in Nürnberg vom US-Hauptankläger als beispielloses, präzedenzloses Verbrechen bezeichnet worden; Hannah Arendt übernahm diesen Begriff zur Kennzeichnung totalitärer Herrschaft im Allgemeinen. Bei Poliakov aber werden Sie keine Aussage zur Präzedenzlosigkeit des Holocaust finden, die Frage lag außerhalb seines Forschungsinteresses. Allerdings stellte er eine gewisse Verbindung zwischen dem Judenmord und anderen NS-Verbrechen her, denn der von ihm verwendete Begriff des Genozids umfasst auch die Ermordung der Sinti und Roma und der sowjetischen Kriegsgefangenen, er umfasst weiterhin die genozidalen Planungen für weite Teile der sowjetischen und polnischen Bevölkerung sowie das Schicksal der »Ostarbeiter«. Die Krankenmorde werden von Poliakov nicht als Vorstufe zum Holocaust beschrieben, wenn damit eine kausale Abfolge gemeint sein sollte; sondern hier geht es ihm vor allem um die personellen Kontinuitäten bei den Tätern und die Entwicklung von Tötungstechniken, nicht um eine Vergleichbarkeit von Opfergruppen.

Schließlich zur wichtigen Unterscheidung von »sakralen« und »profanen« Maßnahmen. Letztere umfassen die sozusagen normalen polizeilichen und administrativen Maßnahmen gegen die Juden, die im deutschen Reichsgebiet und in allen von Deutschland besetzten Ländern zumeist per Verordnung eingeführt wurden, manchmal auch auf eigene Veranlassung von Kollaborationsregimes. Der Ausdruck »sakrale Maßnahmen« irritiert vielleicht, er wird verständlich, wenn man weiß, dass Poliakov – wie andere Denker damals auch – die nationalsozialistische Ideologie als politische Religion zu verstehen suchte. Als »sakrale« Maßnahmen bezeichnete er die spezifisch deutsche Rassengesetzgebung, die mit den Nürnberger Gesetzen begann. Diese radikale Version eines in letzter Instanz auf die Auslöschung des jüdischen Volkes zielenden Antisemitismus war tatsächlich beispiellos, und sie ließ sich ideologisch außerhalb Deutschlands kaum durchsetzen. Selbst Regierungen, die an der Deportation ihrer Juden mitwirkten, teilten diesen radikalen Antisemitismus nicht.

An verschiedenen Stellen im Buch wird der Begriff »Holocaust« verwendet (zum Beispiel S. 190, S. 412). Ist das Poliakovs Vokabular oder ist das eine Aktualisierung des Übersetzers?

Ich habe Poliakovs Sprachgebrauch in diesem Fall nicht aktualisiert. Der Begriff »Holocaust« wird – abgesehen von einer Passage im

Vorwort zur Ausgabe von 1979 – im Text des Buches lediglich an vier Stellen gebraucht, davon zweimal im unübersetzbaren französischen Plural (»holocaustes«). Das verweist auf die im Französischen gebräuchliche, ältere Wortbedeutung (Brandopfer, vollständige Zerstörung), die aus dem Alten Testament stammt, aber nicht ausschließlich religiös konnotiert ist. In einem späteren Interview lehnte Poliakov den Begriff »Holocaust« wegen seiner religiösen Bedeutung ausdrücklich ab. Für den Judenmord wie für weitere Massenverbrechen an Zivilbevölkerungen benutzte er wie gesagt durchgängig den Begriff »Genozid«, der bekanntlich 1943 von dem Völkerrechtler Raphael Lemkin geprägt wurde.

Insbesondere in seinem Kapitel über die Ghettos, aber auch bei den Deportationen zieht Poliakov – entgegen seiner eigenen Ankündigung – auch Opferquellen heran, indem er aus dem Ringelblum-Archiv zitiert und auf die Tagebuchveröffentlichung von Mary Berg eingeht. Es gibt noch weitere Beispiele. Diese Quellen ermöglichen den differenzierten Blick auf das Leben im Ghetto, die verschiedenen Gruppen unter den Ghattobewohnern genauso wie die Stationen der Vernichtung. Hinzu kommt die Empathie seiner Schilderung. Kann man in alldem nicht doch eher einen integrativen Ansatz von Täter- und Opfererzählungen sehen?

Nein. Dazu stehen die von Ihnen genannten Stimmen der Opfer doch allzu vereinzelt da. Poliakov selbst hat betont, sein Buch bestehe zu 90 Prozent aus Dokumenten und Täteraussagen der Nürnberger Prozesse.

Sie zitieren in Ihrem Nachwort eine Rezension dieses Buches von Hannah Arendt, in der sie die neuen Erkenntnisse, die sich aus Poliakovs Buch für sie ergaben, aufzählt: nämlich den Zusammenhang von »Euthanasie« und Massenmord, die Rolle von Wehrmacht und Auswärtigem Amt, die Rolle der Judenräte, die Poliakov ohne Anklage analysierte. Würden Sie auch sagen, dass das die wichtigsten Bereiche sind, in denen Forschung geleistet wurde?

Ja, das sind einige der Schwerpunkte. Zugleich hebt Arendt in ihrer frühen Besprechung aus dem Jahr 1952 (eine deutsche Übersetzung erschien übrigens im September 2021 in der *Welt*) hervor, worin die Qualität von Poliakovs Buch liegt: Wer wissen wolle, »was« wirklich geschah und »wie« es geschah, komme – so sagte Arendt – um diese Studie nicht herum, aber der Autor lasse die unausweichliche Frage nach dem »Warum« zu Recht offen. Seine intellektuelle Integrität sei zu groß, um sich mit einfachen Erklärungen der beispiellosen Ereignisse zu begnügen.

Die Fragen stellten Katharina Rauschenberger und Markus Roth vom Fritz Bauer Institut.

Deutscher Patriot und jüdischer Nationalist



Albrecht Spranger

Theodor Zlocisti. Die multiplen Zugehörigkeiten eines Zionisten

Reihe Jüdische Kulturgeschichte der Moderne, Bd. 23

Berlin: Neofelis Verlag, 2020, 424 S., € 35,–

Der heute weithin unbekannte Theodor Zlocisti (1874–1943) war als Propagandaredner, Journalist und Moses-Hess-Biograf einer der wichtigeren Akteure vor allem in der Frühphase der deutschen zionistischen Bewegung. Albrecht Spranger legt mit seiner Dissertation erstmals eine ausführliche biografische Studie zu Zlocisti vor, um anhand seiner Person die »unterschiedlichen Positionierungsmöglichkeiten, multiplen Zugehörigkeiten und politischen Allianzen deutscher Zionisten« (S. 8) zu zeigen. Er folgt damit einem neueren Trend innerhalb der wissenschaftlichen Biografieforschung, nicht in erster Linie ein kohärentes Gesamtbild der porträtierten Person zu liefern, sondern vielmehr die individuelle Lebensgeschichte als methodische Sonde zu nutzen, um komplexeren Fragestellungen nachzugehen.

Zlocisti war ein Zionist der ersten Stunde. Wie die Mehrheit deutscher Zionisten dieser Generation betrachtete er eine jüdische Heimstätte in Palästina jedoch vor allem als Ausweg für die diskriminierten Juden Osteuropas. Er selbst strebte eine Karriere als Arzt in Berlin an. Dennoch ließ er sich bereits 1920 in Palästina nieder – und damit lange bevor sich die meisten deutschen Zionisten infolge der nationalsozialistischen Machtübernahme 1933 zur Auswanderung entschließen konnten.

Der Aufbau der Studie folgt diesen beiden großen Lebensabschnitten Zlocistis. Der erste, umfangreichere Teil widmet sich seinem Leben in Deutschland bis 1920, der zweite Teil den Jahren in Palästina, wo er 1943 starb. Innerhalb dieser Abschnitte bricht Spranger die Chronologie immer wieder gewinnbringend zugunsten von »Lebensgeschichtlichen und systematischen Abschnitten« auf, um der Gefahr zu entgehen, »Widersprüche zugunsten einer linearen Lebenserzählung [...] zu glätten« (S. 19). Soweit es die Quellenlage erlaubt, wird parallel dazu die außergewöhnliche Lebensgeschichte von Hulda Thomaschewsky, der Lebensgefährtin und späteren Ehefrau Zlocistis, erzählt.

Im Jahr 1874 in Westpreußen geboren, wuchs Zlocisti ab seinem zweiten Lebensjahr »zwischen Tradition und Akkulturation« (S. 28) in den prekären Verhältnissen des Berliner Scheunenviertels auf und studierte nach dem Abitur Medizin. In den Kapiteln zwei bis vier schildert Spranger Zlocistis Kindheit in »mehreren Welten«

(S. 21), seinen Weg zum Zionismus sowie den Aufstieg des gebürtigen »Ostjuden« ins Berliner Bürgertum. Spranger zeichnet hier nicht nur ein ausführliches Panorama der frühzionistischen Kreise Berlins, sondern führt auch detailliert in Zlocistis Selbstverständnis als »deutscher Staatsbürger jüdischer Nationalität« (S. 86) ein, für den sich Zionismus und deutscher Patriotismus keineswegs gegenseitig ausschlossen. Insbesondere im vierten Kapitel, das sich Zlocistis »anti-antisemitischer Abwehrarbeit« (S. 107) widmet, wird deutlich, wie sehr seine Hinwendung zum Zionismus auch eine Antwort auf den modernen Antisemitismus war.

In den Kapiteln fünf und sechs positioniert Spranger Zlocisti, der gleichermaßen Ansichten des politischen, praktischen und des Kulturzionismus vertrat, zwischen den verschiedenen Stühlen der zionistischen Bewegung und zeigt damit die vielfältigen Positionierungsmöglichkeiten deutscher Zionisten auf. Im sechsten Kapitel illustriert Spranger zudem entlang der Schlagworte »jüdisches Wesen«, »jüdischer Körper« und »Ostjuden«-Mythos, wie sehr Zlocistis Denken von den zeitgenössischen Debatten um Nation und die Frage nach der Existenz einer »jüdischen Rasse« geprägt war.

Zlocistis doppeltes Selbstverständnis als deutscher Patriot und jüdischer Nationalist wird im anschließenden siebten Kapitel, das Zlocistis Weltkriegserfahrungen ausleuchtet, besonders deutlich. Mit der Kriegsteilnahme als Arzt im Rahmen einer ins Osmanische Reich entsandten Mission des Deutschen Roten Kreuzes verband sich für ihn auch die Hoffnung auf die Verwirklichung des zionistischen Projekts unter deutscher Protektion.

Der zweite Teil der Studie umfasst lediglich zwei Kapitel, die vom »Sehnsuchtsort Palästina« (S. 237) zur Realität vor Ort führen. Ausführlich berichtet Spranger hier von der Frustration des deutschen Zionisten über den erlittenen Bedeutungsverlust, der Schwierigkeit, in Palästina wirtschaftlich Fuß zu fassen, und seiner Außenseiterposition als westlicher, bürgerlicher Zionist innerhalb des vor allem osteuropäisch geprägten Jischuw. Neue Erkenntnisse bringt hier vor allem die Darstellung von Zlocistis Engagement in verschiedenen Zusammenschlüssen deutscher Juden in Palästina, die in der Forschung bisher wenig Beachtung fanden.

Dem Autor gelingt es überzeugend, die »Widersprüchlichkeit des deutschen Zionismus« und die »multiplen Zugehörigkeiten« (S. 11) seiner Protagonisten jenseits teleologischer Nationalgeschichtsschreibung darzustellen. Fundiert in die Ergebnisse bereits existierender Forschungsarbeiten eingebettet, zeigt die Studie einmal mehr, wie sehr der deutsche Zionismus als heterogenes und stark von seiner Umwelt geprägtes Phänomen zu verstehen ist.

Andrea Kirchner

Fritz Bauer Institut

Das Bild hinter der Ikone



Michael A. Meyer

Leo Baeck. Rabbiner in bedrängter Zeit. Eine Biographie

München: C.H. Beck, 2021, 364 S., € 32,–

Michael A. Meyer lehrte viele Jahre am Hebrew Union College in Cincinnati, wo Leo Baeck zwischen 1948 und 1953 unterrichtete. Später war Meyer langjähriger Internationaler Präsident des Leo Baeck Institute (1991–2013). Nun legt er eine fulminante Biografie Baecks vor.

Leo Baeck gilt als einer der bedeutendsten jüdischen Denker des 20. Jahrhunderts und war zugleich ein »mutiger Sprecher seiner Gemeinschaft in dunkelster Zeit« (S. 12). Anspruch der Untersuchung Meyers ist es, diese beiden Aspekte miteinander zu verknüpfen. Dabei stützt sich der Autor auf eine Vielzahl neuer Quellen und auf Baecks eigene Schriften. Es ist der Versuch, das Bild hinter der Ikone zu zeichnen. Dabei gibt es die Schwierigkeit, dass Baeck kein Tagebuch hinterlassen und keine Lebenserinnerungen verfasst hat.

Der Aufbau des Buches folgt in acht Kapiteln den Lebensstationen Baecks. Baeck wurde in Lissa in der Provinz Posen in eine angesehene Rabbinerfamilie geboren. Er besuchte das Jüdisch-Theologische Seminar in Breslau und promovierte in Berlin. Im schlesischen Oppel wurde er Rabbiner, wechselte 1907 nach Düsseldorf und schließlich 1912 nach Berlin, wo er als Gemeinderabbiner und Dozent an der Lehranstalt für die Wissenschaft des Judentums wirkte.

Im Ersten Weltkrieg war Baeck einer von sechs Feldrabbinern zur Betreuung jüdischer Soldaten. Chauvinismus sei ihm fremd gewesen, so Meyer; es finden sich aber auch keine Bezugnahmen auf den Antisemitismus während des Krieges in Baecks Schriften. Erklärend verweist Meyer auf einen Aufsatz Baecks aus der Düsseldorfer Zeit als »frühes Beispiel für eine psychische Disposition, die ihn das Böse verdrängen ließ« (S. 71). Die Kriegserfahrung ließ Baeck zum »Befürworter einer Friedenspolitik« (S. 74) werden.

In der Weimarer Republik bekleidete er zahlreiche Ämter. So war er Mitglied im Hauptvorstand des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. Aus dessen Auseinandersetzung mit dem Zionismus hielt sich Baeck nicht vollständig heraus. Doch offenbarte er Wohlwollen für beide Seiten. Breiten Raum nimmt die Darstellung der Tätigkeit Baecks während NS-Zeit ein. Dabei geht es um seine Aktivitäten als Präsident der Reichsvertretung der deutschen Juden ab September 1933, seinen Vorsitz in der Nachfolgeorganisation, der von den Nationalsozialisten erzwungenen Reichsvereinigung der

Juden in Deutschland ab Juli 1939 sowie um seine Zeit im Ghetto Theresienstadt ab Ende Januar 1943.

Meyers Darstellung ist keine Hagiografie. Er verschweigt nicht Baecks Fehleinschätzungen der Machtübernahme der Nationalsozialisten und führt dafür zahlreiche Belege an. Ebenso spricht er Baecks Beteiligung an einem Manuskript über die Rechtsstellung der Juden in Europa an, bei dem auch das Reichssicherheitshauptamt involviert war. Auch Baecks Dilemma, sein Wissen um die Todeslager und sein Schweigen darüber, beleuchtet Meyer sorgsam abwägend.

Anfang 1941 dachte Baeck ernsthaft über Auswanderung nach. An Gelegenheiten hätte es ihm nicht gemangelt, am Ende siegte jedoch sein Pflichtgefühl. Zu Baecks theologischen Positionen zählt Meyer »jüdische Selbstachtung [als] sein Hauptanliegen« (S. 53), Widerstand in der NS-Zeit war für Baeck vor allem »geistiger Widerstand«. Dementsprechend zitiert Meyer länger aus dem »Wort des Trostes« vom August 1935, anlässlich des Schabbat Nachamu, und aus dem als Kol-Nidre-Gebet bekannt gewordenen Text, der zu Jom Kippur 1935 an die Gemeinden verschickt wurde und als Protest gegen die Nürnberger Gesetze zu lesen ist. Die Gestapo untersagte die Verlesung des Textes, Baeck wurde festgenommen. Seine Freilassung erfolgte nicht zuletzt, weil die Londoner *Times* darüber berichtete. Insgesamt wurde Baeck während der NS-Zeit fünfmal verhaftet.

In Theresienstadt gehörte Baeck dem Ältestenrat an und war Leiter der Fürsorgeabteilung. Für den Überlebenden H. G. Adler verkörperte er das Gewissen des Lagers. Baeck hielt in Theresienstadt zahlreiche Vorträge zu verschiedensten Themen, jedoch blieb nur der Text eines einzigen Vortrags erhalten. Trude Simonsohn erinnerte sich an einen seiner Vorträge: »Man hat sich so in das Geistige hineinversetzt, dass man vergessen hat, daß man friert, daß man Hunger hat und auf einem eiskalten Boden steht.« (S. 227)

Nach seiner Freilassung aus Theresienstadt stürzte sich Baeck schnell in eine Vielzahl von Aktivitäten. In dem Kapitel »Nach der Katastrophe« schildert Meyer auch die Auseinandersetzung Baecks mit den Deutschen und der Frage von Schuld und Verantwortung. Bekannt ist sein Diktum: »Die Geschichte des deutschen Judentums ist definitiv zu Ende« (S. 243). Baeck starb im November 1956, er wurde auf dem jüdischen Friedhof Hoop Lane in London beigesetzt. Ein schlichter Grabstein trägt die hebräische Inschrift »Aus dem Stamme von Rabbinern«.

Michael A. Meyer ist ein exzellenter Erzähler; elegant lässt er zahlreiche historische Hintergrundinformationen einfließen; wichtige Publikationen und Vorträge Baecks erfahren eine Deutung und Einordnung. Das Buch ist als Würdigung von Baecks Lebensleistung zu lesen, aber nicht nur. An zahlreichen Stellen wird auch den mutigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus Baecks Umfeld die ihnen gebührende Wertschätzung zuteil.

Martin Liepach

Fritz Bauer Institut

Die SPD und der Antisemitismus



Christian Dietrich

Im Schatten August Bebels.

Sozialdemokratische Antisemitismus-

abwehr als Republikschutz 1918–1932

Göttingen: Wallstein Verlag, 2021, 319 S., € 34,90

Seit sich der Antisemitismus im Kaiserreich zu einer einflussreichen Ideologie und zum gemeinsamen Nenner des breitgefächerten nationalen und völkischen Lagers entwickelte, rang die deutsche Sozialdemokratie um Strategien zu seiner Bekämpfung. In klassisch marxistischer Lesart charakterisierte August Bebel ihn als ein Instrument der »Reaktion« zur Ablenkung der arbeitenden Massen von den eigentlichen Ursachen ihres Elends. Mit dem Untergang des bürgerlichen Systems werde auch der Antisemitismus wieder verschwinden, glaubte er. Dass antisemitische Parolen mit ihrer vermeintlich antikapitalistischen Stoßrichtung auch bei der Traditionsklientel der Sozialdemokratie verfangen konnten, sah man in der SPD-Führung durchaus; Überlegungen, sich dies zunutze zu machen, wurden aber früh und entschieden verworfen.

Wie hartnäckig sich Bebels Interpretation auch über die Zäsur von Weltkrieg und Revolution hinaus in der SPD hielt, zeigt Christian Dietrich in seiner Habilitationsschrift über sozialdemokratische Antisemitismusabwehr zwischen 1918 und 1932. Dietrichs zentrale These lautet, dass der Antisemitismus von der SPD (beziehungsweise zunächst der MSPD und USPD) nun als Angriff auf die junge Republik und die in Regierungsverantwortung stehende Sozialdemokratie selbst verstanden und daher mit allen politischen, juristischen und publizistischen Mitteln bekämpft wurde.

Zur Analyse der Abwehrstrategien blickt Dietrich auf verschiedene Handlungsebenen und Diskursräume der SPD und zieht dazu eine breite Quellenbasis heran: Neben Reichstags- und Parteitagsprotokollen hat er eine große Zahl sozialdemokratischer Periodika untersucht. Ein eigenes Kapitel widmet der Autor der in der SPD seit der Jahrhundertwende geführten Zionismusdebatte, die sich vor dem Hintergrund der umstrittenen Kolonialfrage entfaltete und in welcher der revisionistische Flügel mit seiner Sympathie für den Zionismus als jüdisch-sozialistisches Kolonisationsprojekt zunehmend an Einfluss gewann. Der von Dietrich betonte Konnex zwischen den Zionismusdiskussionen der SPD und ihren Debatten um die richtige Strategie gegen den Antisemitismus wird letztlich jedoch kaum erkennbar, zumal beide Themen weitgehend getrennt voneinander verhandelt wurden. Ein besonderer Fokus der Studie

liegt ferner auf der Antisemitismusabwehr des SPD-geführten preußischen Innenministeriums und des 1924 gegründeten Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold sowie auf der Zusammenarbeit der SPD mit dem Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens.

In den rechtsradikalen Mordaten der frühen 1920er Jahre erkannte die SPD eine »neue Qualität des Antisemitismus« (S. 111). Das 1922 kurz nach der Ermordung Walther Rathenaus verabschiedete Republikschutzgesetz, auf dessen Grundlage der antisemitische Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund und gut 50 rechtsradikale Zeitungen verboten wurden, sollte dem Antisemitismus aus der Sicht der SPD ebenso Einhalt gebieten wie umfassende Aufklärungskampagnen, Protestveranstaltungen und Schulungen, mit denen man die eigene Anhängerschaft gegen ihn zu immunisieren hoffte. In der Phase relativer Stabilität zwischen 1924 und 1928 nahm das Interesse am Thema ab, und die Partei glaubte, ihr Ziel erreicht und den bis dato vor allem von der DNVP politisch genutzten Antisemitismus erfolgreich zurückgedrängt zu haben.

Umso ratloser zeigte sich die SPD dann im Angesicht der wachsenden Mobilisierungsfähigkeit der NSDAP. Selbst nach deren erstem großen Wahlerfolg 1930 war der Antisemitismus nur eine unter vielen Facetten der NS-Propaganda, an denen sich die SPD abzuarbeiten versuchte. Als Nukleus der NS-Weltanschauung wurde der Antisemitismus von den allerwenigsten Sozialdemokraten erkannt. Dass eine in sich widersprüchliche, allein »an niedrige Instinkte des Hasses und des Neides« appellierende Ideologie zur systematisch ausagierten Regierungspolitik werden konnte, schien aus der Sicht führender SPD-Politiker unvorstellbar – »eine folgenschwere Fehleinschätzung« (S. 225), so der Autor.

Dietrich schließt mit seiner akribisch recherchierten, erhellenden und gut lesbaren Analyse eine wichtige Forschungslücke. Das Buch setzt jedoch viele Vorkenntnisse voraus und hätte für ein weniger fachkundiges Lesepublikum durchaus mehr Kontextualisierung liefern können. Eine punktuelle Erweiterung der Perspektive auf den gesellschaftlichen Resonanzraum des Antisemitismus, der schon im späten Kaiserreich als »kultureller Code« (Shulamit Volkov) den weltanschaulichen Kitt zwischen verschiedenen Milieus und Bewegungen bildete und letztlich einen wichtigen Nährboden für die NS-Verfolgungs- und Vernichtungspolitik schuf, hätte die Erfolglosigkeit sozialdemokratischer Antisemitismusabwehr noch nachvollziehbarer gemacht. Auch ein intensiverer Blick auf die zahlreichen jüdischen Akteure und ihre Selbst- und Fremdwahrnehmung innerhalb der SPD hätte die Untersuchung bereichert. Erst das knappe Schlusskapitel greift drei exemplarische Biografien jüdischer Sozialdemokraten heraus – Kurt Rosenfeld, Kurt Löwenstein und Julius Kaliski –, denen die SPD, so Dietrich, wie keine andere Partei der Weimarer Republik einen »Emanzipationsraum« (S. 287) zu bieten vermochte.

Kristina Meyer

Berlin

Paradoxe Zugehörigkeiten



Daniel Siemens

Hinter der Weltbühne. Hermann Budzislawski und das 20. Jahrhundert
Berlin: Aufbau Verlag, 2022, 413 S.,
€ 28,–

Mit *Hinter der Weltbühne* verspricht Daniel Siemens eine Enthüllungsgeschichte der linksintellektuellen kritischen Zeitschrift, deren Design auf dem Cover des Buches übernommen wurde. Der Untertitel jedoch weist in eine andere Richtung: Es geht um die Biografie ihres zeitweiligen Chefredakteurs Hermann Budzislawski, aber auch um die Geschichte des 20. Jahrhunderts, die sich in dessen Leben spiegelt. Das sind viele Themen für ein Buch von gut 400 Seiten, und so wird der Fokus auf die Verflechtungen der *Weltbühne* mit dem Journalisten Budzislawski gelegt.

Auffällig ist, dass die jüdische Herkunft Budzislawskis aus der Familie eines koscheren Metzgers kaum Auswirkungen auf seine Selbstwahrnehmung gehabt zu haben scheint. Das Judentum und ebenso der Antisemitismus sind in der ersten Hälfte des Buches fast abwesend, selbst dann noch, als Budzislawski 1940 im französischen Exil in verschiedenen Lagern einsaß und der Unterschied zwischen einem politischen Gegner des Nationalsozialismus und einem jüdischen politischen Gegner des Nationalsozialismus eine große Rolle spielte. Nicht erst im französischen Exil rekrutierte sich der Freundes- und Bekanntenkreis Budzislawskis mehrheitlich aus jüdischen Intellektuellen, was im Buch nur gelegentlich Erwähnung findet. Daniel Siemens nennt ihn in seiner Einleitung zwar einen »preußischen Juden« (S. 13), gibt ihm damit aber nicht den Rahmen der Debatten unter Juden der damaligen Zeit, sondern folgt, selbst zweifelnd, der Selbsteinschätzung des jungen Redakteurs.

Die erste Hälfte des Buches behandelt daher treffender den Bourgeois Budzislawski, der eine sozialistische Gesellschaftsordnung propagierte, wie eine Formulierung Barbara Honigmanns über ihren Vater zitiert wird (S. 264). Wir lesen von der Etablierung des Protagonisten als Journalist, seiner politischen Verortung links der Sozialdemokratie, ohne sich jedoch an eine Partei zu binden, und vom Kampf um die *Weltbühne*, deren Leitung nach Ausscheiden der maßstabsetzenden Chefredakteure Kurt Tucholsky und Carl von Ossietzky sehr begehrt war. Budzislawski, der erst Ende 1932 eigene Artikel in der Zeitschrift veröffentlichten konnte, gelang eine Neugründung des nach 1933 verbotenen Blattes in der Tschechoslowakei. Seine Position in der *Neuen Weltbühne* hatte er in einem

rücksichtslosen Handstreich 1934 gegen den damaligen Chefredakteur Wilhelm Schlamm durchgesetzt. Seine Autoren waren handverlesen, sein Führungsstil patriarchalisch. In diesen Jahren bemühte er sich um ein konzertiertes Zusammengehen der Linken und Kommunisten; er begründete Freundschaften, aber auch lebenslange Feindschaften.

Im französischen Exil nach 1938 verfolgte Budzislawski in der *Weltbühne* seine Interessen für eine Volksfront gegen Hitler; dafür unterband er antisowjetische Artikel, die sich gegen die stalinistischen Säuberungen wandten, um im August 1939 desillusioniert dem stalinistischen Kurs (zumindest bis 1950) abzuschwören. Im Jahr 1940 interniert, kam Budzislawski durch ungeklärte Umstände kurz vor Einmarsch der Deutschen im Juni wieder frei und fand mehr zufällig als verabredet seine Familie. Zu den herausragenden Passagen des sehr lesbar geschriebenen Buches gehört zweifellos die Fluchtgeschichte dreier Generationen Budzislawkis über die Pyrenäen nach Spanien, von dort nach Lissabon und – unter anderem mithilfe jüdischer Organisationen – schließlich in die USA. Hier führte Budzislawski als Vordenker für die berühmte Journalistin Dorothy Thompson ein Leben in rechtem Wohlstand. Er hatte es »als liberaler Apologet des amerikanischen Imperialismus«, wie ihn der Kommunist Albert Schreiner bezeichnete (S. 162), ganz gut getroffen.

Mit Budzislawskis Rückkehr nach Deutschland 1948 beginnt die zweite Hälfte des Buches. Nun wurde ihm paradoxerweise seine Zugehörigkeit zum Judentum wichtiger. Wir begegnen hier einem zweifelnden Budzislawski, der sein Leben zu flicken versuchte, obwohl »[f]ünfzehn Jahre Mord [...] zwischen uns und Deutschland« lagen (S. 177). An Aussöhnung mit den Deutschen war ihm nicht gelegen, für ihn wurde der Antifaschismus zum Anker in der DDR. Dass sein Verhältnis zu Deutschland und umgekehrt das der DDR zu dem zurückgekehrten jüdischen Individualisten von Misstrauen bestimmt bleiben würde, trat spätestens in der Säuberungsphase der SED bis 1953 zutage. In diesem zweiten Teil spielt die *Weltbühne* nur eine Nebenrolle, deren Leitung Budzislawski 1969 wieder übernehmen durfte, was das Politbüro – maßgeblich Walter Ulbricht selbst – lange verhindert hatte. Die politischen Äußerungen Budzislawskis, das Scheitern eigener Ideen und auch seine grundsätzliche Linientreue zur SED werden von Siemens nun stark in den Zusammenhang der jüdischen Erfahrung gestellt. So wird nicht nur ein »Akteur der mittleren Ebene« im Wissenschaftsbetrieb der DDR porträtiert, der sich vorschneller Kategorisierung entzieht (S. 14). Budzislawski steht auch für andere jüdische Linksintellektuelle in der DDR, die sich angesichts der Widersprüche, die die DDR ihnen zumutete, auf ihre Herkunft besannen.

Katharina Rauschenberger
Fritz Bauer Institut

Weibliche Handlungsräume



Rebekka Denz

Bürgerlich, jüdisch, weiblich. Frauen im Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (1918–1938)
Berlin: Neofelis Verlag, 2021, 389 S.,
€ 32,–

Mit der Öffnung des Moskauer Sonderarchivs 1992 rückte der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (C.V.) ins Blickfeld jüdischer Studien. Er war 1893 in Berlin zur Durchsetzung der gesetzlich verbrieften staatsbürgerlichen Rechte und zur Abwehr des Antisemitismus gegründet worden. Nach 1945 stand er lange im Schatten einer zionistisch ausgerichteten Geschichtsschreibung, die die mitgliederstärkste jüdische Organisation im Kaiserreich, die 1924 über 70.000 Mitglieder zählte (S. 38), weitgehend ignorierte. Erst das wiederentdeckte Vereinsarchiv, verfilmt von den Central Archives for the History of the Jewish People Jerusalem, stieß eine Fülle von Studien unterschiedlicher thematischer Ausrichtung an, angeführt 2002 von Avram Barkais Gesamtdarstellung »*Wehr Dich!*«. Frauen wurden erst 1908 zur Mitgliedschaft zugelassen. Ihr Anteil am Handeln und an der Wirkung des Vereins stand jedoch nie im Zentrum dieser Forschungen. Mit ihrer 2021 publizierten Dissertation von 2016 wirkt Rebekka Denz dieser doppelten Marginalisierung entgegen.

Die Arbeit ist in zwei Teile gegliedert und mit einem umfangreichen Tabellen-Anhang versehen. Der erste skizziert neben der Geschichte des C.V. die Handlungsräume seiner Protagonistinnen (S. 33–66). Zwar waren schon 1919 drei Frauen im Vorstand des C.V., doch der »Abwehrverein« blieb von Rabbinern und Juristen geprägt. In einer eigenen Rechtsschutzabteilung brachten sie reichsweit antisemitische Übergriffe vor Gericht. Aufklärung durch Wissensvermittlung über das Judentum bildete das zweite Tätigkeitsfeld des Vereins. Hier waren auch Frauen mit Vorträgen und Artikeln aktiv. Sie waren dabei mit Rollenerwartungen konfrontiert, die trotz der jüdischen Tradition weiblicher Erwerbstätigkeit zwischen der Frau als Hüterin der Familie und Wächterin der (jüdischen) Tradition changierten.

Im umfangreicheren zweiten Teil (S. 67–308) nimmt die Autorin die Tätigkeitsfelder von Frauen im C.V. in den Blick. Ihre Analyse setzt 1918 ein, als sich mit dem Frauenwahlrecht die weiblichen Rollennormen allgemein zu ändern begannen. Denz’ Quellen bilden die C.V.-Presse und die Publikationen des vereinseigenen Philo-Verlags, zusätzlich die *Blätter des Jüdischen Frauenbundes* sowie

das Vereinsarchiv und Nachlässe im Leo Baeck Archiv. Auf dieser umfangreichen Quellengrundlage rekonstruiert sie die Biografien von elf C.V.-Akteurinnen. Unter ihnen sind bekannte wie Eva Reichmann-Jungmann und Margarete Goldstein, aber auch Lise Leibholz und Meta Samson, von denen sich nicht einmal die Lebensdaten komplett herausfinden ließen. Alle elf Frauen traten journalistisch und als Rednerinnen für den C.V. hervor, vier erst nach 1933. Nicht alle waren eingeschriebene Vereinsmitglieder. Hinsichtlich ihrer Erwerbstätigkeit unterschieden sie sich deutlich vom weiblichen Durchschnitt der Gesamtbevölkerung. Drei der elf C.V.-Journalistinnen waren promoviert, acht akademisch gebildet. Die Juristin Dr. Margarete Edelheim zeichnete seit 1924 als Redaktionsmitglied und seit 1933 sogar als stellvertretende Chefredakteurin der *Central-Verein-Zeitung*. Margarete Goldstein gab die Monatszeitschrift *Der Morgen* heraus. Bis auf die Fränkin Else Dormitzer waren alle in Berlin tätig, wo nicht nur die C.V.-Zentrale ansässig war, sondern auch ein Drittel der deutschen Jüdinnen und Juden lebte und überdurchschnittlich viele Presseverlage residierten, darunter allein 49 jüdische Periodika (S. 106). Auch nach der NS-Machtübernahme blieb Berlin das Zentrum der nun gravierend beschnittenen jüdischen Presse, die nur noch die jüdische Leserschaft adressieren durfte.

Die thematische Analyse der Artikel der elf Frauen ergab zwar eine auffallende Häufung von Texten »mit Frauenbezug«, mit Hilfe einer minutiösen Wortfeldanalyse weist Denz aber in diesen Artikeln die Vermittlung heterogener weiblicher Geschlechternormen nach (S. 197). Dem entsprach, dass sechs der elf Frauen nicht zuletzt unter dem Einfluss des Jüdischen Frauenbundes auch in der weiblichen Selbstorganisation aktiv waren, was zur Einrichtung eines Sonderreferats für Frauenarbeit im C.V. führte. Auch im Gesamtverein übernahmen die sechs Führungsrollen, anerkannt und respektiert von ihren männlichen Kollegen, was die Autorin als »Modernisierungswillen« des C.V. deutet (S. 319).

»Presse und Publikationen des CV spiegeln die gelebten heterogenen weiblichen Geschlechternormen der Akteurinnen, die nahezu alle ihren Beruf mit ihren Aufgaben als Ehefrau und Mutter verbanden«, lautet Denz’ Fazit (S. 315). Bleibt einzuwenden, dass dieser Befund nur auf diese elf Protagonistinnen zutrifft, die für die jüdische Bildungselite stehen. Wie sehr sie meinungsbildend wirkten, lässt sich schwer sagen. Die Werbung um individuelle Mitgliedschaft jenseits der üblichen Familienmitgliedschaft hatte jedoch wenig Erfolg. Auch gab es Ortsgruppen, in denen nie eine C.V.-Frauengruppe gegründet wurde (S. 244). Hier zeigen sich deutlich die Grenzen des »weiblich-jüdischen Projekts der Moderne« im C.V.

Benigna Schönhagen
Tübingen

Immer gleich, immer anders: Rassismus



Susan Arndt
Rassismus begreifen.
Vom Trümmerhaufen der Geschichte zu neuen Wegen
München: Beck Verlag, 2021, 477 S.,
€ 24,–

Die Rassismusforschung hat in den letzten 20 Jahren eine enorme Transformation erlebt und sich dabei auch gespalten: Eine jüngere Forschungsrichtung ist vor allem an der Aktualität des Rassismus interessiert, an seinen alltäglichen Erscheinungsweisen sowie daran, wie tief er in die heutige Sprache, Wahrnehmung und Denkweise eingebettet ist. Hier geht es um die subtilen, oft aber umso effektiveren Formen, in denen Marginalisierung, Exotisierung oder Diffamierung als Praktiken des »Othering«, der Ver- und Entfremdung von Menschen, stattfindet. In der Öffentlichkeit wird diese Forschung oft auf die Frage nach einem »korrekten« Umgang mit den »anderen« reduziert – womit nicht nur die erste Stufe des »Othering« bereits genommen ist (welche »anderen« eigentlich?), sondern auch die theoretischen und empirischen Einsichten in die Funktionsweisen des heutigen Rassismus nicht mehr genauer thematisiert werden müssen. Dieses Bedürfnis nach Anleitungen für eine »wirklich antirassistische« Haltung ist so groß, dass aus der Forschung inzwischen regelrechte Ratgeber hervorgegangen sind. Mit dieser Art Didaktisierung wird aber der Blick auf das Phänomen selbst und seinen gegenwärtigen Strukturwandel eher verstellt als erhellt.

Demgegenüber hat eine ältere Tradition der Forschung den Rassismus stets als eine erkennbare politische Ideologie betrachtet. Insbesondere seit der neuen Popularität, der sich rassistische Denkweisen und Praktiken seit den 1990er Jahren erfreuen, gilt der Rassismus inzwischen völlig zu Recht als eine der persistentesten Ideologien der Moderne. Entsprechend wurden auch seine ideen-, kultur- und sozialgeschichtlichen Ursprünge und Entwicklungen neu erforscht und rekonstruiert. Neben der historischen Kontinuität des Phänomens rückten dabei aber auch seine strukturellen Veränderungen durch die Jahrhunderte in den Blick, die ihm ermöglichten, sich als Ideologie neuen Umständen und Bedingungen anzupassen. Dennoch hat diese Forschung, indem sie den Fokus auf die Ideologie und ihren Wandel richtete, die konkreten Formen eben jenes »Othering« aus den Augen verloren: Wer wann, warum und nicht zuletzt wie zum Fremden erklärt, marginalisiert, entwertet oder ausgegrenzt wird, bleibt in dieser Perspektive einer historischen Ideologieforschung sekundär.

Das hier vorzustellende Buch *Rassismus begreifen* von Susan Arndt führt diese zwei Forschungstraditionen wieder zusammen. Und darin liegt seine erste und vielleicht wichtigste Leistung. Es verknüpft eine kluge und an aktuellen Debatten orientierte Grundsatzdiskussion darüber, was Rassismus heute ist und bedeutet, welche Strukturform das rassistische »Othering« aufweist und wie Rassismus als alltägliche Praxis funktioniert, mit einer konzisen Geschichte rassistischer Praktiken und Denkweisen seit der Antike. Vor diesem Hintergrund vertieft es dann im dritten und letzten Teil noch einmal die heutigen Formen des Rassismus und die Debatten über ihn, um hier klare und überzeugende Positionen zu beziehen. Manche der Thesen, Beobachtungen und Urteile sind dabei in der breiteren Forschung zum Rassismus durchaus umstritten, etwa was Rassismus in der Antike angeht, was die Rolle Kants oder die Rolle des Rassenbegriffs heute betrifft. Doch schafft Arndt es durch ihre so eindeutige wie zugleich umsichtige Argumentation, eine Legitimität ihrer Ansichten zu erzeugen, an der man auch nicht vorbeikommt, wenn man eigentlich anderer Meinung ist. In diesem Sinne ruft das Buch weniger zum Streit als zur Ergänzung und weiteren Durchdringung des Themas auf und zeigt klar, in welche Richtung diese Diskussion in Zukunft zu entwickeln wäre.

So wehrt sich Arndt etwa gegen die von vielen anderen vertretene These, dass gerade der heutige Rassismus ein »Rassismus ohne Rassen« sei. Dass auch Rassisten kaum mehr mit dem Rassenbegriff arbeiten, bestreitet sie keineswegs. Doch argumentiert sie, dass der Rassismus als Ideologie und Ausgrenzungspraktik nicht ohne genau das funktioniert, was über Jahrhunderte »Rasse« hieß, dass also hinter den heutigen Ideen des Schutzes der eigenen Identität vor kultureller Überfremdung genau das steckt, was in den vorangegangenen Jahrhunderten mit dem Rassenbegriff markiert wurde. In heutigen Formen des Alltagsrassismus geht es kaum mehr um offene Diffamierung, sondern um subtile und zugleich höchst voraussetzungsvolle Praktiken der Erfindung einer Fremdartigkeit. Dieses »Othering« lebt nicht zuletzt von der Selbstverständlichkeit, mit der wir die weiße, europäische und tendenziell männliche Kultur immer noch und immer wieder zur Norm erheben, ohne zu begreifen, dass diese Norm ein historisch entstandenes Privileg ist. Wer etwa behauptet, dass es auch »umgekehrten Rassismus« gibt oder geben könnte, verwechselt Rassismus mit simplen Vorurteilen. Solche und viele andere heute gängigen Missverständnisse und Probleme so präzise wie polemisch klarzustellen und die Geschichte, vor deren Hintergrund sie verständlich werden, auf über 200 Seiten gleich mitzuliefern – das ist der entscheidende Beitrag Arndts dazu, Rassismus »begreifbar« zu machen.

Christian Geulen
Koblenz

Antisemitismus. Eine deutsche Geschichte?



Peter Longerich
Antisemitismus: Eine deutsche Geschichte.
Von der Aufklärung bis heute
Berlin: Siedler Verlag, 2021, 640 S.,
€ 34,–

Neue Erfahrungen in der Gegenwart führen vielfach dazu, dass neue Gesamtdarstellungen der Vergangenheit angeregt werden. So auch im Fall des Antisemitismus. Peter Longerich hat dazu seine Geschichte

vorgelegt. In der wohltuend knappen Einleitung präzisiert er unter anderem den zeitlichen, von der Aufklärung bis zur Gegenwart reichenden, und den räumlichen, vor allem auf Deutschland bezogenen Rahmen.

Longerich schildert im ersten Kapitel den von 1780 bis 1871 dauernden Emanzipationsprozess und seine Widersacher. Im zweiten Kapitel über das Deutsche Kaiserreich leuchtet er die antisemitischen Wellen der 1880er und 1890er Jahre aus und stellt die Verschärfung des Antisemitismus während des Ersten Weltkriegs dar. Im dritten Kapitel, das 1918 einsetzt, geht es um den massiven Ausbruch antisemitischer Gewalt, deren Akteure als Fundamentalopposition gegen die Republik auftraten. Longerich schildert ferner das Wirken der rechtsextremen Netzwerke, aus denen die NSDAP hervorging. Im vierten Kapitel über das nationalsozialistische Deutschland und den Holocaust kann er auf seine umfangreichen Archivstudien aufbauen. Prägnant rekonstruiert er den immer

Anzeige



*Nachrichten und Berichte
aus Kultur und Wissenschaft*
Informationen aus dem Institut
Aktuelle Publikationen
• Veranstaltungshinweise
Online-Vorträge

Social Media Angebote
des Fritz Bauer Instituts

Website	fritz-bauer-institut.de
Facebook	facebook.com/fritz.bauer.institut
Twitter	twitter.com/fritzbauerinst
YouTube	youtube.com/fritzbauerinstitutfrankfurt

extremer werdenden staatlichen Antisemitismus, der zum Mord an den europäischen Juden führte. Nach dem Holocaust – Thema des fünften Kapitels – begann zunächst eine Zeit des latenten Antisemitismus, der in den 1960er und 1970er Jahren neue Erscheinungsformen annahm, bis in den 1980er Jahren sowohl in West- als auch in Ostdeutschland eine vergangenheitspolitische Neuorientierung einsetzte. In seinem Epilog zum gegenwärtigen Antisemitismus kann sich Peter Longerich auf seine Erkenntnisse stützen, die er als Sprecher des vom deutschen Bundestag eingesetzten Expertenkreises Antisemitismus gewonnen hat.

Überzeugend ist vor allem, dass sich Longerich ganz auf die Zeit seit dem späten 18. Jahrhundert konzentriert und damit die immer wieder geäußerte These des Ewigen Antisemitismus zurückweist, die Peter Schäfer noch jüngst erneut bedient hat.¹ Ein paar Fragen dürften indes hilfreich und anregend sein. Es beginnt mit dem Titel: »Antisemitismus: Eine deutsche Geschichte«. In kurzen Abschnitten hat Longerich durchaus die europäischen Dimensionen des Antisemitismus angedeutet, die zeigen, dass der Antisemitismus keine deutsche Geschichte ist, der Titel hätte somit eher lauten sollen: »Antisemitismus: Die deutsche Geschichte«.

Hinsichtlich der ersten drei Kapitel bis 1933 fragt man sich, ob Longerich nicht der Gefahr, vor der schon Reinhard Rürip gewarnt hatte, erlegen ist, antisemitische Aktivisten wie unter einem Vergrößerungsglas zu betrachten und darüber den Sinn für die Proportionen zu verlieren.² So wundert man sich, wie trotz der von Longerich dargestellten breiten Front gegen die Emanzipation der Juden im 19. Jahrhundert diese am Ende doch durchgesetzt werden konnte.

Dieses Brennglas-Problem stellt sich erneut im Kapitel über das Kaiserreich, dessen Gesellschaft nach Longerich von antisemitischem Gedankengut durchsetzt war. Ausgeblendet hat er den breiten Abwehrkampf, der nicht nur zum Niedergang des politischen Antisemitismus geführt hat, sondern auch dazu, dass antisemitisches Denken um 1910 in weiten Teilen der Bevölkerung demaskiert und diskreditiert war. Bei der entstehenden völkischen Bewegung, die Longerich ausführlich darstellt, handelte es sich in dieser Zeit eher um eine kleine Gruppe von verschrobenen, politisch einflusslosen Außenseitern.

Entsprechendes wäre über die mittleren Jahre der Weimarer Republik anzumerken. Wenn Longerich schreibt, dass sich der radikale Antisemitismus in dieser Phase nur scheinbar abgeschwächt habe, verkennt er die breite Abwehrfront gegen diesen.

Bezeichnenderweise taucht das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, die größte Massenorganisation der Republik, die sich auch dem Kampf gegen den Antisemitismus verschrieben hatte, nicht auf. Antisemitisches Denken war in den kleinen rechtsextremen intellektuellen Zirkeln virulent, in breiten Teilen der Bevölkerung aber fand es, anders als Longerichs Darstellung suggeriert, weniger Zuspruch.

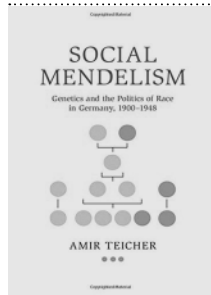
Wenn Longerich schon in seiner Einleitung festhält, dass der Antisemitismus, »über die letzten zweieinhalb Jahrhunderte, ein erhebliches Maß an Kontinuität« besitzt, so fragt sich angesichts der Brüche, die hier nur angedeutet werden konnten, ob nicht eher die Diskontinuität überwiegt.

In seinen abschließenden Überlegungen zur Theorie und Methodik der Antisemitismusforschung nennt Longerich als Leitfaden seiner Darstellung, dass der Antisemitismus eine »Antwort auf eine nicht gelungene nationale Identitätsbildung« sei. Zweifel sind indes am Gebrauch des »Plastikwortes der kollektiven Identität« (Lutz Niethammer) angebracht. Hat es je irgendwo eine gelungene nationale Identität gegeben?

Diese Überlegungen können aber den Wert der neuen Gesamtgeschichte nicht schmälern. Sie sollen lediglich dazu dienen, weiter über die Probleme nachzudenken. Mit historischer Tiefenschärfe und beeindruckend durch seinen Quellenreichtum hat Peter Longerich die Vielgestaltigkeit und Virulenz des Antisemitismus in Deutschland ausgeleuchtet.

Ulrich Wyrwa
Berlin/Potsdam

Genetik und »Rassenforschung«



Amir Teicher

Social Mendelism. Genetics and the Politics of Race in Germany, 1900–1948
Cambridge u.a.: Cambridge University Press, 2020, 268 S., £ 26,99

Amir Teicher hat sich für seine Studie einiges vorgenommen, denn er beforcht die Bedeutung der Vererbungslehre Gregor Mendels für Wissenschaft und Gesellschaft in Deutschland während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Hierfür untersucht er, welchen Einfluss diese Theorie auf die Disziplinen der Psychiatrie, der Genealogie und der biologischen Anthropologie sowie auf deren Anwendungsfelder in der nationalsozialistischen »Erbgesundheits- und Rassenpolitik« hatte. Mendels Ansatz, so Teicher, habe sich im Laufe des Untersuchungszeitraums von einem wissenschaftlich-methodischen Referenzrahmen zu einer Gesellschaftstheorie transformiert, die sich in bevölkerungspolitischen Praktiken des nationalsozialistischen Staats niederschlug. Der von Teicher konstatierte »Social Mendelism« beruht auf der Annahme einer Unveränderlichkeit des Erbguts, einer Atomisierung von Menschen in einzelne erbliche Merkmale sowie der Vorstellung von der Notwendigkeit, rezessive Gene aufzudecken, welche als potentielle Gefahr gedeutet wurden.

Das Buch basiert auf Teichers Dissertation an der Universität von Tel Aviv. Der Untersuchungszeitraum der Studie reicht von 1900 bis 1948. Dementsprechend nehmen die Person des 1884 verstorbenen Mendel und dessen eigene Forschungen nur einen geringen Raum ein. Ausgangspunkt ist vielmehr die Wiederentdeckung der Mendel'schen Regeln um 1900, mit der der Ansatz erst an fachlicher Rezeption gewann. Periodisierende Zäsuren setzt Teicher in den Jahren 1913, 1933 und 1945, denen auch die Kapitelstruktur folgt. Als Quellen nutzt er insbesondere wissenschaftliche Fachartikel und Monografien aus den untersuchten Disziplinen. Archivquellen spielen dagegen zumeist nur eine ergänzende Rolle.

Teicher arbeitet zunächst heraus, auf welche Weise in den untersuchten Fächern die Vererbungslehre Mendels rezipiert und für die jeweiligen Zwecke modifiziert wurde. Hierbei konzentriert er sich auf Forschungsarbeiten von Protagonisten Mendel'scher Ideen in den jeweiligen Disziplinen – den Anthropologen Eugen Fischer, den Psychiater Ernst Rüdin und den Genealogen Arthur Crzelltitzer – sowie auf die Reaktionen in der Fachwelt auf deren Studien. Der Verfasser zeigt, dass es nach dem Erscheinen dieser prägenden frühen Studien den Angehörigen der jeweiligen Fächer

Schwierigkeiten bereitete, Mendels Theorien in ein fachspezifisches Forschungsdesign zu integrieren. Am schwersten taten sich dabei die meisten Genealogen aufgrund methodischer Inkongruenzen. Auch in der biologischen Anthropologie zeigten sich Probleme mit der Anwendung von Mendels Ansatz, da dieser nur die Vererbung einzelner Merkmale erklärt, während der Großteil der Forschenden eine Erbllichkeit von holistisch gedeuteten menschlichen Typen oder »Rassen« zu untersuchen anstrebte. Einfacher fiel Vertreterinnen und Vertretern der Psychiatrie die Übernahme Mendel'scher Ideen in ihre Forschung. Diese dienten jedoch bei entsprechender fachspezifischer Modifikation in allen drei Disziplinen als theoretischer Referenzrahmen, selbst wenn die angewandten Methoden vielfach davon abwichen. Es ist begrüßenswert, dass nicht nur erfolgreiche Übernahmen des Mendel'schen Ansatzes in die Forschung dargestellt werden, sondern am Beispiel der Genealogie auch ein weitgehendes Scheitern solcher Bestrebungen.

Teicher rekonstruiert anhand der Beispiele des »Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses« und des »Gesetzes zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre« die Bedeutung des Mendel'schen Ansatzes und der drei untersuchten Fächer für die nationalsozialistische »Erbgesundheits- und Rassenpolitik« sowie für deren Vermittlung. Dabei zeigt er, dass Mendels Theorien zur Konzeption und Legitimierung eugenischer und antisemitischer Maßnahmen eingesetzt wurden. Im Fall der eugenischen Sterilisationen erwies sich dies von der Auswahl der gesetzlich vorgesehenen Indikationen bis hin zur Erläuterung im Schulunterricht. Beide Gesetze waren von der Furcht vor rezessiven Genen als einer vermeintlichen unsichtbaren Bedrohung geprägt, die bei späteren Generationen »herausmendeln« könnten. So argumentiert Teicher, dass sich die Debatte über den Umgang mit »jüdischen Mischlingen« nicht allein über die Ablehnung einer Vermischung erklären lässt, sondern dass auch eine Furcht vor einem rezessiven Wiederauftreten von angeblich »jüdischen Merkmalen« eine Rolle spielte.

Die Studie ist gut lesbar und argumentiert stringent, jedoch engt ihr inhaltlicher Fokus auf Mendels Theorien die Bandbreite der dargestellten Positionen in den zeitgenössischen Fachdebatten bisweilen ein. Es bleibt abzuwarten, ob der von Teicher stark gemachte Begriff des »Social Mendelism« sich durchzusetzen vermag, zumal er die Herausbildung der »Rassenhygiene« und der »Rassenanthropologie« im späten 19. Jahrhundert nicht ursächlich zu erklären vermag, sondern lediglich deren spätere Entwicklung und Legitimierung.

Jens Kolata
Fritz Bauer Institut

¹ Peter Schäfer, *Kurze Geschichte des Antisemitismus*, München 2020.

² Reinhard Rürip, »Anti-Jewish Prejudices, Antisemitic Ideologies, Open Violence: Antisemitism in European Comparison from the 1870s to the First World War. A Commentary«, in: *Quest. Issues in Contemporary Jewish History. Journal of the Fondazione CDEC*, (2012), Nr. 3, S. 289–301.

Die Verfolgung von »Mischehen« im Nationalsozialismus



Maximilian Strnad

Privileg Mischehe? Handlungsräume »jüdisch versippter« Familien 1933–1949
Göttingen: Wallstein Verlag, 2021, 512 S., € 46,–

Das Buch widmet sich den sogenannten Mischehen während der Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland, das heißt Ehepaaren, die aus einem jüdischen und einem nichtjüdischen Partner beziehungsweise einer Partnerin bestanden, und ihren Familien. Diese Gruppe, in der Forschung bisher eher am Rande berücksichtigt, hatte eine spezifische Verfolgungsgeschichte, die der Autor in seiner Studie umfassend, differenziert und gründlich darstellt. Basis der Untersuchung sind neben der vorhandenen Forschungsliteratur und Quellen aus verschiedenen Archiven vor allem zeitgenössische Veröffentlichungen sowie die Erinnerungsliteratur. Im Mittelpunkt stehen die Auswirkungen auf den Alltag der Betroffenen und die Handlungsräume der aus Juden, Nichtjuden und »Mischlingen« bestehenden Familien im allgemeinen Kontext der antijüdischen Politik. Als Handlungsräume versteht der Autor die »Aktionsorte der in Mischehe lebenden Familienmitglieder« (S. 23), die vor allem vom jeweiligen »Rassestatus«, vom Geschlecht, aber auch von der Region, in der die Personen lebten, geprägt waren.

Die Publikation ist weitgehend chronologisch aufgebaut. Die Verfolgungsabläufe und die politischen und rechtlichen Entwicklungen werden detailliert dargestellt und anhand zahlreicher Beispiele aus verschiedenen Orten innerhalb des Reiches vertieft. Nach einem Blick auf die Situation von »Mischehen« vor 1933 widmet sich der Autor zunächst den Jahren der Verfolgung 1933 bis 1938, wobei die Auswirkungen der Verfolgung auf die nichtjüdischen Ehepartner im Vordergrund stehen. Bis Ende 1938 waren in »Mischehe« lebende Jüdinnen und Juden den gleichen Verfolgungsmaßnahmen ausgesetzt wie die restliche jüdische Bevölkerung, was auch Auswirkungen auf die nichtjüdischen Partner und Partnerinnen hatte. Zudem waren diese selbst von Maßnahmen betroffen, etwa von Entlassungen aus dem öffentlichen Dienst. Die meisten von ihnen verzichteten auf kulturelle und soziale Teilhabe; der Druck führte auch dazu, dass es vermehrt zu Scheidungen kam. Indes unterschied sich die Situation der »Mischehe«-Familien zum Teil deutlich von der der restlichen jüdischen Bevölkerung. So gab es beispielsweise größere Möglichkeiten, finanzielle Hilfe von nichtjüdischen Verwandten, Eigentum oder

Firmen übertragen zu bekommen. Zudem war es für in »Mischehe« Verheiratete leichter, andere jüdische Familien zu unterstützen. Einschneidend für die Situation der »Mischehen« waren die Nürnberger Gesetze und die dazugehörigen Verordnungen, die unter anderem definierten, wer als »Mischling« galt. Eheschließungen zwischen Juden und Nichtjuden waren fortan nicht mehr möglich, nichtverheiratete Paare wurden kriminalisiert beziehungsweise auseinandergerissen.

Die Entwicklungen unmittelbar nach dem Novemberpogrom 1938 stellten auch für die Stellung der »gemischten Familien« eine Zäsur dar. Künftig spielte die jeweilige Familienkonstellation eine wichtige Rolle dabei, welchen Verfolgungsmaßnahmen man ausgesetzt war. So wurden Paare, bei denen die Ehemänner nichtjüdisch waren, von wesentlichen Verfolgungsmaßnahmen zunächst ausgenommen. Paare, bei denen die Ehemänner jüdisch waren, wurden hingegen nur dann davon ausgenommen, wenn sie Kinder hatten. Diese groteske Differenzierung war einerseits Ausdruck der nationalsozialistischen Rassenideologie, wonach die »deutsche Erbmasse« geschützt werden sollte, andererseits zeigt sie, wie das NS-Regime versuchte, mögliche Unruhe durch seine Maßnahmen bei den nichtjüdischen Verwandten der betroffenen Familien einzudämmen. Nach dem gleichen Prinzip wurden »Mischlinge« zunächst wie »Reichsbürger« behandelt, es sei denn, sie gehörten der jüdischen Religion an, weil sich nach der »Logik des Regimes« bei dieser als »Geltungsjuden« bezeichneten Gruppe »der »jüdische Blutsanteil« durchgesetzt habe« (S. 147).

In den Jahren 1939 bis 1942 wurde angesichts von Deportationen, Einweisungen in »Judenhäuser« (die der Autor als »Ghettohäuser« bezeichnet) beziehungsweise Sammelunterkünfte sowie der Heranziehung zur Zwangsarbeit die Unterscheidung in »privilegierte« und »nichtprivilegierte Mischehen« entscheidend. So waren Ehepaare, in denen der Mann kein Jude war, von einer Einweisung in eine Sammelunterkunft ausgenommen, nichtjüdische Ehefrauen hingegen konnten in einem »Judenhaus« oder einer »Judenwohnung« einquartiert werden. Eine bestehende »Mischehe« bedeutete in der Regel Schutz vor einer Deportation, der jedoch durch den Tod des Partners oder die Scheidung der Ehe wegfallen konnte. In den letzten Kriegsjahren gerieten die »Mischehen« verstärkt in den Fokus der NS-Verfolger. Zu nennen sind etwa die KZ-Einlieferungen im Rahmen der »Schutzhaft«, die vor allem von der Gestapo Frankfurt am Main in größerer Zahl vorgenommen wurden, und die Heranziehung zur Organisation Todt.

Das Verdienst der Studie, die mit einem umfangreichen Kapitel zur Situation der »Mischehen« nach der Befreiung schließt, liegt in der differenzierten Darstellung, die die bestehende Forschung kritisch rezipiert und zusammenbringt, die komplizierte und komplexe Verfolgungsgeschichte der »Mischehen« zusammenhängend und kenntnisreich erzählt und den Blick auf den Nahbereich der betroffenen Familien schärft.

Akim Jah
Berlin/Bad Arolsen

Hitler und Verschwörungserzählungen



Richard Evans

Das Dritte Reich und seine Verschwörungstheorien. Wer sie in die Welt gesetzt hat und wem sie nutzen
München: Deutsche Verlagsanstalt, 2021, 367 S., € 26,–

Was haben diese Verschwörungserzählungen gemeinsam: die »Protokolle der Weisen von Zion«, die »Dolchstoß-Legende«, der Reichstagsbrand, Rudolf Heß' Flug nach Großbritannien und Hitlers Flucht aus dem Führerbunker? »Adolf Hitler« ist die Antwort des britischen Historikers Richard Evans. Er stehe »im Mittelpunkt dieser Welt der Verschwörungstheorien« (S. 11), die das Buch untersucht.

Verschwörungserzählungen seien gefährlich, nicht allein, weil sie Unwahrheit verbreiten, sondern weil sie »die Idee der Wahrheit selbst« (S. 300) in Frage stellen, so Evans. »Und ist diese erst einmal diskreditiert, ist die Organisation der Gesellschaft nach rationalen Regeln und auf der Grundlage begründeter, informierter Entscheidungen gefährdet.« (S. 300) Aber, wendet Evans ein, es gibt die Wahrheit einer Geschichte, es ist möglich, zu rekonstruieren, ob eine Erzählung wahr ist oder nicht und wie sie sich zugetragen oder nicht zugetragen hat. Der »einzige Weg, nachzuweisen, was wahr und was falsch ist, ist und bleibt sorgfältige, akribische Arbeit« (S. 307). Und genau die unternimmt Evans mit dem Buch.

In fünf Fallstudien rekonstruiert und analysiert er die oben genannten Verschwörungserzählungen, die mit Hitler verbunden sind, weil dieser an sie glaubte, sie benutzte, von ihnen profitierte, in sie verwickelt war oder gar ihr Protagonist ist. Die Auswahl ist durch diesen gemeinsamen Nenner durchaus kreativ. Die Erzählungen unterscheiden sich in Wirkung und Reichweite, in Seriosität und Abenteuerlichkeit.

Die »Protokolle der Weisen von Zion« sind eine antisemitische Fiktion, die von einer »jüdischen Weltverschwörung« raunt. Hitler soll »ein Schüler der *Protokolle*« (S. 27) gewesen sein, die »direkt zum Holocaust« (S. 27) geführt hätten. Beides verneint Evans, nachdem er die verzweigte Entstehungsgeschichte dieser angeblichen Dokumentensammlung nachgezeichnet hat. Die »Protokolle« waren für die Nationalsozialisten keine »Offenbarung, sondern lediglich eine Bestätigung dessen, was sie bereits »wussten«« (S. 69).

Die Dolchstoß-Legende, die behauptet, die Niederlage im Ersten Weltkrieg zu erklären, kursiert(e) in verschiedenen Varianten, wobei keine, wie Evans zeigt, mit den Tatsachen zu tun hat. Weder die »Heimatfront« noch die Linken oder »die Juden«

hätten »einen Dolch« geführt und damit von innen das eigene Militär bekämpft.

Wirkungsvoller für die Nationalsozialisten war der Reichstagsbrand, über den entgegengesetzte Erzählungen kursieren: Sie selbst glaubten an eine Verschwörung der Linken, während andere behaupteten, die Nationalsozialisten hätten den Brand gelegt. Denn waren nicht sie es, die am meisten vom Reichstagsbrand profitierten? Evans rekonstruiert die Nacht detailliert und kommt zu dem Schluss, dass die Einzeltäterthese stimmen muss, nach der der am Tatort Verhaftete und später Verurteilte Marinus van der Lubbe den Brand gelegt hat.

Rudolf Heß flog im Mai 1941 nach Großbritannien, um ein Friedensabkommen zu erwirken. Die Mythen drehen sich nicht nur um die Frage, ob Hitler eingebunden war, sondern auch darum, ob Großbritannien mit dem »Dritten Reich« unter einer Decke steckte, ob Heß wirklich in den 1980er Jahren Suizid beging oder ob er ausgetauscht oder einer Gehirnwäsche unterzogen wurde. Evans sieht im Flug einen Alleingang von Heß.

Ähnlich abenteuerliche Erzählungen ranken sich um das Ende Adolf Hitlers, der sich bekanntlich im Führerbunker erschoss. Verschwörungserzählungen behaupten aber, Hitler sei aus dem Bunker entkommen und habe ein ruhiges Leben in Argentinien geführt.

Die gefährlichen, teils absurden Erzählungen, die Evans hier rekonstruiert, fanden und finden ein Millionenpublikum. Sie bestimmen mit darüber, wie Geschichte erinnert wird. Die detaillierten und akribischen Widerlegungen der jeweiligen Varianten der Verschwörungserzählungen sind notwendig, um zu zeigen, wie sehr sie auf Erfindung beruhen, und hier keinerlei Missverständnisse aufkommen zu lassen; kurzweilig zu lesen sind sie nicht immer.

Die Stärke des Buchs besteht darin, dass Evans in die Rekonstruktion der Verschwörungsnarrative und ihrer Entstehungsgeschichten Einsichten über Funktion, Aufbau und Struktur von solchen Erzählungen einfließt. Er zeigt unter anderem, wie Verschwörungstheoretiker sich gegenseitig zitieren, teils auch wahre Quellen heranziehen, die sie überbewerten, wie sie Spekulationen und »Anspielungen auf das Paranormale« (S. 200) nutzen und mit »Andeutungen, Annahmen und Anspielungen« (S. 233) arbeiten, um gegen eine angeblich »offizielle« (S. 251) Geschichtswissenschaft eine »alternative« aufzubauen, die den »Schleier« (S. 275) gelüftet habe.

Antisemitisch ist eine Erzählung nach Evans erst, wenn explizit »der Jude« Protagonist ist. Das könne auch Nicht-Juden einschließen, die »dem »Geist« nach« (S. 111) jüdisch seien. Eine Verschwörungserzählung, die antisemitisch strukturiert ist, aber (noch) ohne Juden argumentiert, wird hier aber nicht mitgedacht. Dabei sehen wir gerade solche Erzählungen – etwa die von QAnon – seit der Covid-19-Pandemie florieren.

Nikolas Lelle
Berlin

Ein Haus mit schwerer historischer Hypothek



Andrea C. Hansert

Das Haus der Gestapo. Geschichte der Lindenstraße 27 und der Cronstetten-Stiftung in Frankfurt am Main
Wien: Böhlau Verlag, 2021, 252 S., 9 Abb., € 39,–

Im Frankfurter Westend erinnert vor der Lindenstraße 27 eine Messingtafel an die Geschichte des Gebäudes. Neben der Jahreszahl 1940 ist dort zu lesen: »Veräusserung des Hauses unter Zwangsandrohung an die Gestapo, die es als Gestapo-Zentrale des Regierungsbezirks Wiesbaden verwendete.« Nach dem Erscheinen von Hanserts Studie muss die Informationstafel korrigiert werden, denn das Palais wurde seinerzeit von der »Cronstett- und Hynspergischen evangelischen Stiftung« mitnichten auf Druck der Geheimen Staatspolizei an selbige verkauft.

Der Fokus der vorliegenden Untersuchung ruht nicht auf dem von der Frankfurter Gestapo in der Lindenstraße geplanten und begangenen Unrecht, sondern auf der Geschichte des Hauses und der Cronstetten-Stiftung im Nationalsozialismus und während der unmittelbaren Nachkriegszeit. Für die Stiftung, in deren Auftrag Hansert den Band verfasst hat, ist die Verstrickung vieler Mitglieder der »Adeligen Ganerbschaft des Hauses Alten-Limpurg« mit dem NS-Regime ein schmerzhafter Erkenntnisprozess gewesen. Die aus dem Frankfurter Stadtpatriziat hervorgegangene Vereinigung möchte jedoch Verantwortung für das damalige Verhalten übernehmen, und sie tut gut daran.

Bevor Hansert, die in der Hausmonografie ihre langjährige Forschungsarbeit zum Frankfurter Stadtpatriziat und zur Geschichte der Stadt im Nationalsozialismus überaus gewinnbringend miteinander verknüpft, zu ihrem eigentlichen Thema kommt, skizziert sie die bis ins Mittelalter zurückreichende Geschichte der Ganerbschaft Alten-Limpurg. In ihr waren die vornehmsten Adelsfamilien vereint, die bis zum Ende der Reichsstadt 1806 im Rat das Sagen hatten. Die Ganerbschaft verfügte über drei von Alten-Limpurger Familien gegründete und mit Immobilien ausgestattete Stiftungen. Die vermögendste und bis heute bestehende hatte Justina Catharina Steffan von Cronstetten zur Versorgung von Töchtern und Witwen aus den Adelsfamilien ins Leben gerufen. Für das Damenstift wurde 1897 das Palais Lindenstraße 27 erbaut.

Nachdem die überwiegende Mehrzahl der Adeligen zur Weimarer Republik, in der alle Standesprivilegien abgeschafft worden

waren, eine ablehnende Haltung eingenommen hatte, suchte sie mit dem NS-Staat den Schulterchluss. Das galt auch für die Alten-Limpurger, wie Hansert anhand der Einführung eines besonders rigiden Arierparagrafen und einer überdurchschnittlich hohen Anzahl an NSDAP-Mitgliedern unter den Ganerben (40 Prozent) nachweisen kann. Im Zusammenhang mit dem Verkauf der Lindenstraße 27 hatte die Cronstetten-Stiftung weniger ein Problem mit der Gestapo als vielmehr mit den Steuerbehörden. Im Bestreben, das weite Feld nichtstaatlicher Organisationen auszutrocknen, zogen die Nazis die Steuerschrauben an. Das Finanzamt sprach der Cronstetten-Stiftung die Gemeinnützigkeit ab und stellte so hohe Forderungen, dass sie in Liquiditätsnöte geriet und sich 1939 (!) zum Verkauf der Immobilie gezwungen sah. Als Käuferin fand sich die Gestapo, die das Palais zum Marktwert von 435.000 Reichsmark erwarb und im April 1941 bezog. Bis zur Befreiung der Stadt durch die US-Armee im März 1945 wurde die Lindenstraße 27 zu einem Schauplatz des nationalsozialistischen Terrors. Seither lastet auf dem Gebäude »eine schwere historische Hypothek« (S. 14).

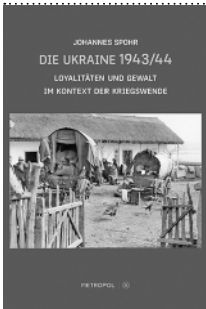
In der Lindenstraße 27 wurden die Deportationen der Frankfurter Juden geplant, brutale Verhöre durchgeführt oder Regimegegner unter Druck gesetzt. Während es in den im Keller gelegenen Arrestzellen infolge der Verhörmethoden zu Todes- und auch zu Suizidfällen kam, residierten im linken Eckzimmer des ersten Obergeschosses mit Blick auf die Lindenstraße die Gestapo-Chefs. Grundlegend neue Forschungserkenntnisse zur Geschichte der Frankfurter Gestapo sind in der Neuerscheinung nicht enthalten, was aufgrund der unverändert schwierigen Aktenüberlieferung auch nicht anders zu erwarten stand.

Im Zuge der Entnazifizierung musste sich ein Dutzend Alten-Limpurger vor einer Spruchkammer verantworten. Die adligen Angeklagten wurden lediglich als »Entlastete« oder höchstens als »Mitläufer« eingestuft – selbst der am tiefsten in die Verbrechen des Nationalsozialismus verstrickte Ganerbe und SS-Sturmabführer Claus-Joachim von Lepel kam derart glimpflich davon. Auf Zuraten des Leiters der städtischen Stiftungsabteilung während der NS-Zeit, Bruno Müller, beantragte die Cronstetten-Stiftung im Oktober 1948 beim Land Hessen die Rückerstattung der Lindenstraße 27, in der sich seit 1946 der Amtssitz von Oberbürgermeister Walter Kolb befand. Hansert gelingt dank ihrer profunden Kenntnis der Archive der Nachweis, dass der Jurist Müller die Legende vom erzwungenen Verkauf des Gebäudes auf Druck der Gestapo in die Welt gesetzt hatte, die im Juli 1950 zu dem Richterspruch zugunsten der Stiftung führte. Die Cronstetten-Stiftung wird vor ihrem Haus Lindenstraße 27 eine den neuen Forschungsergebnissen Rechnung tragende Informationstafel aufstellen.

Thomas Bauer

Frankfurt am Main

Viel vorgenommen: die Massengewalt in der Ukraine 1943/44 aus verschiedenen Perspektiven



Johannes Spohr

Die Ukraine 1943/44. Loyalitäten und Gewalt im Kontext der Kriegswende
Berlin: Metropol Verlag, 2022, 558 S., € 34,–

Die Erforschung des deutschen Angriffskrieges auf die Sowjetunion hat – insbesondere seit der Öffnung der osteuropäischen Archive im Jahr 1991 – bedeutende Fortschritte gemacht, dennoch gibt es bis heute Bereiche, die weiterhin unterbelichtet geblieben sind. Gleich zweier davon hat sich nun Johannes Spohr in seiner Studie angenommen: der Massengewalt im Zuge der Kriegswende von 1943/44 in der besetzten Ukraine sowie des Verhältnisses zwischen den Besatzern, der örtlichen Bevölkerung und den Partisanen. Systematisch geht er der Frage nach, wie sich die Erwartungen und Loyalitäten der Akteure entwickelten und von welchen Erfahrungen sie jeweils geprägt worden sind. Über die Darstellung des Geschehens hinaus will Spohr deshalb die Handlungsspielräume untersuchen und fragt, inwiefern das Verhalten von Wehrmacht, deutscher Zivilverwaltung und Polizei von der NS-Ideologie und inwiefern von situativen Faktoren beeinflusst wurde. Hinsichtlich der Handlungsspielräume der örtlichen Bevölkerung ist dabei besonders vielversprechend, dass er die überlieferten deutschen Akten mit Berichten der Partisanen und mit Interviews von Zeitzeugen verschränkt, die er selbst in Dörfern durchgeführt hat, die in seinem Untersuchungsgebiet liegen. Der geografische Schwerpunkt liegt auf der Region um die Städte Vinnycja und Žytomyr im Besatzungsbereich »Generalbezirk Shitomir«.

Trotz dieser Schwerpunktsetzung handelt es sich bei dem Buch nicht um eine Fallstudie. In den vier Kapiteln – zu denen die Einleitung schon aufgrund ihres Umfangs von mehr als 80 Seiten gezählt werden muss – versucht sich Spohr an einer geradezu enzyklopädischen Analyse seines Themas. Nach der Darstellung der Ukraine und der sowjetischen Verwaltungsgebiete Vinnycja und Žytomyr, der deutsch-ukrainischen Beziehungen seit 1918 und der Besatzung im »Generalbezirk Shitomir« im Kontext des deutsch-sowjetischen Krieges folgen die zwei Hauptkapitel. Im ersten schildert Spohr die Akteursgruppen, die im Untersuchungsgebiet relevant waren: Besatzungsverwaltung; Wehrmacht; SS und Polizei; »Volksdeutsche«; Dorfbewohner; »Kollaborateure«; einheimische Hilfspolizisten und Angehörige der Schutzmannschaften; ukrainische Nationalisten; sowjetische Partisanen, wobei zu

bemerken ist, dass in diesem Kapitel die 1943 noch lebenden Juden fehlen. Im folgenden Kapitel geht Spohr dann auf unterschiedliche »Verläufe, Situationen, Entscheidungen« ein: die »Politik der verbrannten Erde«; den Kampf der Partisanen und den Kampf gegen sie; die Raubzüge der deutschen Besatzer; das Abbrennen von Dörfern und die Ermordung ihrer Einwohner; die Massenevakuierung und Deportation zur Zwangsarbeit; den Leidensweg der Gefängnis- und Lagerinsassen; die Verbrechen gegen die noch lebenden Juden.

Besonders eindrücklich ist das Buch dort, wo es seinen Anspruch einlöst, das Geschehen multiperspektivisch darzustellen – etwa in der dichten Beschreibung der »Antipartisanenaktion« im Dorf Pen’kivka aus der Sicht von Überlebenden und eines deutschen Soldaten, der daran beteiligt war, sowie der deutschen Akten dazu (S. 362–386). Spannend sind auch jene Passagen, in denen Spohr schildert, wie Dorfbewohner gezwungenermaßen sowohl die Wehrmacht als auch die Partisanen etwa mit Lebensmitteln unterstützten. Auch die Handlungsoptionen ukrainischer Hilfspolizisten und Schutzmannschaftsangehöriger macht Spohr plastisch nachvollziehbar, indem er anhand von Zeitzeugeninterviews schildert, wie sie von der Bevölkerung teilweise als brutaler als die Deutschen wahrgenommen wurden; im Angesicht der Kriegswende standen sie daher vor der Wahl, entweder mit den Deutschen zusammen nach Westen abzuziehen oder zu den Partisanen überzulaufen, um durch diese Bekundung ihrer Loyalität zur Sowjetmacht ihre Handlungen vergessen zu machen.

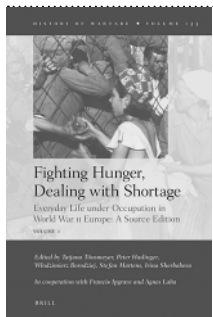
Den Anspruch der Multiperspektivität löst das Buch leider allerdings zu selten ein. In seinem Bemühen, die Forschungslage so umfassend wie möglich einzuarbeiten, lässt Spohr seine eigenen Quellenfunde und neuen Erkenntnisse immer wieder untergehen. Durch die ausführliche Wiedergabe etwa der Konflikte zwischen den verschiedenen deutschen Dienststellen, über die in anderer Form schon früher zu lesen war, verschiebt sich nicht nur der Schwerpunkt vom Blick auf die einheimische Bevölkerung hin zu den Besatzern, vielmehr treten auch die Thesen Spohrs hinter denen anderer Historiker zurück. Seine Analyse: »Im Angesicht von Not und Elend siegte kein von der Ideologie befreiter Pragmatismus, sondern im Gegenteil die Rückbesinnung auf die Ideologie, weil sie die passenderen Antworten lieferte und der Verdrängung der Realität Vorschub leistete«, verschwindet hinter einer Referenz auf einen 20 Jahre alten Aufsatz von Hans Mommsen.¹ Das ist redlich, aber schade, hätte man doch gerne eine Weiterentwicklung statt nur eine Bestätigung alter Thesen gelesen.

Bert Hoppe

Berlin

¹ Hans Mommsen, »Die Rückkehr zu den Ursprüngen – Betrachtungen zur inneren Auflösung des Dritten Reiches nach der Niederlage von Stalingrad«, in: Michael Grüttner, Rüdiger Hartmann, Hans-Gerhard Haupt (Hrsg.), *Geschichte und Emanzipation. Festschrift für Reinhard Rürup*, Frankfurt am Main 1999, S. 418–434.

Quellen zum Alltag unter deutscher Besatzung



Tatjana Tönsmeier, Peter Haslinger, Włodzimierz Borodziej, Stefan Martens, Irina Sherbakova (Hrsg.), in Zusammenarbeit mit Francis Ipgrave und Agnes Laba

Fighting Hunger, Dealing with Shortage. Everyday Life under Occupation in World War II Europe: A Source Edition
Erschienen in der Reihe History of Warfare, Bd.: 133, 2 Bde., Leiden, Boston: Brill, 2021, 1.374 S., € 249,–

Die zwei voluminösen Bände mit 600 Dokumenten aus 20 Ländern wurden von einem internationalen Team von Forscherinnen und Forschern recherchiert, zusammengestellt und aus 17 Sprachen ins Englische übersetzt. Die Publikation entstand im Rahmen des Forschungs- und Editionsprojekts »Societies under German Occupation – Experiences and Everyday Life in World War II«, das an die Universität Wuppertal und das Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung in Marburg angebunden ist. Das zentrale Ziel der Edition ist es, mit dieser Vielzahl von Überlieferungen die Erfahrungen der lokalen Bevölkerung unter deutscher Besatzung zu dokumentieren, insbesondere »their efforts to find supplies and struggles against shortage and hunger« (S. VII). Die Alltagsgeschichte der etwa 235 Millionen Menschen, die in ganz Europa unter deutsche Besatzung gerieten, ist bisher kaum erforscht. Mit der Edition möchten die Herausgeberinnen und Herausgeber dieses Forschungsfeld einem breiteren, internationalen Publikum nahebringen.

Neben einem kurzen Vorwort, das Tatjana Tönsmeier gemeinsam mit Peter Haslinger verfasst hat, bieten Erstere, Dirk Luyten, Karl Christian Lammers und Irina Sherbakova in ihrer fünfzigseitigen Einführung einen Einstieg in das Thema, ergänzt durch einen »Editorial Guide« von Francis Ipgrave. Die Dokumente sind chronologisch gegliedert, eine Übersicht nach Ländern macht aber auch einen geografischen Zugriff möglich (S. CX f.). Nach welchen Kriterien die Regionen definiert wurden, bleibt leider unklar. So werden einige Länder unter dem Begriff »ehemaliges Jugoslawien« zusammengefasst, bei Belarus, der Ukraine, Russland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien und der Slowakei wurden dagegen offenbar die heutigen Grenzen zugrunde gelegt. Eine Übersicht über die mehr als 120 Mitwirkenden und die 91 genutzten lokalen, regionalen und nationalen Archive sowie ein Sach- und Ortsregister ergänzen die beiden Bände.

Die Quellen, von denen die meisten das erste Mal publiziert werden, stammen aus ganz unterschiedlichen Kontexten. Neben Egodokumenten wie Briefen, Tagebüchern oder privaten Aufzeichnungen (zum Beispiel Einkaufs- und Preislisten) finden sich verschiedenartige Dokumente der (meist lokalen) Verwaltungsstrukturen sowie Berichte und Publikationen des Widerstands, von Exilregierungen, Wirtschaftsunternehmen, Gewerkschaften, aus dem Gesundheitswesen, von Kirchen oder Hilfsorganisationen. Sie zeigen exemplarisch, wie sehr der Mangel an Versorgungsgütern das Alltagsleben vieler Menschen mitbestimmte. So schrieb die Dänin Elise Kristine Jensen am 16. Januar 1943 in ihr Tagebuch: »Yesterday and today it hasn’t been possible to get any meat anywhere. Many butcher’s were already closed before noon. We had some sausages for which people were prepared to fight.« (Dok. 348, S. 841) Neun Monate zuvor, am 6. April 1942, beschrieb Dimitri Usyk die Situation in Charkow (heute Charkiw): »The Professor and Director of the *Institut Sudebnoy Meditsiny* [...] laughing talks about blasting operations at the cemeteries. In cemeteries?! Yes, dynamite is used to blast the ground in the cemeteries, which is heaped on the unburied bodies (which at the time had been shoved in the snow) of those who had starved to death. [...] At the descending stairs (at the *Tekhnologicheskii* in Zhuravlevka) stands a person. His head lowered and his coat sagging. He is thin as a skeleton and yellow. In both buckets the water is filled up to a half. He is unable to carry any more. He is a victim of famine.« (Dok. 260, S. 558 f.)

Wie diese Beispiele zeigen, verdeutlichen die Quellen neben Parallelen auch die Unterschiede in West- und Ost-, aber auch in Nord- und Südeuropa. Zu den Reaktionen auf die Mangelsituation gehörte nicht nur die Suche nach Ersatznahrung, wie Rezepte zum Verzehr von Tulpenzwiebeln in den Niederlanden im Hungerwinter 1944/45 belegen (Dok. 585, S. 1311 ff.). Auch Phänomene wie der Schwarzmarkt, Korruption oder Prostitution spiegeln sich in den Quellen wider.

Eine der grundlegenden konzeptionellen Entscheidungen der Edition wirft allerdings Fragen auf. Können wir die Alltagserfahrungen von Mangel und Hunger in den besetzten Gebieten verstehen, wenn Ghettos und Lager ausgeklammert werden? Tatjana Tönsmeier begründet diese Auslassung in der Einführung so: »People who were interned in camps or ghettos, and who therefore could no longer interact with people outside of these enclosed spaces, were members of particular camp societies but not, however, of occupied societies, even if they came from them or, on occasion, returned to them (e.g. through escape), and even if their internment was a result of the occupation. Members of occupied societies, on the other hand, would have had an awareness of the absenteers, something to which the visibility of the camps or the deportations contributed. As a result, the catastrophic supply situations in the ghettos or prisoner-of-war camps are not the subject of this edition, but sources documenting

the barter trade between Jews in the ghetto and the member of the local population are.« (S. XLI, Fn. 95)

Die hier zunächst formulierte These, dass in Lagern und Ghettos Gefangene nicht mehr mit Menschen außerhalb interagieren konnten, wird im Grunde mit dem Hinweis auf den Tauschhandel zwischen diesen Gruppen gleich in Frage gestellt. Tatsächlich wurden zum Beispiel die Ghettos im besetzten Polen erst nach und nach eingerichtet und waren auch danach in vielen Fällen nicht umzäunt oder ummauert.¹ Die Interaktion zwischen Ghettoinsassen und nichtjüdischer Bevölkerung im Umfeld blieb bis zum Mord an Ersteren, gerade was Versorgungsfragen angeht, zentral. Auch die sowjetischen Kriegsgefangenen waren in den Lagern oder beim Arbeitseinsatz nicht vollständig von ihrem Umfeld abgeschottet. Ergibt also eine so strikte Trennung zwischen »Lagergesellschaften« und »Besatzungsgesellschaften«² überhaupt einen Sinn? Oder führt sie nicht letztlich zu einer Verinselung von eigentlich zusammenhängenden Phänomenen?

Kern der deutschen Versorgungspolitik im besetzten Europa war die Umverteilung des Mangels zugunsten der eigenen Truppen und der deutschen Bevölkerung, aber auch innerhalb der Gesellschaften in den besetzten Gebieten. Mangel und Hunger trafen nicht alle gleichermaßen. Rassistische Hierarchisierungen bei der Versorgung (vgl. S. XLIV ff.) waren eng mit den jeweils aktuellen ernährungs-, sicherheits- und arbeitspolitischen Interessen der Besatzungsmacht vor Ort verknüpft. So wurden zum Beispiel nicht als Arbeitskräfte benötigte Jüdinnen und Juden oder sowjetische Kriegsgefangene nicht zuletzt deshalb von der Versorgung ausgeschlossen, weil die Deutschen die Versorgungslage von Teilen der nichtjüdischen einheimischen Bevölkerung einigermaßen stabil halten und so Widerstand vermeiden wollten.³ Dies hatte auf die Alltagserfahrungen aller Beteiligten immense Auswirkungen. Diese Verflechtungen hätten durch die Quellenauswahl und die Kommentierungen sicherlich deutlicher hervorgehoben werden können. Etwas verblüffend ist, dass bei der Literaturübersicht eine der wichtigen Quelleneditionen zur Besatzungspolitik in Europa fehlt (S. XXVI ff.).⁴ Und an

- ¹ Vgl. Christoph Dieckmann, Babette Quinkert, »Einleitung«, in: Dies. (Hrsg.), *Im Ghetto 1939–1945. Neue Forschungen zu Alltag und Umfeld*, Göttingen 2009, S. 9–29.
- ² Zur Definition des Begriffs »Besatzungsgesellschaft« vgl. Tatjana Tönsmeier, *Besatzungsgesellschaften. Begriffliche und konzeptionelle Überlegungen zur Erfahrungsgeschichte des Alltags unter deutscher Besatzung im Zweiten Weltkrieg*, Dokupedia-Zeitgeschichte, 18.12.2015, <https://docupedia.de/zg/Besatzungsgesellschaften> (21.4.2022).
- ³ Vgl. Christoph Dieckmann, Babette Quinkert (Hrsg.), »Kriegsnotwendigkeiten« und die Eskalation der deutschen Massengewalt im Krieg«, in: Dies. (Hrsg.), *Kriegführung und Hunger 1939–1945. Zum Verhältnis von militärischen, wirtschaftlichen und politischen Interessen*, Göttingen 2015, S. 9–32.
- ⁴ Vgl. *Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus (1938–1945)*, 8 Bde., hrsg. von einem elfköpfigen Herausgeberkolle-

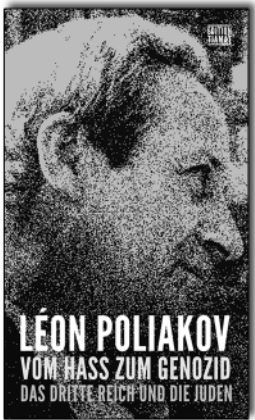
einigen Stellen hätte man sich ein sorgfältigeres Lektorat gewünscht, wenn zum Beispiel das Stalag 342 fälschlicherweise als »concentration camp for Soviet prisoners-of-war« bezeichnet wird (S. 387, Fn. 1150).

Insgesamt ist es den Herausgeberinnen und Herausgebern gemeinsam mit ihrem Arbeitsteam jedoch gelungen, eine großartige Quellensammlung zur Verfügung zu stellen. Diese wird sicherlich viele weitere Forschungen anregen und auch den viel zu lange vernachlässigten Blick auf den von den Deutschen im besetzten Europa verursachten Mangel sowie den Umgang damit schärfen.

Babette Quinkert
Berlin

gium (Bd. 1–5) und vom Bundesarchiv (Bd. 6 ff.), Berlin 1988–1992. Ein Ergänzungsband befasst sich mit Okkupation und Kollaboration (1938–1945), hrsg. vom Bundesarchiv, zusammengestellt und eingeleitet von Werner Röhr, Berlin 1994.

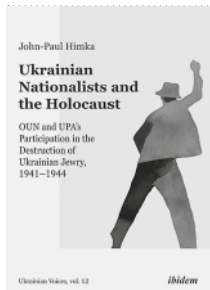
Anzeige



»Wer wissen will, »was wirklich geschah« und »wie es wirklich geschah«, kann es sich nicht leisten, diese Studie zu übersehen.«
(Hannah Arendt)

EDITION TIAMAT

Ukrainische Nationalisten im Holocaust – ein neues Standardwerk



John-Paul Himka

Ukrainian Nationalism and the Holocaust. OUN and UPA's Participation in the Destruction of Ukrainian Jewry, 1941–1944 Stuttgart: ibidem-Verlag/Columbia University Press, 2021, 540 S., \$ 55,–

John-Paul Himka, Professor emeritus an der University of Alberta, legte 2021 eine wichtige Monografie über die Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) und die Ukrainische Aufständische Armee (UPA) im Holocaust vor. Seit den 1990er Jahren wurde Himka wegen seiner Publikationen über die Rolle ukrainischer Nationalisten in der Shoah von ukrainischen Diasporaaktivisten mehrmals angegriffen und als Verräter und Nestbeschmutzer beschimpft. Die zahlreichen Angriffe hingen auch damit zusammen, dass er bis in die späten 1980er Jahre dem ukrainischen Nationalismus grundsätzlich unkritisch gegenüberstand und als Mitglied der ukrainischen Diaspora wahrgenommen wurde, die die Geschichte des Holocaust ignorierte und die Kollaboration der OUN und UPA leugnete.

Himkas Monografie fasst seine bisher veröffentlichten Beiträge zusammen und verbindet sie mit Forschungsergebnissen anderer wichtiger Publikationen. Sie erklärt sachlich und verständlich, wie ukrainische Nationalisten im Zweiten Weltkrieg Juden verfolgten und ermordeten. Sie richtet sich in erster Linie an Personen in der Ukraine und der ukrainischen Diaspora, die die Beteiligung ukrainischer Nationalisten am Holocaust bis heute leugnen. Da zu dieser Gruppe auch einflussreiche ukrainische Historiker und Historikerinnen zählen, versucht Himka, »ausgewogen« zu argumentieren und seine Kritik nicht gegen sie zu richten. Dadurch werden aber einige Sachverhalte relativiert und andere nicht scharf genug dargestellt.

Himkas Monografie besteht aus sieben Kapiteln und einer Zusammenfassung. Die Kapitel eins und zwei, in denen die Historiografie und Quellen besprochen werden, sind knapp 100 Seiten lang und machen ein Viertel des Gesamttextes aus. Der Autor erklärt sehr ausführlich und eingehend, auf welche Quellen er sich stützt, wie er mit ihnen umgeht, wie sie entstanden sind und welche Informationen man ihnen entnehmen kann. Diese Vorgehensweise ist wichtig, um auf die Bedeutung der Zeugnisse der Überlebenden und Publikationen jüdischer Historiker, die den Holocaust in der Westukraine überlebt hatten, hinzuweisen. Hierzu zählen etwa Philip Friedman, Eliyahu Yones oder Shmuel Spector. Zudem ist dieses Prozedere wichtig, um zu erklären, in welchem Zusammenhang die Akten deutscher Besatzer mit anderen

Dokumentensorten stehen und wie ukrainische Nationalisten bereits im Krieg ihre Beteiligung am Holocaust verschleierten. Leider ist dieser Abschnitt des Buches nicht durchgehend kritisch geschrieben. So bestreitet Himka beispielsweise, dass Stepan Bandera Ende 1941 aus der Gestapo-Haft heraus eine Anweisung an die OUN weitergab, die Beziehungen mit den deutschen Besatzern zu verbessern (S. 71, Fn. 171).

Im dritten Kapitel stellt Himka die Entstehung und Ideologie der OUN dar und zeigt, welchen Einfluss Religion, Rassismus, Faschismus und Geopolitik auf ukrainische Nationalisten hatten. Bei der Besprechung des Faschismus stellt er Alexander Motyls und Oleksandr Zaitsevs Konzept des »integralen Nationalismus« der Verortung der OUN als faschistische Bewegung gegenüber, ohne die Mängel des Konzepts des »integralen Nationalismus« deutlich zu machen. Dieses Konzept sah die OUN nicht als faschistische Bewegung an, weil sie keinen Staat wie die Ustascha oder die Hlinka-Partei verwaltet habe.

Das vierte Kapitel ist der sowjetischen Besatzung der Westukraine vom September 1939 bis Juni 1941 gewidmet. Himka erklärt einleuchtend und überzeugend, was in dieser Zeit in der Ukraine passierte und in welcher Weise die OUN den Vormarsch der deutschen Wehrmacht und die Mordaktionen der SS unterstützte, wobei die Vorbereitungen der OUN auf die Operation Barbarossa und die Konzeptualisierung der »Ukrainischen Nationalen Revolution« etwas kurz ausfallen. Im Kapitel fünf analysiert der Autor die antijüdischen Pogrome im Sommer 1941, die dank Kai Struves Monografie der wohl am besten erforschte Aspekt der antijüdischen Gewalt der OUN sind. Im sechsten Kapitel geht er auf die Frage der Verbindungen der OUN zur ukrainischen Polizei ein. Er belegt, dass die OUN ihre Mitglieder gezielt zur Polizei schickte und sich dadurch aktiv an der Ermordung der Juden in Ostgalizien und Wolhynien beteiligte. Im letzten Kapitel untersucht Himka, wie die Ende 1942 von der OUN aufgestellte UPA Juden und Polen vernichtete und wie sie Juden in eigenen Zwangsarbeitslagern ausbeutete.

Die insgesamt lesenswerte und gut belegte Monografie hat drei Schwächen. Erstens arbeitet Himka ähnlich wie Struve nicht nur mit Archivquellen, sondern auch mit Dokumenteneditionen, die nur bestimmte Archivquellen abgedruckt haben. Zweitens misst er dem Faschismus zu wenig Bedeutung bei und zeigt nicht, wie die OUN den ukrainischen Faschismus konzipierte, der die genozidalen Ziele der Bewegung vorgab. Drittens werden die Leserinnen und Leser nicht explizit darüber informiert, dass ukrainische Nationalisten, ukrainische Verwaltungsmitarbeiter und gewöhnliche Ukrainer die deutschen Besatzer bei der Ermordung von etwa 800.000 westukrainischen Juden unterstützten und dass dieser Aspekt des Holocaust ein wesentlicher Bestandteil der ukrainischen Geschichte ist. Abgesehen davon handelt es sich um eine wichtige Publikation, die vor allem in der Ukraine zu einem Standardwerk über das Verhalten ukrainischer Nationalisten im Holocaust werden sollte.

Grzegorz Rossoliński-Liebe
Berlin

Tabuisierte Kriegsvergewaltigungen



Andrea Pető

Das Unsagbare erzählen. Sexuelle Gewalt in Ungarn im Zweiten Weltkrieg Aus dem Ungarischen von Krisztina Kovács Göttingen: Wallstein Verlag, 2021, 240 S., € 26,–

Bereits im 1975 erschienenen Standardwerk der Frauenbewegung *Against Our Will: Men, Women and Rape* konstatierte die Journalistin Susan Brownmiller: »[R]ape [...] is nothing more or less than a conscious process of intimidation by which *all men* keep *all women* in a state of fear«.¹ Brownmiller verwies damit auf das von Männern gegenüber Frauen ausgeübte Machtmittel sexueller Gewalt. Wie sich dieses Machtmittel im Kontext des Zweiten Weltkrieges beziehungsweise der doppelten Besatzung in Ungarn 1944/45, zunächst durch die deutschen, dann durch die sowjetischen Truppen, auswirkte, hat Andrea Pető untersucht. Sie erzählt damit, unter Bezugnahme etwa auf Brownmiller, das »Unsagbare« und leistet so einen Beitrag zur Enttabuisierung des Sprechens wie auch zur historiografischen Forschung über sexuelle respektive sexualisierte Gewalt in Ungarn.

Wie der Titel deutlich macht, geht es Pető nicht nur um die Geschichte der massenweisen sexuellen Übergriffe insbesondere durch »Rotarmisten« auf ungarische Frauen, ihre Begleiterscheinungen und zahlreichen Folgen – etwa Schwangerschaften, Krankheiten oder Traumata –, sondern sie will vor allem den Opfern der Kriegsvergewaltigungen nach ihrem langen (Ver-)Schweigen endlich zu einer hörbaren Stimme verhelfen. Das schließt eine Analyse der offiziellen Erinnerungspolitik und des jahrzehntelangen Verdrängens dieses Themas in Ungarn ein. Dementsprechend gliedert Pető ihre Studie in zwei Teile: In je zwei Kapiteln arbeitet sie zum einen die »Geschichte der Geschichtsschreibung« sowie die Typologie und Ursachen der Kriegsvergewaltigungen heraus, zum anderen untersucht sie deren in Ungarn mehrheitlich unterdrücktes und von Kontroversen geprägtes Gedächtnis nach 1945.

Bei der Bearbeitung ihres Forschungsfeldes sieht sich Pető, die selbst zu dessen Etablierung wesentlich beigetragen hat, dem Problem der fehlenden, nur lückenhaft zu interpretierenden sowie ideologisch tendenziösen, oftmals weiterhin in osteuropäischen Militärarchiven unter Verschluss gehaltenen Quellen gegenüber. Die Tatsache, dass

weder Täter noch Opfer der Massenvergewaltigungen, aus jeweils differierenden Gründen, nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges über ihre Erfahrungen berichten wollten, hat hierzu maßgeblich beigetragen. Trotz der Quellenproblematik – oder vielleicht auch gerade deshalb – verweist Pető eindringlich darauf, wie wichtig die (verschwiegenen) Erzählungen der Betroffenen und ihre Anerkennung im öffentlichen Diskurs sind. Nur auf diese Weise können die »Opfer [...] die erlebte Gewalt mit Würde [...] verarbeiten« (S. 27). Letztlich stützt sich die Studie größtenteils auf einzelne archivalische Funde, Editionen, publizierte Erinnerungen und Online-Veröffentlichungen.

In ihrem Anliegen, die »ungarischen Ergebnisse im Spiegel der internationalen Forschung« (S. 26) zu zeigen und damit auch den Blick über die Geschichte der Kriegsvergewaltigungen in Ungarn hinaus zu weiten, schildert Pető zum Teil die Entwicklungen in anderen Ländern, beispielsweise in Deutschland, Frankreich oder Polen. Um das Ausmaß der sexuellen Gewalt einzuordnen, die bei Kriegsende und in der Besatzungszeit an deutschen Frauen verübt wurde, und die Aufarbeitung dieses auch für die deutsche Gesellschaft schwierigen Themas nachzuzeichnen, zieht sie sowohl den autobiografischen Bestseller Marta Hillers', die als Anonyma ihr Schicksal in Berlin 1945 schilderte, als auch Miriam Gebhardts Studie *Als die Soldaten kamen* heran.² Erwähnung finden zudem anknüpfende Fragestellungen, wie jene nach der Erinnerung an die »Trostfrauen« des japanischen Militärs im Zweiten Weltkrieg oder den Massenvergewaltigungen im Zuge der Jugoslawienkriege in den 1990er Jahren.

Auf diese Weise muss die Autorin zu einer gemischten Bilanz der sexuellen/sexualisierten Gewalt in Ungarn 1944/45 gelangen: Auf der einen Seite zeitigten die »von den Sowjets [...] verübten Vergewaltigungen« zwar eine »enorme psychische Wirkung« (S. 213), die Bestrafung der Täter ebenso wie die Entschädigung der Opfer blieben jedoch in Ungarn aus, und die Geschehnisse wurden auf nationaler, institutioneller sowie persönlicher Ebene hartnäckig verschwiegen. Daran hat auch der Umbruch 1989/90 nicht wesentlich etwas ändern können. Auf der anderen Seite sind die Kriegsvergewaltigungen – deren Erforschung in »den letzten Jahrzehnten« regelrecht »trendete« (S. 214) – stets als Machtmittel zu deuten, das letzten Endes die Opferrolle der Frauen nicht nur bedingte, sondern kontinuierlich fortschrieb. Ausgehend hiervon bleibt festzuhalten, dass Pető mit ihrer Studie ein wichtiges Forschungsthema behandelt und dieses nennenswert bereichert hat. Bisweilen jedoch ist ihrer Argumentation aufgrund der (zu) zahlreichen inhaltlichen Stränge und theoretischen Ansätze nur schwer zu folgen.

Mirjam Schnorr

Fritz Bauer Institut

¹ Susan Brownmiller, *Against Our Will: Men, Women and Rape*, New York 1975, S. 15.

² Anonyma, *Eine Frau in Berlin. Tagebuch-Aufzeichnungen vom 20. April bis 22. Juni 1945*, Frankfurt am Main 2003; Miriam Gebhardt, *Als die Soldaten kamen. Die Vergewaltigung deutscher Frauen am Ende des Zweiten Weltkriegs*, München 2015.

Der Krieg und der globale Süden



Dan Diner

Ein anderer Krieg. Das jüdische Palästina und der Zweite Weltkrieg, 1935–1942

München: Deutsche Verlags-Anstalt, 2021, 346 S., € 34,–

Dan Diners neues Buch bietet nicht, wie es der Klappentext und die Einleitung versprechen, einen Blick vom globalen Süden auf den Zweiten Weltkrieg. Der Band bietet aber einen Blick auf den Zweiten Weltkrieg, der, anders als ein Großteil der deutschsprachigen Forschung, den globalen Süden mit einschließt. Es knüpft damit an eine Entwicklung an, die vor allem im englischsprachigen Raum seit einigen Jahren als »colonial turn« für wichtige neue Impulse in der Holocaustforschung gesorgt hat.

Auch über das »jüdische Palästina« im Zweiten Weltkrieg erfährt man nur wenig. Diners knappe Ausführungen über die Debatten innerhalb der zionistischen Führung, über die existenzielle Bedrohung durch die heranrückende deutsche Armee oder über Reaktionen auf die Nachrichten vom Massenmord an den Juden sind ein wichtiger Beitrag für den öffentlichen Diskurs über den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust, enthalten jedoch für das Fachpublikum nicht viel Neues.

Die Auswirkungen des Zweiten Weltkriegs auf das jüdische Palästina sind aber auch nicht das eigentliche Thema des Buches. Stattdessen wird Palästina als Schnittpunkt geopolitischer Räume und als neuralgische Stelle innerhalb des Britischen Empire vorgestellt. Und damit sind auch die methodischen Prämissen der Studie genannt. Über weite Strecken handelt es sich um eine Politik- und Militärgeschichte, bei der die Frage nach strategischen und geopolitischen Interessen im Mittelpunkt steht. Die Perspektive richtet sich dabei zumeist von Großbritannien, also vom Inbegriff des globalen Nordens, auf dessen Peripherie, auf das Britische Empire und den globalen Süden. Der Blick auf den Zweiten Weltkrieg wird dadurch erweitert, nicht jedoch grundlegend verändert. Die Studie bleibt auch in dieser Hinsicht eher traditionellen Mustern verpflichtet.

Die Erweiterung des Blickes auf den globalen Süden, und insbesondere auf den Nahen Osten, bringt aber allein schon wichtige Erkenntnisse, die weit über die banale Feststellung hinausgehen, dass der Zweite Weltkrieg nicht nur in Europa stattgefunden hat. Diner sieht hier zwei verschiedene Kriege sich überlagern: den »zum Weltkrieg sich ausweitende[n] europäische[n] Krieg«, der im Kern ein Vernichtungskrieg des nationalsozialistischen Deutschlands gegen die Juden war, und den »jüdisch-arabisch-britische[n] Krieg in und

um Palästina« (S. 8). Unausgesprochen wird dabei deutlich, dass dieser zweite Krieg im Kontext einer weit umfangreicheren Auseinandersetzung um die Zukunft der kolonialen Ordnung stand. Vor diesem Hintergrund zeigt sich, dass es der britischen Kriegsführung keineswegs nur um die Niederwerfung des Nationalsozialismus ging, sondern auch um den Erhalt des eigenen Kolonialreichs.

Für Diner stellt Palästina den Ort dar, an dem sich diese beiden Kriege am deutlichsten miteinander verwoben. Die Abkehr der Briten von der Balfour-Deklaration im Weißbuch von 1939 war demnach nicht zuletzt eine Reaktion auf die »Internationalisierung der Palästina-Frage« (S. 118) durch die arabische Seite. Generell macht Diner deutlich, dass den Briten aufgrund sowohl eigener imperialer Interessen als auch strategischer Überlegungen in Bezug auf den Krieg mit Deutschland das Wohlwollen der arabisch-muslimischen Seite wichtiger war als das der Juden. Gleichzeitig stellte Palästina einen wichtigen Knotenpunkt für das Empire dar: In Haifa endeten zwei Ölpipelines, die für die Versorgung der britischen Mittelmeerflotte essentiell waren. Dies war einer der Gründe, weshalb Haifa und Tel Aviv zum Ziel italienischer und deutscher Luftangriffe wurden.

Dass Palästina bei einem anderen Verlauf des Krieges durchaus hätte von Deutschland erobert werden können und dessen jüdischer Bevölkerung damit die Vernichtung gedroht hätte, ist keine neue Erkenntnis. Entscheidend für Diner ist aber, dass der deutsche Vormarsch in Nordafrika nicht gestoppt worden ist, um den Jischuw und die Juden Palästinas zu retten. Vielmehr war dies, wie es der zionistische Politiker Yaakov Zerubavel im Januar 1945 formulierte, »reiner Zufall«. Dadurch, dass es nicht der Jischuw selbst war, der das Überleben der Juden in Palästina gesichert hat, sondern der glückliche Ausgang eines ihm äußerlichen Ereignisses, war, so Diner, »ein Grundpfeiler eigenen Selbstverständnisses beschädigt worden« (S. 283). Dies erklärt für Diner auch, dass die existenzielle Bedrohung des Jischuw aus dem kollektiven Gedächtnis Israels weitgehend verdrängt worden ist.

Die komplexe Überlagerung des europäischen mit dem palästinensischen und dem antikolonialen Krieg bedingt für Diner eine »Gegenläufigkeit der Gedächtnisse«. So beschreibt er, wie Elemente der Erinnerung an die Kollaboration mit Deutschland oder Japan in die postkolonialen nationalen Identitätsdiskurse in Indien aufgenommen wurden. Wie einflussreich oder nachhaltig diese Erinnerungen waren, bleibt allerdings dahingestellt. Von Diner werden sie selbst konterkariert, wenn er Momente jüdisch-arabischer Solidarisierung gegen den Faschismus, etwa bei der Bombardierung Palästinas oder in der deutschen Kriegsgefangenschaft, beschreibt. Vielleicht ist es auch Aufgabe der Geschichtswissenschaft, solche Momente als Grundlage für eine multiperspektivische Erinnerung ins Bewusstsein zu heben.

Stefan Vogt

Frankfurt am Main

Fahnenflucht in der Wehrmacht



Stefan Kurt Treiber

Helden oder Feiglinge? Deserteure der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg

Frankfurt am Main: Campus Verlag, 2021, 343 S., € 43,–

Die meisten Studien zu den Deserteuren der Wehrmacht gehen auf die 1980er und 1990er Jahre zurück und waren, wie Stefan Treiber in seiner materialreichen und gut lesbaren Studie zu Recht betont, auch mit den Impulsen der Friedensbewegung der 1980er Jahre verknüpft. Treiber hebt hervor, dass die meisten Studien sich auf die Gerichtsakten weniger ausgewählter Kriegsgerichte stützen und damit die Besonderheiten und Zufälligkeiten der in deren Befehlsbereich erfassten Deserteure und der jeweiligen Überlieferungssituation widerspiegeln. Belastbare Aussagen etwa über den zeitlichen Verlauf und das Sozialprofil der Deserteure insgesamt ließen sich so nicht treffen.

Treiber geht deshalb anders vor. Aus insgesamt knapp 19.000 erhaltenen Akten der Wehrmachtsjustiz zum Delikt »Fahnenflucht« hat er 999 Verfahrensakten identifiziert, die sich eindeutig dem Heer zuordnen lassen und zudem Einheiten, die ganz oder überwiegend von 1941 bis 1945 an der Ostfront gegen die Sowjetunion kämpften. Auf diese Weise gelingt es ihm, in höherem Maße verallgemeinerbare Aussagen zu wichtigen quantitativen Aspekten der Fahnenflucht zu machen. Dieser Vorteil wird allerdings erkaufte mit einer Unschärfe, die der Verfasser nur ansatzweise reflektiert. Denn die Gerichtsakten sind »Herrschaftsdokumente« (S. 52), die über die Person des Fahnenflüchtigen nur aus der Perspektive des militärjustiziellen Apparates Auskunft geben. Gerade über die Motive zur Fahnenflucht und die weitere Biografie des Deserteurs können sie kaum etwas mitteilen, da das Kriegsgericht hieran kein vertieftes Interesse hatte und da nur in 139 der ausgewerteten Akten Gerichtsurteile vorliegen, der Deserteur in der Masse der untersuchten Fälle also weiterhin flüchtig war.

In Teilen entbehrlich ist ein weit ausgreifender Rückblick auf die Entwicklung des Militärstrafrechts seit dem Ersten Weltkrieg und die Neuordnung des Militärstrafrechts im »Dritten Reich«. Wichtig ist allerdings ein Abschnitt, in dem sich Treiber kritisch mit Fritz Wüllners Berechnung des Umfangs der Desertion und der bis Kriegsende von der Militärjustiz abgeurteilten Fahnenflüchtigen auseinandersetzt. Hier bringt er bedenkenwerte Argumente dafür vor, die von Wüllner kalkulierten Schätzzahlen nach unten zu korrigieren. Nach seiner Revision fällt das Ergebnis allerdings

nicht grundlegend anders aus. Wüllner hatte – ohne die Gerichte der Waffen-SS – eine Zahl von 34.000 verurteilten Fahnenflüchtigen geschätzt. Treiber schätzt bis zum Jahresende 1944 deren Zahl auf 26.479. Die Differenz wäre noch geringer ausgefallen, wenn Treiber nicht jegliche Beschäftigung mit dem Phänomen der Fahnenflucht von Januar bis Mai 1945 als »unseriös« (S. 122) ablehnen würde. Die Gründe dafür können nicht überzeugen. Zwar ist die Quantifizierung des Phänomens der Fahnenflucht für die letzten vier Kriegsmonate mit großen Unsicherheiten behaftet, aber es kann keine Rede davon sein, dass sich der »Begriff der Fahnenflucht« in dieser Zeit auch »inhaltlich« völlig auflöste (S. 47). Selbstredend gab es auch in den letzten Kriegsmonaten Soldaten – und zwar in steigender Zahl, darauf deuten alle vorliegenden Studien hin –, die sich dem Militärdienst »dauerhaft«, also bis zum Kriegsende, entziehen wollten. Und es gab durchaus Möglichkeiten, sich im rückwärtigen Heeresgebiet über mehrere Wochen oder gar Monate zu verstecken oder als Versprengter auszugeben.

So ist die Studie vor allem im Hinblick auf die auf breiterer Grundlage erhobenen Daten zum militärischen und sozialen Profil der Fahnenflüchtigen aussagekräftig. Treiber kommt zu dem Ergebnis, dass Fahnenflüchtige im Schnitt unter 25 Jahre alt und ledig waren und dass Katholiken stark überrepräsentiert waren. Aber nicht alle diese Daten sind zuverlässig. Treiber behauptet, dass 90 Prozent der Fahnenflüchtigen der »Arbeiterklasse« zuzurechnen seien, was sich in etwa mit der Verteilung der Bildungsabschlüsse junger Männer decke und damit dem Durchschnitt der Berufstätigen entspreche (S. 168). Aber bestenfalls ein Drittel aller Berufstätigen im »Dritten Reich« gehörten der Arbeiterschaft an. Auch die Ausführungen zu den im engeren Sinne militärjustiziellen Aspekten einer Fahnenflucht bieten interessante, da auf breiterer Grundlage stehende Ergebnisse. So wurden in dem von Treiber untersuchten Sample nur etwa 50 Prozent der Todesurteile vollstreckt.

Das Urteil über das Buch fällt insgesamt zwiespältig aus. Die Studie von Stefan Kurt Treiber bietet in mancherlei Hinsicht neue, wichtige Befunde, da sie auf einem breit angelegten Sample basiert. Aber manche Unsicherheit in der Datenauswertung und die letztlich mangelnde Aussagekraft der militärgerichtlichen Akten, welche die hauptsächlichliche Quellengrundlage bilden, begrenzen den Erkenntnisgewinn. Zudem geht Treiber von der falschen Dichotomie aus, der zufolge die Deserteure entweder »Helden oder Feiglinge« waren. Diese Gegenüberstellung war für die Debatten der 1980er Jahre maßgeblich. Die Forschung der letzten beiden Jahrzehnte, die der Verfasser nicht immer überzeugend referiert, hat längst ein realistischeres, von Grautönen und Nuancen bestimmtes Bild gezeichnet.

Benjamin Ziemann

Sheffield

Im Sonderkommando



Filip Müller

Sonderbehandlung.

Meine Jahre in den Krematorien

und Gaskammern von Auschwitz

Bearbeitete Neuauflage

Darmstadt: wbg Theiss, 2022, 320 S., € 28,–

Der im Jahr 1922 im slowakischen Sered geborene Filip Müller hat gegen jede

Wahrscheinlichkeit fast zwei Jahre im Sonderkommando des Lagers Auschwitz überlebt und später Worte gefunden, um zu beschreiben, was er gesehen und erfahren hat. Sein Zeugnis ist in mehrfacher Hinsicht einmalig. Das Sprechen wurde den Überlebenden schwer gemacht. Als die Arbeitssklaven des Massenmords und dessen unmittelbarsten Zeugen lösten sie schon immer heftige Reaktionen aus. Selbst ehemalige Auschwitz-Häftlinge reagierten zum Teil mit Abscheu und Kollaborationsvorwürfen; später versuchten Holocaust-Leugner und andere Antisemiten diese wichtigen Zeugen in Verruf zu bringen. Müller hat sich in den späten 1970er Jahren aufgrund der Angriffe gegen ihn aus der Öffentlichkeit zurückgezogen, aber bis dahin hat er nicht geschwiegen. Erste Berichte von ihm stammen aus der unmittelbaren Nachkriegszeit, mehrfach legte er vor polnischen und deutschen Gerichten Zeugnis ab. Anlässlich seines hundertsten Geburtstags wurde sein 1979 erstmals auf Deutsch erschienener Bericht nun neu aufgelegt, mit einem Vor- und Nachwort sowie mit einigen Fotos und Grafiken versehen.

Filip Müller beginnt seine überwiegend chronologische Erzählung mit den Umständen, die ihn im Frühjahr 1942 ins Sonderkommando im Stammlager von Auschwitz gebracht haben, und beendet sie mit seiner Befreiung. Es gibt kein Vorher oder Nachher. Aus der Perspektive des zunächst vom Entsetzen betäubten jungen Häftlings werden die Leserinnen und Leser in die Welt der Gaskammern, Erschießungsplätze, Leichengruben und Krematorien eingeführt. Müller hat in dieser Welt beinahe alles gesehen: die Vorgänge im »Alten Krematorium« im Stammlager, die großen »Aktionen« in Birkenau wie die Vernichtung des Theresienstädter Familienlagers, des »Zigeunerlagers« und die Ermordung von Hunderttausenden ungarischer Jüdinnen und Juden. Er beschreibt den Massenmord als Arbeit, als dreckige, blutige, schweißtreibende und erschöpfende physische Tätigkeit. Er charakterisiert die SS-Leute und Kapos, die über das Leben und Sterben der Sonderkommandohäftlinge gebieten, und beobachtet seine Mithäftlinge, die verzweifeln, abgestumpften, hoffnungslosen, zum Teil verrohten Angehörigen der Sonderkommandos. Müller beschreibt, was fast niemand sonst beschreiben konnte: die letzten Lebensminuten zahlloser

Menschen. Aus dem nicht abreißen Strom der Transporte ragen in seiner Erinnerung jene hervor, die ahnten oder bereits wussten, was ihnen bevorstand. Ohnmächtig beobachtet Müller ihre Reaktionen, ihre Versuche, das Unabwendbare durch kleine Verzögerungen hinauszuschieben, ihre Kinder zu schützen, sich voneinander zu verabschieden. Immer wieder kommt er auf die Frage zu sprechen, was ihn am Leben hielt; die Verpflichtung zur Zeugenschaft war ein wichtiges Motiv.

Das Problematische an der Neuauflage ist der Verzicht auf eine kritische Kommentierung der Entstehungsgeschichte des Textes. Andreas Kilian, ein hervorragender Kenner der Materie und Freund Müllers, beschreibt im Nachwort dessen zehnjährige Arbeit an seinem Bericht und die mehrjährige Be- und Überarbeitung der deutschen Fassung mit Hilfe von Helmut Freitag, einem Vertrauten. Kilian erwähnt zwar, dass Freitag Müllers Text dabei »emotional entschärft« (S. 271) habe, ansonsten bleibt jedoch dessen Einfluss unklar. Insbesondere wird nicht angesprochen, dass Müllers Text in manchen Teilen nicht auf seiner Augenzeugenschaft beruht. Müller gehörte im Frühjahr 1942 einige Wochen dem Sonderkommando in Auschwitz I an, bis es ihm durch Bestechung gelang, sich dieser Arbeit zu entziehen. Fast ein Jahr verbrachte er dann in verschiedenen Arbeitskommandos, bis er erneut ins Sonderkommando gezwungen wurde – dieses Mal bei den neuerrichteten Tötungsanlagen in Birkenau. Das Nachwort berichtet über diese Lagergeschichte Müllers, ohne sie in Bezug zu seinem Text zu setzen.

Müller beschreibt also, zum Teil in der Ich-Form, einige Vorgänge, die er nicht selbst gesehen oder erlebt hat – eine Vorgehensweise, für die es Gründe gab und die in der frühen Zeugnisliteratur nicht ohne Beispiel war.¹ Er schreibt für das Kollektiv der Sonderkommando-Häftlinge und bezeugt daher auch Ereignisse, die er von Mithäftlingen gehört hat, denen er vertraute und die fast sämtlich ermordet wurden. Die Vorstellung einer individuellen und nur als solche auch glaubwürdigen Zeugenschaft war unter denen, die als Überlebende einer fast ausgelöschten Minderheit sprachen, zunächst keineswegs selbstverständlich. In den 1970er Jahren mögen Müller und Freitag zudem eine eingängige Form für den Text gesucht haben. Später wurde aus Rücksicht auf die Angriffe auf Müller nicht auf die aus quellenkritischer Perspektive unklaren Punkte seines Berichts eingegangen. Eine Wertschätzung von Müllers Zeugenschaft und ihrer enormen Bedeutung sollte heute allerdings vereinbar sein mit einer Rekonstruktion ihrer Entstehungsgeschichte.

Katharina Stengel

Fritz Bauer Institut

¹ Vgl. Ota Kraus, Erich Kulka, *Die Todesfabrik*, Berlin 1958, S. 130–134. Das 1946 erstmals auf Tschechoslowakisch erschienene Buch, das sich in vielen Teilen als kollektives Zeugnis lesen lässt, enthält den ersten Bericht von Filip Müller, einem der wenigen, die darin namentlich gekennzeichnet sind.

Das Master-Narrativ zu Theresienstadt ausgehebelt?



Anna Hájková

The Last Ghetto. An Everyday History

of Theresienstadt

New York: Oxford University Press, 2020,

364 S., £ 22,99

Anna Hájková ist seit 2001 als Theresienstadt-Forscherin mit wichtigen Aufsätzen hervorgetreten; von 2006 bis 2008 war sie Mitherausgeberin der tschechischen Ausgabe der »Theresienstädter Studien und Dokumente«. Im Jahr 2013 wurde sie mit der Arbeit *The Prisoner*

Society in Terezín Ghetto, 1941–1945 an der University of Toronto promoviert. Die 2020 vorgelegte Publikation *The Last Ghetto* dürfte im Kern eine überarbeitete Fassung dieser Dissertationsschrift sein.

Nicht ohne Stolz vermerkt Hájková zu ihrer Alltagsgeschichte von Theresienstadt, sie basiere auf der Recherche »in seventy-six public und twenty-three private archives from ten countries und three continents, written in nine languages« (S. 13). Und in der Tat, die präsentierte Menge an bisher unbekanntem Material aus selbstgeführten Interviews und Interviewsammlungen mit ehemaligen Häftlingen, Familienarchiven, Aussagen in Prozessen ist frappierend. Hájková versteht ihre Arbeit als »a history of society in extremis« (S. 242). In einem Interview sagt sie: »Mein Anliegen war, mich gründlich mit der Geschichte der Häftlingsgesellschaft auseinanderzusetzen – ohne sentimentale Erwartungen und ohne Blick von der Täterseite her. [...] Ich wollte in erster Linie eine Studie über Menschen in einer Extremsituation schreiben, und erst in zweiter Linie eine Geschichte Theresien-

Anzeige

Einsicht 2021
*Bulletin des
Fritz Bauer Instituts*

Fritz Bauer Institut
*Geschichte und Wirkung
des Holocaust*

Land ohne Quislinge?
*Kooperation und Kollaboration im
deutsch besetzten Polen 1939–1944*

Geheime Mächte
Antisemitismus und Verschwörungsmythen

Hier könnte Ihre
Anzeige stehen!

Formate und Preise		
Doppelseite	460 x 295 mm + Beschnitt	1.190,–
Umschlagseite U4	230 x 295 mm + Beschnitt	990,–
Umschlagseite U2 / U3	230 x 295 mm + Beschnitt	890,–
Ganzseitige Anzeige	230 x 295 mm + Beschnitt	720,–
1/2-seitige Anzeige vertikal	93 x 217 mm	420,–
1/2-seitige Anzeige horizontal	192 x 105,5 mm	420,–
1/4-seitige Anzeige vertikal	93 x 105,5 mm	290,–

Auflage: 4.200 Exemplare, Preise in Euro, zuzügl. gesetzl. MwSt.
Kontakt: Tel.: 069.798 322-40, anzeigen@fritz-bauer-institut.de

stadts.«¹ Methodisch verortet sich Hájková in der Mikro- und Alltagsgeschichte, wobei sie diesen Ansatz im einführenden Kapitel missverständlich erläutert (S. 12). Die Annahme, die möglichst detaillierte Analyse kleiner Ereignisse zeitige schon genügend Aussagekraft für die in Frage stehende Gesellschaft, verführt Hájková dazu, weder eine Chronologie noch eine soziologische Übersicht zu Theresienstadt zu liefern; zum Beispiel hinsichtlich der ankommenden Juden aus Deutschland (Altersstruktur circa 70 Jahre) und Österreich ab Sommer 1942, der völligen Überlastung des Ghettos (Mai 1942: 12.986, November 1942: 45.312 Personen) angesichts massiver Transporte und trotz hoher Sterblichkeit in den Vormonaten. Das Fehlen eines solchen Rahmens überschattet alle inhaltlichen Kapitel (Administration; Ungleichheit; Ernährung; Gesundheitswesen; Kultur; Transporte in den Osten). Die Leserinnen und Leser sehen sich mit vielen – auch zeitlich durchmischten – Detailgeschichten konfrontiert, ohne die Möglichkeit zu bekommen, diese in irgendeiner Weise einordnen zu können. Hinzu kommt, dass das Register ungenau erstellt ist (Alice Herz Sommer ist viermal verzeichnet; bei Viktor Ullmann zum Beispiel fehlen die Seiten 175, 192; etc.) und dass Angaben aus den Fußnoten bis auf minimale Ausnahmen im Register nicht aufgegriffen und näher ausgeführt werden, was aber oft nötig wäre, um die Quellen mit dem Haupttext verbinden zu können und verstehbar zu machen.

Für Hájková wirft Theresienstadt »light on broader issues of ethnicity, stratification, gender and the political dimension of the actions of ›little people‹« (S. 239). So steht im Zentrum ihrer Darstellung die Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Herkunftsn, vor allem zur tschechischen und deutschen, wobei sie die Besserstellung und Privilegierung der jungen tschechischen Juden für die Theresienstadt-Historiografie breit herausarbeitet – von der SS war die Garnisonstadt den (mit ihrer ganzen Familie und in Freundschaftsgruppen ankommenden) Angehörigen des böhmisch-mährischen Judentums als »Endlager« versprochen worden; sie waren es auch, die es aufgebaut haben. Auf die Ambivalenz, die der »Kollision« zweier soziologisch so unterschiedlicher Gruppen angesichts der vorhandenen Ressourcen innewohnt, geht die Autorin kaum ein. Warum sie weder die sogenannten *Tagesbefehle* (ab April 1944 *Mitteilungen der jüdischen Selbstverwaltung*) – laut H. G. Adler eine der Hauptquellen der Lagergeschichte² – noch das sich dem Ghettoalltag widmende und

Solidarität aufscheinen lassende Buch *Psychologie des Lebens im Konzentrationslager Theresienstadt* (1948) des Leiters der Ghetto-Bibliothek, Emil Utitz, verwendet, bleibt zu hinterfragen. Im Register finden sich unter dem Schlagwort »sexism« unter anderem folgende Einträge: »lack of female artists«; »work of females in kitchens seen as not prestigious« (S. 360). Die Ausführungen dazu sind für Theresienstadt neu, aber besitzen sie für das Ghetto spezifische Aussagekraft?

Wer mit der Theresienstadt-Historiografie vertraut ist, kann guten Nutzen aus Hájkovás Darstellung ziehen; wer nicht, findet kaum einen strukturierten und nachvollziehbaren Zugang zur Geschichte und zum Alltag des Ghettos. Etwas vollmundig heißt die Einführung »The well-known, poorly understood ghetto«. Mehr als bedenklich aber ist, wenn als Verständnis der Häftlingsgesellschaft zu lesen ist: »Of course, the fact that people died there was caused by German persecution. But who died, how and when was determined by the prisoner society.« (S. 240) Die Häftlingsgesellschaft als Verantwortliche für den Tod ihrer Mitglieder? Kein gelungenes neues Master-Narrativ.

Karl Braun

Marburg

Evakuierungslager Mauthausen



Alexander Prenninger

Das letzte Lager. Evakuierungstransporte und Todesmärsche in der Endphase des KZ-Komplexes Mauthausen

Wien: New Academic Press, 2022, 412 S., € 29,90

Die Auflösung des KZ-Systems am Ende des Zweiten Weltkriegs ist seit einigen Jahren verstärkt in den Blick der historischen Forschung gerückt. Vor diesem Hintergrund geht Alexander Prenninger in seiner Dissertationsschrift der Frage nach, »welche Rolle der KZ-Komplex Mauthausen im Prozess der Auflösung und Evakuierung des nationalsozialistischen Lagersystems als Zielort von Evakuierungstransporten spielte« (S. 15), wobei ihn insbesondere die Faktoren interessieren, die dazu führten, dass »evakuierte Häftlinge [...] gerade nach Mauthausen gebracht wurden« – ob dies etwa mit der geografischen Lage, dem Versuch einer weiteren Ausbeutung der Arbeitskraft der Gefangenen oder im Gegenteil gerade mit der Zuordnung Mauthausens als besonders hartes Lager zur »Stufe III« zusammenhing (S. 17).

Prenninger will Struktur- mit Erfahrungsgeschichte verbinden und an Saul Friedländers Konzept einer »integrierten Geschichte« anknüpfen. Dafür greift er einerseits auf einen reichhaltigen Fundus von Quellen aus internationalen Archiven zurück und bezieht auch die bisher kaum systematisch ausgewerteten Bestände der Arolsen Archives zu den Todesmärschen mit ein. Die zweite Säule seines Materials stellt eine Sammlung von 860 Interviews des »Mauthausen Survivors Documentation Project« dar, die Anfang der 2000er Jahre aufgezeichnet wurden. In ihnen sieht er eine »zentrale Quelle« (S. 20) sowohl zur Rekonstruktion der Ereignisse als auch zur Untersuchung der Wahrnehmungen der Akteure. Allerdings zeigt sich, dass der Schwerpunkt deutlich auf dem ersten Aspekt liegt – zumeist werden mit den Aussagen der Überlebenden, denen viel Raum gegeben wird, Zusammenhänge oder Details »bestätigt« oder »belegt«. Seltener geht es um eine induktive Analyse, die ausgehend von den Erinnerungsberichten zentrale Topoi, Kategorien oder Schwerpunkte von Erfahrungen ehemaliger Häftlinge herausarbeitet.

Prenninger behandelt eine Fülle von »Evakuierungen« in den KZ-Komplex Mauthausen: von der Räumung der Lager im Osten und Westen des deutschen Machtbereiches 1944 bis zur Zeit der »Todesmärsche« im Frühjahr 1945 mit Transporten aus zahlreichen anderen Lagern. Im Anschluss stellt er die Räumung von Mauthausener Außenlagern dar sowie die Todesmärsche von ungarisch-jüdischen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern. Besonders bereichernd

ist dabei die Betrachtung bisher wenig beachteter Phänomene wie der Gefangenentransporte im Zusammenhang mit dem Rückzug der Wehrmacht bereits im Jahr 1943, der Auflösung der SS-Baubrigaden oder der Räumung von Haftstätten außerhalb des KZ-Systems. Auch die Rettung von KZ-Häftlingen durch das Internationale Rote Kreuz untersucht Prenninger im Hinblick auf die Verbindungen zum KZ Mauthausen.

Das Buch ist unmittelbar aus der Grundlagenforschung für die Gedenkstätte Mauthausen hervorgegangen. Der Autor legt eine immense Fülle an akribisch recherchierten Details vor, mit denen er jeden Transport in den KZ-Komplex Mauthausen minutiös rekonstruiert. Dabei versucht er, nicht nur Daten und Zahlen, sondern auch die Schicksale verschiedener Opfergruppen und einzelner Häftlinge zu klären. Damit wird die Arbeit zu einer Enzyklopädie der Räumungstransporte im Zusammenhang mit dem KZ Mauthausen. Allerdings ist nicht immer klar, welche Funktion diese Menge an Informationen für die Argumentation Prenningers und die Beantwortung seiner eingangs formulierten Fragestellungen erfüllt.

In der knappen Zusammenfassung bündelt Prenninger seine reichhaltigen Ergebnisse. Demnach müsse mit der Betrachtung von Mauthausen der »Blick auf die Endphase des KZ-Systems« zeitlich, räumlich und institutionell ausgeweitet und der Zusammenhang von Militär-, Besatzungs- und KZ-Geschichte intensiver erforscht werden (S. 348). Indem der Autor den Begriff der »Evakuierung« hervor- und von der Bezeichnung »Todesmarsch« abhebt, um zu betonen, dass die Transporte »keine genozidale Funktion hatten«, setzt er sich insbesondere von Daniel Blatman ab, der diese Transporte als »letztes Kapitel des nationalsozialistischen Massenmordes« beschrieben hat.

Die Lager des KZ-Komplexes Mauthausen bezeichnet Prenninger abschließend als »zentrale Evakuierungslager« mit mehreren Funktionen: Sie dienten als Aufnahmelager, als Durchgangsort sowie als »sekundäres Evakuierungslager für Gefangene, die zunächst in andere Lager transportiert worden waren« (S. 352). Auf der Ebene der Erfahrungen hält Prenninger fest, dass die Gefangenen in der Regel mehrfache »Evakuierungen« durchmachen mussten. Neben der großen Diversität der berichteten Erlebnisse erkennt er auch Gemeinsamkeiten – die Transporte werden fast immer als ein »zentrales Ereignis« erinnert, das von großen Unsicherheiten, Desorientierung und Angst geprägt, aber oftmals zugleich auch von Hoffnung begleitet war.

In Bezug auf den erfahrungsgeschichtlichen Ansatz hätten tiefer gehende Analysen dieser Art Prenningers Arbeit noch stärker bereichert. Was die ereignis- und strukturgeschichtliche Darstellung der Evakuierungstransporte in Bezug auf das KZ Mauthausen betrifft, lässt seine verdienstvolle Studie jedoch kaum Fragen offen.

Martin Clemens Winter

Leipzig

¹ »Über Leben in Extremen. Was war die Gesellschaft in Theresienstadt?«, Interview von Svenja Goltermann mit Anna Hájková, in: *Geschichte der Gegenwart*, 21.4.2021, <https://geschichtederg Gegenwart.ch/ueber-leben-in-extremen-in-theresi-enstadt-ein-gespraech-mit-anna-hajkova/> (3.5.2022).

² H. G. Adler, *Theresienstadt 1941–1945. Das Antlitz einer Zwangsgemeinschaft*, 2. Aufl., Tübingen 1960, S. 829. Dieses Standardwerk wurde ebenfalls nicht herangezogen.

Individuelle Geschichten und kollektive Erfahrung



Daniel Schuch
Transformationen der Zeugenschaft.
Von David P. Boders frühen
Audiointerviews zur Wiederbefragung
als Holocaust Testimony
Göttingen: Wallstein Verlag, 2021, 371 S.,
€ 36,–

Seit gut zwei Jahrzehnten haben die lange unbeachteten Interviews des US-Psychologen David P. Boder mit Überlebenden der Shoah, die er 1946 in Europa aufgenommen hat, viel Aufmerksamkeit bekommen. Mitunter wurde ihnen wegen der zeitlichen Nähe zu den Verfolgungserfahrungen besondere Authentizität zugeschrieben, zudem gelten sie als erste Audiozeugnisse. In seiner Jenenser Dissertation geht Daniel Schuch den Interviews im besten Sinne auf den Grund. Auf breiter Quellengrundlage rekonstruiert er ihre Entstehung, Boders Erkenntnisinteresse, seine Methoden und die Rezeption seiner Arbeit. Überdies nimmt Schuch die späte Wiederentdeckung Boders in den Blick und untersucht Neubefragungen von Überlebenden, die der Psychologe bereits 1946 interviewt hatte. Anhand von fünf Interviews analysiert Schuch im Detail die »Transformation der Zeugenschaft«, die vor allem auch eine Transformation der Erwartungshaltung an die befragten Überlebenden ist.

Schuch untersucht den Wandel der Zeitzeugenschaft, indem er insbesondere die Kontexte der Befragungen 1946 und in den 2000er Jahren in den Blick nimmt und dabei die ihnen jeweils zugrunde liegenden Vorstellungen sowie Erwartungen freilegt. Ihre Einflüsse auf das (Wieder-)Erzählen arbeitet er anhand der Beispiele präzise heraus. Besonders betont Schuch die Dialogizität, aus der, auch wenn es kein klassischer Dialog ist, letztlich eine »gemeinsame Sinnbildung« (S. 33) entsteht, an der die fragende Person entscheidend beteiligt ist.

Boder wollte, indem er viele Überlebende zu ihren persönlichen Erfahrungen in ihrer eigenen Sprache befragte und sie in ihren Worten erzählen ließ, »den Prozess der Traumatisierung des Individuums untersuchen« (S. 78) und so einen Beitrag zu den Disaster Studies in den USA leisten, in denen Wissenschaftler unterschiedlicher Disziplinen die Auswirkungen verschiedener Katastrophen auf Menschen erforschten. Schuch erhellt diesen Hintergrund, ordnet Boders Forschung hier ein und führt so zu einem tieferen Verständnis des Interviewprojekts.

In vier Ländern befragte Boder 1946 an 18 Orten 129 Personen im Alter von 13 bis 78 Jahren. Zu zwei Dritteln waren es Männer, die berichteten, in der Regel in ihrer Muttersprache, was Boder wichtig war. Eindrücklich zeigt Schuch, wie Boders Erkenntnisinteresse mit den Absichten der Überlebenden kollidierte: Boder insistierte auf der Erzählung individueller Geschichten aus persönlicher Perspektive, wozu die Befragten teilweise noch gar nicht in der Lage waren. Sie sahen sich vor allem als Teil einer kollektiven Erfahrung, die sie vermitteln wollten. Überdies zeigt sich Boder als Lernender, der zu Beginn seiner Arbeit im Nachkriegseuropa vieles noch nicht wusste und Nachfragen einwarf. So wie seine Gesprächspartner vielfach um Worte rangen, so mühte Boder sich um ein besseres Verständnis des Geschilderten und wechselte »die Rolle zwischen einem professionellen Interviewer [...] und einem wissbegierigen und gleichzeitig perplexen Zuhörer« (S. 189).

In einem Projekt zu Beginn der 2000er Jahre, dessen Entstehung Schuch kenntnisreich rekonstruiert und einordnet, hat das United States Holocaust Memorial Museum in Washington von den seinerzeit noch lebenden 17 Personen, die Boder befragt hatte, elf erneut interviewt. Schuch schaut sich die bereits herangezogenen fünf Fallbeispiele eingehend an und arbeitet die grundlegenden Unterschiede des Interviewsettings heraus. Hatte Boder es mit frisch traumatisierten und heimatlosen Menschen mit ungewisser Perspektive zu tun, standen in den 2000er Jahren ältere Menschen Rede und Antwort, die gesellschaftlich anerkannt sind und in vielen Fällen als Überlebende schon erzählt haben, sei es für die Survivors of the Shoah Visual History Foundation in den 1990er Jahren oder an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen. Wie 1946 war auch Jahrzehnte später das Interview ein »dialogisches Ausagieren von unterschiedlichen Interessen« (S. 333), was Schuch konkret demonstriert. So arbeitet er ein gewandeltes Interesse der Fragenden heraus, denen es mehr um universelle Botschaften vonseiten der Überlebenden sowie um eine Exemplifizierung der im Allgemeinen bekannten Geschichte des Holocaust ging. Die befragten Personen verfolgten hingegen zum Teil ein persönliches Anliegen, nicht an einer Ansprache an ein auf moralische Stärkung bedachtes großes Publikum in aller Welt war ihnen gelegen, sondern an einem Vermächtnis für die eigene Familie. So verweigerten manche die erhoffte moralische Botschaft ganz oder unterliefen den Wunsch, indem sie sich an ihre Familie wandten.

Mit seiner Studie leistet Daniel Schuch einen wichtigen Beitrag zur Geschichte der Zeugenschaft des Holocaust. Er kontextualisiert und analysiert nicht allein Boders wichtiges Interviewprojekt, sondern bietet hiervon ausgehend wesentliche Bausteine für eine Geschichte der gesellschaftlichen Erwartungshaltung an Überlebende und ihr Zeugnis.

Markus Roth
Fritz Bauer Institut

Unvereinbarkeit oder Dialog der Erinnerungsdiskurse



Natan Sznaider
Fluchtpunkte der Erinnerung.
Über die Gegenwart von Holocaust
und Kolonialismus
Berlin: Hanser Verlag, 2022, 256 S.,
€ 24,–

Im Frühjahr 2020 entbrannte in Deutschland eine Debatte über den Stellenwert von Holocaust und Kolonialismus im kollektiven Gedächtnis, die wegen Form und Inhalt nicht selten mit dem Historikerstreit von 1986/87 verglichen wird. Dabei geht auch die aktuelle Kontroverse über die Frage der Singularität des Holocaust hinaus und verhandelt verschiedene Positionen zu Rassismus und Antisemitismus im Allgemeinen und zum Staat Israel im Speziellen. Mit seinem neuen Buch hat nun auch der israelische Soziologe Natan Sznaider einen Beitrag zu der aus seiner Sicht allzu stark als »Feuilletonkrieg« (S. 13) geführten Diskussion geleistet. Ziel seines Essays ist es, aufzuschlüsseln, wie es zu der »intellektuellen Starre« (S. 27) der jeweiligen Positionen zu Holocaust und (Post-)Kolonialismus kam, indem er diese wissenssoziologisch nachzeichnet. Auf gut 200 Seiten schneidet Sznaider verschiedene im Zuge dieser Debatte verhandelte Aspekte an, die für sich genommen schon eigene Bücher füllen könnten (und natürlich auch bereits tun): Zionismus und den Vorwurf, Israel sei ein koloniales Projekt, oder Ähnlichkeit und Verschiedenheit von Rassismus und Antisemitismus.

Wie in seinem Buch *Gedächtnisraum Europa* von 2008 folgt Sznaider auch jetzt in neun Kapiteln einflussreichen Figuren jüdischer Denktraditionen, allen voran Karl Mannheim und Hannah Arendt. Hinzu kommen namhafte anti- beziehungsweise postkoloniale Theoretiker (ausschließlich Männer), wobei lediglich Edward Said das Privileg eines eigenen Kapitels eingeräumt wird. Dieses Vorgehen, also das Zu-Wort-kommen-Lassen von jüdischen und antikolonialen Stimmen, erinnert an Michael Rothbergs *Multidirektionale Erinnerung* (2009/2021). Beide Werke unterscheiden sich jedoch grundlegend, ja scheinen gegensätzlich konzipiert. Rothberg schrieb 2009 ein Manifest für die Verknüpfbarkeit von Erinnerungsdiskursen und hob deren dialogisches Potential hervor, während Sznaider mehr auf deren Unvereinbarkeit fokussiert. Er verdeutlicht einerseits, wie schwer es in den von ihm skizzierten Kontexten fiel, eine kohärente Identität, sei es als Jude, Deutscher, Franzose oder Araber, anzunehmen. Andererseits zeigt er anhand des Lebens und

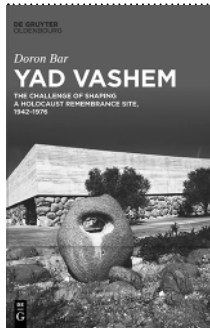
Werks von Albert Memmi die »Unmöglichkeit« »pluraler Identitäten« (S. 120) auf. Lautet damit die zentrale These des Essays, dass universalisierende Bestrebungen unweigerlich an partikularen, oft nicht zu vereinbarenden Erfahrungswelten scheitern? Ja und Nein.

Sznaider möchte zuallererst für die Unterschiedlichkeit von oftmals aus spezifischen Erfahrungen gespeisten Perspektiven sensibilisieren. Doch trotz des Potenzials weniger verhärteter Fronten, das durch die gegenseitige Anerkennung dieser Erfahrungen zustande kommt, scheint er selbst nicht davon überzeugt zu sein, dass ihre völlige Entschärfung möglich ist. So wird im zweiten Teil des Essays deutlich, dass der entscheidende Punkt, an dem sich die beschriebenen Denktraditionen »unüberbrückbar« gegenüberstehen, die Haltung zu Israel ist. Diese wiederum sei abhängig vom jeweiligen Geschichtsverständnis. Die »kolonialistische« (S. 190) Interpretation des Holocaust, die, so Sznaider, im Zuge der »Provinzialisierung« Europas (S. 194) den Holocaust seiner Singularität beraube, sei die Grundlage des neuen Geschichtsnarratives, aus dem sich auch die Forderung nach einer Erneuerung der deutschen Erinnerungskultur ableite. Dieser von ihm als universalisierend, also verallgemeinernd, beschriebene Diskurs, der allen Unterdrückten und Ermordeten gleichermaßen gerecht zu werden versuche, entferne unausweichlich von den jüdischen Opfern des Holocaust – etwas, wogegen Sznaider bereits in vorherigen Büchern argumentierte. Zumindest für diejenigen Leserinnen und Leser, die andere Arbeiten des Autors kennen, wird so recht schnell offenkundig, dass in seinen Augen eine Debatte nur auf der Grundlage der unbedingten Anerkennung der Bedeutung Israels geführt werden kann. Vor diesem Hintergrund trägt Sznaiders Einführung der Kategorien »universell« und »partikular« zwar zu einem erweiterten Verständnis bei, verfestigt die Fronten aber insofern, als er einen neuen Dualismus aufmacht, der mehr die Unversöhnlichkeit verschiedener Diskurse hervorhebt als das Potenzial des Dialogs. Eines Dialogs, der Sznaider zufolge vor allem deshalb endete, weil postkoloniale Aktivistinnen und Denkerinnen zunehmend ihre anfängliche Solidarität mit Israel zurücknahmen und die Juden nicht länger als unterdrückte Minderheit anerkannten.

Die Aufschlüsselung des historisch gewachsenen Konflikts über Gemeinsamkeiten und Unterschiede jüdischer und kolonialer Erfahrungen und die damit verknüpfte Frage, ob der Holocaust und koloniale Verbrechen entlang universeller und partikularer Perspektiven miteinander vergleichbar sind, ist ein spannender Ansatz und sicher eine Ergänzung bisheriger Betrachtungen. Gleichzeitig bleibt der Essay gerade wegen dieses Begriffspaars dem Frontendenken verhaftet, das Sznaider eingangs selbst problematisiert. So hält das Buch neben neuen Blickwinkeln auch eine Enttäuschung insbesondere für diejenigen bereit, die darin auf eine Entschärfung dieser facettenreichen Debatte gehofft hatten.

Katrin Antweiler
Bremen

Die Schichten der Erinnerung



Doron Bar

Yad Vashem. The Challenge of Shaping a Holocaust Remembrance Site, 1942–1976
München: De Gruyter Oldenbourg, 2021,
261 S., € 80,95

Würde man eine durchschnittliche Israelin oder einen durchschnittlichen Israeli nach der Gründungsgeschichte oder dem Gründungsjahr von Yad Vashem, der zentralen Holocaustgedenkstätte Israels, fragen oder auch nach seinem Ort, so Doron Bar, würde kaum jemand diese Fragen beantworten können, und das trotz der Bekanntheit dieses »Tempels« (S. vii) der Holocaust-Erinnerung, der spätestens seit der Eröffnung des neuen historischen Museums im Jahr 2005 zum globalen Referenzpunkt des Holocaust-Gedenkens geworden ist.

Bar, historischer Geograf und Präsident des Schechter Institute of Jewish Studies in Jerusalem, hat es sich in seinem ursprünglich auf Hebräisch verfassten, nun in der Übersetzung von Deena Glickman auf Englisch vorliegenden Buch zur Aufgabe gemacht, diese Fragen zu beantworten und die Entstehungs- und Wirkungsgeschichte Yad Vashems bis in die 1970er Jahre zu rekonstruieren. Folglich fasst das streng chronologisch, schematisch etwas starr angelegte Werk auf rund 250 Seiten die Geschichte der Gedenkstätte auf dem Herzlberg, auch »Berg der Erinnerung« genannt, von den ersten Plänen in den frühen 1940er Jahren bis zur Einweihung von Nathan Rappaports Denkmal für den Warschauer Ghettoaufstand im Januar 1976 zusammen.

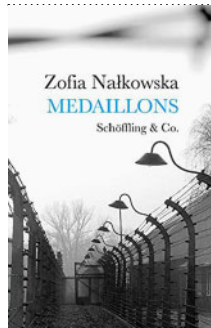
Das Buch gliedert sich in fünf Kapitel: Das erste betrachtet den Zeitraum von 1942, als erstmals die Idee einer Gedenkstätte für die ermordeten europäischen Juden formuliert wurde, bis zur Staatsgründung Israels 1948. Das darauffolgende Kapitel beleuchtet den Weg zur Verabschiedung des Yad-Vashem-Gesetzes durch die Knesset im Jahr 1953, welches Yad Vashem als nationale »Gedenkstätte der Märtyrer und Helden des Staates Israel im Holocaust« begründete. Im nächsten Kapitel lotet Bar die internen Diskussionen über Inhalte, Finanzierungsfragen und Veranstaltungen unmittelbar nach der offiziellen Gründung aus. Das vierte Kapitel fokussiert dann auf die organisatorischen, inhaltlichen und gestalterischen Debatten zwischen 1956 und 1961 und endet mit der Einweihung der »Halle der Erinnerung«. Das letzte Kapitel befasst sich mit der Ausgestaltung des »Bergs der Erinnerung« bis 1976 und beschreibt unter anderem die Errichtung des alten historischen Museums, der Synagoge vor Ort, der »Säule des Heldentums« und des Denkmals von Rappaport.

Bar ist es ein zentrales Anliegen, den Blick von den jüngeren, die heutige Wahrnehmung Yad Vashems bestimmenden Einrichtungen, allen voran die neue »Halle der Namen« und das neue Holocaust-Museum (2005), wegzulenken. Er möchte vielmehr die älteren historischen »Schichten« des »Bergs der Erinnerung« freilegen. Denn – so könnte man Bars These des eigentlich thesenarmen Buchs zusammenfassen – Yad Vashem beziehe aus der Tatsache, dass sich der Gedenkkomplex über Jahrzehnte weiterentwickelt hat und erst allmählich zu dem zentralen israelischen Holocaust-Erinnerungsort wurde, der er heute ist, seine eigentliche Wirkungsmacht als »one of the world’s most powerful and emotional commemorative sites« (S. 10). Im Unterschied zu anderen Denkmälern oder Gedenkstätten Israels könnten die Besucherinnen und Besucher auf dem Gelände den über viele Jahrzehnte debattierten, zentralen Fragen der inhaltlichen Schwerpunktsetzung einer Holocaust-Gedenkstätte – »rebellion, heroism, extermination, and more« (S. 229) – buchstäblich begegnen. Ganz nebenbei bemerkt: Das »and more« in Bars Auflistung weist auf seine Tendenz hin, oft ins Unkonkrete oder Plattitüdenhafte zu verfallen. So findet sich beispielsweise gleich auf der nächsten Seite der nichtssagende Satz: »History is full of visionaries whose views and ideas led to the founding of states, organizations, and institutions« (S. 230).

Auch wenn man das beinahe enzyklopädisch angelegte Werk durchaus mit Gewinn liest, vor allem, wenn man sich für die komplexen Hintergründe der Ausgestaltung von Gedenkstätten oder die Herausbildung verschiedener Deutungen des Holocaust in Israel interessiert, sticht doch die mangelnde historische, gesellschaftliche und politische Kontextualisierung ins Auge – von internationalen Entwicklungen ganz zu schweigen. So konstatiert Bar zum Eichmann-Prozess (1961), dieser habe trotz seines »far-reaching effect on Israeli society’s Holocaust consciousness« (S. 9) keinerlei Einfluss auf die Debatten über die Gestaltung Yad Vashems gehabt. Ähnlich verhält es sich zum Beispiel mit dem Sechstagekrieg und dem Yom-Kippur-Krieg, beides zentrale Referenzpunkte des israelischen Holocaust-Gedenkens. Der Yom-Kippur-Krieg von 1973 findet gar keine Erwähnung, zum Sechstagekrieg von 1967, der ja neue israelische Helden hervorbrachte, stellt Bar fest, die »atmosphere at the time in the State of Israel, after Israel’s victory in the Six-Day War« (S. 191) habe die Debatten über die Errichtung der »Säule des Heldentums« im Jahr 1970 nicht beeinflusst. Es fällt schwer, dieser Interpretation einer gleichsam von ihrem Kontext entkoppelten Gedenkstättenplanung und -gestaltung zu folgen. Umso erstaunlicher ist, dass Bar die sich hier aufdrängende Frage – nämlich, wie sich die Entkoppelung plausibel erklären lasse – gar nicht stellt.

Jacob Eder
Berlin

Mit einer Kühle, die notwendig schmerzt



Zofia Nalkowska

Medaillons

Aus dem Polnischen und mit einem
Nachwort von Marta Kijowska
Frankfurt am Main: Schöffling & Co.,
2021, 144 S., € 20,–

Zofia Nalkowska schon ihre Leserinnen und Leser nicht, gewährt ihnen kein langsames Herantasten an ihre Gegenstände: Gleich mit der ersten Erzählung führt die Autorin sie in das Anatomische Institut der Medizinischen Akademie Danzig. Hier hatte Professor Spanner, SS-Mitglied und treuer Parteisoldat, aus menschlichen Leichenteilen Seife gekocht. Detailliert wird der Herstellungsprozess in den kühlen Worten eines Zeugen nachgezeichnet: »Anfangs wurden die Leichen aus einem Irrenhaus geholt, aber mit der Zeit reichten sie nicht mehr aus. [...] Sie holten auch die Leichen aus dem Lager Stutthof, aus Königsberg, aus Elbing, aus ganz Pommern. Erst als im Danziger Gefängnis ein Fallbeil aufgestellt wurde, gab es genug Leichen«. (S. 17 f.) Was Nalkowska hier und in den anderen sieben Erzählungen ihres 1946 erstmals auf Polnisch publizierten Bandes *Medaillons* berichtet, ist keine Fiktion. Die Autorin war nach dem Krieg Mitglied der Kommission zur Untersuchung deutscher Kriegsverbrechen, und ihre Geschichten verdanken sich – wenn auch literarisch verdichtet – dieser Tätigkeit. Spanners ungeheuerliches Tun, das die Kommission sofort nach Kriegsende untersuchte, ist heute weithin bekannt, nicht zuletzt, weil es auch im Nürnberger Prozess zur Sprache kam und wahrscheinlich die Basis für die noch immer verbreiteten (und widerlegten) Gerüchte über eine industrielle Verwertung von Leichen aus den Konzentrationslagern für die Seifenproduktion war.

Die Autorin lässt in ihren Geschichten die Opfer und die gezwungenen Handlanger der Deutschen oft seitenweise selbst sprechen, nur selten greift die Erzählerstimme ein. Die langen Monologe entfalten dabei ein Schreckensszenario nach dem anderen. In »Der Mensch ist stark« ist es Michał P., der davon erzählt, wie er den Nationalsozialisten im Wald bei Chełmno (Kulmhof) helfen musste, als sie Zehntausende Jüdinnen und Juden ermordeten. Auch seine Familie war unter den Opfern: »Ich brachte meinen Vater und meine Mutter zu dem Vergasungswagen. Später brachte ich meine Schwester und ihre fünf Kinder und meinen Bruder mit Frau und drei Kindern. Ich wollte freiwillig mit meinen Eltern fahren, aber sie ließen mich nicht.« (S. 98) »Sie hatten ihre Gründe« (ebd.), kommentiert die Erzählerin knapp nach dieser furchtbaren Geschichte. Doch P. muss noch Schrecklicheres berichten: Denn seine Frau und seine beiden

Kinder werden ebenfalls von den Deutschen vergast. Erneut bittet er die Deutschen, dass sie ihn töten mögen. Doch sie entsprechen seinem Wunsch nicht: »Dieser Mensch ist stark, er kann noch eine Zeit lang arbeiten.« (S. 105) Nachdem er auch von einem Selbstmord abgebracht wird, gelingt es Michał P. schließlich, zu fliehen. Wie er mit dem Erlittenen klarkommt, wie er sein Trauma überleben kann, erzählt Nalkowska nicht mehr, dafür liegen die Ereignisse noch zu kurz zurück. Stattdessen schwenkt die Erzählung noch einmal in den Żuchower Wald, zu einer Lichtung mit Massengräbern. Zwei Frauen aus der Gegend sprechen die Erzählerin an und fragen sie, ob die Untersuchungskommission nicht die Exhumierung beschleunigen könne. »Sie waren Mutter und Ehefrau eines Mannes, der gleich zu Beginn der Existenzzeit des Lagers hier erschossen worden war. Sie kannten die Stelle, wo sich sein Grab befand.« (S. 108) Auf einen Hoffnungsschimmer darf man selbst am Ende des Bandes nicht hoffen, dafür ist das Geschehene einfach zu furchtbar. Stattdessen lässt sich erahnen, was das alles mit den Überlebenden gemacht hat. »Erwachsene und Kinder in Auschwitz«, die letzte Erzählung, endet denn auch mit der Erinnerung eines Überlebenden, der »an einem heiteren Sommernorgen die Lagerstraße in Auschwitz entlang[ging] und [...] zwei noch lebende kleine Kinder [bemerkte]. Sie saßen im Straßenstaub und schoben irgendwelche Stöckchen hin und her. Er blieb bei ihnen stehen und fragte: ›Was macht ihr da, Kinder?‹ Und er bekam die Antwort: ›Wir spielen Judenverbrennen.«« (S. 122 f.)

Nalkowskas Erzählungen bestechen durch eine ungeheure Reduktion der Sprache, eine fast körperlich werdende Kühle der Beschreibungen. Diese Lakonie, mit der über Ungeheuerliches berichtet wird, wird in der Neuübersetzung von Marta Kijowska, die zudem ein instruktives Nachwort über die Grande Dame der polnischen Literatur beisteuert, hervorragend transportiert. Nach der Lektüre dieser Neuausgabe versteht man, warum die *Medaillons* schon nach kurzer Zeit zur Schullektüre in Polen wurden. Im Jahr 2018 war freilich genau das Gegenstand einer für die regierende Partei Prawo i Sprawiedliwość (PiS) peinlichen öffentlichen Diskussion: An einer Stelle spricht die auch von den polnischen Rechtskonservativen hoch verehrte Nalkowska nämlich von »polnischen Todeslagern« (S. 110), was lediglich eine territoriale Verortung ist und keineswegs eine Mitwirkung der Polen an der Vernichtung impliziert. Dennoch sei diese Formulierung ein Verstoß gegen das von der PiS initiierte und weltweit heftig kritisierte Holocaust-Gesetz gewesen. Damit aber stand allen Ernstes die prinzipielle Eignung dieses literarischen Meisterwerks für die Schule in Frage.

Sascha Feuchert
Gießen

Arendt und Jaspers aus zweiter Hand



Ingeborg Gleichauf
*Hannah Arendt und Karl Jaspers.
Geschichte einer einzigartigen
Freundschaft*
Köln: Böhlau, 2021, 197 S., € 23,–

Hannah Arendts Briefwechsel mit ihrem Freund und Lehrer Karl Jaspers wurde 1985 als eine der ersten von Arendts umfangreichen Korrespondenzen von Lotte Köhler im Piper Verlag herausgegeben. Er umfasst mehrere Hundert nur minimal gekürzte Briefe aus vier Dekaden (1926–1969) und liest sich wie gute Unterhaltungsliteratur. Die Briefe sind mal witzig, oft spannend, abwechslungsreich, warmherzig und originell. Dass die persönliche und intellektuelle Beziehung zwischen den beiden Geistesgrößen in der wissenschaftlichen ebenso wie in der biografischen Literatur eher unterbelichtet ist, ist vor diesem Hintergrund ein interessanter Befund.

Dieses Ergebnis hat Ingeborg Gleichauf zum Anlass genommen, ein Buch im Stil eines verlängerten Essays zu schreiben, in dem sie der Beziehung zwischen Arendt und Jaspers anhand unterschiedlicher Themen und Stichwörter nachspürt. Ihre zentrale These ist, dass es sich – wie der Untertitel besagt – um eine »einzigartige Freundschaft« gehandelt habe, die sich in einem ganz besonderen »Kommunikationsraum« (Jaspers) entfaltet beziehungsweise ein ganz besonderes »Gespräch« (Arendt) hervorgebracht habe. Diesen Austausch referiert Gleichauf in zwölf Kapiteln, die unter anderem die Themen »Denken und Schreiben«, »Natur und Welt«, »Sprechen und Handeln« sowie »Das Politische« zum Gegenstand haben.

Die Idee des Buchs erscheint plausibel, und Leserinnen und Leser mit wenig Vorkenntnissen lernen bei der Lektüre einiges über die Hauptfiguren. Überzeugend ist das Werk aber nur dann, wenn man bereit ist, Gleichaufs oft unbegründeten Thesen einfach zu glauben. Das beginnt schon mit der Diagnose der Einzigartigkeit dieser Freundschaft, die man mit guten Argumenten anzweifeln kann. Dem Jaspers-Briefwechsel folgten bekanntlich die Korrespondenzen unter anderem mit Kurt Blumenfeld, Mary McCarthy, Walter Benjamin, Uwe Johnson, Gershom Scholem, Dolf Sternberger, Charlotte Beradt, Rose Feitelson, Hilde Fränkel, Anne Weil und Helen Wolff. Es mag zutreffen, dass Arendt – wie schon oft bemerkt – ein Talent für Freundschaften und deren briefliche Pflege hatte. Diejenige mit Jaspers als einzigartig herauszustellen ist aber ein gewagtes Unterfangen.

Als problematisch erweist sich zudem, dass das Buch nicht recht zu seinem Format findet. Einerseits versucht es, wissenschaftlich zu argumentieren, zum Beispiel auf der Ebene eines Vergleichs zwischen Arendts und Jaspers’ Aussagen zu bestimmten Themen. Gleichzeitig bleibt es hagiografisch, indem es die Protagonisten als »Held« beziehungsweise »Heldin« präsentiert, die von kritischen Einwänden weitgehend verschont bleiben. Wo die Autorin ihre Protagonisten kommentiert, gleitet sie immer wieder ab in banale Feststellungen: »Hannah Arendt sucht sich die Leute aus, mit denen sie ins Gespräch treten möchte« (S. 35) – wer täte das nicht? »Beide gehen das Wagnis des Urteilens ein. Und längst nicht immer sind sie einer Meinung« (S. 47) – das hätte man auch kaum erwartet. »Beide eignen sich die Tradition nicht an, indem sie Lehrmeinungen zitieren, sondern in einem permanenten Unterwegssein die jeweilige Denkbewegung nachvollziehen, die großen Systeme aufbrechen, ins Gespräch treten mit den Gedanken großer Denker« (S. 48) – was auch sonst als Philosoph und Philosophin?

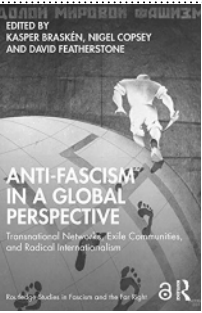
Im unvermeidbaren Kapitel über die *ad nauseam* beschriebene Beziehung zu Heidegger (hier mal im Dreieck mit Jaspers) gibt es dagegen paternalistische Anklänge. Es sei, so Gleichauf, »in hohem Maß überraschend, wie eine Denkerin, der von Anfang an die Welt in ihrer ganzen Vielfalt am meisten am Herzen lag, sich nie ernsthaft verabschieden konnte von Heidegger, der Welt nicht anders als vom »verfallenden« Dasein her denken konnte« (S. 64). Vier Seiten später wird Arendt dann aber doch mit Verweis auf *Vita activa* (erschieden 1958, also sieben Jahre nach *Origins of Totalitarianism*) eine »große Eigenständigkeit ihres Denkens« attestiert (S. 68). Im Kapitel über »Natur und Welt« wiederum fragt man sich, warum Arendts Auseinandersetzung mit dem Anthropozän (*avant la lettre*) nicht einen einzigen Verweis auf ihren Ex-Mann Günther Anders enthält, der sich intensiv mit diesem Thema befasste.

Wie leider viele Bücher über Hannah Arendt kommt die Darstellung aus dem Klischeehaften nicht recht heraus, was sich unter anderem daran bemerkbar macht, dass sich das Vokabular der beiden Protagonisten unhinterfragt und bis in die letzten Sätze des Fazits hinein in die Darstellung einschleicht: »Arendt und Jaspers fordern heraus, in ihr Gespräch einzutreten, den Faden aufzunehmen, das bereits Gedachte zu verflüssigen und neu zu denken« (S. 184). Für Menschen, die sich für Philosophie interessieren, ist Denken wohl immer eine gute Idee.

Für einen kursorischen Einblick in das Verhältnis der beiden Hauptfiguren mag dieses Büchlein hilfreich sein. Eine echte Alternative wäre es, stattdessen den eingangs erwähnten Briefwechsel, also Arendt und Jaspers im O-Ton zu lesen, denn der ist deutlich spannender.

Annette Vowinckel
Berlin

Antifaschismus global



**Kasper Braskén, David Featherstone,
Nigel Copsey (Hrsg.)**
*Anti-Fascism in a Global Perspective.
Transnational Networks, Exile
Communities, and Radical
Internationalism*
Abingdon, New York: Routledge, 2021,
316 S., € 48,67

Antifaschismus ist als Begriff im aktuellen politischen Diskurs präsent: Während die Social-Media-Kampagne #DankeAntifa öffentlichkeitswirksam aufzeigt, wie Menschen in verschiedenen Kontexten rechten Kräften entgegentreten, erkannte die Berliner Finanzverwaltung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten 2019 die Gemeinnützigkeit ab. Zwei Jahre später überlegte der niedersächsische Innenminister Boris Pistorius, antifaschistische Gruppen zu verbieten, und Donald Trump wollte »die Antifa« als terroristische Organisation einstufen.

Doch wer ist *die* Antifa? Was ist unter Antifaschismus als politisches Schlagwort und soziale Bewegung zu verstehen? Eine historische Antwort auf diese Frage liefert dieser Sammelband zum Antifaschismus aus globaler Perspektive. Der weltweite Blick ist neu und relevant, denn genauso wie der Faschismus (dem sich die neuere Forschung ebenfalls mit globalgeschichtlichen Analysen nähert) war und ist auch der Antifaschismus ein transnationales Phänomen. Dem vorherrschenden Fokus auf Europa setzen die Beiträge antifaschistische Stimmen aus Afrika, Asien, Lateinamerika, aus der Karibik oder dem Nahen Osten entgegen. Die Ansätze, die den Antifaschismus als monolithischen Block dachten, resultierten aus dem Kalten Krieg und sind heute genauso inkorrekt wie in der Vergangenheit. Sie ignorierten das weite Spektrum des Antifaschismus, das gegenwärtig ebenso existiert wie bereits in den 1920er bis 1940er Jahren (S. 15). Auf diesen Zeitraum fokussieren die Beiträge, die zahlreiche Beispiele für die vielfältigen Formen antifaschistischer Politik, Bewegung und Kultur bieten. Das Hauptaugenmerk gilt dabei dem Zusammenhang von Antifaschismus, Antikolonialismus und Antiimperialismus. Sana Tannoury-Karam untersucht beispielsweise soziale Bewegungen in Syrien und im Libanon. Sie zeigt, wie arabische Frauen antifaschistische Politik mit Kämpfen gegen den Kolonialismus sowie für Demokratie und Frauenrechte verbanden. Die weltweite Bedrohung des Faschismus habe Teile der Befreiungsbewegungen außerdem dazu angestoßen, die Bedeutung der Kategorie »national« zu überdenken. Cathy Bergin blickt auf die

Geschichte des Schwarzen Internationalismus und Antifaschismus. Sie schildert, wie Schwarze Aktivistinnen und Aktivisten in den USA Verbindungen zwischen Rassismus und Faschismus analysierten und sich den Internationalen Brigaden in Spanien anschlossen. Die Aktivitäten des Karibischen Büros der Kommunistischen Internationale nimmt Sandra Pujal in den Blick, während Michele L. Louros die Rolle von Indien in den globalen antifaschistischen Kämpfen untersucht. Mehrere Beiträge thematisieren die in der Geschichtsschreibung vernachlässigten Proteste gegen Mussolinis Überfall auf Äthiopien.

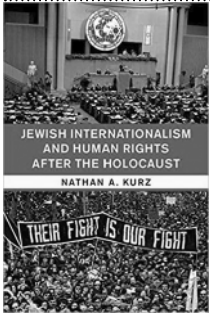
Das Buch setzt mit seiner globalen Herangehensweise, der Kritik am Eurozentrismus und methodologischen Nationalismus Standards, an denen zukünftige Forschungen nicht vorbeikommen. Was fehlt, ist unter anderem die Frage nach dem Kampf gegen Antisemitismus im globalen Kontext. Eine weitere Schwachstelle besteht darin, dass kaum frauen- oder geschlechterhistorische Perspektiven Eingang gefunden haben. Sana Tannoury-Karam ist eine der Ausnahmen. Obwohl die Herausgeber in der Einleitung betonen, wie wichtig der Aspekt des Geschlechts in internationalen Allianzen war und wie intensiv Akteurinnen und Akteure das faschistische Frauenbild diskutierten (S. 8), haben sie ihm keinen Raum gegeben. Dies betrifft sowohl die Rolle von Frauen als Aktivistinnen als auch die Erkenntnis, dass Antifeminismus ein zentraler Bestandteil faschistischer Ideologien war und ist. Insbesondere die Tatsache, dass auch die Frauenbewegung transnational agierte und unter anderem eine weltweite antifaschistische Frauenorganisation entstand, hätte eine globalhistorische Herangehensweise zum Bestandteil ihrer Analysen machen müssen. Mercedes Yustas sowie Isabelle Richets wichtige Artikel zu diesem Thema werden jeweils nur einmal zitiert.¹

Von dieser Lücke abgesehen ist der Sammelband, dessen Gewinn in der Zusammenschau von Antifaschismus und Antikolonialismus liegt, sehr empfehlenswert. Wichtig ist das Buch auch, weil antifaschistische Bewegungen ebenso wie faschistische Kräfte in einem globalen Kontext agierten und nur in diesem angemessen zu verstehen sind. Nicht zuletzt, so betonen die Herausgeber, kann die historische Auseinandersetzung helfen, der extremen Rechten in der Gegenwart entgegenzutreten.

Veronika Duma
Frankfurt am Main

1 Mercedes Yusta, »The Strained Courtship between Antifascism and Feminism: From the Women’s World Committee (1934) to the Women’s International Democratic Federation (1945)«, in: Hugo García u.a. (Hrsg.), *Rethinking Antifascism. History, Memory and Politics, 1922 to the Present*, New York, Oxford 2016, S. 167–186; Isabelle Richet, »Women and Antifascism: Historiographical and Methodological Approaches«, in: ebd., S. 152–166.

Jüdische Diasporapolitik nach der Katastrophe



Nathan Kurz

Jewish Internationalism and Human Rights after the Holocaust

Cambridge: Cambridge University Press, 2020, 310 S., £ 29,99

Hannah Arendts Rede von den »Aporien der Menschenrechte« – dass Menschenrechte trotz ihres universellen Anspruchs allein partikular durch den Nationalstaat garantiert sind – ist einer jüdischen Geschichtserfahrung entsprungen. Hatten die Juden der Diaspora seit dem 19. Jahrhundert ihre Emanzipationserwartungen in die universelle Sprache der Menschen- und Bürgerrechte gekleidet und später an internationale Institutionen appelliert, war dieser Erwartungshorizont an der Katastrophe des Holocaust endgültig zerbrochen. »Der Verlust der nationalen Rechte«, lautete Arendts historisches Fazit, habe »nicht nur in allen Fällen den Verlust der Menschenrechte mit sich gebracht, sondern die Menschenrechte haben auch, wie das Exempel des Staates Israel beweist, bisher nur durch Etablierung der nationalen Rechte wiederhergestellt werden können.«¹

Arendts Überlegungen bilden auch den Rahmen für Nathan Kurz’ Grundlagenwerk über internationale jüdische Politik nach dem Holocaust. Gegenüber der Einschätzung, dass es vor allem eine »weaponization of human rights against Israel« (S. 2) gewesen sei, die zum Vertrauensverlust jüdischer Organisationen wie des World Jewish Congress (WJC) und des American Jewish Congress (AJC) in das Menschenrechtsregime der Vereinten Nationen geführt habe, wählt Kurz eine historisch umfassendere Perspektive. »Rather than being suddenly forced out by the anticolonial capture of human rights at the UN, Jewish internationalists gradually pulled back from defending human rights as a result of the birth of a Jewish nation-state. [...] Some divorces occur simply because of the infidelity of a partner«, heißt es, und lakonisch fügt der Autor hinzu: »[B]ut the separation between Jewish and human rights took place by mutual consent of the parties.« (S. 4) In sieben Kapiteln erzählt er diese Trennungsgeschichte und eröffnet dabei ein Panorama jüdischer Fragen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Nach der Einleitung werden in zwei Kapiteln Versuche diskutiert, die jüdische Diasporapolitik aus der Zwischenkriegszeit in die kurze »Zwischenzeit« (Dan Diner) nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs hinein fortzusetzen. Hier thematisiert Kurz die gescheiterten Bemühungen des

WJC, einen kollektiven Minderheitenschutz in der Charta der Vereinten Nationen zu verankern; eine Forderung, die immerhin in der Genozidkonvention von 1948 nachhallte. Die parallel verabschiedete Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vermied wiederum alle Bezüge zu jüdischen Geschichtserfahrungen und zum Holocaust.

Die Dilemmata internationaler jüdischer Politik zwischen israelischer Souveränität und neuem Menschenrechtsregime sind Gegenstand des Kapitels »The Consequences of 1948«. Aus dem Bestand kaum gesichteter Quellen rekonstruiert Kurz das Engagement des WJC für die Juden in der arabischen Welt, deren Existenz spätestens seit dem UN-Teilungsbeschluss vom November 1947 bedroht war. Der universelle Charakter der Menschenrechte, an dessen Schutz die Kampagne des WJC im Januar 1948 appellierte, begann dort jedoch zu irritieren, als auch arabische Staaten diesen zusehends im Sinne eines Rückkehrrechts palästinensischer Flüchtlinge des israelisch-arabischen Krieges von 1948 beanspruchten. Auch Ideen eines Bevölkerungsaustauschs zwischen den Arabern Palästinas und den Juden des Iraks waren damals nun Teil der Debatte. Nirgends illustriert Kurz den Wandel jüdischer Diasporapolitik eindringlicher als am Beispiel des sich dekolonisierenden Nordafrika der 1950er Jahre. Zwar hatte der WJC im Gespräch mit den Befreiungsbewegungen Tunesiens, Marokkos und Algeriens um zukünftige Menschenrechtsgarantien für die jüdische Bevölkerung gerungen. Letztlich fokussierten die Forderungen jüdischer Politik aber ein »right to leave«. In der späteren Kampagne für das Recht auf Auswanderung der sowjetischen Juden setzte sich diese Entwicklung fort. Die Anrufung universeller Menschenrechte schmolz nun auf den Slogan »Let my people go« zusammen.

Der Vertrauensverlust jüdischer Politik in das Versprechen der Menschenrechte und die Vereinten Nationen spitzte sich zu, als diese sich gegen Israel positionierten. Gekonnt rekonstruiert Kurz den langen Weg von der Hakenkreuz-Epidemie 1959 bis zu den gescheiterten Bemühungen des WJC um eine Konvention zur Ächtung des Antisemitismus, die stattdessen zur UN-Deklaration »Zur Beseitigung aller Formen von Rassendiskriminierung« (1975) führten. Auch Zionismus wurde nun als Rassismus gebrandmarkt. Als Ursache dieser Deklaration hebt Kurz stärker als den sowjetischen Antizionismus ein neues Kräfteverhältnis in den Vereinten Nationen hervor. Die zunehmend wichtiger werdenden postkolonialen Staaten verstärkten die Kritik an Israels Besatzung von 1967 und bewirkten eine Hinwendung zur Palästinafrage. Dies signalisierte aber auch, dass das Bewusstsein vom Holocaust, seiner universellen Geltung wie konstitutiven Bedeutung für Israels Existenz und Selbstverständnis zurücktrat. Damit rührt Kurz an Themen von fortdauernder Relevanz. Für gegenwärtige Konfliktlagen ist sein Buch jedenfalls ein Glücksfall. Denn es eröffnet historische Einsichten, wo politische Debatten in ideologische Gegensätze und Verhärtungen abdriften.

Lutz Fiedler
Potsdam

NS-Geschichte auf dem Schülerpult



Benjamin Reiter

Nationalsozialismus im Schulgeschichtsbuch.

Zulassungsverfahren und die Aushandlung von Geschichtskultur in Bayern ab 1949 bis in die 1970er Jahre
Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2021, 396 S., € 55,–

In einer Zeit, in der die Verfahren zur Zulassung von Geschichtsschulbüchern in der Bundesrepublik an Gewicht verlieren und im internationalen Rahmen zunehmend obsolet werden, liegt nunmehr eine wissenschaftliche Untersuchung vor, die diese in einem regional- und zeitgeschichtlichen Längsschnitt zwischen der jungen Bundesrepublik und der aufschimmernden Ära Kohl untersucht.

Der Autor hat Großes vor: Neben der Prüfung der »normativen, strukturellen und akteursbezogenen Bedingungen des bayerischen Zulassungsverfahrens« über einen Zeitraum von mehr als 20 Jahren möchte Benjamin Reiter »den Konstruktions- und Aushandlungsprozess von Geschichtskultur in Schulgeschichtsbüchern sowie den Umgang mit der Geschichte des Nationalsozialismus« offenlegen und herausarbeiten, »inwiefern Schulbuchinhalte durch die Zulassungsverfahren [...] kontrolliert und gesteuert wurden« (S. 13). Seine Leitfragen, die um eine Kaskade von zehn weiteren Fragen einer »Diskursarena« ergänzt werden, lauten: »Wer erinnerte an die Vergangenheit? An welche Vergangenheit sollte erinnert werden? Wie sollte an die Vergangenheit erinnert werden?« (S. 13)

In Anlehnung an die Hegemonialtheorie Antonio Gramscis entwickelt der Autor das »Begriffspaar geschichtskulturelle Hegemonie und hegemoniale Geschichtskultur« (S. 12), von dem er glaubt, dass es »eine prozess- und machtfokussierende (sic) Analyse von Geschichtskultur« (S. 12) ermöglicht, »indem die Produktion und Regulation historischer Darstellungen und Deutungen als ein spezifischer Bereich kultureller Hegemonie aufgefasst werden« (S. 12) und »das Zulassungsverfahren als Hegemonieapparat im sozialen System der Geschichtskultur« (S. 12) begriffen wird.

Mit seinem gewählten forschungsstrategischen Instrumentenkoffer macht sich Benjamin Reiter an die Analyse seiner lobenswert breiten Quellenbasis, die unter anderem Sachverständigengutachten, Verlagsstellungennahmen, Briefkorrespondenz zwischen den Schulbuchverlagen und dem bayerischen Kultusministerium, Richtlinien, Curricula und Landtagsbeschlüsse umfasst.

Während die Vorstellung der Heuristik und des analytischen Vorgehens sowie das erste der zwei Hauptkapitel, das sich der Genese

und der Struktur der Zulassungsverfahren widmet, nachvollziehbar aufgebaut sind, erscheint das zweite Hauptkapitel »Inhalte aushandeln. Geschichte des Nationalsozialismus in den Zulassungsverfahren« sehr redundant. Die von Reiter »identifizierten Konfliktfelder« (S. 153), die wenig überraschend von dem in der Zeit vorherrschenden intentionalistischen Deutungsstrang des Nationalsozialismus geprägt sind, heißen: »Weimars Ende: Wer hat Schuld am Aufstieg des Nationalsozialismus?«; »»Wer war dieser Hitler?« Zwischen Psychologisierung und Historisierung«; »»Hitler und die Juden«. Verortung und Gewichtung des Antisemitismus«; »Verblendet oder überzeugt? Bevölkerung und ›Drittes Reich‹« und »Opfer? Bevölkerung, Hitler und der Zweite Weltkrieg«. Diese werden sklavisch nach dem immer gleichen Verfahren bearbeitet. Dabei wird stets die Analyse der Geschichtslehrbücher den Zulassungsverfahren »vorangestellt, um den Kontext zu explizieren, in dem sich die geschichtskulturellen Artikulationen der Akteure bewegen« (S. 154).

Da auch die Akteure im westdeutschen Bildungssektor nach 1945 nicht vom Himmel fielen, prägten in den 1950er und 1960er Jahren die im »Dritten Reich« im Sinne der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft und in den Gliederungen der NSDAP sozialisierten Aktiven die Entscheidungen der Prüfungskommissionen. Dennoch gibt der Befund einer Stichprobe des Verfassers, dass die Gutachter »mit einer Ausnahme dem Kreis der ›Täter und Zuschauer‹« entstammten (S. 108), eindrucksvoll Auskunft über mentale Kontinuitätslinien zum NS-Staat, wobei Reiter es schuldig bleibt, zu zeigen, ob die Orientierung am traditionellen Hilberg’schen Zugriff des »Zuschauers« bei der Analyse weiterhilft. Da zudem noch die evangelische und katholische Kirche und insbesondere das Ostkunde-Referat des bayerischen Kultusministeriums als »geschichtspolitische Agenten spezifischer sozialer Gruppen« (S. 124) an den Prüfungsverfahren neuer Geschichtsschulbücher institutionalisiert beteiligt waren, waren die totalitarismustheoretische Gleichsetzung von Kommunismus und Nationalsozialismus und die Dominanz »antitotalitäre[r] Deutungsmuster« (S. 321) über zwei Nachkriegsdekaden in einer Gesellschaft gesichert, die den Antikommunismus zur politischen Leitkultur erhoben hatte.

Bei allen verdienstvollen Einblicken, die Benjamin Reiters Studie über die Zulassungspraktiken von Geschichtsschulbüchern in Bayern gewährt, bleibt die der Lektüre nachhallende Frage, ob die Fokussierung auf die Aushandlung von »Geschichtskultur zum Nationalsozialismus« mit dem Befund der »geschichtskulturelle[n] Hegemonie des hitlerzentrierten Deutungsmusters« (S. 318) nicht ebenso auf den Primat der zeitgenössischen Geschichtspolitik hätte ausgerichtet sein können. Viele wichtige Fragen hat Benjamin Reiter in seiner Regionalstudie beantwortet, andere durch das gewählte theoretische Gerüst jedoch eher verkompliziert.

Alfons Kenkmann
Leipzig

¹ Hannah Arendt, »Es gibt nur ein einziges Menschenrecht«, in: *Die Wandlung*, 4 (1949), S. 754–770.

Fritz Bauer Institut im Überblick

Das Fritz Bauer Institut

Das Fritz Bauer Institut ist eine unabhängige, zeitgeschichtlich ausgerichtete und interdisziplinär orientierte Forschungs- und Bildungseinrichtung. Es untersucht und dokumentiert die Geschichte der nationalsozialistischen Massenverbrechen – insbesondere des Holocaust – und deren Wirkung bis in die Gegenwart. Ein Schwerpunkt seiner Arbeit ist die Vermittlung der einschlägigen deutschen und internationalen Forschung durch Publikationen, Vortragsveranstaltungen und Ausstellungen.

Das Institut trägt den Namen Fritz Bauers und ist seinem Andenken verpflichtet. Fritz Bauer (1903–1968), jüdischer Remigrant und radikaler Demokrat, widmete sich seit seiner Rückkehr aus dem Exil in Skandinavien 1949 der Rekonstruktion des Rechtssystems in der Bundesrepublik Deutschland und der strafrechtlichen Verfolgung von NS-Verbrechern. Im Jahr 1956 wurde er Generalstaatsanwalt in Hessen und hat maßgeblich den Frankfurter Auschwitz-Prozess angestoßen, der im Dezember 1963 begann und im August 1965 endete. Dass Adolf Eichmann, der Organisator der Todestransporte in die Vernichtungslager, gefasst und 1961 in Jerusalem vor Gericht gestellt werden konnte, ist ebenfalls wesentlich auf Bauer zurückzuführen, der dem israelischen Geheimdienst Mossad den entscheidenden Hinweis zum Aufenthaltsort Eichmanns in Argentinien gab.

Das Fritz Bauer Institut wurde am 11. Januar 1995 vom Land Hessen, der Stadt Frankfurt am Main und dem Förderverein Fritz Bauer Institut e.V. als Stiftung bürgerlichen Rechts ins Leben gerufen. Als An-Institut ist es seit Herbst 2000 mit der Goethe-Universität Frankfurt am Main assoziiert und hat seinen Sitz im IG Farben-Haus auf dem Campus Westend. Im Stiftungsrat des Instituts sind das Land Hessen, die Stadt Frankfurt am Main, die Goethe-Universität und der Förderverein des Fritz Bauer Instituts e.V. vertreten. Der Förderverein und der Wissenschaftliche Beirat unterstützen und begleiten seine Arbeit.

Im Jahr 2017 wurde der Lehrstuhl zur Erforschung der Geschichte und Wirkung des Holocaust geschaffen – der erste in Deutschland zu diesem Themenfeld – und am Historischen Seminar der Goethe-Universität angesiedelt. Er ist mit der Leitung des Fritz Bauer Instituts verbunden. Seine Einrichtung stärkt die Forschungsarbeit des Instituts und intensiviert seine Kooperation mit der Goethe-Universität.

Die am Institut angesiedelte Michael Hauck Gastprofessur für interdisziplinäre Holocaustforschung ermöglicht es Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, für jeweils ein Semester nach Frankfurt zu kommen, um am Historischen Seminar der Goethe-Universität Lehrveranstaltungen anzubieten und am Fritz Bauer Institut ihren Forschungsprojekten nachzugehen. Durch das C. und N. Weickart Postdoc-Stipendium können am Institut Forschungsvorhaben von Nachwuchswissenschaftlern im Bereich der Geschichte und Wirkung des Holocaust für die Zeit von bis zu zwölf Monaten gefördert werden.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Direktion des Fritz Bauer Instituts und Lehrstuhl zur Erforschung der Geschichte und Wirkung des Holocaust
Prof. Dr. Sybille Steinbacher

Verwaltung
Manuela Ritzheim (Verwaltungsleitung und Projektmanagement)
Marina Gribanova (Sachbearbeitung)
Hannah Hecker (Wissenschaftliches Sekretariat)
Nathalie Schüler M.A. (Wissenschaftliches Sekretariat)
Werner Lott (Technische Leitung/Digital- und Printmedien)

Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Fritz Bauer Instituts und am Lehrstuhl
PD Dr. Tobias Freimüller (stellvertretender Direktor),
Dr. Sara Berger, Dr. Veronika Duma, Dr. des. Andrea Kirchner,
Jens Kolata M.A., Dr. Niklas Krawinkel, Dr. Jörg Osterloh,
Dr. Katharina Rauschenberger, Dr. Markus Roth, Dr. Andrea Rudorff, Mirjam Schnorr M.A., Dr. Katharina Stengel,
Dr. Alexander Zinn

Archiv und Bibliothek
Johannes Beermann-Schön M.A. (Archiv und Dokumentation)
Josefine Ruhe (Bibliothek), Martina Sichelschmidt (ehrenamtlich)

Vermittlung und Transfer
Nadine Docktor, Dr. Martin Liepach,
Gottfried Kößler (ehrenamtlich)

Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler 2022
Prof. Dr. Dmytro Tytarenko (Dorothee Freudenberg-Fonds)
Dr. Christina Winkler (Dorothee Freudenberg-Fonds)
Sarah Crane M.A. (Fulbright-Stipendium)

Stipendiatinnen und Stipendiaten 2022
Lilia Tomchuk (Jürg Breuninger-Promotionsstipendium)
Johannes Meerwald M.A. (Stiftung Ökohaus Promotionsstipendium)
Nils Weigt M.A. (C. und N. Weickart Postdoc-Stipendium)

Workshops und Führungen
Nikolaus Gietinger, Acelya Kar, Mona Müller, Veronika Münstermann, Thomas Siurkus, Alexander Tomanides,
Josephine von der Haar, Tobias Wehrle

Studentische Hilfskräfte
Ruth Dahlhoff, Christopher Gomer,
Sarah Knauer, Inga Steinhäuser, Leonie Wüst



Wissenschaftlicher Beirat

Prof. Dr. Dan Diner
Hebrew University of Jerusalem
Prof. Dr. Annette Eberle
Katholische Stiftungshochschule München/Benediktbeuern
Prof. Dr. Moritz Epple (Vorsitzender)
Goethe-Universität Frankfurt am Main
Prof. Dr. Norbert Frei
Friedrich-Schiller-Universität Jena
Prof. Dr. Atina Grossmann
The Cooper Union for the Advancement of Science and Art, New York
Prof. Dr. Klaus Günther (stellv. Vorsitzender)
Goethe-Universität Frankfurt am Main
Dr. Jürgen Matthäus
United States Holocaust Memorial Museum, Washington D.C.
Prof. Dr. Maren Röger
Universität Leipzig
Prof. em. Dr. Joachim Rückert
Goethe-Universität Frankfurt am Main
Prof. Dr. Thomas Sandkühler
Humboldt-Universität zu Berlin
Prof. Dr. Nicholas Stargardt
Magdalen College, Oxford
Prof. em. Dr. Peter Steinbach
Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin

Stiftungsrat

Für das Land Hessen:
Boris Rhein, Ministerpräsident
Angela Dorn-Rancke, Ministerin für Wissenschaft und Kunst

Für die Stadt Frankfurt am Main:
Peter Feldmann, Oberbürgermeister
Dr. Ina Hartwig, Dezernentin für Kultur und Wissenschaft

Für den Förderverein Fritz Bauer Institut e.V.:
Herbert Mai, Vorsitzender des Fördervereins
Gabriele Mielcke, Schriftführerin des Fördervereins

Für die Goethe-Universität Frankfurt am Main:
Prof. Dr. Enrico Schleiff, Universitätspräsident
Prof. Dr. Christoph Menke, Dekan, Fachbereich Philosophie und Geschichtswissenschaften

.....
Oben: Norbert Wollheim-Stele vor dem IG Farben-Haus auf dem Campus Westend der Goethe-Universität Frankfurt am Main.
Foto: Werner Lott

Einsicht 2022
Bulletin des Fritz Bauer Instituts

14. Jahrgang, Ausgabe 23, November 2022
ISSN 1868-4211

Herausgeber:
Fritz Bauer Institut
An-Institut der Goethe-Universität Frankfurt am Main
Norbert-Wollheim-Platz 1
D-60323 Frankfurt am Main
Telefon: +49 (0)69.798 322-40
info@fritz-bauer-institut.de
www.fritz-bauer-institut.de

Redaktion:
Sybille Steinbacher (V.i.S.d.P.),
Tobias Freimüller, Andrea Kirchner, Werner Lott,
Jörg Osterloh, Katharina Rauschenberger, Markus Roth

Gestaltung/Layout: Werner Lott
Lektorat: Regine Strotbek
Bildredaktion: Christopher Gomer und die Redaktion
Anzeigenredaktion: Martina Sichelschmidt
Herstellung: Vereinte Druckwerke, Frankfurt am Main
Erscheinungsweise: einmal jährlich
Auflage: 4.200

Copyright:
Fritz Bauer Institut, Stiftung bürgerlichen Rechts
Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Bankverbindung:
Fritz Bauer Institut
Frankfurter Sparkasse
SWIFT/BIC: HELADEF1822
IBAN: DE91 5005 0201 0000 3219 01
Steuernummer: 45 250 8145 5 - K19
Finanzamt Frankfurt am Main III

Das Bulletin des Fritz Bauer Instituts erscheint mit freundlicher
Unterstützung des Fördervereins Fritz Bauer Institut e.V.



QR-Code:
Link zu allen bisher erschienenen
Ausgaben von *Einsicht. Bulletin des
Fritz Bauer Instituts* als PDF-Dateien.
URL: fritz-bauer-institut.de/einsicht.html



*Fördern Sie
mit uns
das Nachdenken
über den
Holocaust*

Das Fritz Bauer Institut

Im Jahr 1995 – fünfzig Jahre nach der Befreiung vom Nationalsozialismus – wurde in Frankfurt am Main die Stiftung »Fritz Bauer Institut, Studien- und Dokumentationszentrum zur Geschichte und Wirkung des Holocaust« gegründet. Das Institut ist ein Ort der Auseinandersetzung unserer Gesellschaft mit der Geschichte des Holocaust und seinen Auswirkungen bis in die Gegenwart. Es trägt den Namen Fritz Bauers, des ehemaligen hessischen Generalstaatsanwalts und maßgeblichen Initiators des Frankfurter Auschwitz-Prozesses (1963–1965). Seit 2002 hat das Institut seinen Sitz auf dem Campus Westend der Goethe-Universität Frankfurt am Main.

Der Förderverein

Der Förderverein des Fritz Bauer Instituts konstituierte sich im Januar 1993 in Frankfurt am Main. Er unterstützt die wissenschaftliche, pädagogische und dokumentarische Arbeit des Fritz Bauer Instituts und hat durch das ideelle und finanzielle Engagement seiner Mitglieder und zahlreicher Spender wesentlich zur Gründung der Stiftung beigetragen. Der Verein sammelt Spenden für die laufende Arbeit des Instituts, er schafft neue Kontakte und stößt gesellschaftliche Debatten an. Für die Zukunft gilt es, die Projekte und den Ausbau des Fritz Bauer Instituts weiter zu fördern, seinen Bestand langfristig zu sichern und seine Unabhängigkeit zu wahren. Ein mitgliederstarker Förderverein setzt ein deutliches Signal bürgerschaftlichen Engagements und kann die Interessen des Instituts wirkungsvoll vertreten. Zu den zahlreichen Mitgliedern des Fördervereins aus dem In- und Ausland gehören engagierte Bürgerinnen und Bürger, bekannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus Kultur und Politik, aber auch Verbände, Vereine, Institutionen und Unternehmen sowie zahlreiche Landkreise, Städte und Gemeinden.

Der Vorstand

Herbert Mai (Vorsitzender), Prof. Dr. Eva-Maria Ulmer (stellv. Vorsitzende), Dr. Daniela Kalscheuer (Schatzmeisterin), Gabriele Mielcke (Schriftführerin), Dr. Philipp Georgy, Philipp Jacks, Dr. Thomas Kreuder, Hans Riebsamen, Dieter Wesp (Beisitzer)

Förderverein
Fritz Bauer Institut e.V.

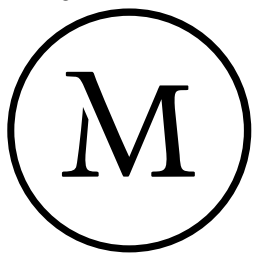
Norbert-Wollheim-Platz 1
60323 Frankfurt am Main
Telefon: +49 (0)69.798 322-39
verein@fritz-bauer-institut.de
www.fritz-bauer-institut.de/verein

Werden Sie Mitglied!
Jährlicher Mindestbeitrag: € 60,–
Partnerbeitrag: € 100,–
Ermäßigter Beitrag für Schüler, Studenten
und Auszubildende: € 30,–
Spenden und Mitgliedsbeiträge sind
steuerlich absetzbar.

**Unterstützen Sie unsere Arbeit
durch eine Spende!**
Frankfurter Sparkasse
IBAN: DE43 5005 0201 0000 3194 67
SWIFT/BIC: HELADEF1822

Werben Sie neue Mitglieder!
Informieren Sie Ihre Bekannten, Freunde
und Kollegen über die Möglichkeit, sich im
Förderverein zu engagieren. Gern senden wir
Ihnen Informationsmaterial zur Fördermit-
gliedschaft und zur Arbeit des Fritz Bauer
Instituts zu.

Abbildung: Generalstaatsanwalt Fritz Bauer
Foto: Schindler-Foto-Report



NEUERSCHEINUNGEN 2022 (AUSWAHL)

METROPOL VERLAG | ANSBACHER STR. 70 | 10777 BERLIN

BESTELLUNGEN UND REZENSIONSEXEMPLARE: DR. NICOLE WARMBOLD

TEL.: (030) 23 00 46 23 | FAX: (030) 2 65 05 18 | E-MAIL: NICOLE.WARBOLD@METROPOL-VERLAG.DE



WOLF KAISER (HRSG.)

DER PAPIERENE FREUND

Holocaust-Tagebücher jüdischer Kinder und Jugendlicher

ISBN: 978-3-86331-640-2
607 Seiten · 39,- € · Hardcover

Auf der Flucht, in Verstecken, in Ghettos und Lagern war es vielen jüdischen Kindern und Jugendlichen ein tiefes Bedürfnis, ihre Erlebnisse und Gefühle schriftlich festzuhalten. Auszüge aus in neun Sprachen verfassten Tagebüchern werden in dieser Anthologie erstmals auf Deutsch veröffentlicht. Sie beeindrucken durch die Unmittelbarkeit der Beschreibungen und Berichte, aber auch durch die Einsichten und Reflexionen der jungen Autorinnen und Autoren. Sie spiegeln ihre Hoffnungen und Ängste, ihre Verzweiflung ebenso wie ihren Lebenswillen, Mut und Tatkraft wider, die sie der tödlichen Bedrohung entgegensetzten.



STEFFEN HÄNSCHEN · ANDREAS KAHRs (HRSG.)

„AKTION ERNTEFEST“

Berichte und Zeugnisse Überlebender

ISBN: 978-3-86331-628-0
280 Seiten · 22,- €

Hinter der Tarnbezeichnung „Aktion Erntefest“ verbirgt sich ein weitgehend unbekanntes Kapitel des Holocaust. In einer groß angelegten Aktion – dem Schlusspunkt der „Aktion Reinhard“ mit ca. 1,8 Millionen Opfern – ermordeten deutsche SS- und Polizeiangehörige am 3. und 4. November 1943 im Konzentrationslager Majdanek sowie in den Arbeitslagern Poniatowa und Trawniki mehr als 42 000 Jüdinnen und Juden. Nur wenigen gelang es, den Mördern zu entkommen. Der Band versammelt erstmals Zeugnisse Überlebender in deutscher Übersetzung. Einführende Texte geben einen Einblick in die Hintergründe der Mordaktion.



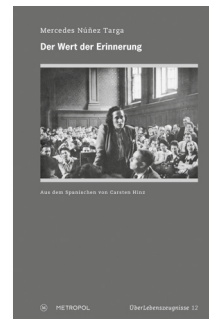
RACHELA AUERBACH

SCHRIFTEN AUS DEM WARSCHAUER GHETTO

Bearbeitet von Karolina Szymaniak

ISBN: 978-3-86331-673-0
ca. 220 Seiten · 24,00 € · Hardcover

Rachela Auerbach (1903–1976) war eine der bedeutendsten Persönlichkeiten der frühen Holocaustforschung. Im Warschauer Ghetto gehörte sie zu den Mitarbeitern des Untergrundarchivs von Emanuel Ringelblum. Nach dem Krieg begründete sie die Abteilung Zeugenberichte in Yad Vashem. Ihre Schriften zeugen von außergewöhnlicher Beobachtungsgabe und sind in brillanter Sprache verfasst. Sie entstanden von 1941 bis 1942 im Warschauer Ghetto. Die Edition umfasst ihr Ghetto-Tagebuch und die „Monografie einer Volksküche“ – ein Ort, an dem „sich alles spiegelt, was das Ghetto durchmacht“.

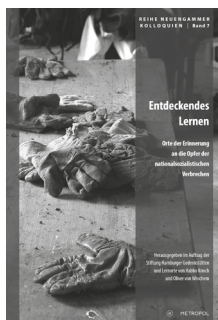


MERCEDES NÚÑEZ TARGA

DER WERT DER ERINNERUNG

ISBN: 978-3-86331-672-3
256 Seiten · 19,- €

Mercedes Núñez Targa (1911–1986) berichtet aus deziert weiblicher Perspektive über ihre Odyssee von den Haftstätten Francos in die Konzentrationslager der Nationalsozialisten. Für ihr politisches Engagement in Spanien bezahlt sie mit Freiheitsentzug. Nach ihrer Entlassung aus dem gefürchteten Gefängnis von Ventas in Madrid macht sie sich auf den Weg ins Exil im besetzten Frankreich, um sich der Résistance anzuschließen. Sie wird von der Gestapo verhaftet und in das Frauen-KZ Ravensbrück sowie das Außenlager HASAG Leipzig deportiert. Sie überlebt. Mit ihrem literarisch wertvollen Erfahrungsbericht liegt ein zentrales Werk der spanischen Erinnerungsliteratur erstmals auf Deutsch vor.



HABBO KNOCH · OLIVER VON WROCHEM (HRSG.)

ENTDECKENDES LERNEN

Orte der Erinnerung an die Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen

ISBN: 978-3-86331-649-5
555 Seiten · 29,00 € · Hardcover

In den letzten Jahrzehnten sind viele Gedenkstätten zur Erinnerung an die Verfolgten des Nationalsozialismus entstanden. Als Detlef Garbe 1983 den Band „Die vergessenen KZs?“ herausgab, war dies nicht zu erwarten. Der Band nimmt Orte und Aufklärungsprojekte in den Blick, reflektiert Fragen der Gedenkkultur und zeigt, wie sehr eine aktive Erinnerungskultur auf kritisches gesellschaftliches Engagement angewiesen war und bleibt.



OLIVER VON WROCHEM (HRSG.)

DEPORTATIONEN DOKUMENTIEREN UND AUSSTELLEN

Neue Konzepte der Visualisierung von Shoah und Porajmos

ISBN: 978-3-86331-653-2
350 Seiten · 24,00 €

Der Sammelband stellt innovative Formen der Dokumentation, Ausstellung und Vermittlung von Shoah und Porajmos vor, die die vielschichtigen erinnerungskulturellen Konzepte in den Ländern der Ausgangs- und Zielorte von Deportationen, aber auch regionalgeschichtliche Spezifika der Verfolgung einbeziehen. Dabei werden Möglichkeiten und Herausforderungen von Digitalisierung, Partizipation, Inklusion und gesellschaftlicher Diversität diskutiert.



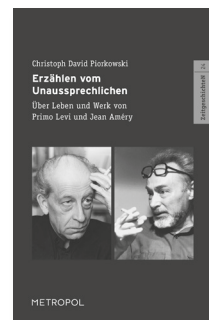
LINDE APEL (HRSG.)

ERINNERN, ERZÄHLEN, GESCHICHTE SCHREIBEN

Oral History im 21. Jahrhundert

ISBN: 978-3-86331-651-8
277 Seiten · 22,- €

Die Beiträge des Bandes beleuchten die Rolle von Interviewsammlungen sowie den wissenschaftlichen und methodischen Umgang mit Interviews in Forschungsprojekten, Museen und Archiven und richten den Blick auf ihre digitale Zukunft. So ergibt sich eine vielschichtige Vermessung des interdisziplinären Feldes der Oral History. Autor:innen: Andrea Althaus, Linde Apel, Aleida Assmann, Almut Leh, Klaus Neumann, Lina Nikou, Cord Pagenstecher, Alexander von Plato, Stefanie Rauch, Janine Schemmer, Dorothee Wierling.



CHRISTOPH DAVID PIORKOWSKI

ERZÄHLEN VOM UNAUSSPRECHLICHEN

Über Leben und Werk von Primo Levi und Jean Améry

ISBN: 978-3-86331-645-7
107 Seiten · 14,- €

Primo Levi und Jean Améry haben die Hölle von Auschwitz durchlebt. Aus ihren Erfahrungen aber zogen sie unterschiedliche Schlüsse. Während der italienische Jude Levi durch sein Zeugnis Erleichterung verspürt, wird der zum Juden gemachte Österreicher Améry in der Welt nicht mehr heimisch. Der Band erzählt vom Leben und Denken der zwei gegensätzlichen Persönlichkeiten, deren Schicksale so viel verband: vom antifaschistischen Widerstand über die Erfahrungen im KZ bis hin zum Versuch literarischer Bewältigung.